

# Statistisch-prognostischer Bericht 1999

Daten - Analysen - Perspektiven

Wirtschafts- und Sozialentwicklung

Absolventen in ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen

Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf den internationalen Märkten

Existenzgründungen in Baden-Württemberg

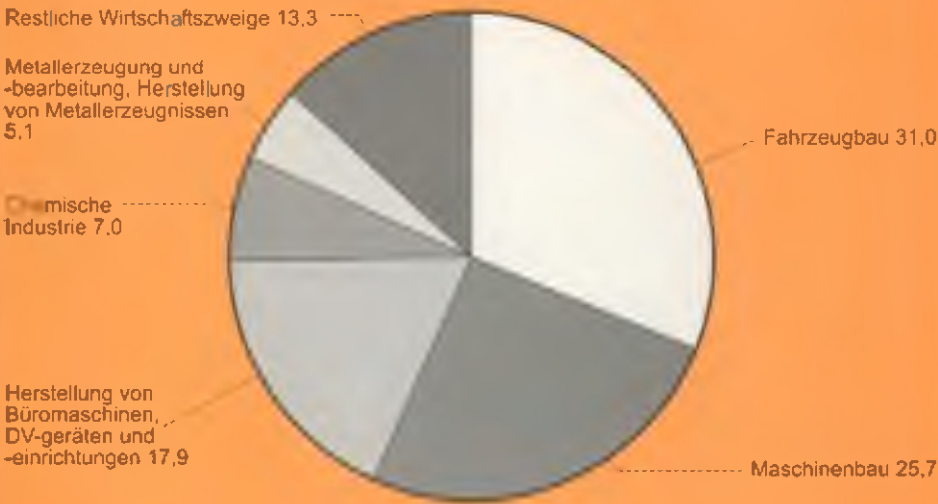
Struktur und Entwicklung im Ländlichen Raum

Heft 26

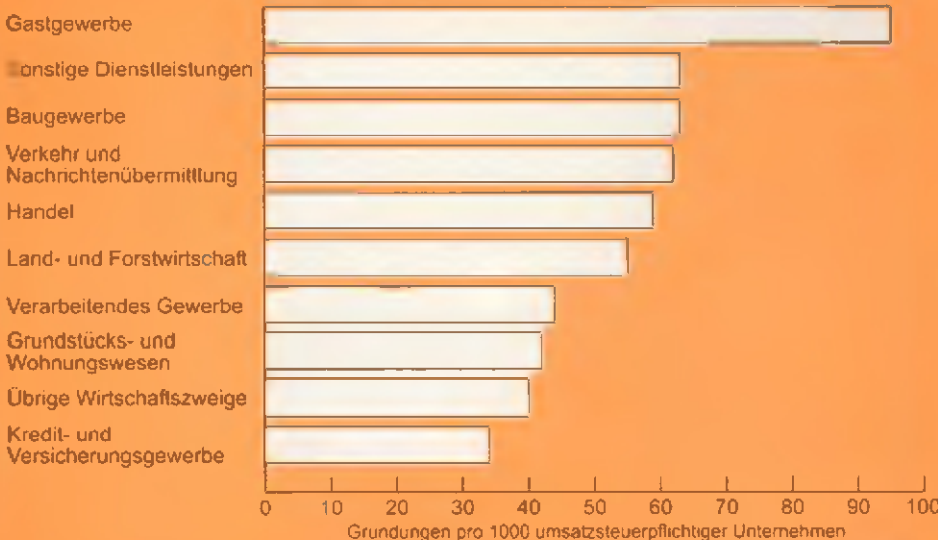
Baden-Württemberg



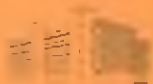
Auslandsumsätze der Industrie Baden-Württembergs 1998  
Anteile im Verarbeitenden Gewerbe in %



Unternehmensgründungen\* in Baden-Württemberg 1997  
nach Wirtschaftszweigen



\* Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik



# Statistisch-prognostischer Bericht 1999

**Daten – Analysen – Perspektiven**

Herausgegeben von der Landesregierung Baden-Württemberg  
vorgelegt vom Statistischen Landesamt

Artikel-Nr. 1114 99001

ISSN 0724 - 3790

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Postfach 10 60 33 · 70049 Stuttgart

Herausgeber und Vertrieb: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Str. 68, 70199 Stuttgart,

E-Mail: [poststelle@stala.bwl.de](mailto:poststelle@stala.bwl.de), Internet: <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de>,

Telefon (0711) 6 41-28 66, Fax (0711) 6 41-21 30 oder 24 40

Preis DM 20,90

zuzüglich Versandkosten

Nachdruck, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe gestattet.

## Vorwort

Trotz der Informationsflut, die täglich über uns hereinbricht, bedarf es dieses statistisch-prognostischen Berichts. Seine Aufgabe und seine Bedeutung liegen darin, daß er aus datenorientierter Sicht Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen den fachlichen und regionalen Teilbereichen darstellt und damit ein Gesamtbild des bisher Erreichten und der sich abzeichnenden Entwicklungslinien aufzeigt. Wenn es diesen Bericht nicht schon gäbe, man müßte ihn erfinden. So aber freue ich mich, daß er mit der diesjährigen Ausgabe eine nunmehr 26 Jahre währende Tradition fortsetzt.

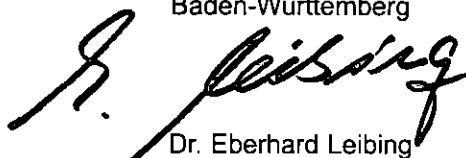
Adressaten des Berichts sind in erster Linie die Landesregierung, in deren Auftrag er erstellt wurde, die Ressorts und der Landtag. Durch eine kompakte Zusammenschau von Trends und Abhängigkeiten in den zentralen Feldern der Landespolitik und durch problemorientierte Untersuchung aktueller Fragestellungen bietet er wichtige Orientierungs- und Entscheidungshilfen. Der Bericht dient aber ebenso der Information der Kommunen, Verbände und Kammeren und nicht zuletzt den Bürgerinnen und Bürgern des Landes, die sich ein eigenes Urteil über die Entwicklungen in wichtigen Lebensbereichen bilden wollen. Hauptquelle dieser Informationen ist die amtliche Statistik, die durch ihre Objektivität, Neutralität und wissenschaftliche Unabhängigkeit ein unverzichtbares Gut gegenüber einseitig geprägten Darstellungen von Interessengruppen bildet.

Der Bericht beschreibt in seinem ersten Teil zur Wirtschafts- und Sozialentwicklung die grundlegenden Strukturen der wichtigen Wirtschafts- und Sozialbereiche und untersucht, ob die jüngeren Entwicklungen zur Stabilität oder zum Wandel beigetragen haben. Diese Untersuchungen münden in eine Prognose von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, die sich in den letzten Jahren zum Kernstück des Berichts herausgebildet hat. Der zweite Teil befaßt sich in Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunkten mit grundlegenden oder aktuellen Fragestellungen. Der Beitrag zur Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf den internationalen Märkten spürt den Gründen nach, die anfangs der 90er Jahre zu einem markanten Verlust an Marktanteilen geführt haben und wagt einen Ausblick auf die Zukunftschancen der Exportwirtschaft. Um Chancen geht es auch im zweiten Beitrag über Existenzgründungen. Dabei geht es neben dem wirtschaftsstrukturellen und räumlichen Umfeld, das eine Gründung begünstigt, um die Dauerhaftigkeit dieser Aktivitäten. Mit der Attraktivität des Ingenieurstudiums und den Folgen für Wirtschaft und Beschäftigung befaßt sich der Beitrag über Tendenzen im Zugang zu den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen. Der Autor untersucht die Gründe, die zum aktuellen Ingenieurmangel geführt haben und stellt die günstigen Bedingungen für Studium und Berufswahl heraus. Dem ländlichen Raum, seinen Chancen für Wirtschaft und Beschäftigung, widmet sich der letzte Beitrag. Im Kern geht es dabei darum, ob sich die Lebensverhältnisse in Stadt und Land einander angleichen oder auseinanderdriften.

Mit bewährter Sorgfalt und großem Einsatz haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes die verfügbaren Daten zu den genannten Themenbereichen aufbereitet und analysiert. Expertengespräche mit Vertretern der jeweils betroffenen Ressorts bereicherten die statistischen Analysen durch wertvolle Hintergrund- und Zusatzinformationen. Der statistisch-prognostische Bericht ist somit ein wesentlicher Beitrag zur Politikberatung und zur Versachlichung der öffentlichen Diskussion.

Stuttgart, im September 1999

Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg



Dr. Eberhard Leibling  
Präsident



# Inhalt

## Teil I    **Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1998/99**

Einleitung	9
Trends und Fakten 1998	9
Wirtschaftliche Perspektiven für 1999	12
Gesamtwirtschaft	16
Verarbeitendes Gewerbe	19
Bauwirtschaft	21
Dienstleistungen	23
Einzelhandel	26
Außenhandel	27
Weltwirtschaft	30
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	33
Einkommen	39
Bevölkerung	41
Haushalte und Familien	44
Bildungswesen	45
Baden-Württemberg im Ländervergleich	48

## Teil II    **Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen**

Entwicklungstendenzen der Studierenden- und Absolventenzahlen in den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen	55
Zur internationalen Konkurrenzsituation Baden-Württembergs bei industriellen und forschungsintensiven Gütern	69
Existenzgründungen in Baden-Württemberg	103
Struktur und Entwicklung der Wirtschaftsbranchen im Ländlichen Raum i.e.S. Baden-Württembergs	123

- Zeichenerklärung:**
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
  - nichts vorhanden (genau null)
  - Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
  - X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
  - ... Angabe fällt später an
  - / keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
  - ( ) Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann

# **Teil I**

**Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1998/99**





# Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1998/99\*)

Dipl.-Volkswirt Reinhard Burkard, Dr. Monika Kaiser, Dipl.-Volkswirt Christoph Maier,  
Dipl.-Volkswirt Erich Stutzer, Dipl.-Volkswirt Thomas Weinmann

Die Bürger Baden-Württembergs können mit Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft sehen. Nach Jahren der Anpassung und des Verzichts haben sie 1998 ein wirtschaftliches Wachstum erlebt, das es zuletzt in den Ausnahmejahren der deutschen Einigung gegeben hat. Für viele ist es zweifellos noch wichtiger, daß sich mit der Konjunktur auch die lange erwartete Wende am Arbeitsmarkt eingestellt hat. Mit Chancen auf einen Arbeitsplatz lassen sich Lebenspläne leichter verwirklichen. Deutliche Erhöhungen bei den jüngsten Tarifrunden führen vielen Arbeitnehmern vor Augen, daß es auch für sie wieder aufwärts geht. Es ermutigt, daß sich nicht nur die Aktivposten auf der Habenseite mehren, sondern auch, daß sich die Sollseite zunehmend lichtet. Nur wenige Branchen stehen noch im konjunkturellen Abseits und gerade sie dürfen in diesem Jahr auf Besserung hoffen. Weniger Konkurse bei Bau- und Handelsfirmen belegen die bessere Situation in der Wirtschaft und die Tatsache, daß weniger Haushalte auf Sozialhilfe angewiesen sind, zeugen davon, daß es auch den wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsschichten besser geht. All dies schafft Vertrauen. Umso wichtiger ist die Erwartung, daß der neue Trend auf Dauer angelegt ist.

Der Glanz wirtschaftlicher Stärke und sozialer Sicherheit ist nicht das Arbeitsergebnis eines Jahres, sondern Zwischenbilanz mühevollen Ringens um den richtigen Weg. Hinzu kommt, daß dieser Erfolg bei Rückenwind zustande kam. Baden-Württemberg ist dem globalen Wettbewerb stärker ausgesetzt als andere Länder und muß deshalb eher damit rechnen, daß der Wind sich dreht. Ohne eigenes Zutun und je nach Konjunktur in den Zielländern des Exports werden die hiesigen Exportgüter weniger nachgefragt und das Gleiche kann geschehen, wenn sich die Wechselkurse ändern. Das Land und seine Wirtschaft tun sich leichter, wenn sie die Risiken soweit möglich mindern, aber damit rechnen, daß sich Gegenwind einstellt. Mit dem Start des Euro als gemeinsame Währung vieler Länder Europas ist ein Schritt in diese Richtung vollzogen. Er schafft mehr Planungs- und Finanzierungssicherheit für die Unternehmer, weil der Großteil des hiesigen Exports in diese Länder geht; er ändert jedoch nichts an den unliebsamen Folgen für Wachstum und Wohlstand, wenn es an der nötigen Pflege der Standortfaktoren mangelt. Daß sich die dann eintretenden Anpassungsreaktionen auf anderen Feldern – beispielsweise auf dem

Arbeitsmarkt oder im Preiswettbewerb – vollziehen, mindert die zu gewärtigenden Folgen nicht. Auch deshalb ist es wichtig, die derzeitige Regelungsdichte auszdünnen und mehr Flexibilität für unweigerlich entstehende Anpassungsreaktionen zuzulassen.

Dies fällt umso leichter, wenn es aus einer Position der wirtschaftlichen Stärke geschieht. Baden-Württemberg hat sich in widrigen Zeiten zu einem Standort entwickelt, in dem Zukunftsbranchen das Wachstum erwirtschaften und die Forschungslandschaft hierzu die Voraussetzungen bietet. Dieses Profil gilt es zu wahren. Im Europa der Regionen darf hierzu der Vergleichsmaßstab nicht länger nur Deutschland sein, sondern mehr die wirtschaftlichen Motoren anderer Länder Europas wie Rhône-Alpes in Frankreich oder die Lombardei in Italien, die wie Baden-Württemberg durch eine moderne Industrie geprägt sind. Hierbei auf Dauer gut abzuschneiden, verlangt von allen größte Anstrengungen und ein hohes Maß an Veränderungsbereitschaft: von den Unternehmern die Einstellung ihrer Betriebe auf noch mehr Wettbewerb und Mut für Investitionen in die Märkte von Morgen; von der Politik, hierfür die rechtlichen Grundlagen und die nötige Infrastruktur zu schaffen – und trotzdem den Schutz der natürlichen Grundlagen hochzuhalten; von Bürgern und Arbeitnehmern mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und Eigenverantwortung bei der Sicherung der sozialen Netze.

## Trends und Fakten 1998

Die Wirtschaft Baden-Württembergs hat den Wettbewerb auf größeren Märkten angenommen und bei der Erledigung der ihr zugefallenen Aufgaben in den letzten Jahren erste Erfolge erzielt. Die Schlüsselbranchen der Industrie, allen voran der Fahrzeugbau und dessen Zulieferer, und weite Teile der Dienstleistungsunternehmen befinden sich auf einem beachtlichen Wachstumspfad. Staat und Kommunen, Arbeitnehmer und soziale Sicherungssysteme sehen sich indessen vor einem tiefgreifenden Wandel, dessen Bewältigung in den nächsten Jahren ein hohes Maß an Umsicht und Flexibilität verlangt.

- Mit einem realen Wirtschaftswachstum von 3,8 % expandierte die baden-württembergische Wirtschaft im vergangenen Jahr schwungvoll und erreichte fast wieder das hohe Wachstumstempo des Hochkonjunkturjahres 1991. Maßgebende Kraft im konjunkturellen Aufschwung war das Verarbeitende Gewerbe, auf das

\*) Redaktionsschluß Mitte Juni 1999.

zwei Drittel des gesamtwirtschaftlichen Zuwachses an realer Bruttowertschöpfung entfielen. Auch die reale Wirtschaftsleistung der Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne (ohne Handel, Verkehr und Staat) expandierte wieder stärker und wie bereits gewohnt überdurchschnittlich. Neben diesen Dienstleistungsunternehmen und dem Verarbeitenden Gewerbe, die jeweils zu rund einem Drittel zur Gesamtwirtschaft beitragen, tendierte auch das verbleibende Drittel besser als 1997. Damit stand der Aufschwung im vergangenen Jahr auf einem breiteren Fundament. Wachstumsträger waren dort der Handel und der Bereich Verkehr einschließlich Nachrichtenübermittlung. Der Staat verbuchte nach vorherigem Rückgang wieder einen leichten Wertschöpfungszuwachs. Wachstumsbremse war im sechsten Jahr in Folge das Baugewerbe, aber auch der Bereich Energie- und Wasserversorgung. In diesen Wirtschaftsbereichen flacht der negative Trend aber allmählich ab, was darauf hindeutet, daß der konjunkturelle Aufschwung – unabhängig von seiner Stärke – an Stabilität gewinnt.

- Für die baden-württembergische Exportwirtschaft war 1998 ein überaus erfolgreiches Jahr. Die Exporteure konnten das ohnehin schon gute Vorjahresergebnis nochmals um über 7 % steigern. Besonders zu Beginn des Jahres 1998 expandierten die baden-württembergischen Ausfuhren kräftig. Im weiteren Jahresverlauf trübte sich das Exportklima allerdings immer mehr ein. Schwerpunkt des Exportgeschäfts war erneut der US-amerikanische Markt. Dabei profitierte die baden-württembergische Exportwirtschaft von der robusten US-Konjunktur und auch von den Auswirkungen der kräftigen DM-Abwertung in 1997. Die Exporte in die EU-Länder entwickelten sich im Wachstumsdurchschnitt, während die Ausfuhren in die Reformländer Mittel- und Osteuropas weiter kräftig expandierten, aber seit dem Sommer unter den von der Rußlandkrise ausgehenden dämpfenden Effekten litten. Die Ausfuhren Baden-Württembergs in die ASEAN-Länder brachen infolge der Asienkrise drastisch ein.
- Das Jahr 1998 stand ganz im Zeichen des Verarbeitenden Gewerbes. Gezogen von einem boomenden Automobilgeschäft erreichte die Industrie im Südwesten 1998 das beste Ergebnis der beiden letzten Jahrzehnte. Die reale Bruttowertschöpfung stieg mit + 7,4 % gegenüber dem Vorjahr sogar kräftiger an als im Jahr des Vereinigungsbooms 1990. Die Inlandsumsätze nahmen um 5 ½ %, die Auslandsumsätze um 11 % gegenüber dem Vorjahr zu. Im Jahresverlauf kam es dabei zu einem Wechsel in den Antriebskräften von der Auslands- zur Inlandsnachfrage. Insgesamt hat sich in der zweiten Jahreshälfte die konjunkturelle Grunddynamik spürbar abgeschwächt, weil die Belebung der Inlandsnachfrage nicht stark genug war, die fehlenden Impulse von außen zu kompensieren.

Gefragt waren vor allem Produkte des Fahrzeugbaus, dessen Umsätze um 18 ½ % über dem Vorjahr lagen. Damit avancierte der Fahrzeugbau zur umsatzstärksten Industriebranche des Landes.

- Die überaus gute Geschäftslage spiegelte sich im vergangenen Jahr auch in der Beschäftigtenentwicklung wider: 1998 hat das Verarbeitende Gewerbe erstmals nach sechs Jahren wieder mehr Personal eingestellt als abgebaut. Die Zahl der Industriebeschäftigten stieg um 19 000 auf 1,24 Mill. Personen. Der Personalzuwachs stand in engem Zusammenhang mit der Automobilnachfrage. Von den zusätzlichen Stellen entfielen allein 13 000 auf den Fahrzeugbau, der Rest zum großen Teil auf dessen Zulieferbranchen.
- Für die Bauwirtschaft war 1998 nochmals ein schlechtes Jahr. Gemessen an der realen Bruttowertschöpfung gab es für das Baugewerbe den sechsten Rückgang in Folge. Da die wirtschaftliche Situation des Bereichs „Gewinnung von Steinen und Erden“, des Maschinenbaus, der Holzindustrie, aber auch des Groß- und Einzelhandels sowie von Architektenbüros mit der Bauwirtschaft zusammenhängen, hinterließ das Baugewerbe auch in anderen Wirtschaftsbereichen deutliche Bremsspuren.
- Die Dienstleistungen haben auch 1998 stark zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beigetragen. Wegen der ungewohnt kräftigen Industriekonjunktur mußten die Dienstleistungsunternehmen bereits 1997 ihren Stab als wachstumsstärkster Wirtschaftsbereich an die Industrie abgeben. Allerdings expandieren die Dienstleistungsunternehmen im Südwesten schon seit Mitte der neunziger Jahre nicht mehr so stark wie in den achtziger Jahren und sind deswegen im Wachstumsvergleich hinter den Durchschnitt der Flächenländer des früheren Bundesgebiets zurückgefallen. Eine solche Tendenz war vor allem bei den vorwiegend unternehmensnahen Dienstleistungen zu beobachten. Ein Grund dürfte darin zu suchen sein, daß die Outsourcing-Welle mit zunehmender Entfernung vom Rezessionsjahr 1993 abebbt. Die Tatsache, daß sich vor allem baunahe Dienstleistungen wie Ingenieur- und Architekturbüros, das Grundstücks- und Wohnungswesen, aber auch die Wohnungsvermietung im Vergleich zu den Dienstleistungsunternehmen insgesamt nur unterdurchschnittlich entwickelten, deutet darauf hin, daß eine weitere Ursache für das vergleichsweise schwache Dienstleistungswachstum in der Bevölkerungsentwicklung und der damit verbundenen Baukonjunktur Baden-Württembergs zu suchen ist.
- Der Tourismus in Baden-Württemberg hat sich nach einer langen Durststrecke 1998 erstmals wieder sichtbar erholt. Nachdem die Zahl der Übernachtungen

seit 1991 fast jährlich gesunken ist und 1997 auf das Niveau vor elf Jahren zurückgefallen war, gab es einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 4 %. Vor allem Sanatorien und Kurkrankenhäuser, die in den beiden Vorjahren schwer unter den Sparmaßnahmen im Kurbereich zu leiden hatten, haben hierzu beigetragen. Mit einem Plus von knapp 8 % gegenüber 1997 entwickelte sich diese Sparte fast doppelt so stark wie der Durchschnitt des Beherbergungssektors. Einen stärkeren Zuwachs an Übernachtungen meldeten lediglich Hotels garni, die um 10 % zulegten, allerdings bei wesentlich niedrigerem Übernachtungsvolumen. Die anderen Sparten blieben in der Regel deutlich hinter dem Durchschnittszuwachs zurück, Hütten und Jugendherbergen waren sogar nochmals weniger gefragt als zuvor. Lediglich die Nachfrage nach Ferienwohnungen und -häusern entwickelte sich 1998 im Durchschnitt gut. Die Erholungstendenz hat sich im Frühjahr 1999 fortgesetzt und auch bei den Sparten zu Verbesserungen geführt, die sich 1998 nur moderat entwickelt hatten. Profitiert vom neuen Trend haben die Reisegebiete, die stark vom Kurwesen geprägt sind wie das Taubertal oder Allgäu-Oberschwaben, vor allem aber der Mittlere Neckar, in dem zunehmend auch der Städte- und Erlebnistourismus eine Rolle spielt. Diese Reisegebiete hatten auch die höchste Bettenauslastung.

- Nach einer langen Durststrecke befindet sich der baden-württembergische Einzelhandel wieder auf Expansionskurs. Nach zum Teil kräftigen Umsatzeinbußen in den Jahren 1992 bis 1995 und einer sich anschließenden Stagnationsphase gab es 1998 erstmals seit der Rezession ein Umsatzplus, das mit real 2,4 % sogar deutlich ausfiel. Daß die Ertragslage vieler Einzelhandelsgeschäfte aber noch nicht zufriedenstellend war, zeigt sich an der nach wie vor hohen Zahl von Insolvenzen. Den Unternehmenspleiten und dem Rationalisierungs- und Konzentrationsdruck fielen auch 1998 viele Arbeitsplätze zum Opfer.
- Die Stärke und zunehmende Stabilität des konjunkturellen Aufschwungs im Land brachte den Durchbruch auf dem Beschäftigungs- und Arbeitsmarkt. Nach fünf Jahren Stellenabbau stieg die Zahl der Erwerbstätigen im vergangenen Jahr um 29 000. Insgesamt erweiterten 1998 rund 60 % der Gesamtwirtschaft ihren Personalbestand, nachdem sich der Stellenzuwachs ein Jahr zuvor noch auf ein Viertel der Gesamtwirtschaft beschränkt hatte. Ausschlaggebend für die verbesserte Beschäftigungslage im vergangenen Jahr war in erster Linie das Verarbeitende Gewerbe, beschäftigungsstärkster Wirtschaftsbereich im Land. Dort gab es 33 000 neue Arbeitsplätze. Die Dienstleistungsunternehmen erhöhten ihren Personalbestand um 31 000. In den übrigen Wirtschaftsbereichen nahm die Zahl der Beschäftigten weiter ab. Unter den Wirtschaftsbereichen, die 1998 Stellen abbauten, machte vor allem der Staat auf sich

aufmerksam. Das Baugewerbe, der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung und das Kredit- und Versicherungsgewerbe bauten nicht mehr so viele Stellen ab wie in den Jahren zuvor. Im Handel wurde 1998 der Personalbestand nach zweijähriger Rationalisierungspause wieder reduziert.

- Die Lage auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt hat sich im vergangenen Jahr spürbar gebessert. Der kräftige konjunkturelle Aufschwung äußerte sich in allen wichtigen Arbeitsmarktindikatoren. Im Jahresdurchschnitt 1998 gab es 31 000 Arbeitslose weniger als ein Jahr zuvor und die Arbeitslosenquote sank auf das Niveau des Jahres 1996. Die Kurzarbeit halbierte sich im Vergleich zum Vorjahr und erreichte den niedrigsten Stand seit dem Hochkonjunkturjahr 1990. Mit steigender Auslastung des Personalbestands wuchsen auch die Personalanforderungen von seiten der Wirtschaft. Die Zahl der offenen Stellen erreichte fast einen so hohen Stand wie im Beschäftigungshoch des Jahres 1992. Vom Rückgang der Arbeitslosigkeit profitierten alle Arbeitslosengruppen, besonders aber die Jüngeren. Auf dem Ausbildungsstellenmarkt gab es erste Lichtblicke, nachdem sich die Bilanz auf dem Lehrstellenmarkt nach Vermittlung erstmals seit dem Berufsberatungsjahr 1990/91 wieder leicht verbessert hat.
- Erstmals seit der Rezession haben sich 1998 die Einkommen aus ihrer tiefen Depression gelöst und werden zunehmend zu einem Wachstumsfaktor. Der Anstoß dazu kam von den Arbeitnehmerinnen, die rund zwei Drittel der Einkommen ausmachen. Nachdem sie in den Jahren zuvor wegen Beschäftigungsabbau, schwacher Tarifentwicklung und Erhöhung der Sozialabgaben weit hinter dem Wirtschaftswachstum zurückgeblieben waren, hat sich das Blatt 1998 gewendet und 1999 dürften die Konsumausgaben sogar zur Stütze der Konjunktur werden.
- Die Bevölkerung Baden-Württembergs wächst nur noch wenig. Nachdem es anfangs der 90er Jahre noch eine Zunahme um 200 000 gegeben hatte, waren es 1998 noch 30 000. Jährlich kommen zusammen nur noch 20 000 bis 25 000 Asylbewerber und Aussiedler ins Land und Ausländer wandern eher ab als zu. Die geringe Zunahme stammt zu gleichen Teilen aus einem Geburtenüberschuß von Ausländern und einem Wanderungsüberschuß von Deutschen. Gleichwohl haben in den letzten Jahren immer weniger Einwohner einen deutschen Paß. Nach Einbürgerung von Ausländern – 1998 waren es gut 20 000 – haben 12,5 % der Baden-Würtemberger eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit.
- In Baden-Württemberg setzte sich der langfristige Trend zu Einpersonenhaushalten zuletzt nicht weiter fort. Nahm deren Zahl zwischen 1978 und 1995 noch

weit überproportional zu, blieb sie anschließend weitgehend konstant und ging im vergangenen Jahr sogar zurück. Von den Ehepaaren leben immer mehr ohne Kinder. Zum einen hat sich die Zahl der Ehepaare mit im Haushalt wohnenden minderjährigen Kindern im vergangenen Jahr erstmals seit 1990 rückläufig entwickelt, zum anderen nahm die Zahl der kinderlosen Ehepaare weiter zu. Auch die „Ehe ohne Trauschein“ war 1998 weiterhin beliebt.

- Die Schülerzahl hat sich 1998 weiter erhöht. Nicht zuletzt wegen des anhaltenden Anstiegs der Übergangsquoten war der Schülerzuwachs an öffentlichen Gymnasien und Realschulen am stärksten ausgeprägt, während gleichzeitig an Hauptschulen weniger Schüler unterrichtet wurden. Analog zu den steigenden Schülerzahlen nahm auch die Zahl der Lehrkräfte an den allgemeinbildenden Schulen des Landes 1998 leicht zu. Infolgedessen blieben die Schüler-Klassen-Relationen weitgehend konstant. Die Zahl der Studierenden an den Hochschulen des Landes nimmt dagegen seit dem Wintersemester 1994/95 kontinuierlich ab. Bei der Wahl des Ausbildungsplatzes bevorzugen Frauen zu einem überwiegenden Teil Berufe im Dienstleistungssektor, während Männer noch immer mehrheitlich eine Lehre in der Industrie und im Handwerk machen.
- Seit 1994 wächst die Südwestwirtschaft wieder überdurchschnittlich stark und baute im vergangenen Jahr ihren Wachstumsvorsprung gegenüber anderen Bundesländern aus. Der Aufholprozeß seit 1994 ist bemerkenswert. Hatte Baden-Württemberg 1993 noch einen Wachstumsrückstand von gut zwei Prozentpunkten gegenüber dem Durchschnitt aller westlichen Bundesländer, erzielte die Südwestwirtschaft 1998 einen Wachstumsvorsprung von einem Prozentpunkt. Der Südwesten trug im vergangenen Jahr fast wieder genauso stark zur Wirtschaftsleistung des westlichen Bundesgebiets bei wie 1992, dem Jahr vor der Rezession. Der konjunkturelle Aufschwung, der im Zeichen der guten Weltkonjunktur stand, begünstigte Baden-Württemberg in besonderem Maße, weil hier die besonders gefragten Investitionsgüterbranchen stark vertreten sind, die noch dazu enge Lieferbeziehungen mit dem Ausland unterhalten. Auf lange Sicht wird die Südwestwirtschaft aber nur dann überdurchschnittlich wachsen, wenn sich die Dienstleistungsunternehmen wieder dynamischer entwickeln als zuletzt. Die starke Industriepräsenz hat ihre Vorteile eindrucksvoll in Szene gesetzt. Unter den Bundesländern, die 1998 zur Spitze der wachstumsstarken Länder zählten, war Baden-Württemberg das einzige Land, in dem es gesamtwirtschaftlich einen Beschäftigungszuwachs gab. In keinem anderen Bundesland war die Arbeitslosenquote so niedrig wie hierzulande.

## Wirtschaftliche Perspektiven für 1999

### *Leichter Gegenwind*

Die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung haben die Wachstumserwartungen für 1999 erheblich gedämpft, aber nicht auf Dauer verschlechtert. Die Hauptgründe dafür liegen in den Krisenherden Südostasien, Südamerika, Rußland und neuerdings dem Kosovo, die sich mehr und mehr als Bremse für die Weltkonjunktur ausgewirkt und dazu beigetragen haben, daß das Wirtschaftswachstum der Industrieländer 1998 um ein Drittel auf gut 2 % geschrumpft ist. Nach den Wirtschaftsprognosen für die sechs wichtigsten Zielländer des südwestdeutschen Exports ist für 1999 damit zu rechnen, daß die gesamtwirtschaftlichen Leistungen auf diesen Märkten in ähnlich starkem Umfang zurückgehen und deshalb die Exporterwartungen erheblich schmälern. Es beruhigt, daß die Auswirkungen der Krisen überschaubarer werden und die abwärtsgerichteten Tendenzen in der Weltwirtschaft an Kraft verloren haben. Eine Weltwirtschaftskrise wird schon deshalb ausgeschlossen, weil sich die US-Wirtschaft als robust erwiesen hat und dank einer gesunden Binnenkonjunktur den langgezogenen Wachstumszyklus in ruhigeren Bahnen auslaufen läßt.

Hinzu kommt, daß sich in Europa die Wachstumserwartungen wieder bessern. Das Konsumklima ist deutlich günstiger als in den Vorjahren und mit der Erholung der Exportmärkte dürfte auch die Investitionsbereitschaft zunehmen. Der Höhenflug des US-Dollar sollte hierbei gute Dienste leisten. Gerade die Aufhellung des Importklimas in Europa dürfte dazu beitragen, die Aussichten der hiesigen Exportwirtschaft zu bessern. Die südwestdeutschen Exporte haben zur Jahreswende die Talsohle erreicht und expandieren seitdem wieder leicht. Der Kosovokrieg und seine Folgen für die Anrainerstaaten könnte den jungen Aufwärtstrend in der Exportentwicklung hemmen und verzögern, aber nicht entscheidend stören.

### *Mehr Konsum – weniger Investitionen*

Binnenwirtschaftlich ist nicht zu sehen, daß sich die wirtschaftlichen Rahmendaten merklich verschlechtert hätten. Die nach wie vor niedrigen Zinsen und auch die Preise sind jahrzehntelang nicht mehr so stabil gewesen wie heute. Auch wenn man davon ausgehen muß, daß die Dollaraufwertung und die angehende Erholung der Weltwirtschaft die Rohstoffpreise und damit die Einfuhrpreise steigen lassen, sollte die dadurch angestoßene Tendenz zur Teuerung begrenzt bleiben. Wichtiger, weil wachstumshemmend, scheint, daß die Investitionsbereitschaft nach wie vor zögerlich ist. Es hatte eines wahren Exportbooms bedurft, um im Vorjahr den Bedarf an Investitionsgütern kräftig steigen zu lassen und dieser Effekt ist in dem Maße

wieder verpufft, wie der Anstoß von außen nachgelassen hat. Eine kräftige Nachfrage nach Kraftfahrzeugen und eine allmähliche Belebung des Konsums haben nicht ausgereicht, den Anstoß von außen in einen selbsttragenden Zyklus umzumünzen. Dies war nicht nur im Südwesten Deutschlands, sondern auch in weiten Teilen Europas zu beobachten.

Offensichtlich hat dies mit strukturellen Verwerfungen zu tun, deren Existenz wirtschaftliches Handeln lähmt. Der Zugriff des Staates auf den Ertrag wirtschaftlicher Leistung ist bei einer Staatsquote von nahezu 50 % groß und bedingt eine hohe Steuer- und Abgabenlast. Die bisherigen Bemühungen um eine Konsolidierung der staatlichen Ausgaben haben das Grundproblem offensichtlich kaum verändert. Das Vertrauen schwindet auch deshalb, weil die nötigen Strukturreformen nur schleppend in Gang kommen. Mehr Sicherheit ist aber zwingend nötig, will man die Binnennachfrage auf Dauer stärken und Unternehmen Grund für mehr Investitionen geben. Gerade daran scheint es zu mangeln.

Die stärksten Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung im laufenden Jahr sind vom privaten Konsum zu erwarten. Nachdem die Konsumnachfrage schon im Vorjahr spürbar ausgeweitet wurde, wird sie sich im Lauf des Jahres noch lebhafter entwickeln. Den Anstoß dazu werden die Arbeitnehmerinkommen geben, die rund zwei Drittel der Einkommen ausmachen. Ein Anstieg der Tarifverdienste um gut 3 % und eine neuerliche Verbesserung der Beschäftigungslage werden das Konsumklima deutlich bessern. Hinzu kommt, daß die privaten Haushalte durch steuerliche Maßnahmen und eine Erhöhung des Kindergeldes entlastet wurden. Nach all dem könnte der private Konsum um 2,5 bis 3 % zunehmen.

## Annahmen der Prognose

Aus dem dargestellten Szenario und Kenntnissen über den Konjunkturverlauf in den Wirtschaftsbereichen Baden-Württembergs lassen sich Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1999 ableiten. Soweit vorhanden, wurden die aktuellen Monatswerte berücksichtigt. Herangezogen wurden überdies alle Informationen und Beobachtungen, die geeignet sind, den weiteren Verlauf der Datenreihen hinreichend zu quantifizieren. Die Prognose für das gesamtwirtschaftliche Wachstum ergibt sich synthetisch aus der Summe der Einzelprognosen für die Wirtschaftsbereiche. Das hierfür verwendete Rechenmodell ist nach der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aufgebaut.

- Getragen von einer starken Investitionsbelebung und einer besonders starken Automobilkonjunktur hat die Inlandsnachfrage nach Gütern des Verarbeitenden Gewerbes im vergangenen Jahr kräftiger expandiert

als erwartet. Diese Entwicklung hat sich aber mit Abebben der Auslandskonjunktur nicht fortgesetzt. Im 1. Quartal 1999 kamen die Inlandsumsätze nicht mehr über das Vorjahresniveau hinaus und dürften dort bis ins 2. Quartal hinein bleiben. Erst im weiteren Jahresverlauf ist mit mehr Dynamik zu rechnen. Dann dürften nicht nur die konsumnahen Branchen von der Belebung des privaten Verbrauchs profitieren, sondern auch die Hersteller von Investitionsgütern von einer Aufhellung der allgemeinen Geschäftslage. Weil sich im Inland allerdings die Nachfrage nach Fahrzeugen beruhigt, ist damit zu rechnen, daß die Inlandsumsätze im Jahresdurchschnitt 1999 nur um 1 bis 2 % expandieren.

- Die Auslandsnachfrage nach Industriegütern, die rund ein Drittel am Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes ausmacht, hat im Jahresverlauf 1998 Monat für Monat an Dynamik verloren und lag zum Jahreswechsel in etwa wieder auf dem extrem hohen Vorjahresniveau. Seitdem haben sich die Ausfuhren in die meisten Zielregionen stabilisiert. Im 1. Quartal 1999 lagen die Auslandsumsätze wieder um 3 % über dem Vorjahresniveau. Weil sich die Konjunktur in den meisten Partnerländern, namentlich in Europa, wieder erholt, sollte sich dieser Prozeß fortsetzen. Allerdings wird sich die Expansion in Grenzen halten. Die Konjunktur im Hauptpartnerland USA hat ihren Zenit durchlaufen und dürfte den zusätzlichen Bedarf an südwestdeutschen Exportgütern drosseln, auch wenn man berücksichtigt, daß der Höhenflug des US-Dollar deren preisliche Wettbewerbsfähigkeit gestärkt hat. Ähnliches gilt für den Exportschlager Fahrzeugbau, der im Vorjahr Umsatzzuwächse von 20 % und weit darüber erzielte. Die Exporte anderer Güter und in andere Zielregionen werden sich dagegen im Jahresverlauf leicht beleben. Der Vorjahresvergleich auf diesen Märkten dürfte auch deshalb zunehmend besser ausfallen, weil das Vorjahresniveau nicht so hoch lag. Insgesamt wird sich der Auslandsumsatz 1999 um 5 % erhöhen.

- Nach jahrelangem Rückwärtsgang ist damit zu rechnen, daß das Baugewerbe seine Geschäftslage in diesem Jahr auf dem niedrigen Vorjahresniveau stabilisieren kann. Nachdem die baugewerblichen Umsätze im 2. Halbjahr 1998 stagniert hatten, gab es im 1. Quartal 1999 nur wegen eines Basiseffekts nochmals rote Zahlen. Im Jahresdurchschnitt sollten sich ein deutlicher Zuwachs im Wirtschaftsbau und leichte Umsatzverluste im Wohnungsbau die Waage halten. Der öffentliche Bau dürfte weitgehend stagnieren.

- Beflügelt durch die merklichen Einkommensverbesserungen wird sich die Geschäftslage im Einzelhandel 1999 wesentlich besser darstellen als zuvor. Nachdem im Vorjahr vor allem der Kfz-Einzelhandel von

der Belebung des Konsums profitiert hatte, wird in diesem Jahr der übrige Einzelhandel nachziehen. Obwohl die Umsätze in den ersten Monaten des Vorjahres durch vorgezogene Käufe zur Umgehung der Mehrwertsteuer geschönt waren, stiegen im 1. Quartal 1999 die Umsätze im Einzelhandel real um 3 % und dürften deshalb im Jahresdurchschnitt 1999 deutlich darüber liegen. Der Großhandel wird indessen das gute Vorjahresergebnis nicht mehr erreichen. Nach einem Umsatzplus im Vorjahr von gut 5 % werden die Umsätze 1999 aber noch real um gut 3 % zulegen. Für den Handel insgesamt wird mit einem Umsatzplus von 3 ½ % gerechnet.

- Der Wirtschaftsbereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung wird die dynamische Entwicklung der Vorjahre fortsetzen und mit dem Wachstumstempo unternehmensnaher Dienstleister gleichziehen. Trendsetter ist der Bereich Nachrichtenübermittlung, dessen Dynamik die konjunkturbedingt leichte Abschwächung im Verkehrsbereich ausgleicht. Wertschöpfungszuwachs im gesamten Wirtschaftsbereich um 4 %.
- Die Wohnungswirtschaft hat in den letzten Jahren an Dynamik verloren. Nachdem sich die Zuwanderung normalisiert hat und der Wohnungsbedarf in weiten Teilen des Landes ausgeglichen ist, haben sich vor allem im Bereich Wohnungsvermietung die Zuwächse merklich zurückgebildet. In den letzten drei Jahren lagen sie um einen Prozentpunkt niedriger als in den drei Jahren zuvor. Dieser Trend sollte sich 1999 fortsetzen. Danach wird 1999 die Wertschöpfung im Bereich Wohnungsvermietung um 2,5 % steigen.

- Die vorwiegend unternehmensnahen Dienstleistungen, die weit mehr als Banken, Versicherungen und die Wohnungswirtschaft den Wirtschaftsbereich Dienstleistungen prägen, werden ihren Wachstumstrend fortsetzen und sogar leicht verstärken. Erfahrungsgemäß folgen sie dem allgemeinen Trend mit einer zeitlichen Verzögerung von einem halben Jahr und tendieren in Schwächephasen des Verarbeitenden Gewerbes deutlich stärker. Den handelsnahen Dienstleistern kommt der Einkommenszuwachs zugute. Zuwachs der Bruttowertschöpfung um 4,5 %.
- Der Staat und die Gebietskörperschaften werden mittelfristig an ihrem Konzept zur Eindämmung der Haushaltsdefizite festhalten und von der fiskalischen Seite her kaum etwas zum Wirtschaftswachstum beitragen. Nach einer Stagnation im Vorjahr dürfte 1999 die Bruttowertschöpfung des Staates einschließlich der privaten Haushalte sowie der Kirchen und Verbände um 0,5 % zunehmen.

### Fundament für stabileres Wachstum

Das für die Teilbereiche der Gesamtwirtschaft skizzierte Szenario zur wirtschaftlichen Entwicklung Baden-Württembergs 1999 hängt entscheidend davon ab, daß die wesentlichen Grundannahmen, nämlich ein deutlicher Zuwachs der Arbeitnehmerinkommen und eine merkliche Zurückhaltung bei den Investitionen im Inland, sich im Jahresverlauf bestätigen. Prognoserisiken beziehen sich auch auf den Wendepunkt im Konjunkturgeschehen, dem Zeitpunkt also, ab dem die wachstumsförderlichen Impul-

Tabelle 1

### Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg seit 1995 nach Wirtschaftsbereichen

– in Preisen von 1991 –

Wirtschaftsbereich	1995	1996	1997	1998	1999 <sup>1)</sup>	Nachrichtlich: Anteil an der unbereinigten Bruttowert- schöpfung 1998
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %					%
Produzierende Wirtschaft <sup>2)</sup>	+ 0,5	– 0,3	+ 3,1	+ 6,0	+ 0,9	43,2
Handel und Verkehr	+ 1,9	+ 1,4	+ 3,0	+ 4,1	+ 4,0	12,4
Dienstleistungsunternehmen	+ 2,7	+ 4,6	+ 3,8	+ 4,3	+ 4,3	33,4
Staat <sup>3)</sup>	+ 0,5	+ 1,2	– 0,9	–	+ 0,5	11,0
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,5	+ 3,8	+ 2,1	x

1) Eigene Schätzung. – 2) Produzierendes Gewerbe einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. – 3) Einschließlich Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.  
Berechnungsstand: Herbst 1998/Frühjahr 1999.

se die Wirkung bremsender Faktoren aufheben und schließlich überwiegen. Die Prognose geht davon aus, daß dieser Wendepunkt bevorsteht, aber erst spät im Jahr liegen dürfte, so daß er für die Wachstumsschätzung nur eine untergeordnete Rolle spielt. Im Verhalten der Investitionsgüter produzierenden Branchen, das hierfür ein wichtiger Indikator ist, gab es im Stützzeitraum bis ins 1. Quartal 1999 für einen Wendepunkt allenfalls erste Hinweise. Auch die Trendschätzung für den Bereich Dienstleistungen muß mit größeren Unschärfen leben, weil es an der nötigen Datenbasis fehlt.

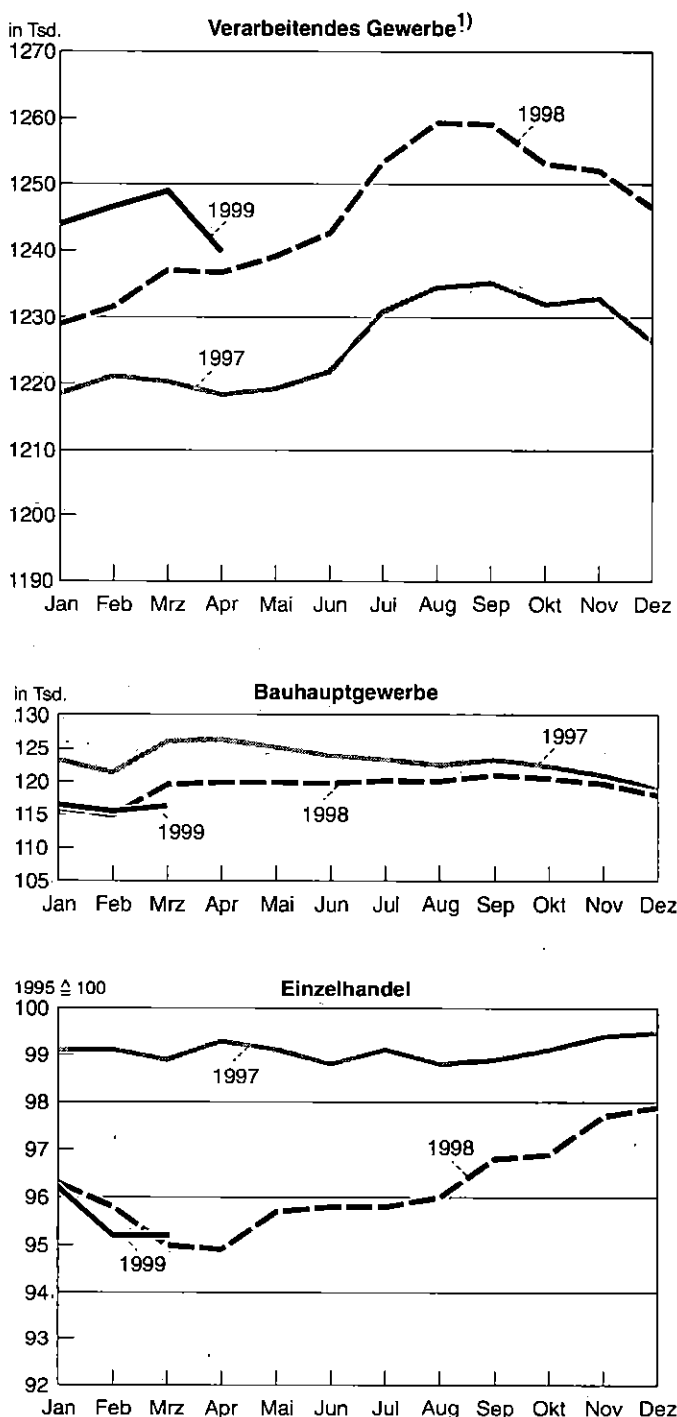
Nach dem Ergebnis der Prognose, die für 1999 ein Wirtschaftswachstum von etwa 2 % erwarten läßt, ist in Baden-Württemberg damit zu rechnen, daß die wirtschaftliche Dynamik deutlich schwächer ausfällt als im Vorjahr. Neben dieser Aussage ergab die Prognose aber Erkenntnisse, die wichtiger sind als das Ergebnis selbst. Für die Einschätzung der weiteren Wirtschaftsentwicklung ist es wichtig, daß ein Abgleiten in eine Rezession nicht zu befürchten ist. Hierfür sprechen die Erwartungen im weltwirtschaftlichen Umfeld, aber auch die jüngsten Trends im hiesigen Verarbeitenden Gewerbe. Wichtig ist es auch zu wissen, daß sich außer dem Verarbeitenden Gewerbe alle anderen Wirtschaftsbereiche robust oder sogar besser entwickeln als im Vorjahr. Dies gilt insbesondere für bisherige Problemfelder wie das Baugewerbe und den Einzelhandel. Damit ist ein gesundes Fundament für ein stabileres Wirtschaftswachstum im nächsten Jahrzehnt gelegt. Als günstig kann die Prognose auch im Vergleich mit der Prognose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gelten, die für Deutschland eine Wachstumsrate von 1,7 % ermittelt haben. Danach stehen die Aussichten gut, daß der Südwesten nach 1996, 1997 und 1998 ein weiteres Jahr stärker wächst als Gesamtdeutschland. Im 1. Quartal 1999 hatte der Südwesten in den unterjährig erfaßten Wirtschaftsbereichen Industrie, Baugewerbe und Handel, die annähernd die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts ausmachen, einen Wachstumsvorsprung vor den westlichen Bundesländern von gut 2 Prozentpunkten. Auch wenn davon auszugehen ist, daß bei anhaltender Investitionsschwäche dieser Wachstumsvorsprung im Lauf des Jahres schmilzt, ist dennoch nicht zu erwarten, daß er versiegt. Es ist durchaus möglich, daß der Südwesten im Bereich der Dienstleistungsunternehmen, die sich in den letzten Jahren schwächer entwickelt hatten als in anderen Ländern, vom Tempovorsprung im Baugewerbe und in den baunahen Industriebereichen profitiert und wieder günstiger tendiert.

## Beschäftigungszuwachs setzt sich 1999 fort

Der aufwärtsgerichtete Beschäftigungstrend wird sich im Jahr 1999 fortsetzen. Die Tempominderung im konjunkturellen Aufschwung, die vorrangig vom Hauptarbeitgeber "Industrie" ausgeht, wird den weiteren Beschäftigungsaufbau aber drosseln. Teilweise wird der

Schaubild 1

## Beschäftigte in Baden-Württemberg 1997 bis 1999 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen



1) Einschließlich Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.

dämpfende Einfluß des Verarbeitenden Gewerbes aber durch die positiven Tendenzen im Bau und Handel ausgeglichen. Der Stellenzuwachs dürfte damit weiter an Breite und auch an Stabilität gewinnen. Insgesamt ist mit einer Zunahme der Erwerbstätigen um 20 000 zu rechnen, 10 000 weniger als 1998.



Tabelle 2

**Erwerbstätige in Baden-Württemberg seit 1995 nach Wirtschaftsbereichen**

– Inlandskonzept –

Wirtschaftsbereich	1995	1996	1997	1998	1999 <sup>1)</sup>	Nachrichtlich: Anteil an den Erwerbstätigen 1998 insgesamt
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %					%
Produzierende Wirtschaft <sup>2)</sup>	– 2,1	– 3,4	– 1,7	+ 1,0	– 0,1	42,6
Handel und Verkehr	– 2,1	– 0,6	– 0,8	– 1,7	– 0,4	16,1
Dienstleistungsunternehmen	+ 3,0	+ 2,6	+ 1,5	+ 3,1	+ 3,0	22,4
Staat <sup>3)</sup>	– 0,2	+ 0,4	– 1,0	– 1,0	– 0,5	18,9
Insgesamt	– 0,7	– 1,0	– 0,7	+ 0,6	+ 0,5	100

1) Eigene Schätzung. – 2) Produzierendes Gewerbe einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. – 3) Einschließlich Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Berechnungsstand: Herbst 1998/Frühjahr 1999.

Diese Gesamteinschätzung ergibt sich aus der Bilanz der Einzeleindrücke in den Wirtschaftsbereichen. Im Verarbeitenden Gewerbe wird der Stellenzuwachs anhalten, sich jedoch anders als 1998 im Zuge der konjunkturellen Abkühlung deutlich abschwächen. Das Baugewerbe hat die Talsohle der Beschäftigtenentwicklung erreicht, und der Einzelhandel wird im Jahresdurchschnitt 1999 einen höheren Personalbestand aufweisen als 1998. Diese Einschätzung stützt sich auf die Ergebnisse der Fachstatistiken. Danach haben sich nach mehrjährigem Schrumpfprozeß die Beschäftigtenzahlen im Baugewerbe und im Einzelhandel zu Beginn des Jahres 1999 erstmals wieder auf dem Vorjahresniveau behauptet. Im Baugewerbe wird sich die Beschäftigungslage wegen der verbesserten Auftragsentwicklung im vergangenen Jahr stabilisieren. Im Einzelhandel wird sich die aufwärtsgerichtete Tendenz in diesem Jahr fortsetzen, nachdem sich die Einkommenssituation der privaten Haushalte verbessert hat. Sektoral betrachtet dürfte sich der Stellenzuwachs im Produzierenden Gewerbe 1999 abschwächen, dafür aber im Dienstleistungssektor verstärken. Die Erwerbstätigenentwicklung im Dienstleistungssektor reagiert erfahrungsgemäß mit einer zeitlichen Verzögerung auf die konjunkturelle Belebung im Verarbeitenden Gewerbe. Die Zunahme der Arbeitsplätze im vergangenen Jahr und die Einkommensverbesserungen werden den Konsum der privaten Haushalte im Laufe dieses Jahres beleben, was in besonderem Maße dem Dienstleistungssektor zugute kommen dürfte.

Auf den ersten Blick mögen die im Jahr 1999 erwarteten 20 000 neuen Arbeitsplätze eindrucksvoll erscheinen. Gemessen an 4,6 Mill. Arbeitsplätzen in Baden-Württemberg bedeuten 20 000 zusätzliche Stellen gerade einmal eine Zunahme um ein halbes Prozent. Vor diesem Hintergrund würde sich die grundsätzliche Tendenz der Progno-

se nicht ändern, wenn die Erwerbstätigenzahl am Jahresende 1999 weniger stark steigen würde als angenommen. Und doch darf angesichts dieser relativen und in der gesamtwirtschaftlichen Beurteilung eher groben Betrachtungsweise nicht in Vergessenheit geraten, daß hinter diesen Zahlen Menschen stehen, für die es viel bedeutet, ob sie einen neuen Arbeitsplatz finden oder nicht.

Bei Fortsetzung des Beschäftigungsaufbaus ist auch auf dem Arbeitsmarkt mit einer weiteren Besserung zu rechnen. In diesem Jahr geht das Statistische Landesamt Baden-Württemberg davon aus, daß jahresdurchschnittlich etwa 330 000 Menschen im Südwesten arbeitslos sein werden. Der Entlastungseffekt wird sich im Jahr 1999 gegenüber 1998 auf rund 20 000 abschwächen, was im Vorjahresvergleich einem Rückgang der Arbeitslosenzahl von etwa 5 % entspricht. Dabei ist berücksichtigt, daß ein Teil der Arbeitslosen altersbedingt aus der Arbeitslosenstatistik ausscheidet.

## Gesamtwirtschaft

### Kräftiger Aufschwung im Südwesten

Die Südwestwirtschaft expandierte im Jahr 1998 so schwungvoll wie lange nicht mehr. Das Bruttoinlandsprodukt – Ausdruck aller im Lande produzierten Güter und Dienstleistungen – erhöhte sich 1998 gegenüber dem Vorjahr real um rund 17,5 Mrd. DM auf gut 474 Mrd. DM. Mit einer Zuwachsrate von 3,8 % gegenüber dem Vorjahr erreichte die Wirtschaft Baden-Württembergs 1998 fast das hohe Wachstumstempo des Hochkonjunkturjahres 1991, als die Wirtschaftsleistung um real 4 % zunahm.

Die nachhaltige konjunkturelle Erholung im vergangenen Jahr hat mit dazu beigetragen, daß sich die hiesige Wirtschaft seit dem ausgeprägten konjunkturellen Tief im Jahr 1993 in einem bemerkenswerten Aufholprozeß bundesweit wieder unter den wachstumsstärksten Ländern etabliert hat. Hatte Baden-Württemberg 1993 noch einen deutlichen Wachstumsrückstand von gut zwei Prozentpunkten gegenüber dem Durchschnitt aller westlichen Bundesländer, erzielte die Südwestwirtschaft im vergangenen Jahr einen Wachstumsvorsprung von einem Prozentpunkt, den es in dieser Stärke seit 1986 nicht mehr gegeben hat.

### Verarbeitendes Gewerbe war maßgebliche Kraft

Wie bereits 1997 zeigte sich auch im vergangenen Jahr das Verarbeitende Gewerbe – in den Jahren zuvor noch Sorgenkind der baden-württembergischen Wirtschaft – in blendender Verfassung und war maßgebende Kraft des Konjunkturaufschwungs. Die Nachfrage des Auslands, insbesondere nach Fahrzeugen und Investitionsgütern „made in Baden-Württemberg“, erreichte Rekordziffern. Die zunehmende Auslastung der Produktionsanlagen infolge der lebhaften Exportentwicklung ließ auch im Inland die Investitionsnachfrage steigen, so daß die reale Bruttowert-

schöpfung im Verarbeitenden Gewerbe das Vorjahresniveau um kräftige 7,4 % übertraf – weitaus stärker als in anderen Wirtschaftsbereichen. Mit einem Plus an realer Wertschöpfung von 11,5 Mrd. DM entfielen zwei Drittel des gesamtwirtschaftlichen Zuwachses an realer Wirtschaftsleistung auf das Verarbeitende Gewerbe.

Daß sich die Wirtschaft im Südwesten im vergangenen Jahr mit so viel Schwung präsentierte, lag aber auch an den Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne (ohne Handel, Verkehr und Staat). Sie expandierten mit einer Wachstumsrate von 4,3 % nicht nur wie bereits gewohnt überdurchschnittlich, sondern tendierten ebenfalls stärker als zuvor.

Neben den expandierenden Wirtschaftsbereichen „Verarbeitendes Gewerbe“ und „Dienstleistungsunternehmen“, die mit Bruttowertschöpfungen von real 166 und 155 Mrd. DM jeweils zu rund einem Drittel zur Gesamtwirtschaft beitrugen, tendierte im vergangenen Jahr auch das verbleibende Drittel der Gesamtwirtschaft besser. In diesen Wirtschaftsbereichen gab es 1998, nach zuvor leichtem Rückgang der realen Bruttowertschöpfung, binnen Jahresfrist wieder ein Plus von 1,6 %. Wachstumsträger waren dort wie bereits in den Jahren zuvor der Handel und der Bereich Verkehr einschließlich Nachrichtenübermittlung. Der Staat verbuchte 1998 nach vorherigem Rückgang wieder einen

Tabelle 3

### Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg seit 1980 nach Wirtschaftsbereichen

– in Preisen von 1991 –

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Bruttowertschöpfung							
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Dienstleistungsunternehmen	Handel und Verkehr	Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe			
1980	319 134	4 032	160 250	6 530	129 927	23 792	67 839	34 966	39 264
1985	344 297	4 487	167 172	7 669	137 865	21 637	82 188	38 735	42 752
1990	422 207	6 253	193 571	8 362	160 847	24 362	114 972	48 462	46 747
1991	439 031	4 786	197 754	8 767	164 793	24 193	120 257	52 974	47 815
1992	443 791	6 777	193 528	8 948	159 819	24 762	124 582	53 439	49 425
1993	425 786	5 639	174 602	8 637	142 723	23 241	129 041	51 850	50 411
1994	435 068	6 130	177 502	8 984	145 473	23 046	133 829	51 970	51 018
1995	439 922	5 560	178 975	9 294	147 139	22 542	137 386	52 948	51 262
1996	445 711	6 198	177 753	8 832	147 135	21 786	143 714	53 707	51 853
1997	456 810	5 414	184 288	8 684	154 669	20 935	149 139	55 306	51 403
1998	474 254	6 050	195 078	8 637	166 149	20 292	155 482	57 558	51 410

Berechnungsstand: Herbst 1998/Frühjahr 1999.

leichten Wertschöpfungszuwachs von 0,2 % gegenüber 1997. Wachstumsbremse war im nunmehr sechsten Folgejahr das Baugewerbe, aber auch der Bereich Energie- und Wasserversorgung. Zum ersten Mal konnten die in früheren Jahren kräftig expandierenden privaten Organisationen ohne Erwerbszweck einschließlich der privaten Haushalte 1998 das Wertschöpfungsniveau des Vorjahres nicht mehr halten.

## Aufschwung steht auf breiterem Fundament

Mit dem kräftigen konjunkturellen Aufschwung im vergangenen Jahr haben mehr Wirtschaftsbereiche als zuvor den Rückgang an realer Bruttowertschöpfung wieder wettgemacht, der während der konjunkturellen Tiefphase entstanden war. Damit steht der Aufschwung auf einem breiteren Fundament. Gesamtwirtschaftlich betrachtet ist die Rezession in Baden-Württemberg bereits seit 1996 überwunden, nachdem das Bruttoinlandsprodukt seinen Höchststand aus dem Jahr 1992 wieder übertroffen hatte. Dennoch sind die Auswirkungen der Rezession in einzelnen Wirtschaftsbereichen bis heute noch spürbar. Waren im Jahr 1997 nur die Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne und die Unternehmen des Verkehrs einschließlich Nachrichtenübermittlung wieder auf Expan-

sionskurs, kamen im vergangenen Jahr das Verarbeitende Gewerbe und der Handel hinzu. In Teilbereichen der Gesamtwirtschaft – allen voran im Baugewerbe, aber auch bei Energie- und Wasserversorgungsunternehmen – nimmt die reale Bruttowertschöpfung aber immer noch ab. Doch auch in diesen Bereichen flacht der negative Trend allmählich ab, was als Indiz dafür gewertet werden kann, daß der konjunkturelle Aufschwung, unabhängig von seiner Stärke, an Stabilität gewinnt.

Daß die Wirtschaft einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Gesundung vorangekommen ist, zeigt die Entwicklung der Beschäftigung im vergangenen Jahr. Erstmals seit der Rezession stützte sich der Produktivitätszuwachs der baden-württembergischen Wirtschaft – ausgedrückt durch das je Erwerbstätigen erwirtschaftete reale Bruttoinlandsprodukt – ausschließlich auf eine Ausweitung der Wirtschaftsleistung und nicht mehr auf den Personalabbau. Der Produktivitätszuwachs war trotz der leichten Beschäftigungszunahme mit 3,2 % fast genauso stark wie 1997. Im Verarbeitenden Gewerbe flachte der Produktivitätsfortschritt 1998 zwar leicht auf 5,2 % ab, erreichte jedoch nach 1994 und 1997 immer noch mit Abstand den höchsten Wert seit 1980.

## Parallelen zu den achtziger Jahren

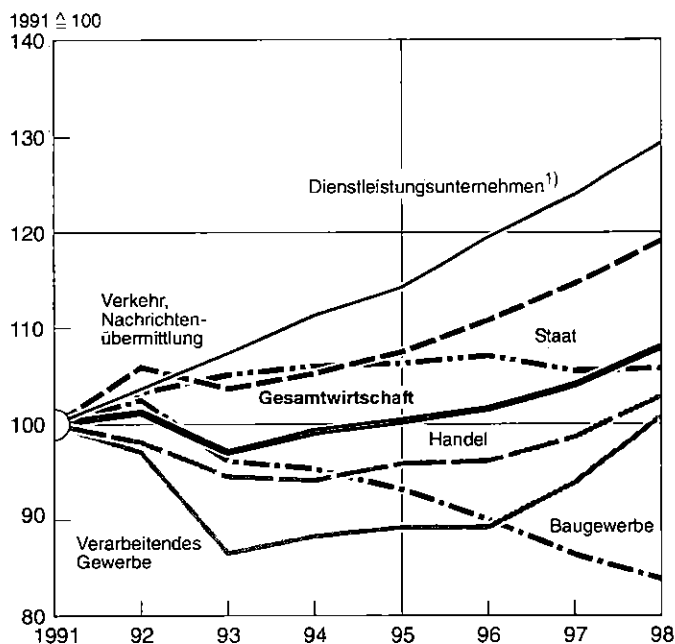
In den neunziger Jahren dauerte der Aufholprozeß nach der Rezession 1993 wegen des hohen Niveaus des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1992, der Wachstumschwäche der Weltwirtschaft und der Aufwertungstendenz der DM dreimal so lange wie nach der Rezession im Jahr 1982. Seit 1996 entwickelt sich die Südwestwirtschaft ähnlich wie in den 80er Jahren. Seit dem Jahr 1996, in dem in Baden-Württemberg ein neuer Höchststand des realen Bruttoinlandsprodukts realisiert wurde, hat der konjunkturelle Aufschwung von Jahr zu Jahr an Kraft gewonnen. Ähnlich kräftig war die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in den Jahren 1984 bis 1986.

Auch die in diesem Jahr erwartete Abschwächung der Wachstumsdynamik paßt zum Bild des Konjunkturzyklus der 80er Jahre und kennzeichnet keineswegs den Start einer neuen konjunkturellen Schwächephase. Vielmehr mehrten sich die Anzeichen, daß sich der in den 80er Jahren zu beobachtende M-förmige Zyklus wiederholen könnte. Gegen Mitte dieses Zyklus war das Wirtschaftswachstum im Südwesten nach 3,9 % im Jahr 1986 wegen einer Wachstumsschwäche der Industrie im Folgejahr auf 2,1 % gesunken, um sich danach wieder zu beschleunigen. Auch im aktuellen Konjunkturgeschehen erwartet das Statistische Landesamt nach der letztjährigen hohen Wachstumsrate von real 3,8 % und einer markanten Abschwächung der Zuwachsrates in diesem Jahr auf rund 2 % für das Jahr 2000 wieder eine kräftigere Aufwärtsbewegung.

Schaubild 2

### Bruttowertschöpfung\*) in Baden-Württemberg seit 1991

– in Preisen von 1991 –



\*) Gesamtwirtschaft: Bruttoinlandsprodukt. – 1) Im engeren Sinne (ohne Handel, Verkehr, Staat).

# Verarbeitendes Gewerbe

1998 war für das Verarbeitende Gewerbe in Baden-Württemberg das erfolgreichste Jahr der beiden letzten Jahrzehnte. Die reale Bruttowertschöpfung stieg mit + 7,4 % gegenüber dem Vorjahr sogar kräftiger an als im Jahr des Vereinigungsbooms 1990. Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich damit der bereits 1997 eingeschlagene Aufwärtstrend nicht nur fortgesetzt, sondern sogar noch verstärkt. In den letzten beiden Jahren hat die Südwestindustrie das in der schweren Rezession von 1992/93 verlorene Terrain vollends zurückgewonnen: 1998 wurde der bisherige Höchststand der realen Bruttowertschöpfung aus dem Jahr 1991 erstmals übertroffen. Im vergangenen Jahr schnitt das Verarbeitende Gewerbe auch im Vergleich mit anderen wichtigen Wirtschaftsbereichen überaus gut ab. Die Industrie expandierte 1998 deutlich stärker als die Dienstleistungsunternehmen und der Handel, deren Wachstumsraten „nur“ + 4,3 % bzw. + 4,2 % betrugen. Für 1999 sind die Aussichten allerdings nicht mehr ganz so günstig. Ein merklich abgekühltes Exportklima und die Beruhigung der Inlandsnachfrage nach Automobilen werden besonders in Baden-Württemberg das Expansionspotential der Industrie erheblich schmälern.

## Wechsel in den Antriebskräften: Vom Ausland zum Inland

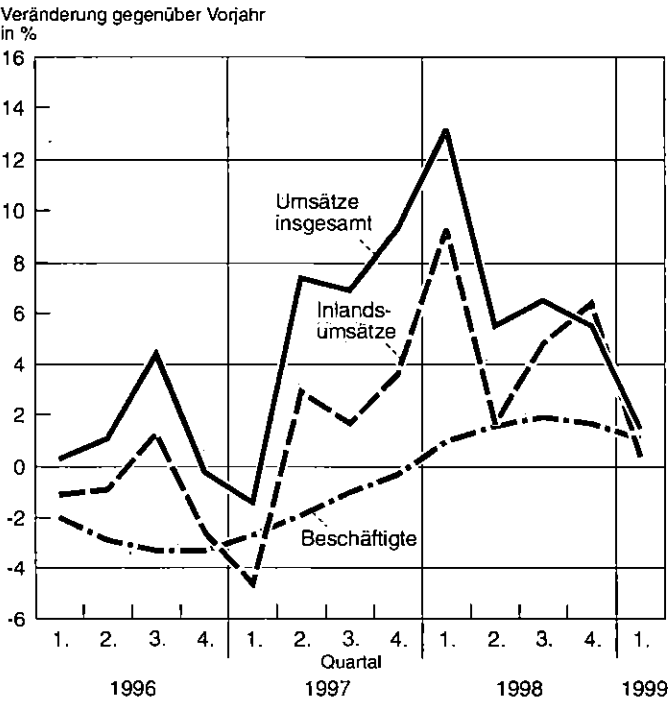
Bei weitgehend konstanten Erzeugerpreisen nahmen 1998 die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes um 7 ½ %, die Produktion um gut 6 % gegenüber dem Vorjahr zu. Wachstumsträger war wiederum das Auslandsgeschäft. Im vergangenen Jahr übertrafen die Auslandsumsätze das bereits hohe Vorjahresniveau nochmals um 11 % und erreichten damit einen neuen Höchstwert von rund 150. Mrd. DM. Auch die Inlandsumsätze nahmen 1998 mit + 5 ½ % gegenüber dem Vorjahr erstmals nach 1991 deutlich zu und lagen mit ca. 254 Mrd. DM wieder über dem Niveau von 1992. Im Jahresverlauf kam es dabei zu einem Wechsel in den Antriebskräften von der Auslands- zur Inlandsnachfrage. Die Zuwachsraten der Auslandsumsätze gingen von + 16 ½ % im 1. Halbjahr auf + 6 ½ % im 2. Halbjahr zurück, während die Inlandsumsätze von knapp 5 ½ % im 1. Halbjahr auf fast 6 % im 2. Halbjahr zulegte. Insgesamt hat sich in der 2. Jahreshälfte die konjunkturelle Grunddynamik aber spürbar abgeschwächt, weil die Belebung der Inlandsnachfrage nicht stark genug war, die zunehmenden Belastungen von außen zu kompensieren.

## Fahrzeugbau bleibt Stütze der Südwest-industrie

Hauptnutznießer der lebhaften Nachfrage nach Industriegütern war der Fahrzeugbau. Dessen Umsatzzuwächse lagen 1998 mit + 18 ½ % gegenüber dem Vorjahr deut-

Schaubild 3

## Umsätze (nominal) und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs seit 1996



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

352 99

lich über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Insbesondere im Ausland erzielte die baden-württembergische Paradebranche mit + 23 % ein beachtliches Plus. Aber auch im Inland war der Zuwachs mit + 14 % kräftig. Die Automobilproduzenten profitierten einerseits von der anhaltend hohen Nachfrage, besonders aus den Vereinigten Staaten, andererseits aber auch von einer Ausweitung der Investitionspläne und einer Belebung des privaten Verbrauchs im Inland. Angeregt von den guten Absatz- und Ertragsaussichten, einer hohen Kapazitätsauslastung sowie von niedrigen Zinsen übertrafen die inländischen Ausrüstungsinvestitionen den Vorjahreswert um real 10 %. Offenbar konzentrierten sich die Neuanschaffungen besonders auf betrieblich genutzte Kraftfahrzeuge. Denn im Vergleich zur Automobilnachfrage blieben die Umsätze des Maschinenbaus, dessen Erzeugnisse als „klassische“ Investitionsgüter gelten, deutlich zurück, obwohl sie das Vorjahresergebnis um immerhin knapp 6 % übertrafen. Bei den Herstellern von Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, einem anderen bedeutenden Zweig des Investitionsgütersektors, stagnierte der Inlandsumsatz sogar fast auf Vorjahresniveau. Auch von der Belebung des privaten Verbrauchs, der 1998 gegenüber dem Vorjahr um real knapp 2 % zunahm, profitierten fast nur die Automobilproduzenten, während die konsumnahen Branchen fast durchweg schwach tendierten. Die Inlandsumsätze des Textil- und Bekleidungsgewerbes verharrten auf

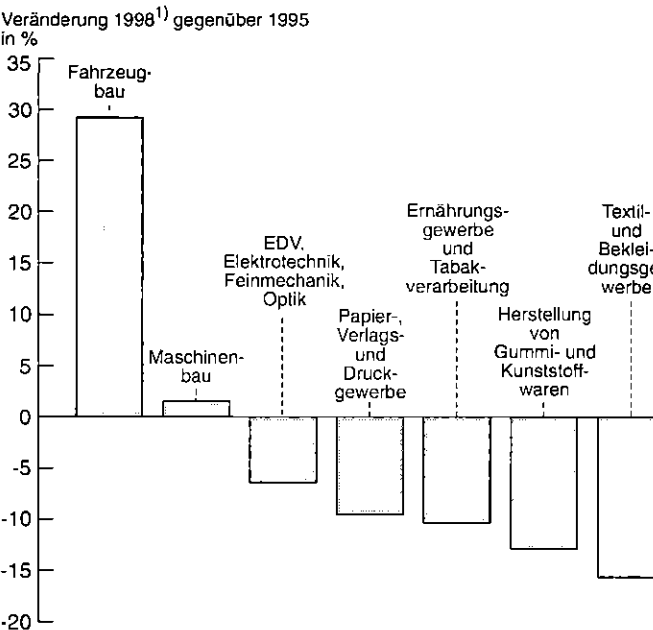
dem Vorjahresniveau, jene des Ernährungsgewerbes und der Tabakverarbeitung lagen sogar um 1 ½ % im Minus. Lediglich die Hersteller von Möbel, Schmuck und Musikinstrumenten konnten ihre Inlandsumsätze mit + 8 % im Vergleich zum Vorjahr kräftig steigern.

### Fahrzeugbau inzwischen größte Industriebranche

Aufgrund der überaus günstigen Automobilkonjunktur in den letzten beiden Jahren avancierte der Fahrzeugbau 1998 mit einem Umsatz in Höhe von rund 87 Mrd. DM zur bedeutendsten Industriebranche des Landes. Damit wurden 1998 ca. 21 ½ % der Industrieumsätze vom Fahrzeugbau erzielt. Der Maschinenbau, dessen Anteil sich auf knapp 20 % belief, wurde auf Platz zwei verdrängt. Auf Rang drei folgt der Bereich „EDV, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“ mit einem Umsatzanteil von etwa 15 %. Damit entfallen über die Hälfte der Industrieumsätze auf diese drei Branchen. *Schaubild 4* verdeutlicht den Konzentrationsprozeß innerhalb des Verarbeitenden Gewerbe ab 1995. Demnach hat der Fahrzeugbau seine ohnehin schon bedeutende Stellung weiter ausgebaut, während – außer dem Maschinenbau – alle anderen Branchen Anteile verloren. Offensichtlich ernten beide von der Rezession 1992/93 stark gebeutelten Industriezweige inzwischen die Früchte ihrer jahrelangen Rationalisierungs- und Umstrukturierungsphase, der viele Arbeitsplätze zum Opfer fielen. Das Textil- und Bekleidungsgewerbe sowie die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren verloren dagegen am stärksten an Bedeutung. Offenbar bekam insbesondere das Textil- und Bekleidungsgewerbe die Folgen der Globalisierung schmerzhaft zu spüren. Hier

Schaubild 4

### Anteile ausgewählter Branchen am Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg



1) Einschließlich der im Rahmen der Handwerkszählung 1995 aufgefundenen Betriebe.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

353 99

wurde die arbeitsintensive Produktion verstärkt ins Ausland verlagert. Selbst im Jahr 1998, als sich die Inlandsnachfrage spürbar belebte, verloren diese stärker auf den Inlandsmarkt ausgerichteten Branchen weiter an Anteilen.

Tabelle 4

### Umsatz- und Beschäftigtenanteile ausgewählter Industriezweige in Baden-Württemberg 1998

Wirtschaftszweig	Umsatz			Beschäftigte
	Gesamt	Inland	Ausland	
	Anteile in %			
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	6,2	8,8	1,8	5,2
Textil- und Bekleidungsgewerbe	3,0	3,4	2,3	3,7
Papier- und Druckgewerbe	6,2	8,1	2,9	6,4
Chemische Industrie	6,8	6,6	7,3	4,8
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	4,0	4,8	2,7	5,0
Metallerzeugung und -bearbeitung	8,8	10,8	5,3	11,4
Maschinenbau	19,8	16,4	25,6	21,3
EDV, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	15,1	13,1	18,4	16,5
Fahrzeugbau	21,4	16,4	30,0	17,3
Obige Branchen zusammen	91,4	88,4	96,5	91,6
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	100	100	100	100

Gemessen an der Zahl der Beschäftigten blieb der Maschinenbau die größte Industriebranche des Landes. Im baden-württembergischen Maschinenbau waren 1998 im Jahresdurchschnitt etwa 265 000 Personen und damit mehr als jeder Fünfte Industriebeschäftigte tätig. Auf den Plätzen folgen fast gleichauf der Fahrzeugbau mit einem Beschäftigtenanteil von knapp 17 ½ % und der Bereich „EDV, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“ mit 16 ½ %.

### ***Autoboomb sorgt für Neueinstellungen***

1998 hat das Verarbeitende Gewerbe erstmals nach sechs Jahren wieder mehr Personal eingestellt als abgebaut. Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Industriebeschäftigten um 19 000 auf 1,24 Mill. Personen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um gut 1 ½ %. Damit erreichte der jahrelange Personalabbau im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs, dem seit 1991 etwa 300 000 Arbeitsplätze zum Opfer fielen, ein Ende. Es ist jedoch kaum zu erwarten, daß der hohe Beschäftigungsstand von 1991 wieder erreicht wird, schließlich wurden die jüngsten Erfolge auf den internationalen Märkten nicht zuletzt über durchgreifende Rationalisierungsmaßnahmen und die damit verbundenen Kostensenkungen erreicht. Die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes werden daher den weiteren Beschäftigungsaufbau behutsam und mit Blick auf die erforderliche Produktivität fortsetzen. Überlegungen zur weiteren Beschäftigungsentwicklung sollten überdies im Auge behalten, daß der jüngste Beschäftigungsaufbau in der Industrie nicht in der Breite angelegt war, sondern stark von der boomenden Automobilnachfrage im In- und Ausland getragen wurde. Von den 19 000 zusätzlichen Stellen entfielen allein 13 000 auf den Fahrzeugbau, der damit 6 ½ % mehr Personal beschäftigte als noch 1997. Auch die Hersteller von Metallerzeugnissen und die Produzenten von Gummi- und Kunststoffwaren, die per saldo 5 600 bzw. 1 500 neue Stellen schufen, hängen mehr oder weniger stark von der Vorleistungsnachfrage der Automobilbauer ab. In anderen Branchen, wie im Textil- und Bekleidungsgewerbe sowie im Maschinenbau, hielt der Personalabbau sogar weiter an. In der baden-württembergischen Textil- und Bekleidungsindustrie gingen per saldo gut 2 500 Stellen, im Maschinenbau etwa 1 800 Stellen verloren. Immerhin fiel der Personalabbau im Maschinenbau deutlich geringer aus als in den Vorjahren.

### ***Deutliche Abkühlung für 1999 zu erwarten***

Das laufende Jahr wird für das Verarbeitende Gewerbe viel ruhiger verlaufen. Insbesondere im 1. Halbjahr sind keine nennenswerten Zuwächse zu erwarten. Zu Jahresbeginn ließ die inländische Investitionstätigkeit spürbar nach. Infolgedessen verharrten die Inlandsumsätze der

Investitionsgüterbranchen Maschinenbau, Herstellung von Metallerzeugnissen und der Meß-, Steuer- und Regelungstechnik in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Im Maschinenbau lagen die Auftragseingänge aus dem Inland in den ersten vier Monaten 1999 sogar um 11 % unter dem Vorjahresniveau. Ursächlich für den Attentismus bei den Investitionen waren die deutlich verschlechterten Absatz- und Ertragserwartungen im Export, die kräftigen Lohnsteigerungen sowie die Unsicherheit bezüglich der künftigen Unternehmensbesteuerung.

Auch das Auslandsgeschäft verlor viel von seiner letztjährigen Dynamik. Zum Jahreswechsel blieben die Auslandsumsätze sogar leicht unter dem Vorjahresergebnis. Immerhin war der Trend danach leicht aufwärtsgerichtet, so daß im 1. Quartal 1999 gegenüber dem Vorjahr noch ein Plus von knapp 3 ½ % erreicht wurde. Im Laufe des Jahres werden sich die Aussichten für den Export weiter bessern. Die dämpfenden Effekte der Krisen in Asien und Lateinamerika lassen nach, und die Konjunktur dürfte sich auch in den wichtigen Absatzländern der Europäischen Union festigen. Hinzu kommt, daß die baden-württembergische Wirtschaft über eine nach wie vor starke Wettbewerbsposition verfügt, die von der derzeitigen Euro-Schwäche zusätzlich begünstigt wird. Mit besseren Absatzperspektiven im Ausland und einer Stärkung des privaten Verbrauchs im Inland wird sich gegen Jahresende auch die inländische Investitionstätigkeit neu beleben und der Binnennachfrage zu mehr Schwung verhelfen.

## **Bauwirtschaft**

Im Baugewerbe ging die reale Bruttowertschöpfung im vergangenen Jahr mit – 3,1 % zum sechsten Mal in Folge zurück. Sie liegt inzwischen 18 % unter dem Wert von 1992 und damit gerade einmal auf dem Niveau von 1970. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß der langjährige Abwärtstrend mittlerweile sein Ende erreicht hat.

### ***Baugewerbe ohne Zugkraft***

Infolge der jahrelangen Talfahrt hat sich der Anteil des Baugewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung Baden-Württembergs zwischen 1980 und 1998 von 7,8 % auf nur noch 4,4 % verringert. Selbst in den Jahren guter Baukonjunktur von 1986 bis 1992 blieben die Wachstumsraten der realen Bruttowertschöpfung hinter denen des realen baden-württembergischen Bruttoinlandsprodukts zurück, so daß das Baugewerbe auch in guten Jahren Anteile verloren hat. Der Rückgang war im Südwesten etwas stärker ausgeprägt als im früheren Bundesgebiet: Dort reduzierte sich der Bruttowertschöpfungsanteil seit Anfang der 80er Jahre nur um 3 Prozentpunkte auf 4,2 % in 1998.

Dennoch hängt für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs mehr von der Bauwirtschaft ab, als der reine Anteilswert vermuten läßt. Erzeugnisse des Stahl- und Leichtmetallbaus, der Feinkeramik, der Holzindustrie und des Maschinenbaus, vor allem aber Baustoffe, werden in erheblichem Umfang von Bauunternehmen nachgefragt. Darüber hinaus erbringen Architektenbüros bau-spezifische Dienstleistungen und auch der Groß- und Einzelhandel lebt teilweise von der Nachfrage der Häusles-bauer. Alles in allem ist es daher nicht verwunderlich, daß die langanhaltende Krise im Baugewerbe auch Brems-spuren in der übrigen Wirtschaft hinterließ.

### Abwärtstrend läuft aus

Im früheren Bundesgebiet wurden die Bauinvestitionen 1998 um 2,8 % zurückgefahren. Dies wirkte sich auch in Baden-Württemberg dämpfend auf die Bautätigkeit aus. Von einem Rückgang war sowohl das Bauhaupt- als auch das Ausbaugewerbe betroffen. In Baden-Württemberg bilden diese beiden Bereiche – gemessen an der Brutto-wertschöpfung – zu etwa gleichen Teilen das Baugewer-be.

Im Bauhauptgewerbe ging bei fast konstanten Bauprei-sen die reale Rohbauleistung 1998 gegenüber dem Vor-jahr um rund 5 % zurück. Der Rückgang war das Ergeb-nis aus einem Plus im Tiefbau von knapp 1 % und einem Minus im Hochbau von fast 9 %. Als Folge der rückläufig-en Bauleistung nahm auch die Beschäftigung weiter ab. 1998 waren im Bauhauptgewerbe durchschnittlich nur noch rund 119 000 Personen tätig, gut 3 % weniger als 1997. Im 1. Quartal 1999 hat sich die Lage aber stabili-siert. Die reale Rohbauleistung erreichte in etwa das Ni-veau des Vorjahres und auch der Beschäftigungsabbau schwächte sich mit einem Minus von nur noch 0,6 % deut-lich ab.

In den einzelnen Sparten war die Entwicklung 1998 recht unterschiedlich. Dämpfend wirkte die schwache Bau-tätigkeit im öffentlichen Bau, der auch im vergangenen Jahr unter den Sparzwängen der öffentlichen Hand litt. Offensichtlich wurden anstehende Sanierungsaufgaben weiter aufgeschoben. Dies könnte sich im Lauf dieses Jahres ändern. Weil sich die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden zuletzt deutlich gebessert hat, ist nicht damit zu rechnen, daß der öffentliche Bau sein Vorjahres-niveau nochmals unterschreitet.

Auch der Wohnungsbau blieb 1998 unter dem Vorjahres-niveau. Die Wohnungsfertigstellungen in neuen Wohnge-bäuden gingen gegenüber dem Vorjahr um 4 ½ % zurück. Ausschlaggebend war dafür der Rückgang bei der Ferti-gung von Wohnungen in neuen Mehrfamilienhäusern, der mit – 16 % kräftig ausfiel. Hier wurden die Renditeer-wartungen der Bauherren wohl durch Angebotsüberhän-ge beeinträchtigt. Der Bau neuer Einfamilienhäuser wur-

Tabelle 5

### Ausgewählte Merkmale aus dem Bauhauptgewerbe 1997, 1998 und 1999

Merkmal	1997	1998	1. Quartal 1999
	Veränderung gegenüber Vorjahr in: %		
<b>Baugewerblicher Umsatz (nominal)</b>			
Insgesamt	- 5,3	- 1,5	- 3,5
davon			
Hochbau	- 6,6	- 0,7	- 5,4
davon			
Wohnungsbau	- 6,6	- 0,8	- 11,9
Wirtschaftshochbau <sup>1)</sup>	- 5,3	- 0,3	+ 7,7
Öffentlicher Hochbau <sup>2)</sup>	- 11,6	- 2,3	- 5,4
Tiefbau	- 2,3	- 3,1	+ 1,8
davon			
Straßenbau	+ 0,8	- 1,9	- 4,0
Öffentlicher Tiefbau	- 3,8	- 9,8	- 6,4
Wirtschaftstiefbau <sup>3)</sup>	- 4,1	+ 5,3	+ 19,9
<b>Rohbauleistung (real)</b>			
Insgesamt	- 0,6	- 5,1	- 0,1
davon			
Hochbau	+ 0,2	- 8,7	+ 2,6
Tiefbau	- 1,4	+ 0,9	- 5,0
<b>Beschäftigte</b>			
Insgesamt	- 7,3	- 3,3	- 0,6

1) Einschließlich landwirtschaftlicher Bau, Deutsche Bank AG und Postfolge-unternehmen. – 2) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – 3) Ein-schließlich Deutsche Bahn AG und Postfolgeunternehmen.

de dagegen von steigenden realen Einkommen, niedri-gen Zinsen und konstanten Baupreisen stimuliert. Infol-gedessen wurden 1998 ca. 22 % mehr Einfamilienhäuser fertiggestellt als ein Jahr zuvor. Die Genehmigungszahlen des 1. Quartals 1999 deuten darauf hin, daß sich an der Entwicklung bei Mehrfamilien- wie auch bei Einfamilien-häusern 1999 wenig ändern wird, so daß vom Wohnungs-bau insgesamt erneut keine Impulse auf die wirtschaftli-che Entwicklung ausgehen dürften.

Der Wirtschaftsbau konnte sich 1998 weitgehend behaup-ten. Infolge der hohen Kapazitätsauslastung investierte die Industrie wieder kräftig in neue Bauten. Die erhöhte Investitionsbereitschaft zeigt sich an der Zunahme der Baugenehmigungen, deren Beantragung einer Investiti-onsentscheidung unmittelbar folgt. Gegenüber dem Vor-jahr stiegen die Baugenehmigungen für Fabrik- und

Werkstattgebäude, die hauptsächlich vom Verarbeitenden Gewerbe gebaut werden, um fast 38 % an.<sup>1</sup> Die Genehmigungen für den Neu- bzw. Umbau von Büro- und Verwaltungsgebäuden, die überwiegend von Dienstleistungsunternehmen genutzt werden, stiegen mit + 19 % ebenfalls kräftig.<sup>2</sup> 1999 wird der Wirtschaftsbau die Stütze der Bautätigkeit im Land bleiben. Zuletzt kühlte sich das Investitionsklima zwar etwas ab. Eine allmählich wieder steigende Kapazitätsauslastung, niedrige Zinsen und die sich im Jahresverlauf bessernde Ertragslage dürfte aber die Investitionsneigung der industriellen Auftraggeber fördern und damit deren Bauinvestitionen wieder stärker beleben.

Auch das Ausbaugewerbe befand sich 1998 im Abwärtstrend. Die Umsätze der größeren Betriebe<sup>3</sup> lagen im vergangenen Jahr mit einem Minus von etwa 5 ½ % deutlich unter dem Wert von 1997. Bei den kleineren Betrieben dürfte der Abschwung sogar noch stärker ausgefallen sein.

## Dienstleistungen

### *Rückenwind für die Gesamtwirtschaft, ...*

Die Dienstleistungen waren auch 1998 wieder Wachstumsträger der Gesamtwirtschaft, sie dominierten dabei aber nicht mehr so stark wie in früheren Jahren. Die reale Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne – also ohne Handel, Verkehr und Staat – stieg um 4,3 % und damit stärker als im Jahr zuvor. Das Exportwachstum und die Belebung der Investitionsgüternachfrage aus dem Inland haben damit auch zu einem höheren Bedarf an Dienstleistungen geführt. Allerdings ist die Dynamik nicht so deutlich ausgefallen, wie man es in einem konjunkturellen Hoch hätte erwarten können. Weil das Verarbeitende Gewerbe – wie immer in konjunkturell starken Jahren – die wirtschaftliche Entwicklung dominiert hat, lag die Wachstumsrate der Dienstleistungsunternehmen nur noch leicht über der Rate der Gesamtwirtschaft. 1997 waren die Dienstleistungen noch um die Hälfte stärker gewachsen und 1996 hatten sie das Wirtschaftswachstum im wesentlichen alleine getragen. Gründe für diese Entwicklung sind vor allem im Verarbeitenden Gewerbe zu suchen, dessen reale Wirtschaftsleistung nach Rezessionstief und anschließender Erholungsphase zuletzt wieder kräftiger expandierte. In den beiden zurückliegenden Jahren war das Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe so stark, daß die Dienstleistungsunternehmen

ihren Stab als wachstumsstärkster Wirtschaftsbereich an die Industrie abgeben mußten. Beide Bereiche tragen jeweils zu rund einem Drittel zur Gesamtwirtschaft bei.<sup>4</sup>

Der besondere Wert der Dienstleistungsunternehmen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung liegt vor allem in seiner Verlässlichkeit als Wachstumsträger. Anders als das Produzierende Gewerbe blieb die Wirtschaftsleistung sogar in den konjunkturell schwachen Jahren nach 1992 auf Expansionskurs.

### *... aber nicht mehr so wachstumsstark*

Daß die Dienstleistungsunternehmen an Vormachtstellung eingebüßt haben, lag indessen nicht alleine am Jahr des Verarbeitenden Gewerbes und damit an konjunkturellen Einflüssen. Bei näherem Hinsehen zeigt dieser vom Erfolg verwöhnte Wirtschaftsbereich nämlich erste Ermüdungserscheinungen. Seit 1990 waren die hiesigen Dienstleistungsunternehmen mit einem Plus von durchschnittlich knapp 4 % pro Jahr bei weitem nicht mehr so wachstumsstark wie im Zeitraum 1980 bis 1990. Seinerzeit nahm die reale Bruttowertschöpfung noch um fast 5 ½ % zu. Die Wachstumsabschwächung der baden-württembergischen Dienstleister im Vergleich zu den 80er Jahren, die seit 1995 zu beobachten ist, mag zum Teil daran liegen, daß die Dienstleistungsunternehmen bis Mitte der 90er Jahre noch vom Outsourcing profitierten. Mit zunehmender Entfernung vom Rezessionsjahr 1993 ebnete der Wachstumsschub ab, der durch die Auslagerung von Dienstleistungsbereichen aus dem Produzierenden Gewerbe zustande gekommen war. Mit konjunkturellen Argumenten alleine läßt sich dieser Wachstumsverlust aber nicht begründen. Im Durchschnitt aller westlichen Bundesländer war dieses Phänomen nämlich nicht festzustellen. Dort verharrte die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate mit knapp 4 ½ % auf dem Niveau der 80er Jahre und lag damit höher als hierzulande. Seit 1995 war die Wachstumsrate der baden-württembergischen Dienstleistungsunternehmen in jedem Jahr schwächer als im Durchschnitt der westlichen Bundesländer.

Um die Gründe aufzuspüren, die zu dem vergleichsweise schwachen Wertschöpfungszuwachs baden-württembergischer Dienstleister geführt haben, hilft eine differenzier-

1 Der angegebene Wert bezieht sich auf die für den Neu- bzw. Umbau veranschlagten Kosten.

2 dito.

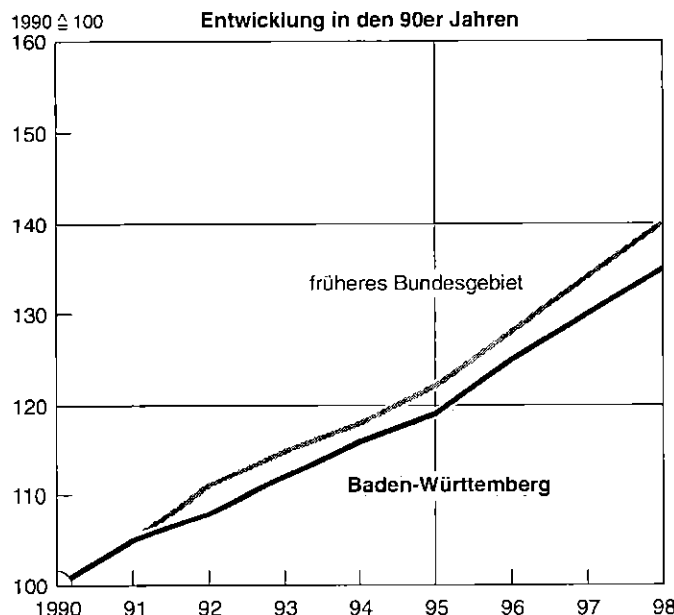
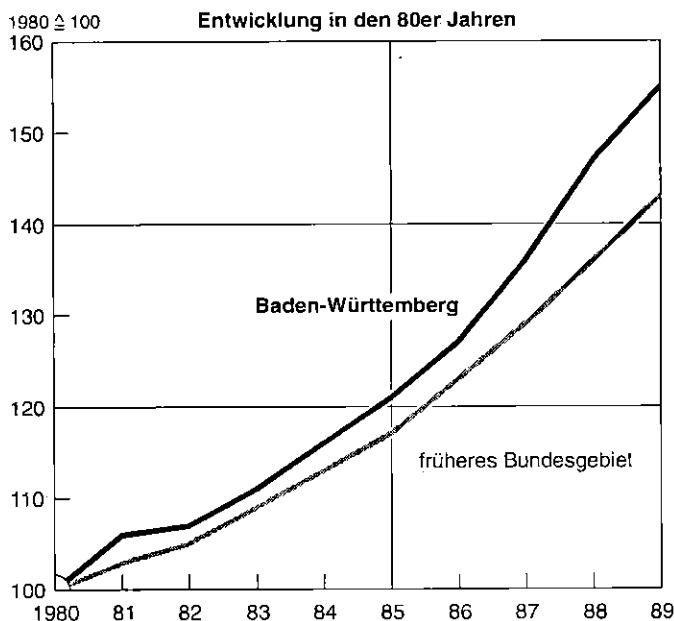
3 In der amtlichen Statistik werden nur Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten erfaßt.

4 Die Ergebnisse beruhen auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Dort werden die Unternehmen nach institutionellen Gesichtspunkten den einzelnen Wirtschaftsbereichen zugeordnet, also nach dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit. Unschärfen bezüglich der Dienstleistungsdaten liegen darin begründet, daß beispielsweise auch Unternehmen, die anderen Wirtschaftsbereichen zugeordnet werden – zum Beispiel Unternehmen des Produzierenden Gewerbes – ebenfalls marktbestimmte Dienstleistungen anbieten. Bei der statistischen Erfassung der Dienstleistungen bestehen derzeit mangels einer originären Dienstleistungsstatistik noch erhebliche Lücken.



Schaubild 5

## Reale Bruttowertschöpfung in den Dienstleistungsunternehmen Baden-Württembergs und des früheren Bundesgebiets



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

354 99

tere Betrachtung der Dienstleistungsunternehmen nach Sparten. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden drei große Gruppen von Dienstleistungen unterschieden: Kreditinstitute einschließlich Versicherungsunternehmen, die Wohnungsvermietung und die sogenannten „sonstigen“ Dienstleistungsunternehmen (*Übersicht*). Speziell bei der letzteren Sparte ist die Analyse mangels einer originären Dienstleistungsstatistik auf fundierte Schätzungen angewiesen.

Ebenso wie in den 80er Jahren expandierten die Dienstleistungsunternehmen auch in den bisherigen 90er Jahren mit Ausnahme einer Wachstumsdelle bei Banken und Versicherungen im Zeitraum 1991/92 in allen drei Hauptbereichen. Am stärksten ausgeprägt war die Dynamik bei den sonstigen Dienstleistungsunternehmen, die haushaltsnahe und Humandienstleistungen sowie unternehmensnahe Dienstleistungen anbieten. Seit 1990 stieg in dieser Dienstleistungssparte die reale Bruttowertschöpfung um 38 % und damit stärker als bei Banken und Versicherungen und im Bereich Wohnungsvermietung, wo die Bruttowertschöpfung um 33 bzw. 30 % zunahm.

### Klassische Sparten im Trend

Von den drei genannten Hauptgruppen können Banken und Versicherungen, die Wohnungsvermietung und der vorwiegend haushaltsbezogene Teil der sonstigen Dienstleistungen einschließlich Humandienstleistungen der klassischen Dienstleistungsbranche zugerechnet werden, die kaum vom Outsourcing betroffen ist. Rund 60 % der realen Bruttowertschöpfung aller Dienstleister werden in diesem Bereich erwirtschaftet.

Im baden-württembergischen Banken- und Versicherungssektor verläuft der Wachstumstrend in den 90er Jahren fast deckungsgleich mit den 80er Jahren. Im Bundesvergleich war die Wachstumsdynamik in den letzten beiden Jahren aber schwächer. In der Gruppe der vorwiegend haushaltsnahen und Humandienstleistungen expandierte das Gesundheitswesen in den bisherigen 90er Jahren sogar stärker als zuvor. Dagegen präsentierten sich Bildungseinrichtungen, das Verlagswesen und das Gastgewerbe weniger schwungvoll als in den 80er Jahren. Der

### Übersicht

#### Dienstleistungsunternehmen nach Sparten\*)

##### Dienstleistungsunternehmen insgesamt

Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen

Wohnungsvermietung

sonstige Dienstleistungsunternehmen:

##### *vorwiegend haushaltsbezogene und Humandienstleistungen*

- Gastgewerbe, Heime
- Bildung, Wissenschaft, Kultur, Verlagsgewerbe
- Gesundheits- und Veterinärwesen

##### *vorwiegend unternehmensbezogene Dienstleistungen*

- übrige Dienstleistungen  
(z. B. Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, technische Beratung und Planung, Werbung, Reinigung, Wäschereien, Vermietung beweglicher Sachen usw.)

\*) Gemäß der Abgrenzung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Tabelle 6

**Reale Bruttowertschöpfung, Erwerbstätige und Arbeitsproduktivität in ausgewählten Dienstleistungsbereichen Baden-Württembergs seit 1980**

Jahr	Dienstleistungs- unternehmen insgesamt	Darunter			
		Übrige Dienstleistungen	Wohnungs- vermietung	Kreditinstitute	Gesundheits- und Veterinärwesen

Reale Bruttowertschöpfung in Mill. DM					
1980	67 839	21 019	18 865	9 715	6 824
1990	114 972	48 091	26 904	14 829	8 782
1993	129 041	57 050	29 826	14 531	11 244
1994	133 829	58 517	30 844	15 528	11 865
1995	137 386	59 405	31 978	15 956	12 580
1996	143 714	61 877	32 883	17 385	13 484
1997	149 139	.	33 930	.	.
1998	155 482	.	34 896	.	.

Erwerbstätige in 1 000					
1980	583	.	.	89	.
1990	800	341	.	110	116
1993	905	404	.	118	133
1994	929	420	.	119	139
1995	958	440	.	117	144
1996	983	457	.	115	151
1997	998	467	.	114	156
1998	1 029	.	.	.	.

Reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in DM (Arbeitsproduktivität)					
1980	116 436	.	.	109 383	.
1990	143 667	220 065	.	134 567	75 748
1993	142 557	214 972	.	123 548	84 651
1994	143 981	212 862	.	130 938	85 457
1995	143 459	207 794	.	136 206	87 063
1996	146 242	207 319	.	150 818	89 410
1997	149 494	.	.	.	.
1998	151 153	.	.	.	.

Berechnungsstand: Herbst 1998/Frühjahr 1999.

Bereich Wohnungsvermietung zeigt hierzulande sowohl im Bundes- als auch im intertemporalen Vergleich leichte Schwächen. Daß die Bruttowertschöpfung im Bereich Wohnungsvermietung nicht mehr so stark wächst, dürfte seine Gründe in der Bevölkerungsentwicklung und deren Auswirkungen auf die Bauwirtschaft und deren Zulieferbereiche haben. Die starke, vor allem auf Wanderungen beruhende Bevölkerungszunahme Ende der 80er Jahre bis 1994 ließ den Wohnungsbedarf kräftig steigen. Der hierdurch ausgelöste Boom im Wohnungsbau hielt wegen der zeitlichen Verzögerung zwischen Genehmigung und Fertigstellung bis etwa 1995 an. Die starke Angebotszunahme an Wohnungen drückte in den Folgejahren den Mietpreisanstieg in Baden-Württemberg und dämpfte damit auch die Ertragsentwicklung der Wohnungseigentümer.

Die Vermutung, daß die Bevölkerungsentwicklung und in deren Folge der nachlassende Mietpreisanstieg die Ursache für die schwächere Ertragsentwicklung in den letz-

ten Jahren sein könnte, erhärtet sich durch den Vergleich mit der Bundesentwicklung. Die Bevölkerung im Südwesten hat stärker zugenommen als im Durchschnitt aller Bundesländer und seit Mitte der neunziger Jahre sind die Mietpreise in Baden-Württemberg schwächer gestiegen als bundesweit.

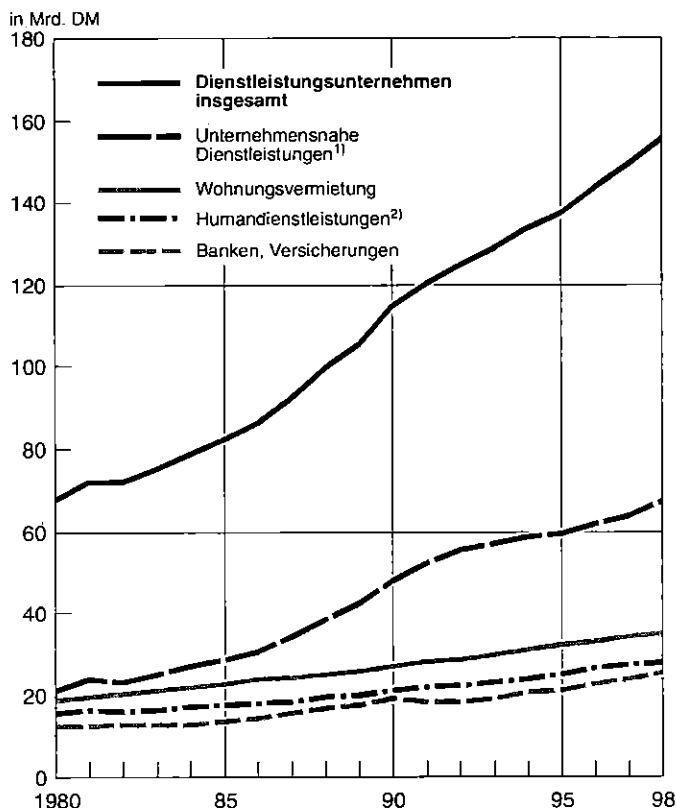
***Baunahe Dienstleistungen wachsen schwächer***

Weitaus stärker als bei der Wohnungsvermietung schlug die nachlassende Dynamik der Bruttowertschöpfung aber in dem Teil der sogenannten sonstigen Dienstleistungen zu Buche, die vorwiegend von Unternehmen nachgefragt werden. Bei diesen Sparten, in denen über 40 % der Wertschöpfung aller Dienstleistungsunternehmen des Landes erwirtschaftet werden, handelt es sich um bereits etablierte oder durch Outsourcing aufstrebende Branchen.

Schaubild 6

## Reale Bruttowertschöpfung in den Dienstleistungsunternehmen Baden-Württembergs seit 1980\*)

– in Preisen von 1991 –



\*) Ohne Handel, Verkehr, Staat. – 1) Zum Beispiel Rechts-, Wirtschafts-, technische Beratung. Angaben für 1997 und 1998 geschätzt. – 2) Zum Beispiel Gesundheitswesen, Gastgewerbe. Angaben für 1997 und 1998 geschätzt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

355 99

Die unternehmensnahen Dienstleistungen haben seit Mitte der 90er Jahre sowohl im Vergleich zu den 80er Jahren als auch im Bundesvergleich an Dynamik eingebüßt. Wie aus einer differenzierteren Analyse auf der Grundlage der Umsatzsteuerstatistik für die Jahre 1994 bis 1997 hervorgeht, betraf diese Entwicklung aber keineswegs alle Branchen, sondern in erster Linie das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie Architektur- und Ingenieurbüros. In diesen bedeutenden Dienstleistungssparten wuchs die Bruttowertschöpfung seit 1994 gemessen an allen Dienstleistern nur unterdurchschnittlich. Weil diese Branchen eng mit der Entwicklung des Baugewerbes verbunden sind, machte sich dort die seit 1993 andauernde Schwächephase bemerkbar.

### Gute Entwicklung bei anderen unternehmensnahen Dienstleistern

Andere unternehmensnahe Dienstleistungsunternehmen erwirtschafteten dagegen kräftige Wertschöpfungszuwächse. Diese profitieren offensichtlich von der seit Mitte

der 90er Jahre wieder anziehenden Konjunktur vor allem im Verarbeitenden Gewerbe. Gewinner waren beispielsweise Unternehmen der Datenverarbeitungsbranche, Rechts-, Steuer- und Unternehmensberater, Leasingfirmen, aber auch Werbeagenturen, Unternehmen der Nachrichtenübermittlung und Abwasser- und Abfallentsorgungsunternehmen.

### Stellenzuwachs tendiert wieder stärker

Im vergangenen Jahr gab es in den baden-württembergischen Dienstleistungsunternehmen erstmals über eine Million Arbeitsplätze. Nachdem sich im Zeitraum 1995 bis 1997 der jährliche Stellenzuwachs auf 15 000 verringert hatte, tendierte dieser 1998 mit 31 000 wieder stärker. Damit leisteten die Dienstleistungsunternehmen einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Gesamtbeschäftigung im Jahr 1998. Auch im Zeitraum 1992 bis 1997 spielten die Dienstleistungsunternehmen im Kampf um eine Besserung der Beschäftigungslage eine herausragende Rolle. Damals erhöhten die hiesigen Dienstleistungsunternehmen binnen fünf Jahren ihren Personalbestand um insgesamt 120 000.

Und doch war der Beschäftigungseffekt im Dienstleistungsbereich im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen schwach. Es ist die hohe Arbeitsproduktivität, die im Dienstleistungsbereich zu Lasten des Stellenzuwachses geht. Bereits im Jahr 1970 erwirtschaftete ein Erwerbstätiger in den Dienstleistungsunternehmen eine höhere reale Bruttowertschöpfung als heute in der Industrie. Dies ist um so bemerkenswerter, als der Produktivitätsfortschritt in der Industrie im Vergleich zu den Dienstleistungsunternehmen ein doppelt so hohes Tempo vorgelegt hat. Im vergangenen Jahr lag der Anteil der in Dienstleistungsunternehmen Erwerbstätigen bei nur gut einem Fünftel, obwohl die Dienstleistungsunternehmen zu rund einem Drittel zur Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft beitrugen. Bei etwa gleichem Wertschöpfungsanteil arbeiteten im baden-württembergischen Verarbeitenden Gewerbe dagegen immer noch rund ein Drittel aller Erwerbstätigen.

### Einzelhandel

Nach einer langen Durststrecke befindet sich der baden-württembergische Einzelhandel wieder auf Expansionskurs. Nach zum Teil kräftigen Umsatzeinbußen in den Jahren 1992 bis 1995 und einer sich anschließenden Stagnationsphase gab es 1998 erstmals seit der Rezession ein Umsatzplus, das mit real 2,4 % sogar deutlich ausfiel. Diese Aufwärtsentwicklung wird sich 1999 verstärken.

Tabelle 7

**Ausgewählte Kennzahlen für den Einzelhandel Baden-Württembergs seit 1997**

Merkmal	1997	1998					1999
	Jahresdurchschnitt	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %						
Umsatz (real)	+ 0,8	+ 2,4	+ 3,6	- 0,2	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,0
Beschäftigte insgesamt	- 0,6	- 2,9	- 3,3	- 3,6	- 2,7	- 1,8	- 0,2
Vollbeschäftigte	- 2,1	- 4,3	- 5,4	- 5,4	- 3,7	- 2,6	- 1,1
Teilzeitbeschäftigte	+ 1,2	- 1,2	- 1,0	- 1,5	- 1,5	- 0,9	+ 0,9

**Konsumklima freundlicher**

Für die baden-württembergischen Einzelhandelsgeschäfte hat sich im vergangenen Jahr das Konsumklima merklich aufgehellt. Sie profitierten von den Verbesserungen am Arbeitsmarkt und steigenden Realeinkommen. Dies kam insbesondere dem Kfz-Einzelhandel und den Tankstellen zugute, deren Umsätze real um 4,7 % über dem Vorjahresniveau lagen. Aber auch der klassische Einzelhandel legte mit einem realen Plus von 1,7 % gegenüber dem Vorjahr spürbar zu. Besonders die Apotheken und der Facheinzelhandel mit kosmetischen und Körperpflegeartikeln erfreuten sich einer Belebung ihrer Geschäftstätigkeit. Der sonstige Facheinzelhandel, dazu zählt u.a. der Verkauf von Möbeln, Rundfunk- und Fernsehgeräten, Fotoapparaten, Computern und Fahrrädern, erhöhte seine realen Umsätze mit einem Plus von 3,6 % ebenfalls kräftig. Die Einzelhandelsgeschäfte, die sich überwiegend auf den Verkauf von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren spezialisiert haben, konnten dagegen von der Belebung des privaten Verbrauchs nicht profitieren. Hier setzte sich der Umsatzrückgang 1998 mit - 1,2 % fort.

**Ertragslage noch nicht zufriedenstellend**

Auch im vergangenen Jahr hielt der enorme Wettbewerbsdruck an, unter dem der baden-württembergische Einzelhandel bereits seit mehreren Jahren steht. Der Rationalisierungs- und Konzentrationsprozeß führte dazu, daß die Zahl der Insolvenzen trotz eines deutlichen Rückgangs gegenüber dem Vorjahr hoch blieb und der Beschäftigtenabbau fort dauerte. Der Personalabbau dauert im Einzelhandel nunmehr sechs Jahre. Vollzog er sich zwischen 1995 und 1997 allein bei den Vollzeitbeschäftigten, wurden 1998 auch wieder Teilzeitkräfte entlassen. Mit den gleichzeitig gestiegenen Umsätzen erhöhte sich dadurch immerhin die Produktivität, definiert als „Umsatz je Beschäftigten“. Die hierdurch aktivierte Gesundung trägt inzwischen Früchte. Nachdem sich der Personalabbau seit dem 2. Quartal 1998 immer mehr abschwächte, kam er im 1. Vierteljahr 1999 fast zum Stillstand.

**Aufwärtstrend verstärkt sich 1999**

1999 wird der private Verbrauch angesichts stabiler Preise sowie einer verbesserten Einkommens- und Beschäftigungslage an Schwung gewinnen. Die Einzelhandelsumsätze, die stark von der Entwicklung des privaten Verbrauchs abhängen, dürften damit 1999 zusätzlich Tempo aufnehmen und die Ertragslage der Einzelhandelsunternehmen bessern. Infolgedessen darf man davon ausgehen, daß die Zahl der Insolvenzen weiter zurückgeht. Ob der anhaltende Aufwärtstrend in diesem Jahr auch zu mehr Beschäftigung führt, bleibt jedoch abzuwarten.

**Außenhandel**

Für die baden-württembergische Exportwirtschaft war 1998 ein sehr erfolgreiches Jahr. Die Exporteure konnten das ohnehin schon gute Vorjahresergebnis nochmals um über 7 % auf 162,8 Mrd. DM steigern. Besonders zu Beginn des Jahres 1998 expandierten die baden-württembergischen Ausfuhren überaus kräftig. Im weiteren Jahresverlauf trübte sich das Exportklima allerdings immer mehr ein. Träger des Exportgeschäfts war erneut der US-amerikanische Markt. Dabei profitierte die baden-württembergische Exportwirtschaft von der robusten US-Konjunktur und auch von den Auswirkungen der kräftigen DM-Abwertung in 1997.

**Exportboom in die USA**

1998 exportierte Baden-Württemberg Waren im Wert von 25,2 Mrd. DM in die USA. Damit wurde das im Vorjahr boomartig um fast 44 % gestiegene Exportvolumen nochmals um immerhin 23 % übertroffen. Mit einem Exportanteil von 15 ½ % entwickelten sich die Vereinigten Staaten damit wieder zum wichtigsten Absatzmarkt des Landes. Über drei Viertel der Ausfuhren entfielen auf Kraftfahrzeuge, Maschinen und Chemische Erzeugnisse. Besonders erfolgreich agierten die Exporteure von Maschinen, de-

ren Ausfuhren sich auf 5,5 Mrd. DM beliefen. Mit + 22 ½ % konnten sie sogar ihren Vorjahreszuwachs halten. Auch die Exporte von Chemischen Erzeugnissen lagen mit + 72 % erheblich über dem Wert von 1997, doch ist dieses Ergebnis – wie im Vorjahr – durch Sondereffekte sehr stark überzeichnet. Die Abschwächung des Exportwachstums geht überwiegend auf eine deutlich geringere Zunahme bei den Kraftwagenexporten zurück. Angesichts des hohen Vorjahresniveaus blieb die Zuwachsrate mit + 18 % aber erstaunlich hoch. Im Verlauf des Jahres 1999 wird die konjunkturelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten wohl an Dynamik verlieren, so daß die Nachfrage aus Übersee 1999 spürbar geringer ausfallen wird. Allerdings dürfte die gegenwärtige Schwäche des Euro ein Exportwachstum in die USA begünstigen.

Schaubild 7

### Ausfuhr Baden-Württembergs seit 1990 nach Kontinenten und Ländergruppen

Jahr	Reformländer	Amerika	Asien	EU 15
1990	100	100	100	100
1991	110	105	100	100
1992	125	115	105	100
1993	145	125	95	100
1994	170	135	100	105
1995	195	145	105	110
1996	230	160	110	115
1997	270	190	105	118
1998	345	230	140	120

1) Vorläufige Ergebnisse.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

358 99

Minus gegenüber dem Vorjahr 55, 18 bzw. 15 %. Wegen des geringen Exportanteils dieser Länder – auf sie entfielen lediglich gut 4 % der Exporte – blieben die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen des Exporteinbruchs auf Baden-Württemberg allerdings begrenzt.

### Westeuropageschäfte tendierten uneinheitlich

Die Exporte in die EU-Länder entwickelten sich 1998 mit + 7,2 % im Wachstumsdurchschnitt. Dabei verlor auch der Export in die EU-Länder im Laufe des vergangenen Jahres zusehends an Schwung: Im 1. Quartal wurde das Vorjahresergebnis um gut 18 %, im 4. Quartal nur noch um etwa 2 ½ % übertroffen. Innerhalb der EU expandierten die baden-württembergischen Ausfuhren nach Irland und Finnland mit + 26 bzw. + 23 % am dynamischsten. Allerdings spielen diese Länder für den baden-württembergischen Export eine untergeordnete Rolle. Die Ausfuhren in die Hauptabnehmerländer nahmen dagegen weniger kräftig zu. Der Exportzuwachs nach Italien und Frankreich war mit + 11 ½ bzw. + 9 % immerhin überdurchschnittlich. Ausschlaggebend war für Italien der Zuwachs bei den Kraftwagenexporten und für Frankreich der Nachfrageanstieg nach Chemischen Erzeugnissen. Nur geringe Zuwachsraten zwischen 4 und 2 ½ % wurden dagegen im Exportgeschäft mit dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden und Österreich erzielt. Bei den Exporten auf die britische Insel machte sich offensichtlich die dortige konjunkturelle Schwäche bemerkbar.

Die Exporte in die Schweiz betrugen 1998 gut 11 Mrd. DM und lagen damit fast 7 % über dem Vorjahreswert. Der südliche Nachbarstaat blieb damit nach Frankreich der zweitwichtigste Absatzmarkt auf dem Kontinent.

Während sich die wirtschaftliche Dynamik in den USA im Jahresverlauf abschwächen wird, dürfte die Konjunktur in den EU-Ländern nach einem schwachen Start in der zweiten Jahreshälfte 1999 wieder mehr Fahrt aufnehmen. Insofern wird der wichtige westeuropäische Absatzmarkt für die baden-württembergischen Exporte im Laufe dieses Jahres immer mehr an Bedeutung gewinnen.

### Einbußen im Ostasiengeschäft

Infolge der Asienkrise brachen die Ausfuhren Baden-Württembergs in die ASEAN-Länder<sup>5</sup> 1998 drastisch ein. Nach 4,4 Mrd. DM in 1997 erreichten sie nur noch einen Wert von 2,9 Mrd. DM. Dies entspricht einem Rückgang um rund 34 %. Ebenfalls stark rückläufig waren die Exporte nach Südkorea, Hongkong und Japan. Hier betrug das

5 Thailand, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen, Myanmar und Laos.

### Rußlandkrise bremst Ausfuhren in die Reformländer

Die Exporte in die Reformländer Mittel- und Osteuropas expandierten im vergangenen Jahr weiter kräftig, litten aber seit dem Sommer unter den von der Rußlandkrise ausgehenden dämpfenden Effekten. Daher blieben die Wachstumsraten in den meisten Ländern hinter den im Vorjahr erzielten Werten zurück. Die Ausfuhren Baden-Württembergs in die EU-Beitrittskandidaten Polen, Tschechische Republik, Ungarn und Slowenien schwächten sich von + 27 % in den ersten drei Monaten auf knapp 10 %

Tabelle 8

Exporte Baden-Württembergs seit 1996 nach Warengruppen und ausgewählten Zielländern

Zielgebiet/-land	Insgesamt			Darunter									
				Maschinen			Kraftwagen			Chemische Erzeugnisse			
	1996	1997	1998	1996	1997	1998	1996	1997	1998	1996	1997	1998	
Mill. DM													
EU-15	66 992,4	73 137,8	78 409,7	15 788,1	16 748,2	17 976,0	12 228,0	14 473,8	17 269,6	5 989,9	6 569,7	7 632,5	
darunter													
Frankreich	14 780,1	15 363,4	16 747,9	3 319,5	3 430,5	3 810,0	2 194,1	2 543,4	2 720,7	1 307,9	1 505,4	1 820,3	
Vereinigtes Königreich	9 561,5	11 550,4	12 033,4	2 397,1	2 871,7	2 731,9	1 989,5	2 638,4	3 176,4	814,4	823,1	1 133,8	
Italien	9 250,8	9 942,4	11 083,5	2 092,7	2 228,4	2 535,2	2 254,4	2 509,3	3 090,3	875,0	977,7	1 059,0	
USA	14 223,8	20 471,1	25 184,3	3 691,9	4 531,1	5 549,6	5 067,8	8 031,1	9 479,9	939,2	2 755,3	4 743,9	
Zusammen	133 810,9	151 776,2	162 792,0	34 301,5	37 215,2	40 029,9	27 983,7	34 211,4	37 574,0	10 992,2	14 318,1	18 208,5	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
EU-15	+ 2,9	+ 9,2	+ 7,2	+ 3,7	+ 6,1	+ 7,3	+ 1,2	+ 18,4	+ 19,3	+ 5,5	+ 9,7	+ 16,2	
darunter													
Frankreich	- 1,1	+ 3,9	+ 9,0	- 3,4	+ 3,3	+ 11,1	- 0,6	+ 15,9	+ 7,0	+ 7,4	+ 15,1	+ 20,9	
Vereinigtes Königreich	+ 5,8	+ 20,8	+ 4,2	+ 3,6	+ 19,8	- 4,9	+ 13,3	+ 32,6	+ 20,4	+ 16,2	+ 1,1	+ 37,7	
Italien	- 4,4	+ 7,5	+ 11,5	- 5,8	+ 6,5	+ 13,8	- 12,0	+ 11,3	+ 23,2	+ 10,9	+ 11,7	+ 8,3	
USA	+ 15,1	+ 43,9	+ 23,0	+ 2,5	+ 22,7	+ 22,5	+ 33,2	+ 58,5	+ 18,0	+ 7,0	+ 193,4	+ 72,2	
Zusammen	+ 6,2	+ 13,4	+ 7,3	+ 6,8	+ 8,5	+ 7,6	+ 10,6	+ 22,3	+ 9,8	+ 5,9	+ 30,3	+ 27,2	

im 3. Quartal ab, bevor sie im 4. Quartal mit + 15 % wieder Tempo aufnahmen. Über das ganze Jahr betrachtet erreichten sie einen Wert von 8,5 Mrd. DM und damit 15 % mehr als 1997. Die Exporte nach Rußland gingen dagegen mit – 7 % kräftig zurück.

1999 dürfte sich die Ausfuhr Baden-Württembergs in die Reformländer weiter abschwächen. Zum einen ist damit zu rechnen, daß in den meisten Ländern die konjunkturelle Dynamik nachläßt. Zum anderen wird der Krieg im Kosovo gewiß nicht ohne dämpfende Effekte auf die baden-württembergische Ausfuhr in diese Region bleiben.

## Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft hat 1998 an Schwung verloren. Nach einer überaus günstigen Entwicklung in den letzten Jahren wurde die weltwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1998 durch die Wirtschafts- und Währungskrisen in mehreren Ländern gebremst. So brach die Produktion nicht nur in Asien, sondern im Sommer auch in Rußland und schließlich in Brasilien ein. Die wirtschaftliche Schwäche vieler Schwellenländer blieb nicht ohne negative Folgen für die Industrieländer. In Westeuropa schwächte sich die konjunkturelle Expansion zum Jahresende spürbar ab und in Japan vertiefte sich die Rezession weiter. Allein in den

Vereinigten Staaten blieb das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bis zuletzt sehr kräftig. Insgesamt expandierte die Weltwirtschaft 1998 nur noch um gut 2 %. Der Welthandel stagnierte über weite Strecken des Jahres. Nur aufgrund des kräftigen Wachstums zu Jahresbeginn betrug die Zunahme gegenüber dem Vorjahr insgesamt noch ca. 4 ½ %.<sup>6</sup>

## Allmähliche Belebung in Ostasien

In Südostasien geht es langsam wieder aufwärts. Die schlimme Wirtschafts- und Finanzkrise, die im Sommer 1997 nach und nach die ganze Region infizierte, scheint inzwischen die Talsohle durchschritten zu haben. Währungsverfall und Inflation sind eingedämmt, die Kapitalflucht ist vorerst gestoppt. Überall in Asien hatte der Konsumeinbruch schwere Folgen. Am stärksten betroffen waren Indonesien, Thailand und Malaysia, wo das reale Bruttoinlandsprodukt 1998 gegenüber dem Vorjahr zwischen 14 und 6 % zurückging und die Importe bis zu 35 % fielen. Darunter litten besonders die Nachbarländer – allen voran Japan –, da Asien über 40 % seines Handels in der Region abwickelt. In China schwächte sich das Wirtschaftswachstum von 9 auf 7,8 % ab. Ausgelöst von einer Schwäche der Exporte gab in der Folge auch die Inlandsnachfrage nach. Allein eine deutlich gesteigerte staatliche Investitionsnachfrage im zweiten Halbjahr 1998 ließ die Produktion abermals stark wachsen. Inzwischen zeichnet sich in der Mehrzahl der südostasiatischen Länder eine Stabilisierung der Industrieproduktion auf tiefem Niveau ab. In Südkorea und Singapur hat die Industrieproduktion bereits wieder annähernd dasselbe Niveau erreicht wie vor der Krise. Voraussetzung für die Stabilisierung war die Überwindung der Liquiditätsengpässe. Wieder in die Region fließendes ausländisches Kapital sowie die aus dem Importeinbruch resultierenden Leistungsbilanzüberschüsse verbesserten die Zahlungsbilanzsituation der Krisenländer deutlich. Infolgedessen sind die Zinsen wieder auf bzw. unter das Vor-Krisen-Niveau gesunken und die Wechselkurse haben sich inzwischen gefestigt. Stabilisierend wirkte darüber hinaus die mittlerweile auf einen expansiven Kurs umgeschwenkte Fiskalpolitik.

Für 1999 ist in Südostasien eine Belebung der wirtschaftlichen Aktivität in Aussicht. Eine durchgreifende Besserung wird aber durch den kritischen Zustand des Finanzsystems und die Umstrukturierung des Unternehmenssektors gebremst. Bei zunächst noch schwach steigen-

Tabelle 9

### Reales Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Ländern seit 1996

Land	1996	1997	1998	1999 <sup>1)</sup>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %				
USA	+ 3,4	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,6
Japan	+ 5,1	+ 1,4	– 2,8	– 0,9
Deutschland	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,8	+ 1,7
Frankreich	+ 1,6	+ 2,3	+ 3,2	+ 2,3
Vereinigtes Königreich	+ 2,6	+ 3,5	+ 2,1	+ 0,7
Schweiz	–	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,2
Indonesien	+ 8,0	+ 4,5	– 13,7	– 5,0
China	+ 9,6	+ 9,0	+ 7,8	+ 7,0
Malaysia	+ 8,6	+ 7,5	– 6,3	–
Hongkong	+ 4,9	+ 5,0	– 5,1	– 2,0
Südkorea	+ 6,8	+ 5,0	– 5,8	+ 4,5
Tschechische Republik	+ 3,9	+ 1,0	– 2,7	– 0,5
Polen	+ 6,1	+ 6,9	+ 4,8	+ 3,5

1) Geschätzte Zahlen.

Quellen: OECD; Frühjahresgutachten 1999 der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.

6 Gem, K.-J./Gottschalk, J./Kamps, C./Scheide, J./Schlie, M. / Strauß, H.: „Geringe Dynamik der Weltwirtschaft“, in: Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (Hrsg.): Die Weltwirtschaft, Heft 1, Tübingen (Mohr), 1999 sowie Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): „Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1999“, Frühjahresgutachten der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Wochenbericht 17/99, Berlin, S. 282 ff.

den Einkommen wird sich der private Verbrauch nur allmählich erholen. Infolgedessen dürften auch die Importe nur moderat steigen. Eine kräftigere Ausweitung ist dagegen bei den Investitionen und den Exporten zu erwarten. Dies gilt insbesondere für die Länder, deren Währungen während der Krise deutlich an Wert verloren hatten. Insbesondere in Südkorea und den Philippinen ist wieder mit einem, wenn auch kleinen, Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts zu rechnen. Von einer Entspannung in den Krisenländern wird auch China profitieren, das mit einem erwarteten Wirtschaftswachstum von real 7 % Konjunkturlokomotive in der Region bleibt.<sup>7</sup>

### *Noch keine durchgreifende Erholung in Japan*

Nach einem nur noch geringen Wirtschaftswachstum im Jahr 1997 rutschte Japan 1998 sogar in die Rezession. Das reale Bruttoinlandsprodukt sank gegenüber dem Vorjahr um 2,8 % und die Arbeitslosenquote erreichte mit 4,1 % einen für Japan sehr hohen Wert. Immerhin gab es gegen Jahresende erste Anzeichen einer Stabilisierung: Die Industrieproduktion ging nicht weiter zurück, der Anstieg der Arbeitslosigkeit schwächte sich ab und das Bruttoinlandsprodukt sank zuletzt nur noch in vermindertem Tempo. Stützend wirkte eine stark expansiv ausgerichtete Fiskalpolitik. Die staatliche Nachfrage nahm im Zuge der Ende 1998 beschlossenen Stimulierungsprogramme kräftig zu. Der private Verbrauch wurde dagegen durch eine rückläufige Beschäftigung und sinkende verfügbare Einkommen gedämpft. Die nach wie vor bestehenden Probleme im Bankensektor führten zu einer restriktiven Kreditvergabe, so daß sich die Finanzierungsbedingungen, insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen, drastisch verschlechterten. Zusammen mit schlechten Absatzperspektiven wirkte sich dies restriktiv auf die unternehmerischen Investitionspläne aus. Der schwache private Verbrauch und die rückläufigen Investitionen ließen die Importnachfrage mit einem Minus von fast 8 % regelrecht einbrechen.

Für 1999 ist keine durchgreifende Erholung der japanischen Wirtschaft zu erwarten. Der private Verbrauch wird weiter durch die sich verschlechternde Arbeitsmarktlage und sinkende verfügbare Einkommen gedämpft. Angesichts einer nur geringen Kapazitätsauslastung ist auch nicht mit einer Erholung der privaten Investitionen zu rechnen. Immerhin erhält der Export Impulse von der Belebung in Südostasien und Westeuropa sowie von der Abwertung des Yen gegenüber dem US-Dollar. Weiterhin stimulierend wirkt auch die expansive Ausgabenpolitik des Staates. Wegen der vorerst noch anhaltenden Schwäche des privaten Sektors dürfte das Bruttoinlandsprodukt trotz einer Belebung im Jahresverlauf nochmals etwas geringer ausfallen als im Jahr zuvor. Infolgedessen dürfte die Arbeitslosenquote nochmals auf etwa 5 % steigen.

<sup>7</sup> Handelsblatt, Nr. 76, vom 21. April 1999.

Tabelle 10

### **Arbeitslosenquoten in wichtigen Industrieländern seit 1996**

Land	1996	1997	1998	1999 <sup>1)</sup>
	%			
Deutschland	10,3	11,4	11,2	10,7
Frankreich	12,3	12,4	11,8	11,3
Vereinigtes Königreich	8,0	6,9	6,2	6,7
Italien	12,1	12,3	12,2	12,1
Niederlande	6,6	5,5	4,2	3,9
Spanien	22,2	20,8	18,8	17,4
Finnland	14,6	12,7	11,4	10,6
Schweiz	4,7	5,2	3,9	3,0
USA	5,4	4,9	4,5	4,2
Japan	3,4	3,4	4,1	4,9

1) Prognose der OECD.

Quelle: OECD Economic Outlook, Band 65, Mai 1999.

### *USA: Leichte Konjunkturberuhigung 1999*

Der wirtschaftliche Aufschwung in den Vereinigten Staaten ging 1998 ins siebte Jahr. Wurde noch vor Jahresfrist mit einer Abkühlung der US-Konjunktur gerechnet, expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt 1998 mit fast 4 % in etwa so stark wie im Jahr zuvor. Konjunkturmotor war der volumenmäßig bedeutende Private Verbrauch mit einem Plus von knapp 5 %. Auch die Anlageinvestitionen legten mit + 10 % gegenüber dem Vorjahr nochmals an Tempo zu. Die Exporte lagen dagegen nur knapp über Vorjahresniveau. Offensichtlich bekam die US-Wirtschaft die Krisen in Asien und Brasilien deutlich zu spüren. Aufgrund der alles in allem sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung hielt die überaus günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt an: 1998 betrug die Arbeitslosenquote nur noch etwa 4 ½ % nach knapp 5 % in 1997.

Gegen Jahresende 1998 hat sich das Expansionstempo nochmals beschleunigt. Ausschlaggebend dafür waren im Zuge der Aktienhausse kräftig steigende verfügbare Einkommen sowie die weiter rückläufige Sparneigung der US-amerikanischen Haushalte. Zusammen mit einem außerordentlich niedrigen Niveau der langfristigen Zinsen haben diese Entwicklungen der Bauwirtschaft einen regelrechten Boom beschert. Im Verarbeitenden Gewerbe hat die lebhaftere Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern zu einer Besserung des Geschäftsklimas geführt. Dazu beigetragen hat auch eine unerwartet kräftige Erholung



der Warenausfuhr. Trotz überdurchschnittlicher Auslastung der Kapazitäten und einer außerordentlich niedrigen Arbeitslosenquote stiegen die Verbraucherpreise nur moderat: Konstant gebliebene Lohnstückkosten, der starke US-Dollar sowie der drastische Verfall der Rohstoffpreise verhinderten eine Beschleunigung der Inflation.

Die Konjunkturaussichten für 1999 bleiben insgesamt günstig. Die binnenwirtschaftliche Situation deutet aber auf ein sich im Jahresverlauf verlangsames Expansionsstempo hin. Die verbesserte Auftragslage in der Industrie und der stark expandierende Wohnungsbau werden das gesamtwirtschaftliche Expansionsstempo zunächst hoch halten. Eine leichte Erhöhung der extrem niedrigen Sparquote wird jedoch dafür sorgen, daß die vom privaten Verbrauch ausgehenden Impulse allmählich an Kraft verlieren. Leicht sinkende Unternehmensgewinne und die Erwartung einer allmählichen konjunkturellen Abschwächung dürften darüber hinaus das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen etwas dämpfen. Aufgrund der schwächer werdenden Inlandsnachfrage dürfte sich der Zuwachs des Importvolumens im Vergleich zum Vorjahr merklich abschwächen, aber immer noch hoch bleiben. Infolge der konjunkturellen Beruhigung und bei weiter wachsendem Arbeitsangebot dürfte die Arbeitslosigkeit wieder leicht steigen. Insgesamt ist mit einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von etwa 3 ½ % gegenüber 1998 zu rechnen.

### Westeuropa: Verschnaufpause

In der Europäischen Union hat sich die konjunkturelle Entwicklung 1998 nochmals leicht beschleunigt. Nach 2,7 % im Vorjahr legte das reale Bruttoinlandsprodukt 1998 um 2,9 % zu. Für die elf Teilnehmerländer an der Europäischen Währungsunion betrug das Wirtschaftswachstum 1998 etwa 3 %. Die dynamischste Wirtschaftsentwicklung innerhalb der EU verzeichneten Irland und Finnland mit Wachstumsraten von 9 ½ bzw. 5 % gegenüber dem Vorjahr. Mit Abstand am schwächsten expandierte die Wirtschaft Italiens mit + 1,4 %. Getragen wurde die wirtschaftliche Expansion in der EU 1998 vom privaten Verbrauch und den stark gestiegenen Ausrüstungsinvestitionen. Stützend wirkten dabei der Anstieg der verfügbaren Einkommen, eine spürbare Erhöhung der Beschäftigung sowie sehr niedrige Zinsen. Im Jahresverlauf verlor die Konjunktur jedoch mehr und mehr an Kraft. Maßgeblich dafür war eine Abschwächung der Exporte, insbesondere in die Krisenregionen Asien, Lateinamerika und Rußland. Der private Verbrauch entwickelte sich gleichzeitig etwas kräftiger, konnte die Dämpfung durch die Ausfuhren jedoch nicht kompensieren. Weil die Kapazitätsauslastung sank und sich die Absatz- und Ertragserwartungen eintrübten, expandierten im 2. Halbjahr die Anlageinvestitionen wesentlich schwächer. Bei einer Zunahme der Beschäftigung um gut 1 % sank die Arbeitslosenquote auf 10 %. Besonders ausgeprägt war die Besserung auf dem Arbeitsmarkt

Tabelle 11

### Reales Importvolumen\*) wichtiger Handelspartner Baden-Württembergs seit 1996

Land	1996	1997	1998	1999 <sup>1)</sup>
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
USA	+ 9,2	+ 13,9	+ 10,6	+ 7,6
Frankreich	+ 3,0	+ 8,0	+ 8,0	+ 4,7
Vereinigtes Königreich	+ 9,1	+ 9,4	+ 8,4	+ 4,1
Schweiz	+ 2,7	+ 7,2	+ 8,8	+ 3,4
Italien	- 1,1	+ 9,9	+ 6,1	+ 1,7
Österreich	+ 6,3	+ 8,7	+ 6,8	+ 4,2
Japan	+ 11,9	+ 0,5	- 7,7	- 0,5

\*) Gesamtimporte. – 1) Prognose.

Quelle: OECD Economic Outlook, Band 65, Mai 1999.

in Spanien, Irland und Portugal. Begünstigt durch die gesunkenen Rohstoffpreise ging die Inflationsrate weiter zurück. 1998 betrug der Verbraucherpreisanstieg nur noch 1,5 %.

Die Schweiz hat 1998 auf einen Wachstumspfad zurückgefunden. Getragen von der Inlandsnachfrage stieg das reale Bruttoinlandsprodukt mit 2,1 % gegenüber 1997 erstmals nach Jahren wieder deutlich an. Infolgedessen nahmen auch die Importe vornehmlich von Investitionsgütern erneut stark zu. Angeregt von einer guten Absatz- und Ertragslage, niedrigen Zinsen und ausgelasteten Kapazitäten wurden hauptsächlich die Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen lebhaft ausgeweitet. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt besserte sich deutlich, auch durch den Ausbau von Beschäftigungs- und Weiterbildungsprogrammen bedingt.<sup>8</sup>

1999 wird die Konjunktur in den EU-Ländern eine Verschnaufpause einlegen. Das reale Wirtschaftswachstum dürfte sich leicht auf gut 2 % abschwächen. Ausschlaggebend dafür ist eine Verringerung der Exporte in der 1. Jahreshälfte, die eine lebhaftere Entwicklung der Investitionen behindert. Im Jahresverlauf ist jedoch ein Wiedererstarren der konjunkturellen Auftriebskräfte zu erwarten, weil der private Verbrauch aufgrund der weiter steigenden Einkommen deutlich aufwärtsgerichtet bleibt. Die Dämpfung der Exporte durch die Krisen in Asien, Rußland und Lateinamerika wird allmählich nachlassen, und der seit Jahresbeginn schwächer tendierende Euro wird den Export mit zeitlicher Verzögerung zusätzlich stimulieren. Mit einer Verbesserung des Exportklimas werden auch die Anlageinvestitionen im Jahresverlauf wieder anziehen. Aufgrund der mittelfristig erwarteten konjunkturellen Besserung dürfte die Wachstumsdelle am Arbeitsmarkt keine

8 ifo-Schnelldienst 6/99, S. 15 ff.

tiefen Spuren hinterlassen. Die Arbeitslosenquote dürfte weiter zurückgehen, wenn auch nicht mehr so stark wie 1998.

### *Abschwächung in Mittel- und Osteuropa*

In den Reformländern Mittel- und Osteuropas hat sich die wirtschaftliche Aktivität 1998 merklich beruhigt. Auslösende Faktoren waren die Krisen in Rußland und Asien sowie die konjunkturelle Abschwächung in der EU. In der Tschechischen Republik und Rumänien wurden die von den Krisen ausgehenden negativen Effekte durch eine restriktive Wirtschaftspolitik bzw. durch unzureichende Reformen zusätzlich verstärkt. Folglich ging hier das reale Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr um 2,7 bzw. 7,3 % stark zurück. In Polen, der Slowakischen Republik und in den baltischen Staaten schwächte sich das Wirtschaftswachstum ab, blieb insgesamt aber noch hoch. In Slowenien und Ungarn kam es gar zu einer Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Getragen wurde die wirtschaftliche Expansion von der Inlandsnachfrage, die von deutlichen Reallohnzuwächsen Impulse erhielt. In Polen, Ungarn und der Slowakei nahmen zudem die Investitionen kräftig zu. Die Exporte litten hingegen allgemein unter der abgekühlten Weltkonjunktur. Die Inflationsrate ging in fast allen Ländern zurück, während sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt trotz des Wirtschaftswachstums – bis auf Ungarn – nicht verbesserte.

Rußland fiel 1998 zurück in die Rezession. Probleme bei der Bedienung der Staatsschulden und fallende Weltmarktpreise für Öl führten im Sommer zu einer Währungs- und Finanzkrise. Nach der Freigabe der Wechselkurse und einer massiven Abwertung des Rubel kam es zu einer starken Verteuerung der Importe, die eine Inflationsspirale auslösten. Investitionen und privater Verbrauch brachen ein und drückten das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt 4,6 % unter das Vorjahresniveau.

Die wirtschaftlichen Aussichten für Mittel- und Osteuropa haben sich deutlich verschlechtert. In Rußland dürfte der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung in diesem Jahr ähnlich stark sein wie 1998. Inflation und Arbeitslosigkeit werden weiter steigen. Aufgrund der nur noch geringen Handelsverflechtung mit den mittel- und osteuropäischen Staaten dürften sich die auf diese Länder ausgehenden dämpfenden Effekte aber in Grenzen halten. Die Abwertung vieler asiatischer Währungen wird jedoch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Reformländer auf Drittmärkten belasten. Hinzu kommen die Auswirkungen des Kosovokrieges auf die wirtschaftliche Aktivität in den Nachbarstaaten, die nur schwer vorhersehbar sind. In den baltischen Staaten sowie in Polen, Ungarn, der Slowakischen Republik, Slowenien und Bulgarien werden sich daher die konjunkturellen Auftriebskräfte abschwächen. In der Tschechischen Republik und Rumänien wird sich der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts fortsetzen, immerhin aber schwächer ausfallen als im Vorjahr.

## **Beschäftigung und Arbeitsmarkt**

### **Erstmals wieder mehr Arbeitsplätze**

Mit dem kräftigen konjunkturellen Aufschwung im vergangenen Jahr verbesserte sich im Südwesten erstmals wieder die Beschäftigungslage. Die Unternehmen im Land konnten die höhere Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen nur mit einem verstärkten Einsatz an Personal bedienen. Nach fünf Jahren des Stellenabbaus stieg im Jahr 1998 die Zahl der im Südwesten Erwerbstätigen um 29 000 bzw. 0,6 % auf rund 4,6 Mill.<sup>9</sup> In den Ergebnissen zur jahresdurchschnittlichen Gesamtbeschäftigung sind alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Selbständigen, Beamten, mithelfende Familienangehörigen und geringfügig Verdienenden einbezogen, deren Arbeitsort in Baden-Württemberg liegt. Die eigentliche Trendwende in der Beschäftigtenentwicklung war bereits in der zweiten Jahreshälfte 1997 eingetreten, war seinerzeit aber noch nicht stark genug, um jahresdurchschnittlich die Erwerbstätigenzahl des Vorjahres zu übertreffen.

Die Entlastung im vergangenen Jahr war gemessen an dem kräftigen Beschäftigungsschwund der Jahre zuvor aber nur schwach. Von 1992 – dem letzten Höchststand der Gesamtbeschäftigung – bis 1997 ging die Zahl der Arbeitsplätze im Land insgesamt um 286 000 zurück. Dies entspricht einem durchschnittlichen Verlust von 57 000 Arbeitsplätzen pro Jahr. Die 1998 neu geschaffenen 29 000 Stellen vermochten gerade ein Zehntel des gesamten Stellenverlusts der letzten fünf Jahre oder – anders ausgedrückt – die Hälfte eines durchschnittlichen Jahresverlusts an Arbeitsplätzen auszugleichen. Auch im Vergleich zu konjunkturell ähnlichen Situationen früherer Jahre erreichte der Beschäftigungsaufbau nur einen geringen Umfang. Die sogenannte "Beschäftigungsschwelle", die das Wirtschaftswachstum markiert, ab dem die Beschäftigung wieder zunimmt, war im vergangenen Jahr zwar ähnlich hoch wie Mitte der 80er Jahre. Trotzdem werden heute – absolut betrachtet – bei gleichem Wertschöpfungszuwachs weniger Arbeitsplätze geschaffen wie damals. Bewirkte doch im Jahr 1986 eine ähnlich hohe Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts einen deutlich stärkeren Zuwachs um 73 000 Arbeitsplätze oder

9 Die Erwerbstätigenzahlen für das Jahr 1998 werden im kommenden Jahr revidiert und voraussichtlich um ca. 6 % höher ausfallen. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden nämlich ab dem kommenden Jahr nach dem „Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995“ dargestellt. In die revidierte Erwerbstätigenrechnung werden verschiedene Großzählungs- und Mikrozensusergebnisse eingearbeitet. Das neue ESGV hat das Ziel, Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach einheitlichen Konzepten und Gliederungen zu errechnen. Die in diesem Bericht enthaltene Erwerbstätigenprognose beruht noch auf dem bisherigen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen.

Tabelle 12

Erwerbstätige\*) in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet 1998

Wirtschaftsbereiche	Baden-Württemberg		Früheres Bundesgebiet	
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		
		1 000	%	
Insgesamt	4 597	+ 29	+ 0,6	+ 0,1
davon				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	101	- 5	- 4,6	- 3,9
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	33	- 2	- 6,0	- 3,1
Verarbeitendes Gewerbe	1 559	+ 33	+ 2,1	- 0,2
Baugewerbe	265	- 6	- 2,2	- 2,5
Handel	550	- 7	- 1,3	- 0,2
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	190	- 5	- 2,7	- 1,2
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	144	- 1	- 0,6	- 0,1
Sonstige Dienstleistungsunternehmen einschließlich Wohnungsvermietung	885	+ 32	+ 3,7	+ 3,9
Staat	652	- 11	- 1,6	- 1,7
Private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck	218	+ 3	+ 1,1	+ 0,4

\*) Vorläufige Ergebnisse nach dem Inlandskonzept.

1,7 %. Hinzu kommt, daß damals – absolut betrachtet – die Zunahme der realen Wirtschaftsleistung bei gleicher Wachstumsrate wegen des geringeren Niveaus sogar kleiner war als heute. Der Produktivitätsfortschritt hat bewirkt, daß heutzutage jede zusätzliche DM reale Bruttowertschöpfung mit weniger Personal erwirtschaftet werden kann als noch vor Jahren.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat sich die Beschäftigungslage in Baden-Württemberg günstig entwickelt. Im westlichen Bundesgebiet nahm die Zahl der Arbeitsplätze 1998 praktisch nicht zu. In einigen Flächenländern wie Schleswig-Holstein und Niedersachsen ging die Zahl der Arbeitsplätze sogar weiter zurück.

Stellenzuwachs vor allem im Verarbeitenden Gewerbe

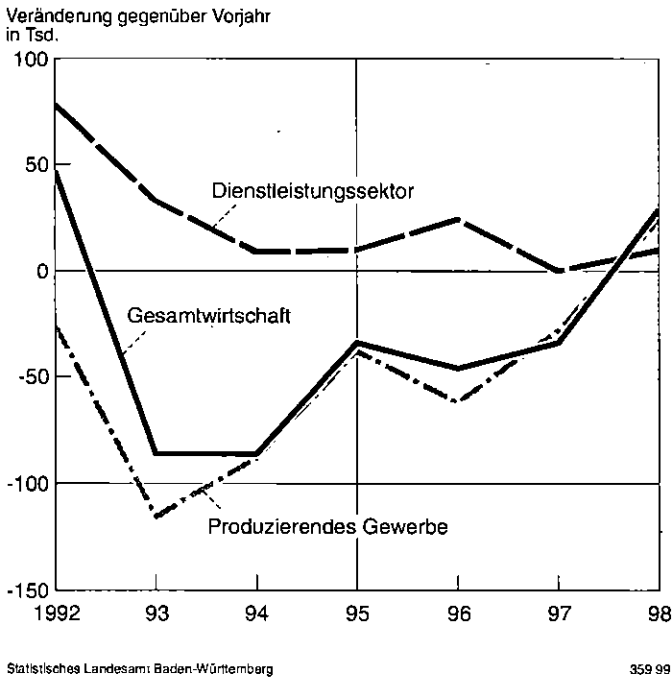
Ausschlaggebend für die verbesserte Beschäftigungslage im vergangenen Jahr war hierzulande in erster Linie das Verarbeitende Gewerbe, das nach sechs Jahren des Stellenabbaus wieder mehr Personen beschäftigte. Gerade Investitionsgüter – allen voran Fahrzeuge, Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse – wurden im Inland und Ausland stark nachgefragt, wovon der Südwesten wegen seiner Branchenstruktur in besonderem Maße profitierte. Im Verarbeitenden Gewerbe, dem mit einem Drit-

tel aller Erwerbstätigen beschäftigungsstärksten Wirtschaftsbereich Baden-Württembergs, wurden 1998 33 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Der Stellenzuwachs dort war absolut gesehen sogar stärker als bei den Anbietern vorwiegend haushalts- und unternehmensnaher Dienstleistungen, in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als sonstige Dienstleistungsunternehmen bezeichnet. Diese haben ihren Personalbestand binnen Jahresfrist um 32 000 erhöht, wobei der Zuwachs an Arbeitsplätzen wieder stärker war als in den Jahren zuvor.

Insgesamt erweiterten 1998 knapp 60 % der Gesamtwirtschaft ihren Personalbestand, namentlich das Verarbeitende Gewerbe, die sonstigen Dienstleistungsunternehmen und die privaten Haushalte einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Ein Jahr zuvor expandierte die Beschäftigung nur bei einem Viertel der Gesamtwirtschaft. In den übrigen Wirtschaftsbereichen wurde auch im vergangenen Jahr weiter Personal abgebaut. Der Wirtschaftsbereich mit dem stärksten Stellenabbau war 1998 nicht mehr wie ein Jahr zuvor das Baugewerbe, sondern der Staat mit einem Verlust von 11 000 oder 1,6 % der Arbeitsplätze. Das Baugewerbe, aber auch der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung und das Kredit- und Versicherungswesen bauten 1998 nicht mehr so viele Stellen ab wie in den Jahren zuvor. Im Handel wurde 1998 der Personalbestand nach zweijähriger Rationalisierungspause wieder reduziert.

Schaubild 8

**Erwerbstätige im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor Baden-Württembergs seit dem Höchststand 1992**



**Arbeitsmarkt spürbar entlastet**

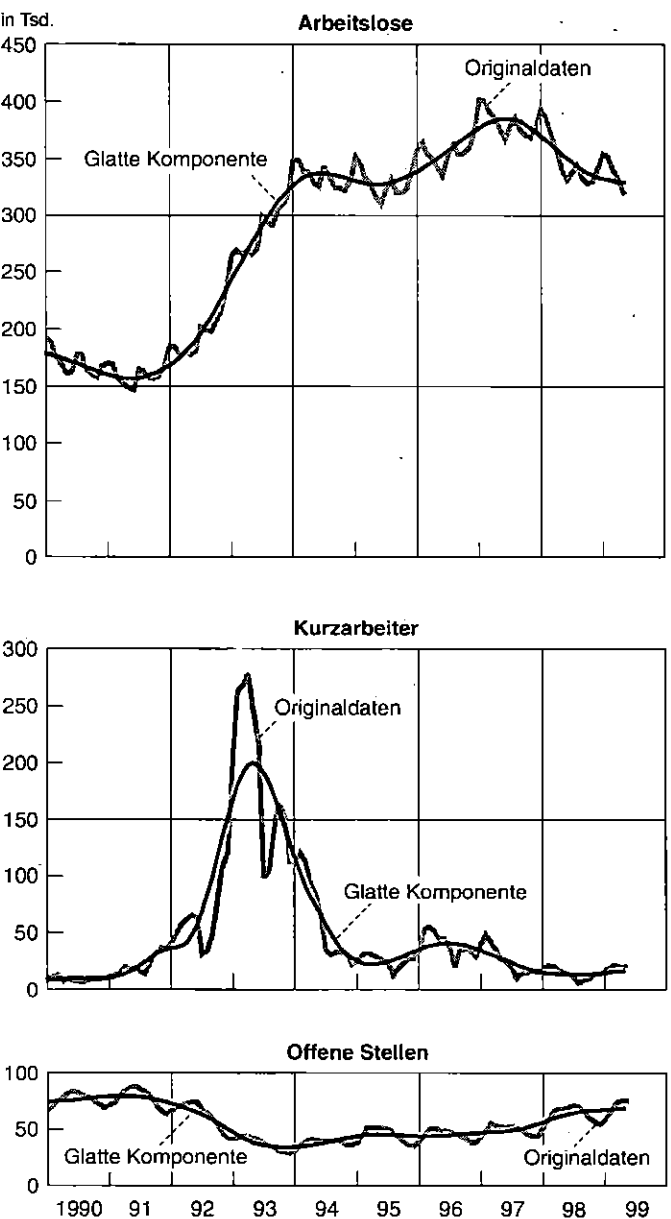
Die Lage auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt hat sich im vergangenen Jahr mit dem kräftigen konjunkturellen Aufwärtstrend spürbar verbessert. Die Entlastung spiegelte sich in allen wichtigen Arbeitsmarkindikatoren wider. Im Jahresdurchschnitt 1998 waren 351 000 Menschen ohne Arbeit, 31 000 bzw. 8 % weniger als 1997. Die auf die zivilen abhängigen Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote fiel mit 8,0 % wieder auf das Niveau des Jahres 1996. Die Kurzarbeit halbierte sich 1998 im Vergleich zum Vorjahr und erreichte mit knapp 14 000 den niedrigsten Stand seit dem Hochkonjunkturjahr 1990. Mit steigender Auslastung des vorhandenen Personalbestands wuchsen auch die Personalanforderungen von seiten der Wirtschaft. Die Zahl der offenen Stellen erreichte mit jahresdurchschnittlich rund 63 000 fast einen so hohen Stand wie im Beschäftigungshoch des Jahres 1992.

Unterjährig betrachtet verlief die Entlastung des Arbeitsmarktes 1998 weitgehend parallel zur konjunkturellen Entwicklung. Mit dem kräftigen Aufschwung gewannen der Personalbedarf und der Rückgang der Arbeitslosenzahl bis zum dritten Quartal an Stärke. Seither hat sich der positive Trend jedoch von Monat zu Monat abgeschwächt. Nachdem die Abnahmerate im Oktober 1998 noch 12 % betragen hatte, ging die Zahl der Arbeitslosen im Mai 1999 im Vorjahresvergleich "nur" noch um gut 6 % auf 321 000 zurück. Auch die Arbeitslosenquote ist nicht mehr so stark

gesunken. Im Mai lag sie mit 7,2 % zwar noch um deutliche 0,5 Prozentpunkte unter dem Vorjahresmonat, der Abstand ist jedoch seit Oktober von 1,1 Prozentpunkten geschrumpft. Auch die Zahl der offenen Stellen wächst nicht mehr so kräftig wie über weite Strecken des Vorjahres. Im Mai nahm die Zahl der Personalanforderungen um gut 10 % auf 75 000 zu, während die Zuwachsrate im August 1998 noch mehr als dreimal so hoch war. Eine Trendwende scheint sich bei der Kurzarbeit anzudeuten. Während die Kurzarbeit bis in den Herbst hinein um ein Drittel oder mehr abnahm, hat ihre Zahl seit März wieder zugenommen. Mit rund 20 000 blieb die Kurzarbeit aber auch im Mai noch auf vergleichsweise geringem Niveau.

Schaubild 9

**Der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg seit 1990\*)**



\*) Originalreihen und glatte Komponenten; Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; eigene Berechnung.

Tabelle 13

**Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet  
1998 und 1999**

Arbeitsmarktindikator	1998				1999	
	Jahresdurchschnitt		Januar bis April		Januar bis April	
	Baden- Württemberg	früheres Bundesgebiet	Baden- Württemberg	früheres Bundesgebiet	Baden- Württemberg	früheres Bundesgebiet
<b>Anzahl</b>						
Arbeitslose	351 319	2 904 339	377 304	3 119 178	344 806	2 936 099
Kurzarbeiter	13 655	81 242	19 068	111 204	19 027	116 189
Offene Stellen	62 728	342 188	60 449	336 690	67 565	383 573
<b>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</b>						
Arbeitslose	- 8,0	- 4,1	- 4,6	- 1,6	- 8,6	- 5,9
Kurzarbeiter	- 45,4	- 39,1	- 53,6	- 48,2	- 0,2	+ 4,5
Offene Stellen	+ 28,0	+ 21,5	+ 21,0	+ 14,8	+ 11,8	+ 13,9
<b>Prozent</b>						
Arbeitslosenquote <sup>1)</sup>	8,0	10,5	8,2 <sup>2)</sup>	10,6 <sup>2)</sup>	7,5 <sup>2)</sup>	10,1 <sup>2)</sup>

1) Bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 2) Ende April.  
Quellen: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; Bundesanstalt für Arbeit.

**Bundesweit niedrigste Arbeitslosenquote ...**

Im vergangenen Jahr war die Arbeitsmarktlage in keinem anderen Bundesland so günstig wie im Südwesten. Der kräftige Aufschwung des baden-württembergischen Verarbeitenden Gewerbes ließ die Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg mit jahresdurchschnittlich 8,0 % erstmals seit 1993 sogar etwas niedriger ausfallen als im Nachbarland Bayern. Die südlichsten Bundesländer haben seit Jahren bundesweit die niedrigsten Arbeitslosenquoten.

**... trotz Einschränkung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen**

Die Entspannung auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt ist umso höher zu bewerten, wenn man berücksichtigt, daß die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Arbeitsämter im vergangenen Jahr den Arbeitsmarkt nicht mehr so stark entlastet haben wie noch 1997. Im Durchschnitt des vergangenen Jahres konnten dadurch rund 53 000 Personen <sup>10</sup> vor Arbeitslosigkeit bewahrt wer-

den. Nach der Darstellung des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg wäre die Arbeitslosigkeit im Land im Jahresdurchschnitt 1998 ohne Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Kurzarbeitergeld, Regelungen für 58jährige und Ältere, Maßnahmen für Rehabilitanden, Deutschkurse für Spätaussiedler, Leistungen zur Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit und Förderung von Struktur Anpassungsmaßnahmen um 15 % höher ausgefallen. Im Jahr 1997 hatte der Entlastungseffekt noch bei 73 000 Personen gelegen.

**Alle Arbeitslosengruppen profitierten vom Konjunkturaufschwung, ...**

Im vergangenen Jahr ging für alle Gruppen von Arbeitslosen die Arbeitslosigkeit zurück. Daß es hinsichtlich des Entlastungsumfangs bei einzelnen Gruppen von Arbeitslosen zum Teil erhebliche Unterschiede gab, ist in erster Linie auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Konjunktur nicht in allen Wirtschaftsbereichen kräftig anzog. Weil der Konjunkturaufschwung vor allem vom Verarbeitenden Gewerbe getragen war, ging die Arbeitslosigkeit der Männer im Jahresdurchschnitt mit 11 % stark zurück, während die Frauenarbeitslosigkeit um 4 % zurückging und somit deutlich geringer entlastet wurde.

10 Landesarbeitsamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Informationen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 01/99, Februar 1999.

Auch für die ausländischen Arbeitnehmer war 1998 erstmals wieder ein gutes Jahr, denn die Zahl der Arbeitslosen sank erstmals seit 1990 im Jahresdurchschnitt um knapp 10 %, stärker als die Gesamtarbeitslosigkeit. Diese Tatsache darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Arbeitsmarktlage der ausländischen Arbeitnehmer nach wie vor schwierig ist. Die Arbeitslosenquote der Nicht-deutschen war mit 15,0 % fast doppelt so hoch wie die Gesamtquote von 8,0 %. Nahezu jeder vierte Arbeitslose hatte 1998 keinen deutschen Paß.

Vom konjunkturellen Aufschwung im Verarbeitenden Gewerbe haben Arbeiter mehr profitiert als Angestellte. Wie aus der Strukturanalyse des Landesarbeitsamtes vom September 1998 hervorgeht, profitierten unter den einzelnen Berufsgruppen der Arbeitslosen vor allem die Berufe im Metall- und Elektrobereich. Die Zahl der arbeitslosen Elektriker, Ingenieure und Techniker nahm um rund ein Fünftel ab.

### ... besonders aber die Jüngeren

Ende September nahm die Arbeitslosigkeit in allen Altersgruppen unter 60 Jahren ab. Während die Gesamt-arbeitslosigkeit Ende September rund 11 % hinter dem Vorjahresniveau zurückblieb, war die prozentuale Abnahme in den Altersgruppen von 20 bis unter 30 Jahren am stärksten. Bei den 25- bis 30jährigen sank die Arbeitslosenzahl fast um ein Viertel, bei den 20- bis 25jährigen um ein Fünftel. Überdurchschnittlich stark gesunken ist die Arbeitslosigkeit in den Altersgruppen bis unter 45 Jahren. Die Arbeitgeber suchten vor allem hochqualifiziertes Personal mit Fachschul-, Fachhochschul- und Universitätsabschluß. In manchen Branchen – allen voran den Metall-, Elektro- und Datenverarbeitungsbetrieben – bestand während des vergangenen Jahres sogar ein Mangel an Facharbeitern und Ingenieuren.<sup>11</sup>

### Langzeitarbeitslosigkeit bleibt Hauptproblem

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im vergangenen Jahr hat ein weiteres Mal gezeigt, daß die Vermittlung von Arbeitslosen mit zunehmendem Lebensalter immer schwieriger wird. Ende September 1998 hatten rund 155 000 Arbeitslose, das sind fast die Hälfte aller Arbeitslosen im Land, das 45. Lebensjahr bereits vollendet. Das Altersproblem wiegt um so schwerer, als mit Dauer der Arbeitslosigkeit die Einstellungschancen geringer werden. Insofern sehen sich Arbeitssuchende mit zunehmendem Alter in zweierlei Hinsicht dem Wettlauf mit der Zeit ausgesetzt. Ältere sind stärker von der Langzeitarbeitslosigkeit betroffen und sie profitieren im Aufschwung weniger von neuen Stellen als jüngere Altersgruppen. Von 100 sogenannten

Langzeitarbeitslosen, die bereits ein Jahr und länger einen Arbeitsplatz suchen, waren 70 mindestens 45 Jahre alt. In der Altersgruppe ab 45 Jahren sank die Arbeitslosenzahl Ende September binnen Jahresfrist um knapp 4 %, nur etwa ein Drittel so stark wie die Gesamtarbeitslosenzahl. Insgesamt ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen nach sechs Jahren starker Zunahme zwar erstmals wieder gesunken, mit knapp 119 000 ist ihr Anteil an allen Arbeitslosen im Südwesten aber weiter auf fast 36 % gestiegen.

Auch für die Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen gab es im vergangenen Jahr nur schwache Entlastungseffekte. Die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten war Ende September nur 3 % geringer als ein Jahr zuvor.

Tabelle 14

### Arbeitslose in Baden-Württemberg 1998

Merkmal	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr
		%
<b>Arbeitslose insgesamt</b>	<b>351 319</b>	<b>- 8,0</b>
nach Geschlecht		
Frauen	162 199	- 4,1
Männer	189 120	- 11,1
nach Alter <sup>1)</sup>		
unter 30 Jahren	69 472	- 20,9
30 bis unter 55 Jahren	174 686	- 12,0
55 Jahre und älter	88 724	- 0,4
nach Berufsausbildung <sup>1)</sup>		
mit abgeschlossener Berufsausbildung	175 658	- 11,7
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	157 224	- 10,9
nach Stellung im Beruf <sup>1)</sup>		
Arbeiter	204 005	- 12,8
Angestellte	128 877	- 8,9
nach Dauer der Arbeitslosigkeit <sup>1)</sup>		
unter einem Jahr	213 993	- 14,3
Langzeitarbeitslose	118 889	- 5,3
Ausländer	83 286	- 9,7
Aussiedler	14 179	- 26,3
Schwerbehinderte	19 452	- 0,6

1) Stand Ende September; Zahl der Arbeitslosen insgesamt: 332 882 (- 11,3% gegenüber 1997).

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.

11 Landesarbeitsamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Informationen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 02/99, April 1999.

## Ausbildungsstellenmarkt:

### *Erste Lichtblicke ...*

Der baden-württembergische Ausbildungsstellenmarkt profitierte 1998 von der guten konjunkturellen Entwicklung. Erstmals seit dem Berufsberatungsjahr 1990/91 hat sich die Bilanz auf dem Lehrstellenmarkt nach Vermittlung wieder verbessert. Ende September 1998 waren bei den Arbeitsämtern rund 3 700 Berufsausbildungsstellen noch unbesetzt und 2 200 Bewerber noch nicht vermittelt. Hieraus ergab sich ein Überschuß von 1 500 noch nicht vermittelten Ausbildungsstellen, der erstmals wieder größer ausfiel, nachdem er von 1991 bis 1997 kontinuierlich von 29 000 auf 900 geschrumpft war. Wie aus dem Berufsbildungsbericht hervorgeht, wurden im vergangenen Jahr rund 73 800 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, 3 600 mehr als ein Jahr zuvor. Die Appelle an die Betriebe, zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzustellen, aber auch die regionalen Vermittlungsaktionen mit dem Ziel, den Bewerbern die Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz zu erleichtern, hatten damit erneut Erfolg gezeigt. Sie dürften mit dazu beigetragen haben, daß auch im vergangenen Jahr wieder mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden als im Vorjahr. Dies war 1997 nach Jahren des Rückgangs zum ersten Mal gelungen. Insgesamt standen Ende September 1998 rund 77 500 angebotenen Ausbildungsstellen knapp 76 000 Lehrstellenbewerber gegenüber.

Eine leichte Besserungstendenz des Ausbildungsstellenmarktes zeigte sich auch in dem Verhältnis der von der Arbeitsverwaltung registrierten Bewerber- und Lehrstellenzahlen, das ein wichtiger Frühindikator für die Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist. Die Bilanz vor Vermittlung war 1998 zwar im dritten Jahr in Folge negativ, nachdem bei der Arbeitsverwaltung in Baden-Württemberg bis zum Ende des Berufsberatungsjahres 1997/98 erneut weniger Lehrstellenangebote als Lehrstellengesuche eingingen. Maßgeblich für diese Entwicklung war, daß das Lehrstellenangebot im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückging und nochmals mehr junge Leute eine Lehrstelle suchten. Der Nachfrageüberhang nahm aber nicht mehr so stark zu wie in den Jahren zuvor. Der Andrang auf den Lehrstellenmarkt war 1998 mit 3 % mehr Bewerbern nämlich nur noch etwa halb so stark ausgeprägt wie in den Jahren 1996 und 1997. Hinzu kommt, daß das Angebot an Lehrstellen wegen des günstigen konjunkturellen Umfelds und nach gemeinsamen Anstrengungen von Politik und Wirtschaft zuletzt nur noch 1 % niedriger lag als im Vorjahr. 1996 und 1997 war der prozentuale Rückgang an angebotenen Lehrstellen noch etwa sechsmal so stark. Seit dem Berufsberatungsjahr 1991/92 sank das Angebot an Ausbildungsstellen um mehr als 62 000, während sich die Zahl der Lehrstellenbewerber im gleichen Zeitraum um mehr als 30 000 erhöhte.

Die Tatsache, daß auch 1998 bei den Arbeitsverwaltungen mehr Bewerber als Lehrstellen gezählt wurden, macht trotz

leichter Verbesserung die anhaltende Anspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt deutlich. Besteht nämlich eine große Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, nehmen Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen, häufiger die Unterstützung der Arbeitsämter in Anspruch, während umgekehrt ausbildende Betriebe und Verwaltungen weniger häufig als sonst die Arbeitsverwaltung einschalten. Ein Teil der gemeldeten Bewerber findet somit Ausbildungsplätze, die nicht über die Arbeitsämter angeboten wurden.

Für einige Berufsgruppen meldeten die Arbeitsverwaltungen im Berufsberatungsjahr 1997/98 ein höheres Angebot an Ausbildungsstellen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg das Lehrstellenangebot nicht nur bei den Verkehrsberufen, den Verwaltungs- und Büroberufen und den technischen Berufen, sondern erstmals auch wieder bei den Metallberufen und Elektrikern. Dagegen hat sich bei allen übrigen Berufsgruppen das Stellenangebot weiter verringert.

Am ungünstigsten waren 1998 die Chancen auf einen Ausbildungsplatz bei den Rechts-, Medizin-, Kunst- und Sozialberufen mit 220 Bewerbern auf 100 angebotene Lehrstellen, gefolgt von den technischen Berufen mit 170 und den Verwaltungs- und Büroberufen mit fast 150. Wegen des höheren Stellenangebots waren die Aussichten bei den technischen Berufen und in der Berufsgruppe der Elektriker jedoch besser als ein Jahr zuvor. Auch im Baugewerbe gab es 1998 – wie bereits 1997 zu beobachten war – mehr Bewerber als Ausbildungsplätze. Dort reagierten die Jugendlichen jedoch auf das knappe Angebot an Lehrstellen mit einem Rückgang an Bewerbungen.

Wie schon in den Jahren zuvor hatten Jugendliche, die Verkehrs-, Ernährungs- und Metallberufe ergreifen wollten, gute Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Bei den Verkehrsberufen betrug das Verhältnis zwischen Bewerbern und angebotenen Lehrstellen 45:100, bei den Ernährungsberufen knapp 80:100. Bei den Metallberufen halten sich Angebot und Nachfrage mittlerweile fast die Waage. Dort kamen auf 100 angebotene Lehrstellen rund 95 Bewerber.

### *... aber noch keine Entwarnung*

Die Zeichen stehen gut, daß sich die Schere zwischen Nachfrage und Angebot an Ausbildungsplätzen, die sich im Berufsberatungsjahr 1995/96 geöffnet hatte, im laufenden Berufsberatungsjahr wieder zu schließen beginnt. In der Zwischenbilanz des Landesarbeitsamtes nach der Hälfte des Berufsberatungsjahres 1998/99, also von Oktober 1998 bis März 1999, ist die Zahl der Lehrstellenbewerber gegenüber dem Vorjahr um 2,5 % gesunken, während das Lehrstellenangebot um 2 % gestiegen ist. Damit hat sich die Situation im Vergleich zu 1998 wieder gebessert. Erschwert wird die Lage im Jahr 1999 aber dadurch, daß immer noch sehr viele Jugendliche nach ihrem Schulabschluß eine Warteschleife durchlaufen. Im

Jahr 1998 haben rund 11 600 Jugendliche – etwa genauso viele wie 1997 – am Berufsvorbereitungsjahr teilgenommen. Diese werden 1999 als Altnachfrager zusätzlich auf den Ausbildungsstellenmarkt treten. Positiv stimmt, daß sich – anders als in den Jahren zuvor – ihre Zahl nicht mehr weiter erhöht hat.

Diese Besserungstendenzen sind allerdings noch sehr zaghaft und rechtfertigen für den Ausbildungsstellenmarkt noch keine Entwarnung. In den kommenden Jahren wird die Suche nach Ausbildungsplätzen für die Jugendlichen schwierig bleiben. Der Lehrstellenbedarf wird bis zum Jahr 2006 wegen der bis dahin steigenden Schülerzahlen zunehmen. Alleine im Jahr 1999 besteht im Vergleich zu 1998 ein zusätzlicher Bedarf von etwa 2 000 Lehrstellen.<sup>12</sup> Da-

12 Wörner, M.: Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen aus längerfristiger Sicht, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1997, S. 233 - 237.

mit ist die Ausbildungsbereitschaft der baden-württembergischen Betriebe und Verwaltungen noch mehr gefragt als im vergangenen Jahr, in dem die konjunkturellen Rahmenbedingungen ausgesprochen günstig waren.

## Einkommen

### Leichte Einkommensvorteile im Südwesten

Nach einer unterdurchschnittlichen Einkommensentwicklung im Rezessionsjahr 1993 und den beiden darauf folgenden Jahren, präsentiert sich die Einkommenslage in Baden-Württemberg seit 1996 etwas günstiger als im gesamten Bundesgebiet. Dies trifft insbesondere auf die Löhne und Gehälter zu. Während etwa die reale, das heißt die preisbereinigte Nettolohn- und -gehaltssumme in Ba-

Tabelle 15

Einkommensentwicklung in Baden-Württemberg und Deutschland seit 1991

Jahr	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit				Nettolohn- und -gehaltssumme				Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte			
	Baden-Württemberg		Deutschland		Baden-Württemberg		Deutschland		Baden-Württemberg		Deutschland	
	nominal	real	nominal	real	nominal	real	nominal	real	nominal	real	nominal	real
Mrd. DM												
1991	238,27	238,27	1 611,64	1 611,64	131,14	131,14	899,62	899,62	270,47	270,47	1 871,29	1 871,29
1992	253,37	244,10	1 741,22	1 656,73	138,07	133,02	953,53	907,26	287,79	277,25	2 014,00	1 916,27
1993	251,50	233,51	1 777,89	1 619,21	137,60	127,76	977,86	890,58	293,52	272,53	2 083,87	1 897,88
1994	254,75	230,54	1 824,14	1 617,15	135,57	122,68	973,22	862,78	302,76	273,99	2 156,80	1 912,06
1995	260,70	231,94	1 883,43	1 642,05	135,15	120,24	976,30	851,18	312,06	277,64	2 229,45	1 943,72
1996	264,41	232,55	1 902,51	1 635,86	138,20	121,54	999,60	859,50	324,86	285,72	2 312,41	1 988,31
1997	266,68	230,69	1 906,98	1 607,91	136,99	118,51	982,42	828,35	333,77	288,73	2 355,07	1 985,73
1998	...	...	1 933,00	1 616,22	...	...	995,08	832,01	...	...	2 421,93	2 025,03
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
1992	+ 6,3	+ 2,4	+ 8,0	+ 2,8	+ 5,3	+ 1,4	+ 6,0	+ 0,8	+ 6,4	+ 2,5	+ 7,6	+ 2,4
1993	- 0,7	- 4,3	+ 2,1	- 2,3	- 0,3	- 4,0	+ 2,6	- 1,8	+ 2,0	- 1,7	+ 3,5	- 1,0
1994	+ 1,3	- 1,3	+ 2,6	- 0,1	- 1,5	- 4,0	- 0,5	- 3,1	+ 3,1	+ 0,5	+ 3,5	+ 0,7
1995	+ 2,3	+ 0,6	+ 3,3	+ 1,5	- 0,3	- 2,0	+ 0,3	- 1,3	+ 3,1	+ 1,3	+ 3,4	+ 1,7
1996	+ 1,4	+ 0,3	+ 1,0	- 0,4	+ 2,3	+ 1,1	+ 2,4	+ 1,0	+ 4,1	+ 2,9	+ 3,7	+ 2,3
1997	+ 0,9	- 0,8	+ 0,2	- 1,7	- 0,9	- 2,5	- 1,7	- 3,6	+ 2,7	+ 1,1	+ 1,8	- 0,1
1998	...	...	+ 1,4	+ 0,5	...	...	+ 1,3	+ 0,4	...	...	+ 2,8	+ 2,0



den-Württemberg in den Jahren 1993 bis 1995 deutlich stärker schrumpfte als im Bundesdurchschnitt, war 1996 ein moderater Reallohnzuwachs von 1,1 % zu verzeichnen, der leicht über dem entsprechenden Bundeswert lag. Im Jahr 1997 gab es dann sowohl bundesweit als auch im Südwesten einen kräftigen Rückgang der realen Nettolöhne, wobei jedoch die Einbußen in Baden-Württemberg (– 2,5 %) nicht ganz so hoch waren, wie im gesamten Bundesgebiet (– 3,6 %). Für 1998 liegen noch keine Einkommensdaten auf Länderebene vor. Wegen des überdurchschnittlichen Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums im Südwesten ist jedoch damit zu rechnen, daß die Entwicklung der realen Nettolöhne in Baden-Württemberg 1998 um einige Zehntelprozent besser verlief als der bundesdurchschnittliche Zuwachs von + 0,4 %.

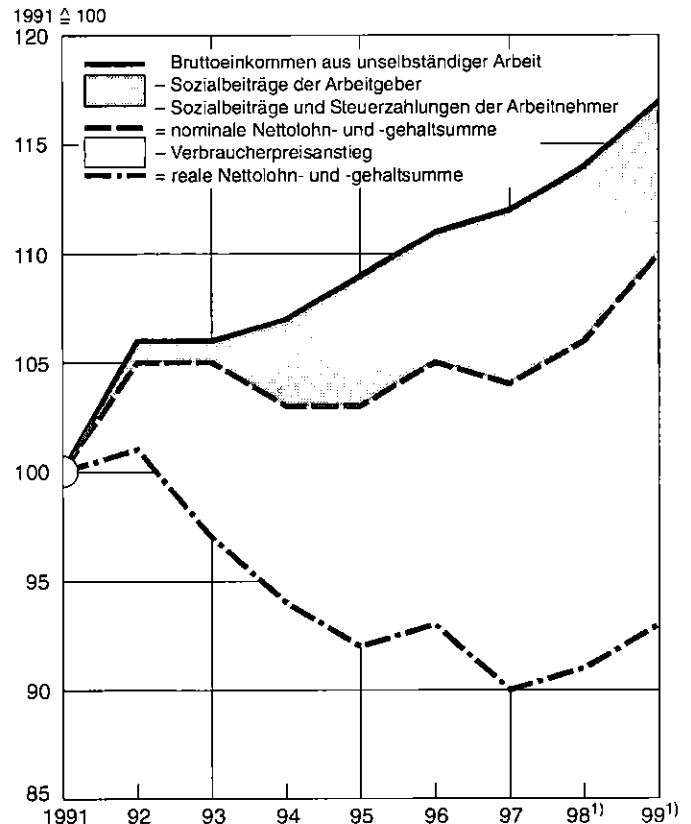
Allerdings wird dieser jüngste Anstieg kaum dazu beitragen können, die realen Lohnseinbußen der letzten Jahre wettzumachen. Nach dem Minuswachstum in den Jahren 1993, 1994, 1995 und 1997 liegt die Kaufkraft der Nettolöhne immer noch deutlich unter dem Niveau von 1991. Damit war die Entwicklung der realen Arbeitnehmereinkommen weitgehend vom Verlauf des realen Wirtschaftswachstums entkoppelt, das sich seit dem Rezessionsjahr 1993 positiv entwickelt hat. Verantwortlich hierfür waren insbesondere die moderate Tarifentwicklung bei einer gleichzeitig hohen Belastung der Löhne und Gehälter mit Steuern und Sozialabgaben.

## Lohnquote weiter gesunken

Während die Arbeitnehmereinkommen in den letzten Jahren nominal nur wenig zunahm und real im Negativtrend lagen, konnten die Bezieher von Unternehmer- und Vermögenseinkommen kräftige Einkommenszuwächse verzeichnen. Wie schon in den 3 Jahren zuvor expandierten die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in Baden-Württemberg auch 1997 wesentlich stärker als die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, die sich aus den Bruttolöhnen und den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung zusammensetzen. Während die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit eine Steigerungsrate von 0,9 % aufwiesen, wuchsen die Unternehmer- und Vermögenseinkommen mit kräftigen 7,2 %. Für das Volkseinkommen als Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen bedeutete dies ein Wachstum von nominal 2,9 % im Jahr 1997, nach + 3,0 % in 1996 und + 2,5 % in 1995. Die ungleiche Entwicklung der beiden Einkommenskomponenten führte dazu, daß die Lohnquote, definiert als Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, weiter nach unten gedrückt wurde. Mit 66,7 % erreichte sie 1997 ihren bisherigen Tiefstand. An der ungleichen Entwicklung der unterschiedlichen Einkommensarten dürfte sich auch im vergangenen Jahr nicht viel geändert haben. Zumindest war auf Bundesebene auch 1998 ein Rückgang der Lohnquote zu verzeichnen.

Schaubild 10

## Arbeitnehmereinkommen in Baden-Württemberg seit 1991



1) Eigene Schätzung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

371 99

## Günstigere Einkommensperspektiven für 1999

Für das laufende Jahr ist jedoch mit einer günstigeren Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen zu rechnen. Nach dem moderaten Lohnkurs in den Vorjahren werden die Tarifverdienste 1999 mit durchschnittlich etwa 3 % spürbar stärker wachsen als in den Vorjahren. Außerdem ist eine leichte Zunahme der Beschäftigung zu erwarten, so daß die sechs führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute für das Jahr 1999 mit einem Zuwachs der Bruttolohn- und -gehaltssumme von bundesdurchschnittlich 3 % rechnen.<sup>13</sup> Weitere Einkommensverbesserungen ergeben sich durch die Verringerung der Abgabbelastung, etwa infolge der Senkung des Eingangssteuersatzes und des Beitragssatzes zur Rentenversicherung. Die Nettolöhne werden dadurch noch stärker steigen als die Bruttolöhne; mit bundesweit voraussichtlich + 3,6 % werden sie ihr stärkstes Wachstum seit sieben Jahren erreichen. In Baden-Württemberg dürften die Zuwächse im

13 Frühjahrgutachten 1999 der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute.

laufenden Jahr bei einer günstigeren Beschäftigungsentwicklung gerade im hochbezahlten Verarbeitenden Gewerbe sogar etwas höher ausfallen als im Bundesgebiet.

Bei den für die Konsumnachfrage maßgeblichen verfügbaren Einkommen ist im Bundesvergleich eine ähnliche Entwicklung zu beobachten wie bei den Löhnen. Während das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Baden-Württemberg in der ersten Hälfte der 90er Jahre langsamer wuchs als im Bundesgebiet, steht der Südwesten seit 1996 wieder etwas besser da als der Länderdurchschnitt. Allerdings war 1997 das Wachstum des verfügbaren Einkommens sowohl im Land als auch im Bund so schwach wie selten zuvor. Die nominale Zuwachsrate lag in Baden-Württemberg bei 2,7 % und in Deutschland bei 1,8 %. Real war im Bundesgebiet sogar ein leichter Rückgang zu verzeichnen, während das reale verfügbare Einkommen in Baden-Württemberg um moderate 1,1 % wuchs.

Im vergangenen Jahr trug dann der eingangs angesprochene Wiederanstieg der Nettolohn- und -gehaltssumme mit dazu bei, daß auch das verfügbare Einkommen wieder etwas stärker zulegen konnte als 1997. Bundesweit – nur hierfür liegen bisher Zahlen vor – nahmen die Einkommen, die den privaten Haushalten frei für den Konsum und das Sparen zur Verfügung stehen, im Jahr 1998 nominal um insgesamt 2,8 % zu. Neben den Nettolöhnen, die mit einem Anteil von zuletzt 41 % die stärkste Komponente des verfügbaren Einkommens bilden, hatten vor allem die entnommenen Gewinne und Vermögens-einkommen einen positiven Einfluß auf die Entwicklung des verfügbaren Einkommens. Trotz einer etwas geringeren Zunahme als im Vorjahr, erwiesen sich diese aus unternehmerischer Tätigkeit und Wertanlagen stammenden Einkommen mit einem Wachstum von 5,2 % im Jahr 1998 abermals als der dynamischste Einkommensbestandteil. Das dritte Element des verfügbaren Einkommens, die laufenden Übertragungen an die privaten Haushalte, etwa in Form von Renten und Sozialleistungen, nahm 1998 mit + 1,8 % etwas stärker zu als 1997 (+ 1,5 %).

## **Kaufkraftzuwachs stärkt Konsumnachfrage**

Wegen der stabilen Verbraucherpreise war auch bei den realen verfügbaren Einkommen nach dem Rückgang 1997 für 1998 wieder ein Plus und damit ein Kaufkraftzuwachs zu verzeichnen. Davon profitierte der private Verbrauch, der sich bundesweit nach einer schwachen Steigerung von real 0,5 % in 1997 im letzten Jahr mit einem Plus von real 1,9 % wieder stärker präsentierte.

Im laufenden Jahr wird sich das Konsumklima weiter verbessern, weil die privaten Haushalte merklich entlastet wurden; der steuerliche Grundfreibetrag wurde angehoben, der Eingangssteuersatz wurde gesenkt und das Kin-

dergeld erhöht. Weil zudem die Beschäftigung zunimmt und vor allem die Nettolöhne spürbar steigen, wird das Wachstum des verfügbaren Einkommens 1999 voraussichtlich bei nominal 3,5 % liegen. Angesichts der besseren Einkommensperspektiven wird die Konsumnachfrage in diesem Jahr stärker expandieren als das Wirtschaftswachstum und damit die Konjunktur entscheidend stützen. Trotz höherer Steuern auf Mineralöl und Energie werden sich die Verbraucherpreise im Jahresverlauf weiterhin sehr moderat entwickeln. Die Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen sowohl für das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte als auch für den Privaten Verbrauch im Jahr 1999 mit einem bundesdurchschnittlichen Wachstum von real rund 2,5 %.

## **Bevölkerung**

Die Bevölkerung Baden-Württembergs ist 1998 wieder etwas stärker gewachsen als im Vorjahr. Ende 1998 lebten in Baden-Württemberg mehr als 10,4 Mill. Menschen, rund 29 500 mehr als zum Jahresbeginn (Bevölkerungszunahme 1997: 22 000). Nach den hohen Zunahmen der Einwohnerzahlen zu Beginn der 90er Jahre fügt sich diese eher geringe Zunahme in die für die zweite Hälfte des Jahrzehnts charakteristische gemäßigte Entwicklung ein. Der Anstieg der Bevölkerungszahl beruht einerseits auf einem positiven Wanderungssaldo, wobei in den einzelnen Monaten des Jahres 1998 sowohl Wanderungsüberschüsse wie Wanderungsverluste zu verzeichnen waren. Die Wanderungsbilanz lag insgesamt 1998 mit einem Wanderungssaldo von rund 15 000 deutlich höher als im Vorjahr (2 900). Die Bevölkerungszunahme beruht auch auf einem Geburtenüberschuß, der jedoch schwächer ausfiel als noch im Vorjahr. 1998 wurden über 14 000 mehr Geburten als Sterbefälle registriert, 1997 dagegen 19 000. Der Geburtenüberschuß ergab sich ausschließlich aus der Entwicklung bei der ausländischen Bevölkerung. Nicht ganz 18 000 Geburten standen mehr als 2 500 Sterbefällen gegenüber. Damit ergibt sich ein Plus von rund 15 500. Die Zahl der deutschen Bevölkerung in Baden-Württemberg wurde Ende des Jahres 1998 mit rund 9,12 Mill. Personen festgestellt, etwa 0,5 % mehr als zu Jahresbeginn. Der Anstieg beruhte auf einem Wanderungsgewinn von gut 21 000, einem Geburtendefizit von mehr als 1 000 sowie einer hohen Zahl von Einbürgerungen.

## **Anzahl der Geburten rückläufig, doch nicht-eheliche Geburten steigen weiter**

Insgesamt wurden 1998 in Baden-Württemberg fast 111 000 Kinder geboren. Das waren knapp 5 % weniger als im Vorjahr. Mit dieser Geburtenzahl wurde der niedrigste Wert der 90er Jahre erreicht, der dem niedrigen Niveau des Jahres 1988 entspricht. Mögliche Gründe für diesen Rückgang der Geburtenzahlen ergeben sich auch aus der Geburtenentwicklung der beiden Vorjahre, in denen jeweils etwas mehr Kinder als erwartet geboren wur-

Tabelle 16

Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg 1997 und 1998 nach Staatsangehörigkeit

Merkmal	Personen insgesamt	Davon		Personen insgesamt	Davon	
		Deutsche	Ausländer/innen		Deutsche	Ausländer/innen
	1997			1998		
Lebendgeborene	116 419	96 860	19 559	111 056	93 075	17 981
Sterbefälle	97 167	94 773	2 394	96 810	94 325	2 485
Geburtenüberschuß (+) bzw. -verlust (-)	+ 19 252	+ 2 087	+ 17 165	+ 14 246	- 1 250	+ 15 496
Zuzüge über die Landesgrenze	257 106	136 581	120 525	263 566	140 893	122 673
Fortzüge über die Landesgrenze	254 253	121 133	133 120	248 382	119 478	128 904
Wanderungssaldo	+ 2 853	+ 15 448	- 12 595	+ 15 184	+ 21 415	- 6 231
Ein- bzw. Ausbürgerung (Änderung der Staatsangehörigkeit)	x	+ 58 513	- 58 513	x	+ 21.901	- 21 901
Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-)	+ 22 105	+ 76 048	- 53 943	+ 29 430	+ 42 066	- 12 636
Bevölkerungsstand am Jahresende	10 396 610	9 080 146	1 316 464	10 426 040	9 122 212	1 303 828

den. Dies beruhte vor allem auf dem Verhalten der 30-jährigen und älteren Frauen, die stärker als erwartet Kinderwünsche realisierten. Aus heutiger Sicht liegt die Vermutung nahe, daß dies „nachgeholte“ Geburten waren, die in den Jahren 1994 und 1995 quasi „aufgeschoben“ wurden. Solche „Nachholeffekte“ dürften dagegen 1998 nicht mehr aufgetreten sein. Diese Ergebnisse sprechen dafür, daß der Geburtenanstieg in den Jahren 1994 und 1995 nicht als Trendwende im Geburtenverhalten interpretiert werden kann. Eine ähnliche Geburtenentwicklung ist im übrigen in den 90er Jahren auch für die alten Bundesländer zu beobachten.

Der Anteil nichtehelicher Geburten hat sich in den 90er Jahren kontinuierlich erhöht und erreichte mit 13 % im Jahre 1998 den bislang höchsten Stand. Im Vergleich mit anderen Bundesländern und auch im internationalen Vergleich ist der Anteil nichtehelicher Geburten allerdings nach wie vor relativ niedrig. So werden in den neuen Bundesländern derzeit rund 44 % der Kinder nichtehelich geboren. Auch in einigen Staaten der Europäischen Union liegt der Anteil nichtehelicher Geburten weitaus höher als in Baden-Württemberg. So etwa in Schweden oder in Dänemark, wo jedes zweite Kind außerhalb der Ehe geboren wird.

Tabelle 17

Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg seit 1991

Merkmal	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Anzahl							
Lebendgeborene	117 528	117 559	117 982	113 398	112 459	114 657	116 419	111 056
Sterbefälle	97 146	95 977	98 572	96 638	97 733	98 908	97 167	96 810
Geburtenüberschuß	20 382	21 582	19 410	16 760	14 726	15 749	19 252	14 246
Zuzüge über die Landesgrenze	380 077	401 620	344 073	294 264	296 215	277 473	257 106	263 566
Fortzüge über die Landesgrenze	220 646	276 334	278 165	272 981	263 643	238 084	254 253	248 382
Wanderungssaldo	159 431	125 286	65 908	21 283	32 572	39 389	2 853	15 184
Bevölkerungszunahme	179 813	146 868	85 318	38 043	47 298	55 138	22 105	29 430
Bevölkerungsstand am Jahresende	10 001 840	10 148 708	10 234 026	10 272 069	10 319 367	10 374 505	10 396 610	10 426 040

## Hohe Einbürgerungszahlen

Im Jahre 1998 erhielten rund 43 000 Personen in Baden-Württemberg die deutsche Staatsangehörigkeit, fast ebensoviel wie im Vorjahr. Die größte Gruppe unter den eingebürgerten Personen bildete auch 1998 die deutschstämmigen Spätaussiedler. Auf sie entfielen knapp 25 200 Einbürgerungen, damit etwa 60 %. Bei den übrigen 17 600 Einbürgerungen handelte es sich um ausländische Bürgerinnen und Bürger. Damit hat sich die Anzahl der Einbürgerungen seit Einführung der erleichterten Einbürgerung deutlich um nahezu 80 % gegenüber dem Jahr 1994 erhöht.

Die Abnahme der Zahl von Aussiedlern und Asylsuchenden, die in den letzten Jahren zu beobachten war, hat sich bei den Aussiedlern weiter und leicht verstärkt fortgesetzt, die Zahl der Asylsuchenden blieb nahezu konstant. Der Zuzug von Aussiedlern lag 1998 bei 12 600 Personen und damit um 25 % unter dem Zuzug im Vorjahr. Die Anzahl der Asylsuchenden ist dagegen wieder ganz leicht gestiegen. Während 1997 noch knapp 10 800 Asylsuchende registriert wurden, lag diese Zahl im Jahre 1998 bei 10 880 und damit um 0,8 % höher als im Vorjahr.

Tabelle 18

### Zugänge an Aussiedler/innen und Asylsuchenden in Baden-Württemberg seit 1991

Jahr	Aussiedler/innen		Asylsuchende	
	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
1991	36 617	- 60,5	43 111	+ 54,1
1992	28 874	- 21,1	51 609	+ 19,7
1993	26 277	- 9,0	38 521	- 25,4
1994	27 991	+ 6,5	13 196	- 65,7
1995	26 455	- 5,5	12 927	- 2,0
1996	21 778	- 17,1	12 186	- 5,7
1997	16 740	- 23,1	10 789	- 11,5
1998	12 618	- 24,6	10 880	+ 0,8

Quelle: Innenministerium Baden-Württemberg.

## Ausländische Bevölkerung leicht rückläufig

In 1998 zogen knapp 3 000 Personen mehr nach Baden-Württemberg als von hier fort wanderten. Der Wanderungsgewinn lag damit 1997 so niedrig wie noch nicht in diesem Jahrzehnt. Maßgeblich dafür ist vor allem das veränderte Wanderungsgeschehen in der ausländischen Bevölkerung. Während 1996 noch ein Wanderungsplus von rund 26 000 feststellbar war, wurde der Saldo im

Tabelle 19

### Anteil der Ausländer/innen an der Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg 1987, 1992 und 1998 nach Raumkategorien des Landesentwicklungsplans

Raumkategorie	Anteil der Ausländer/innen am		
	31.12.1987	31.12.1992	30.09.1998
	%		
Verdichtungsräume	12,7	16,4	17,1
Randzonen	8,5	11,3	11,2
Verdichtungsgebiete im Ländlichen Raum	9,1	11,8	12,1
Ländlicher Raum im engeren Sinn	5,5	8,3	8,1
Land Baden-Württemberg	9,3	12,3	12,5

Jahresverlauf 1997 sogar negativ und lag zum Jahresende bei -12 600 Personen. Verstärkte Rückwanderungen gab es in das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien. Allein nach Bosnien-Herzegowina sind über 16 000 mehr ab- als zugewandert.

Vor allem durch den negativen Wanderungssaldo (-12 600) aber auch durch die hohe Zahl an Einbürgerungen sank die ausländische Bevölkerung in Baden-Württemberg im Vergleich zum Jahresbeginn um knapp 1 %. Begrenzend wirkte sich der Geburtenüberschuß von gut 15 000 Personen aus. Im Ergebnis reduzierte sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung im Vergleich zum Vorjahr geringfügig auf 12,5 %.

Gegliedert nach den Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes ergibt sich ein doppelt so hoher Ausländeranteil für die Ballungsgebiete wie für den Ländlichen Raum i.e.S. Für die Ballungsgebiete, die sogenannten Verdichtungsraume, wurde zum 30. September 1998 ein Ausländeranteil von 17,1 % ermittelt, für den Ländlichen Raum i.e.S. 8,1 %. Die Randzonen der Verdichtungsgebiete und die Verdichtungsgebiete im Ländlichen Raum lagen mit 11,2 und 12,1 % etwas unter dem Landesdurchschnitt. Diese Strukturen haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht und auch im Vergleich zu früheren Jahren nicht geändert. So lag beispielsweise Ende 1987 der höchste Wert bei 12,7 % für die Verdichtungsräume und der niedrigste Wert bei 5,5 % für den Ländlichen Raum i.e.S. Randzonen und Verdichtungsgebiete im Ländlichen Raum wiesen mit 8,5 % und 9,1 % auch damals eng zusammenliegende Anteile auf. Mit dem steigenden Ausländeranteil in Baden-Württemberg insgesamt sind auch die Anteile in den jeweiligen Regionstypen gestiegen, am deutlichsten stieg die Quote allerdings in den Ballungsgebieten. Diese Veränderung in den Anteilen der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung geht allerdings eher auf den Zeitraum Ende der 80er/An-

fang der 90er Jahre zurück. Wählt man beispielsweise eine Vergleichsspanne von nur 5 Jahren (1992 und 1997), sind bei allen Raumordnungskategorien nur geringe bzw. keine Veränderungen in den Quoten feststellbar.

## Haushalte und Familien

1998 gab es in Baden-Württemberg rund 4,7 Mill. Privathaushalte, in denen 10,4 Mill. Personen lebten. 1,7 Mill. Baden-Würtemberger lebten alleine in einem Haushalt, die überwältigende Mehrheit von 8,7 Mill. dagegen in einem Haushalt mit anderen Personen zusammen. Damit ist nach wie vor das Zusammenleben mit anderen die bevorzugte und dominierende Haushaltsform in Baden-Württemberg, auch wenn sich klare Strukturverschiebungen in den letzten 20 Jahren ergeben haben.

### Zahl der Einpersonenhaushalte erstmals rückläufig

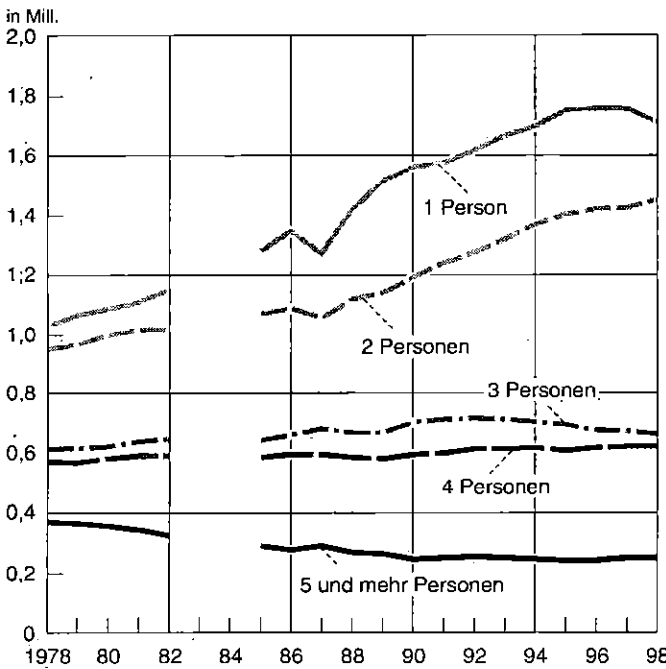
Die Anzahl aller Haushalte hat sich seit 1978 von 3,5 Mill. um 33 % auf 4,7 Mill. erhöht, wobei die einzelnen Haushaltstypen sehr unterschiedlich stark betroffen wa-

ren. Am stärksten hat sich die Anzahl der Ein- (+ 66 %) und Zweipersonenhaushalte (+ 53 %) erhöht. Die Zahl der Drei- und Vierpersonenhaushalte stieg dagegen nur sehr geringfügig um jeweils 8 % bis 9 %. Bei den größeren Haushalten war ein Rückgang um etwa ein Drittel festzustellen. Dieser generelle Trend scheint jedoch seit Mitte der 90er Jahre in Teilbereichen gebrochen zu sein. So hat sich die Zahl der Einpersonenhaushalte seit 1995 nicht mehr weiter erhöht, 1998 ist sogar ein Rückgang dieses Haushaltstypus zu beobachten gewesen. Verbunden mit dem Rückgang der Anzahl der Einpersonenhaushalte hat sich 1998 erstmals in den letzten 20 Jahren auch die Anzahl der Haushalte insgesamt um ca. 20 000 reduziert. Trotz dieser Entwicklung stellen Einpersonenhaushalte mit 36 % aller Haushalte weiterhin den größten Anteil an allen Haushalten dar, gefolgt von den Zwei- (31 %), Drei- (14 %) und Vierpersonenhaushalten (13 %). Den geringsten Anteil haben Haushalte mit fünf und mehr Personen (5 %).

### Weniger Ehepaare mit Kindern

Die Zahl der Ehepaare mit im Haushalt wohnenden minderjährigen Kindern hat sich im vergangenen Jahr erstmals seit 1990 wieder rückläufig entwickelt, und zwar um etwas mehr als 3 000 auf jetzt 1 019 000. Gleichzeitig stieg, wie auch in den Vorjahren (mit Ausnahme des Jahres 1997), die Zahl der kinderlosen Ehepaare um knapp 17 000 auf 1 109 800.

Schaubild 11  
Privathaushalte\*) in Baden-Württemberg seit 1978 nach Haushaltsgröße



\*) 1993 und 1994 keine Mikrozensusergebnisse.

Tabelle 20

**Familien in Baden-Württemberg 1975 bis 1998 nach Familientyp und Anzahl der Kinder**

Familientyp	1975	1980	1990	1992	1994	1996	1997	1998
	1 000							
Zusammenlebende Ehepaare								
Zusammenlebende Ehepaare	2 258,8	2 241,2	2 333,6	2 418,2	2 468,3	2 475,0	2 465,1	2 470,8
darunter								
ohne Kinder	757,4	813,7	918,8	975,6	1 049,5	1 098,6	1 093,2	1 109,8
mit Kindern unter 18 Jahren	1 255,6	1 171,8	976,3	1 013,9	1 014,1	1 020,2	1 022,2	1 019,0
1 Kind	508,0	530,0	453,4	455,8	438,5	429,5	422,6	421,3
2 Kinder	466,2	450,0	387,2	412,2	427,6	433,5	443,0	440,0
3 Kinder oder mehr	281,4	191,8	135,7	146,0	148,0	157,1	156,6	157,7
Anzahl der Kinder unter 18 Jahren insgesamt	2 427,4	2 068,9	1 674,3	1 758,0	1 779,5	1 818,2	1 829,1	1 824,3
Durchschnittliche Kinderzahl	1,93	1,77	1,71	1,73	1,75	1,78	1,79	1,79
Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren								
Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren	96,4	120,7	125,4	143,3	159,4	175,2	189,8	188,1
1 Kind	55,6	77,1	88,8	100,3	110,4	116,4	125,1	124,6
2 Kinder	27,2	31,1	28,7	35,0	40,1	46,2	50,7	49,5
3 Kinder oder mehr	13,6	12,5	7,9	8,0	8,9	12,7	14,1	14,1
Anzahl der Kinder unter 18 Jahren insgesamt	159,0	182,1	171,4	197,0	220,8	249,8	272,4	269,9
Durchschnittliche Kinderzahl	1,65	1,51	1,37	1,37	1,39	1,43	1,44	1,43
Alleinerziehende Männer	14,6	16,9	16,2	16,3	20,7	27,0	31,6	29,7
Alleinerziehende Frauen	81,8	103,8	109,2	127,0	138,7	148,2	158,2	158,4

**Erstmals weniger Alleinerziehende – mehr nichteheliche Lebensgemeinschaften**

Die Zahl der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern war 1998 erstmals leicht rückläufig und liegt jetzt bei 188 100, damit um 1 700 weniger als im Jahr zuvor. Dieser Rückgang resultiert aus einer Abnahme der Anzahl alleinerziehender Männer, während die Zahl alleinerziehender Frauen konstant blieb. Diese Entwicklung erscheint interessant, da erstmals seit den 70er Jahren kein Anstieg der absoluten Anzahl alleinerziehender Männer und Frauen und auch kein Anstieg des Anteils an allen Paaren mit minderjährigen Kindern stattgefunden hat. Dieser Anteil hat sich sogar 1998 im Vergleich zum Vorjahr ganz leicht von 15,7 % auf 15,6 % reduziert. Die zukünftige Entwicklung bleibt vollkommen offen. Zu berücksichtigen gilt es schließlich auch, daß Elternteile, die in nichtehelicher Lebensgemeinschaft leben, als Alleinerziehende gezählt werden. Diese „unechten Alleinerziehenden“ erhöhen den statistisch ausgewiesenen Wert.

1998 gab es in Baden-Württemberg mehr als 200 000 nichteheliche Lebensgemeinschaften, damit 10 000 mehr als noch im Vorjahr. Auch wenn diese Zahl noch immer

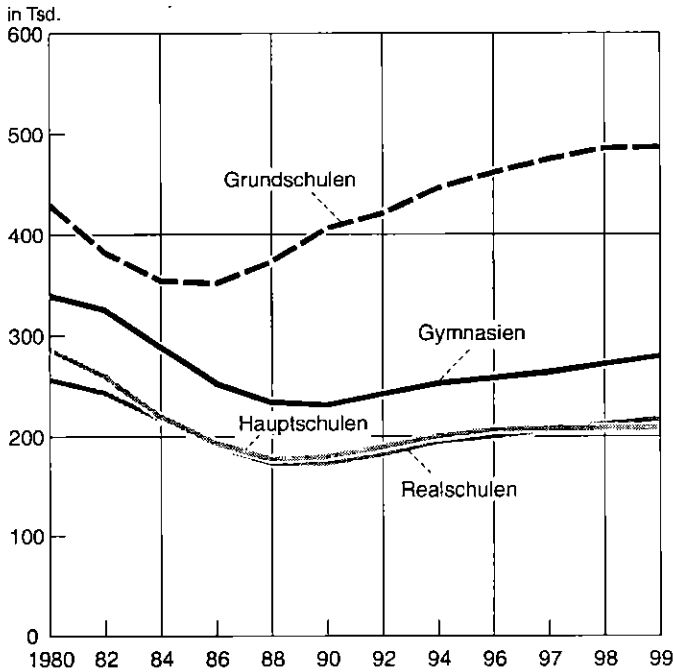
eine deutliche Minderheit bei den Lebensformen in Baden-Württemberg repräsentiert, so ist doch festzustellen, daß das nichteheliche Zusammenleben unter allen Lebensformen den stärksten Zulauf in den 90er Jahren erfahren hat. Allerdings gilt nach wie vor, daß die nichteheliche Lebensgemeinschaft weniger als dauerhafte Alternative zur Ehe gewertet werden kann, sondern vielmehr als eine Übergangsstufe im Lebensverlauf, die häufig – vor allem bei der Geburt eines Kindes – in eine Ehe überführt wird. Dementsprechend sind es überwiegend jüngere Personen, die sich für eine nichteheliche Partnerschaft entscheiden. In mehr als der Hälfte dieser Beziehungen sind die Partner zwischen 20 und 35 Jahre alt.

**Bildungswesen****Mehr Schüler und mehr Lehrer**

Gegenwärtig werden 1,2 Mill. Schülerinnen und Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen und rund 70 000 an privaten Schulen in Baden-Württemberg un-

Schaubild 12

## Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg seit 1980



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

374 99

terrichtet. Die Schülerzahl hat sich gegenüber dem Vorjahr an öffentlichen Schulen um 12 500 (+ 1,1 %) und an privaten Schulen um knapp 2 500 (+ 3,5 %) erhöht. Damit setzt sich der demographisch bedingte Trend der Vorjahre fort, allerdings ist die Zunahme deutlich niedriger ausgefallen als noch im letzten Jahr (+ 25 000). Der Anstieg der Schülerzahlen um insgesamt 1,2 % zeigte sich mit Ausnahme der Hauptschulen und des 2. Bildungsweges in allen Schularten. Besonders ausgeprägt war der Zuwachs an öffentlichen Gymnasien (+ 2,9 %), gefolgt von den Realschulen (+ 2,5 %). An den Hauptschulen wurden hingegen 0,5 % weniger Schüler als im Vorjahr unterrichtet. Mit dieser Entwicklung der Schülerzahlen wurde wieder das relativ hohe Niveau des Schuljahres 1982/83 erreicht. Nach einer Prognose des Statistischen Landesamtes ist an den allgemeinbildenden Schulen bis zum Schuljahr 2003/04 aufgrund wachsender Jahrgangsstärken mit weiter steigenden Schülerzahlen zu rechnen.

Im laufendem Schuljahr sind insgesamt rund 89 000 Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg tätig. Dies sind fast 1 100 mehr Lehrerinnen und Lehrer als noch im Vorjahr. Dieser Zuwachs resultiert im wesentlichen aus Neueinstellungen, aber auch aus vermehrter Inanspruchnahme von Teilzeitarbeit. Besonders hoch ist der Anteil an Teilzeitbeschäftigung mit über 44 % an Grund- und Hauptschulen. Die stärkste Zunahme an Lehrkräften war mit fast 380 auf jetzt 45 800 Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und Hauptschulen zu verzeichnen. Die

Zahl der Lehrkräfte an Gymnasien stieg um 300 auf knapp 20 700, die an Sonderschulen um 260 auf 8 200. An Realschulen unterrichten zur Zeit knapp 13 800 Lehrerinnen und Lehrer.

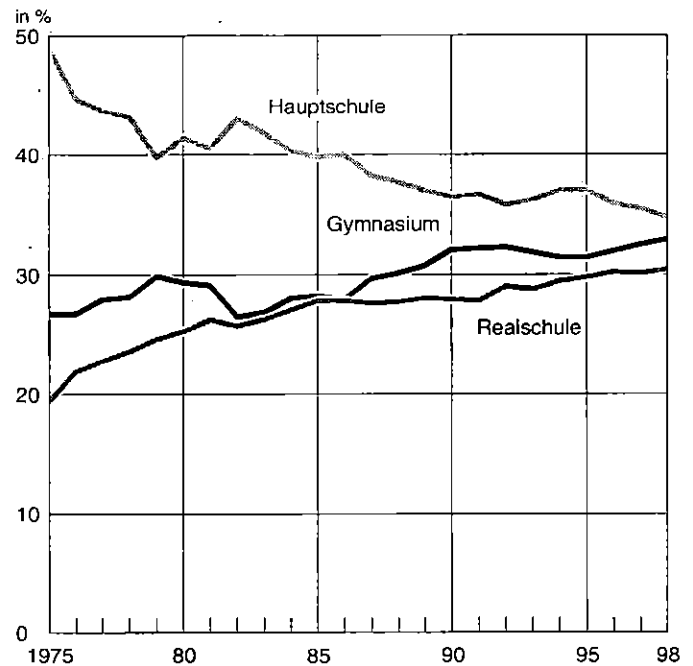
## Tendenz zu Realschule und Gymnasium

Infolge der Zunahme der Schülerzahl und auch der Erhöhung der Anzahl der Lehrkräfte haben sich die Schüler-Klassen-Relationen im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig geändert. In einer Grundschule des Landes sitzen im Schnitt 22,6 Schüler in einer Klasse, in einer Hauptschule 20,9, in einer Realschule 26,6 und an Gymnasien 26,1 Schüler. Vor allem die Relationen an Realschulen und Gymnasien liegen mit diesen Ergebnissen deutlich über dem Standard in den 80er Jahren.

Im Schuljahr 1998/99 wechselten 33 % der Grundschulkinder (+ 0,4 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr) in Baden-Württemberg auf ein Gymnasium. Auch die Übergangsquote auf die Realschule hat sich im laufenden Schuljahr mit 30,5 % leicht um 0,4 Prozentpunkte erhöht. Damit scheint sich der langfristige Trend zu höheren Übergangsquoten auf Gymnasium und Realschule wieder fortzusetzen, der zu Beginn der neunziger Jahre unterbrochen schien. Die Hauptschule bleibt zwar die Schulart mit

Schaubild 13

## Übergangsquoten aus Grundschulen auf weiterführende Schulen in Baden-Württemberg seit 1975



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

375 99

der höchsten Übergangsquote (34,8 %), aber auch hier scheint sich, analog zur Entwicklung bei den Gymnasien, der langfristige Trend zu niedrigeren Übergangsquoten wieder durchzusetzen.

### Auszubildende in Dienstleistungsunternehmen

In der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion wird immer wieder auf Bedeutung und Chancen des Dienstleistungssektors hingewiesen. In der Tat hat sich dieser Wirtschaftssektor zu einem zunehmend bedeutsameren Teil der Volkswirtschaft in Baden-Württemberg entwickelt. Die Dienstleistungsunternehmen waren Mitte der 90er Jahre der prägende Wirtschaftsfaktor und liegen auch zur Zeit über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Die Attraktivität der Dienstleistungsunternehmen spiegelt sich auch in der Wahl der Ausbildungsplätze wider. 80 % der auszubildenden Frauen streben einen Beruf in einem Wirtschaftszweig an, der dem Dienstleistungssektor zuzuordnen ist. Knapp 18 % haben einen Ausbildungsplatz in einem Unternehmen des sekundären Sektors, knapp 2 % im primären Sektor. Dieses Ergebnis resultiert aus einer langfristigen Gewichtsverschiebung zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen. Seit 1982 hat sich der Anteil der weiblichen Auszubildenden im primären Sektor halbiert, im sekundären Sektor hat er sich um ein Drittel reduziert. Der Anteil von Auszubildenden in den Wirtschaftszweigen Handel und Gastgewerbe sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung ist etwa konstant geblieben. Angestiegen ist der Anteil der Frauen, die Ausbildungsplätze im Kernbereich des tertiären Sektors (Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen, öffentliche Verwaltung, öffentliche und private Dienstleistungen) gewählt haben. Ähnlich verlief die Entwicklung bei den Männern, auch wenn diese noch immer mehrheitlich einen Ausbildungsplatz in Unternehmen des sekundären Sektors finden (58 %). Immerhin sind 39 % der männlichen Auszubildenden in Wirtschaftszweigen in Ausbildung, die dem Dienstleistungsbereich zuzurechnen sind. Interessant erscheint auch hier die Entwicklung seit 1982. Zunehmend seltener sind Männer im sekundären Sektor (– 14 Prozentpunkte) in Ausbildung, zunehmend mehr in Wirtschaftszweigen mit Dienstleistungscharakter: So hat sich der Anteil in den Wirtschaftszweigen Handel und Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung um 7 Prozentpunkte und in den Wirtschaftszweigen Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen, öffentliche Verwaltung, öffentliche und private Dienstleistungen um 8 Prozentpunkte erhöht.

Bedeutsam erscheint hier vor allem auch, daß die Wahl eines Ausbildungsplatzes in Unternehmen des Dienstleistungssektors mit dem erreichten schulischen Ausbildungsschluß korrespondiert. Tendenziell steigt bei Männern wie Frauen der Anteil derjenigen, die einen Ausbil-

Tabelle 21

### Auszubildende\*) nach Wirtschaftszweigen im April 1982 und 1997 in Baden-Württemberg

Wirtschaftszweig	Auszubildende			
	Frauen		Männer	
	1982	1997	1982	1997
	%			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3,2	1,6	3,6	3,0
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe	26,3	17,7	72,6	58,3
Handel und Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	22,4	23,0	11,8	18,7
Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen, Öffentliche Verwaltung u.ä., Öffentliche und private Dienstleistungen	48,1	57,7	12,0	20,0
Insgesamt	100	100	100	100

\*) Ergebnisse des Mikrozensus.

dungsplatz in Dienstleistungsunternehmen finden, mit dem schulischen Qualifikationsniveau. Je höher die Schulbildung, desto höher ist der Anteil der Auszubildenden in Dienstleistungsunternehmen.

Nach diesen Ergebnissen ist auch für die Zukunft mit verstärkter Inanspruchnahme von Ausbildungsplätzen in Dienstleistungsunternehmen zu rechnen.

### Weiterhin sinkende Studierendenzahlen

Der Überhang an den Hochschulen Baden-Württembergs schwächt sich ab. Nachdem die Zahl der Studierenden bis zum Wintersemester 1994/95 kontinuierlich angestiegen war, ist sie seitdem kontinuierlich rückläufig. Waren im Wintersemester 1994/95 noch 231 500 Studierende eingeschrieben, sind es für das Wintersemester 1998/99 nur noch 189 000. Zu dem Rückgang um insgesamt 17 000 gegenüber dem Vorjahr haben vor allem die Universitäten beigetragen. Die Zahl der Studierenden an Universitäten sank im Berichtszeitraum von 127 300 auf 114 000. Auch an den Pädagogischen Hochschulen ging die Zahl der Studierenden um mehr als 2 000 auf ca. 15 400 zurück. Bei den Fachhochschulen ist ein Rückgang um etwa 2 % zu beobachten. Dagegen ist an den Kunsthochschulen sogar ein leichter Anstieg festzustellen. Die rückläufige Entwicklung der Studierendenzahlen wird vor allem demographischen Auswirkungen zugeschrieben. Zum einen verlassen gegenwärtig vergleichsweise starke Absolventenjahrgänge die Hochschulen, zum anderen lag die Zahl der Abiturienten im Jahr 1997 mit rund 32 000 immer noch nahe am Tiefstand des Jahres 1993. Außerdem dürfte die Einführung von Gebühren für Langzeitstudierende – vor allem bei den Universitäten –



zu einem Rückgang der Zahl der Studierenden geführt haben. Der Rückgang der Studierendenzahlen dürfte jedoch nur von kurzer Dauer sein. Aufgrund stärker besetzter Geburtsjahrgänge, vornehmlich gegen Ende der 80er Jahre, sind in den kommenden Jahren wieder mehr Schulabgänger mit Hochschul- oder Fachhochschulreife zu erwarten. Sollte die Studienbereitschaft unverändert bleiben, wird dies auch steigende Studierendenzahlen zur Folge haben. Aufgrund der Geburtenentwicklung ist langfristig allerdings wieder mit einem Rückgang der Studierendenzahlen zu rechnen.

Die rückläufige Entwicklung der Studierendenzahlen betrifft vorwiegend die deutschen Studenten. Die Anzahl ausländischer Studenten hat sich etwas erhöht und betrug im Wintersemester 1997/98 knapp 21 500. Der Ausländeranteil lag damit bei 10,4 %. Bei diesen Ergebnissen gilt es allerdings zu berücksichtigen, daß der Zuwachs an ausländischen Studierenden zu mehr als der Hälfte auf Ausländer zurückzuführen ist, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben. Dies betrifft insbesondere Staatsangehörige des früheren Jugoslawien und der Türkei. Die Anziehungskraft hiesiger Universitäten auf Studenten aus den USA oder Japan scheint sich dagegen eher verringert zu haben.

## Baden-Württemberg im Ländervergleich

### *Südwestwirtschaft baut Wachstumsvorsprung aus*

Im Jahr 1998 wuchs die baden-württembergische Wirtschaft mit real + 3,8 % bundesweit nicht nur überdurchschnittlich stark, sondern baute ihren Wachstumsvorsprung gegenüber anderen Bundesländern aus. Seit sich die Südwestwirtschaft im Jahr 1994 erstmals wieder vom Durchschnittstrend löste, hat sich der Wachstumsvorteil des Südwestens gegenüber dem gesamten westlichen Bundesgebiet von 0,1 Prozentpunkten auf einen Prozentpunkt erhöht.

Vor allem im vergangenen Jahr wurde der Südwesten durch seinen hohen Industrieanteil besonders begünstigt. Mit einem Anteil von 16,4 % trug die Südwestwirtschaft 1998 fast wieder genauso so stark zum realen Bruttoinlandsprodukt des westlichen Bundesgebiets bei wie 1992, dem Jahr vor der Rezession. Der Aufholprozeß der hiesigen Wirtschaft ist umso bemerkenswerter, als Baden-Württemberg in der ersten Hälfte der neunziger Jahre im Prozeß der deutschen Einheit wirtschaftsgeographisch in eine Randlage geraten war und im Rezessionsjahr 1993 von der DM-Aufwertung und der globalen Konjunkturschwäche bundesweit am stärksten betroffen war. Doch

Tabelle 22

### Wirtschaftliche Bedeutung ausgewählter Länder innerhalb des früheren Bundesgebiets seit 1980

Jahr	Anteil des realen Bruttoinlandsprodukts der Länder ... am früheren Bundesgebiet			
	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Nordrhein-Westfalen
	%			
1980	15,8	17,0	9,7	27,5
1985	16,1	17,8	9,8	26,4
1990	16,8	18,2	10,5	25,6
1991	16,6	18,4	10,7	25,4
1992	16,5	18,6	10,8	25,2
1993	16,1	18,7	10,9	25,2
1994	16,1	18,8	10,8	25,1
1995	16,2	18,9	10,7	25,2
1996	16,2	19,1	10,7	25,1
1997	16,3	19,1	10,7	25,0
1998	16,4	19,3	10,7	24,8

Berechnungsstand: Herbst 1998/Frühjahr 1999.

selbst in den Jahren, in denen die baden-württembergische Wirtschaft hinter den wachstumsstarken Ländern zurückblieb, gehörte der Südwesten zu den wirtschaftsstärksten Flächenländern im Bundesgebiet. Die reale Wirtschaftsleistung je Einwohner war lediglich in Hessen – und seit 1994 auch in Bayern – höher als hierzulande.

### *Investitionsgüterbranchen: Gewinner der guten Weltkonjunktur*

Im vergangenen Jahr erzielte Baden-Württemberg nach Niedersachsen bundesweit den prozentual höchsten Zuwachs an realer Wirtschaftsleistung, gefolgt von den Nachbarländern Bayern und Hessen. In den drei wachstumsstärksten Bundesländern war es 1998 das Verarbeitende Gewerbe, das dem wirtschaftlichen Aufschwung so viel Kraft verlieh. Doch eine starke Präsenz des Verarbeitenden Gewerbes alleine reichte als Garant für eine gesamtwirtschaftlich hohe Wachstumsrate nicht aus. Auch die Branchenstruktur innerhalb der Industrie war hierfür ausschlaggebend. Im vergangenen Jahr befand sich die Weltwirtschaft im konjunkturellen Hoch. Die rege Investitionsnachfrage ließ die Auslandsgeschäfte vornehmlich im Fahrzeug- und Maschinenbau geradezu florieren. Von daher hatten 1998 vor allem die Länder gute Konjunkturdaten, in denen die Investitionsgüterproduzenten stark vertreten sind und die eine hohe Exportquote aufweisen. Eine solche Wirtschaftsstruktur besitzen vor allem Baden-Württemberg, Niedersachsen und Bayern. Entfielen doch im Jahr 1997 rund 60 % der im gesamten

Tabelle 23

**Gesamtwirtschaftliche Indikatoren ausgewählter Flächenländer des früheren Bundesgebiets seit 1980\*)**

– in Preisen von 1991 –

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Hessen	Nordrhein- Westfalen	Früheres Bundesgebiet
<b>Bruttoinlandsprodukt in Mill. DM</b>					
1980	319 134	343 756	195 597	554 901	2 018 000
1985	344 297	379 948	210 342	564 222	2 136 000
1990	422 207	459 454	265 561	644 743	2 520 400
1991	439 031	485 947	282 383	673 295	2 647 600
1992	443 791	502 297	290 999	680 029	2 694 300
1993	425 786	492 843	288 447	664 196	2 639 100
1994	435 068	506 743	291 018	677 183	2 694 000
1995	439 922	513 730	291 991	684 402	2 718 200
1996	445 711	523 449	293 176	690 131	2 747 600
1997	456 810	537 711	301 478	702 524	2 809 500
1998	474 254	556 265	310 236	717 204	2 889 100
<b>Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in DM</b>					
1980	34 729	31 768	35 163	32 523	32 793
1985	37 410	35 024	38 289	33 735	35 031
1990	43 409	40 506	46 451	37 390	39 846
1991	44 350	42 159	48 723	38 643	41 321
1992	44 054	43 019	49 505	38 660	41 537
1993	41 760	41 701	48 480	37 480	40 270
1994	42 446	42 618	48 730	38 080	40 906
1995	42 731	42 976	48 717	38 349	41 088
1996	43 084	43 563	48 718	38 525	41 352
1997	43 978	44 600	49 985	39 110	42 155
1998	45 565	46 099	51 431	39 915	43 322
<b>Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in DM</b>					
1980	73 843	68 892	79 177	77 771	74 796
1985	79 593	75 553	86 093	82 044	80 637
1990	89 814	83 564	100 476	88 055	88 500
1991	91 341	86 334	104 134	90 016	90 705
1992	91 426	88 491	106 460	90 318	91 466
1993	89 309	88 393	106 906	89 722	90 997
1994	92 914	91 834	109 903	92 527	94 012
1995	94 655	93 579	111 436	94 314	95 496
1996	96 854	96 255	112 440	96 262	97 585
1997	100 004	99 718	117 289	98 804	100 757
1998	103 160	103 233	120 728	100 182	103 496

Berechnungsstand: Herbst 1998/Frühjahr 1999.

Bundesgebiet von Investitionsgüterherstellern erwirtschafteten Umsätze auf diese drei Bundesländer, allen voran auf Baden-Württemberg:

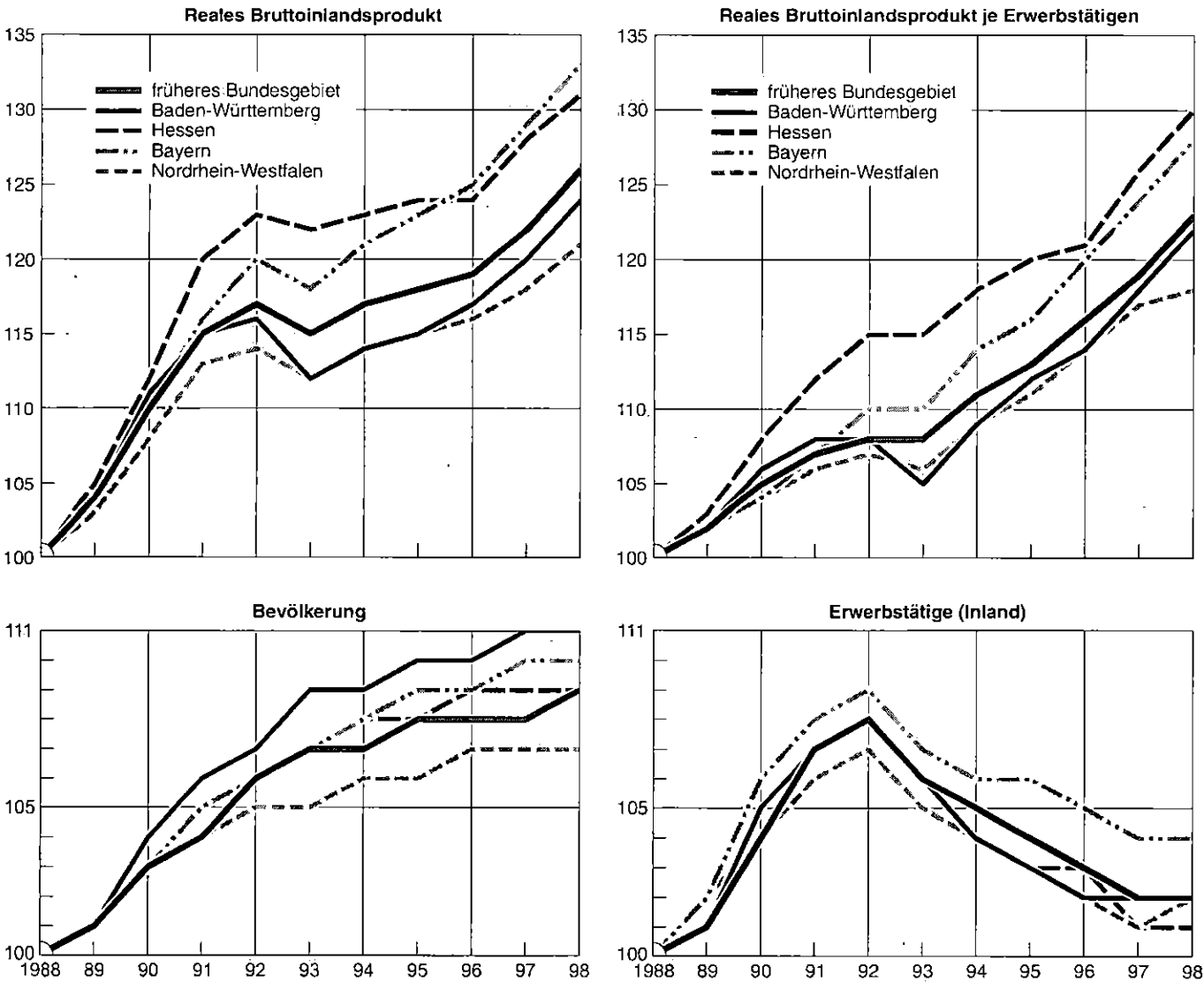
*„Süd-Schiene“ als Industriestandort auf dem Vormarsch*

Mit dem Wachstumsschub des Verarbeitenden Gewerbes hat sich das Tempo, mit dem sich der Strukturwandel von der Industrie- hin zur Dienstleistungsgesellschaft zu Beginn der neunziger Jahre vollzogen hat, etwas verzögert. Nachdem im Südwesten das Verarbeitende Gewerbe von 1990 bis 1996 an Bedeutung verloren hatte – der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtwirtschaft

war von gut 39 % auf 34 % gesunken – stieg dieser bis 1998 wieder auf fast 36 %. Die „Renaissance“ der Industrie in den letzten Jahren darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich der Strukturwandel fortsetzen wird. Der Anteilszuwachs des Verarbeitenden Gewerbes kündigt keine Trendwende an, sondern stellt vielmehr eine konjunkturbedingte Atempause im Strukturwandel dar.

Gedämpft wird der Bedeutungsverlust des Verarbeitenden Gewerbes im Südwesten dadurch, daß der Süden der Republik als Industriestandort immer wichtiger wird. Wurden im Jahr 1980 37 % der bundesweit im Verarbeitenden Gewerbe erzielten Wertschöpfung in Baden-Württemberg und Bayern erwirtschaftet, waren es 1998 knapp 42 %. Offensichtlich hat der Süden, der sich wegen seiner Rohstoffarmut schon seit jeher industriell an-

Schaubild 14  
**Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten Bundesländern seit 1988**  
1988  $\hat{=}$  100



ders orientieren mußte als der Norden, heute strukturelle Vorteile. Dies gilt umso mehr in Zeiten zunehmender Internationalisierung. Dem im Norden stärker vertretenen Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe blies schon früh der scharfe Wind des Wettbewerbs ins Gesicht. Zwar ist auch der Süden, wo vor allem das Investitionsgütergewerbe zu Hause ist, einem zunehmenden Wettbewerbsdruck ausgesetzt, weil in diesem Gütersegment die Anforderungen an Technik und Personal aber vergleichsweise höher sind, können diese Güter nur mit entsprechender Infrastruktur im Ausland produziert oder dort in gleicher Qualität kostengünstiger produziert werden. Als Indiz hierfür kann die im Süden der Republik schon seit jeher weitaus geringere Arbeitslosigkeit gewertet werden.

### ***Dienstleistungen im Südwesten unter Bundesdurchschnitt***

Die Wirtschaft im Südwesten wäre noch kräftiger gewachsen, wenn die wachstumssträchtigen Bereiche Dienstleistungen und Verkehr stärker vertreten wären. Unter den Flächenländern des westlichen Bundesgebiets hat Baden-Württemberg mit einem Wertschöpfungsanteil von einem Drittel an der Gesamtwirtschaft nach Rheinland-Pfalz und Niedersachsen die geringste Präsenz an Dienstleistungsunternehmen und bundesweit mit 5 % den geringsten Wertschöpfungsanteil im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Gerade die stark expandierenden Dienstleistungsunternehmen werden die künftige Wachstumsdynamik bestimmen, wenn das Verarbeitende Gewerbe seine Boomphase hinter sich gelassen hat. Daß Hessen 1998 hinsichtlich seiner Wachstumsstärke trotz schwacher Industriedynamik bundesweit den vierten Platz belegte, war vor allem dem starken Wachstum und der hohen Präsenz seiner Dienstleistungsunternehmen zu verdanken. Mit einem jährlichen Wachstum von knapp 4 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist dieser Wirtschaftsbereich auch im Südwesten schneller gewachsen als die Industrie. Die Bruttowertschöpfung der Industrie nahm im gleichen Zeitraum „nur“ um rund 3 % zu.

Die Südwestwirtschaft wird ihre positive Entwicklung auf lange Sicht aber nur dann fortsetzen, wenn sich die Dienstleistungsunternehmen wieder dynamischer entwickeln als zuletzt. Es gerät nämlich für den Wirtschaftsstandort Südwest längerfristig zum Nachteil, wenn dieser Wachstumsbereich im regionalen Vergleich hinter die Konkurrenten fällt. Die Dienstleister Schleswig-Holsteins und Nordrhein-Westfalens steigerten ihre Bruttowertschöpfung seit 1993 jährlich um gut 5 bzw. 4 ½ %, und die bayerische Wirtschaft bezieht ihre wirtschaftliche Stärke neben einer wettbewerbsfähigen Industrie auch aus überdurchschnittlich dynamischen Dienstleistungsunternehmen. Die Dienstleistungen im Südwesten wachsen

dagegen seit Beginn der neunziger Jahre nur unterdurchschnittlich. Innerhalb des westlichen Bundesgebiets nahm die Bedeutung der Dienstleistungsunternehmen im Südwesten – gemessen an ihrem Beitrag zur entsprechenden bundesweiten Bruttowertschöpfung – von 1990 bis 1998 um 0,5 Prozentpunkte auf 14,8 % ab, während sie in Bayern um einen Prozentpunkt auf zuletzt 20,4 % zugenommen hat.

### ***Wirtschaftswachstum im Südwesten bringt mehr Arbeitsplätze***

Unter den Bundesländern, die 1998 zur Spitze der wachstumsstarken Länder zählten, war Baden-Württemberg das einzige Land, in dem es gesamtwirtschaftlich einen Beschäftigungszuwachs gab. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich um 0,6 % bzw. 29 000. Lediglich in Nordrhein-Westfalen und im Saarland war die Zunahme mit jeweils 0,7 % stärker als hierzulande. Zu dieser Entwicklung hat vor allem das Verarbeitende Gewerbe beigetragen, das nach fünf Jahren des Stellenabbaus seinen Personalbestand 1998 um 2 % erhöhte. Damit hat sich die Schere zwischen der Erwerbstätigenentwicklung im Südwesten und dem Durchschnitt aller Bundesländer, die sich im Jahr 1993 geöffnet hatte, wieder geschlossen. Dies zeigt, daß die hiesige Wirtschaft im vergangenen Jahr einen höheren Gesundheitsgrad erreicht hat. Der Weg dorthin war steinig und mit Rationalisierungsmaßnahmen in noch nie dagewesenem Umfang verbunden. Gerade im Südwesten trafen nämlich Ende der achtziger Jahre und zu Beginn der neunziger Jahre mehrere Umstände zusammen, die den Unternehmen im Land einen Wettbewerbsnachteil brachten, den es in den Folgejahren wieder wettzumachen galt.

Der hohe Industrieanteil und die wettbewerbsfähige Struktur der Industrie haben dazu beigetragen, daß die Arbeitsmarktlage im Süden der Republik günstiger ist als andersorts. Im vergangenen Jahr war die Arbeitslosenquote mit 8,0 % in Baden-Württemberg bundesweit am niedrigsten, gefolgt vom Nachbarland Bayern mit 8,1 %.

### ***Besondere Umstände erforderten verstärkte Maßnahmen***

Von Ende der achtziger Jahre bis etwa 1994 hatte Baden-Württemberg im gesamten Bundesgebiet den stärksten Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. Dieser war fast ausschließlich auf Wanderungsgewinne zurückzuführen. In den wirtschaftlich guten Jahren, also bis zum Ende der Hochkonjunkturphase im Jahr 1992, fanden die meisten zugewanderten Personen in Baden-Württemberg einen Arbeitsplatz. Verbunden mit einem im Vergleich zu anderen Bundesländern nur unterdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum geriet die hiesige Wirtschaft in dieser

Zeit bereits in einen Wettbewerbsnachteil, weil das je Erwerbstätigen erwirtschaftete reale Bruttoinlandsprodukt immer schwächer zunahm. Diese Situation verschärfte sich noch dadurch, daß die Rezession 1993 im Südwesten stärker ausfiel als anderenorts. Erst nach durchgreifenden Rationalisierungsmaßnahmen hat sich die Arbeitsproduktivität und damit auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wieder verbessert. Im vergangenen Jahr erzielte Baden-Württemberg trotz eines Zu-

wachses an Arbeitsplätzen bundesweit nach Niedersachsen und Bayern mit einem Plus von 3,2 % den dritthöchsten Produktivitätsfortschritt. Daß die absolute Höhe des je Erwerbstätigen erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts hierzulande geringer ausfällt als in den Nachbarländern Hessen und Bayern, liegt vor allem an der generell höheren Produktivität im Bereich der Dienstleistungsunternehmen, denen in diesen Ländern eine größere gesamtwirtschaftliche Bedeutung zukommt als hierzulande.

## **Teil II**

**Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen**



# Entwicklungstendenzen der Studierenden- und Absolventenzahlen in den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen

Dipl.-Volkswirt Manfred Wörner

Im Rahmen des Statistisch-Prognostischen Berichts 1997 wurden in einem gesonderten Beitrag die längerfristigen Veränderungen im fächerspezifischen Wahlverhalten der Studierenden untersucht. Bereits damals wurde festgestellt, daß in den ingenieurwissenschaftlichen Fakultäten der Hochschulen ein fast dramatisch zu nennender Einbruch stattfindet, der vor allem für die Wirtschaft des Landes, die auf die Nutzung des an Hochschulen erworbenen Wissens angewiesen ist, schwerwiegende Folgen haben könnte. Die Entwicklung, die sich damals auf der Basis der bis 1995 vorliegenden Ergebnisse abzeichnete, hat sich zumindest bis zum Wintersemester 1997/98 verstärkt fortgesetzt, so daß eine differenzierte Untersuchung dieses Phänomens angezeigt erscheint. Zwar zeichnet sich nach den jüngsten Zahlen für das Wintersemester 1998/99 eine Trendwende ab, doch werden sich für den Arbeitsmarkt der nächsten vier bis fünf Jahre noch erhebliche Friktionen ergeben, da die Absolventenzahlen zunächst noch sinken werden.

jeder vierte Studierende war zu Beginn der 90er Jahre in technisch orientierten Studiengängen eingeschrieben. Konnten die Ingenieurwissenschaften von der Expansion in den 80er Jahren überdurchschnittlich profitieren, so sind sie nunmehr von dem Mitte der 80er Jahre einsetzenden und überwiegend demographisch bedingten Rückgang der Studierendenzahlen in weit überproportionalem Maße betroffen. Vergleiche mit der Entwicklung auf Bundesebene, die durch einen wechselnden Gebietsstand und abweichende Definitionen<sup>1</sup> erschwert sind, lassen dennoch erkennen, daß in den übrigen Bundesländern ähnliche Einbrüche bei den Ingenieurwissenschaften zu verzeichnen sind. So beträgt der Rückgang der Studierendenzahl in dieser Fächergruppe zwischen 1992 und 1997 in Baden-Württemberg 19 %, im Bundesgebiet 17 %. Dabei ist neben der methodischen Seite auch die unterschiedliche Ausgangslage zu berücksichtigen, da in unserem Bundesland in der Vergangenheit die Ingenieurwissenschaften eine größere quantitative Bedeutung hatten als im übrigen Bundesgebiet.

1 Seit 1992/93 werden auf Bundesebene – wie auch in der Mehrzahl der Länder – nur noch Haupt- und Nebenhörer zusammengefaßt ausgewiesen, da eine Identifikation der einzelnen Person nicht mehr möglich ist. Das bedeutet, daß Studierende an mehreren Hochschulen eingeschrieben sein können und dort unter Umständen jeweils als Haupthörer gemeldet sind. Demgegenüber weist Baden-Württemberg trotz der unsicheren Abgrenzung nur Haupthörer aus.

Betrachtet man zunächst die längerfristige Entwicklung, so stellt man fest, daß in den 80er Jahren der Anteil der Studierenden in den technischen Studiengängen im gesamten Hochschulbereich deutlich gewachsen ist (Tabelle 1). Bezieht man die Informatik, die von der Systematik her gesehen eigentlich zur mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächergruppe zu rechnen ist, in den zeitlichen Vergleich mit ein, so ergibt sich zwischen 1980 und 1992 eine Anteilssteigerung von 20 auf 25 %. Das heißt,

Tabelle 1

Studierende an Hochschulen in Baden-Württemberg in ausgewählten Fächergruppen bzw. Studienbereichen seit 1980

Wintersemester	Studierende insgesamt	Darunter in Fächergruppe/Studienbereich			
		Ingenieurwissenschaften		Informatik	
		Anzahl	%	Anzahl	%
1980/81	147 768	26 464	17,9	3 151	2,1
1985/86	190 301	36 812	19,3	6 645	3,5
1990/91	215 242	43 179	20,1	9 523	4,4
1992/93	226 301	46 743	20,7	10 151	4,5
1993/94	230 980	46 802	20,3	10 107	4,4
1994/95	231 540	46 166	19,9	9 972	4,3
1995/96	226 512	44 025	19,4	9 710	4,3
1996/97	219 353	41 185	18,8	9 641	4,4
1997/98	206 550	37 808	18,3	9 454	4,6
1998/99	186 674	34 686	18,6	9 608	5,1



Im folgenden soll jedoch das Schwergewicht der Untersuchung auf der Situation in Baden-Württemberg liegen. Zur differenzierteren Betrachtung werden außerdem statt des Studierendenbestandes die Studienanfängerzahlen herangezogen, da diese die zeitlichen Entwicklungslinien schneller und akzentuierter widerspiegeln. Aus diesen Gründen wurden in *Anhangtabelle 1* die Studienanfänger<sup>2</sup> in den wichtigsten ingenieurwissenschaftlichen Studienbereichen an den Universitäten für die Jahre 1980 bis 1998 dargestellt. Die dabei zu erkennenden Veränderungsraten sind teilweise von außergewöhnlichen Ausmaßen: So stieg beispielsweise im Maschinenbau die Zahl der Studienanfänger zwischen 1980 und 1990 um rund zwei Drittel, nahm aber im Verlauf der 90er Jahre bis 1997 um mehr als die Hälfte (– 56,6 %) ab, so daß die Zahl der Erstimmatrikulierten in diesem Studienbereich trotz leichter Steigerung im Jahre 1998 immer noch deutlich unter der Anfängerzahl des Jahres 1980 liegt.

## Dramatische Entwicklung im Maschinenbau und in der Elektrotechnik

Selbst wenn man die Verkehrstechnik, die seit 1992 als eigenständiger Studienbereich ausgewiesen wird, bei den Erstimmatrikulierten im Maschinenbau mit berücksichtigt, kommt man immer noch auf einen Rückgang der Studienanfängerzahlen um über 44 % in diesem Bereich zwischen 1990 und 1997.

Vom Rückgang des Abiturienteninteresses ist neben dem Maschinenbau auch der Studienbereich „Elektrotechnik“ sehr stark betroffen. Hier haben sich 1997 fast 38 % weniger Studierende (neu) eingeschrieben als zu Beginn des Jahrzehnts. Dies ist um so überraschender, da sich die Studienanfängerzahl im Verlauf der 80er Jahre an Universitäten in der Elektrotechnik fast verdoppelt hatte.

Unabhängig von den langfristigen Berufsaussichten für Ingenieure, auf die im einzelnen noch einzugehen sein wird, soll an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht werden, daß der Beginn der rückläufigen Entwicklung mit der Verhängung von Einstellungsstopps in großen Unternehmen des Fahrzeugbaus und der Elektroindustrie zusammenfällt.

2 Soweit nicht besonders darauf hingewiesen wird, umfaßt dieser Begriff Studierende im 1. Hochschulsesemester beiderlei Geschlechts. Die zeitliche Abgrenzung der Studienanfänger eines Jahres bezieht sich jeweils auf das Sommersemester und das darauffolgende Wintersemester, die zu einer Zahl zusammengefaßt werden. In anderen Veröffentlichungen werden unter dem Begriff „Studienanfänger“ teilweise auch Studierende im 1. Fachsemester verstanden. Da insbesondere an Fachhochschulen jedoch häufig eine Fachsemesteranrechnung bereits bei Studienbeginn erfolgt, erscheint diese Bezugsgröße zur Kennzeichnung des Studienbeginns weniger geeignet.

## Bauingenieurstudium: Rückgang setzte später ein

Im Studienbereich „Bauingenieurwesen“ war im Verlauf der 80er Jahre die prozentual stärkste Zunahme an Studienanfängerzahlen verzeichnet worden, wobei die expansive Entwicklung – wohl auch beeinflusst von der guten Konjunktur in dieser Branche – noch bis 1994 anhielt. Um so abrupter fiel der Rückgang in den drei Jahren danach aus (– 44,3 %). Zwar weist der Studienbereich „Architektur/Innenarchitektur“ gegenwärtig ebenfalls rückläufige Anfängerzahlen aus, doch ist hier die Abnahme bislang moderat, wobei ohnehin in diesem Bereich die Ausschläge im gesamten betrachteten Zeitverlauf weniger dramatisch ausgefallen sind. Summa summarum kann die Fächergruppe Ingenieurwissenschaften an Universitäten aber im Vergleich zum Beginn unseres Jahrzehnts über 30 % weniger Studienanfänger an sich binden, während der (überwiegend demographisch bedingte) Rückgang in den übrigen Fächergruppen nur gut 15 % beträgt.

## Entwicklung an Fachhochschulen von früheren Zulassungsbeschränkungen beeinflusst

Betrachtet man in *Anhangtabelle 2* die vergleichbaren Studienbereiche an den Fachhochschulen, so stellt man fest, daß dort die Studienanfängerzahlen des Jahres 1980 bislang nicht unterschritten wurden. Allerdings sind bei einem Vergleich mit den Universitäten insbesondere zwei Punkte zu beachten:

1. Die Expansion zwischen 1980 und 1992 war an Fachhochschulen vor allem durch den Ausbau der Kapazitäten geprägt.
2. Damit in Zusammenhang stehend existierten an dieser Hochschulart bis Mitte der 90er Jahre enge Zulassungsbeschränkungen.

Da zu Beginn der 90er Jahre im Maschinenbau und in der Elektrotechnik noch auf einen Studienplatz mehrere Bewerber kamen, wirkte sich das nachlassende Interesse an technischen Studiengängen zunächst nur in einer Verkürzung der Wartezeit bzw. in einer Erhöhung der Zulassungschancen aus. Inzwischen ist aber auch im Maschinenbau (– 39 % zwischen 1991 und 1997) und in der Elektrotechnik (– 42 %) ein starker Rückgang der Erst einschreibungen festzustellen. Dagegen ist in den bautechnischen Studiengängen kein signifikanter Rückgang zu verzeichnen. Ein ergänzender Blick auf die Informatik zeigt, daß dort die Zahl der Erstsemestrigen – auch wegen des Ausbaus der Kapazitäten und der Einführung neuer Studiengänge – seit 1996 wieder im Steigen begriffen ist.

Zusammenfassen lässt sich der Vergleich zwischen den Hochschularten dahingehend, daß der Rückgang der Studienanfängerzahlen in den Ingenieurwissenschaften zwischen 1992 und 1997 an Fachhochschulen nicht ganz so stark ausfiel wie an Universitäten, daß dies jedoch auch auf den vorherigen Rückstau der Nachfrage nach Studienplätzen zurückzuführen ist.

## Werbung um Abiturientinnen bislang wenig erfolgreich

Angesichts des gegenwärtig wie auch langfristig gesehen großen Bedarfs an Absolventen der technischen Disziplinen und dem besorgniserregenden Rückgang an Ersteinschreibungen wäre es naheliegend, aus der geringen femininen Präsenz in dieser Sparte Konsequenzen zu ziehen und zu versuchen, dieses „Potential“ an Studienanfängern zu erschließen. Dem ist entgegenzuhalten, daß die Werbung für technische Berufe beim weiblichen Geschlecht schon seit vielen Jahren erfolgt und bislang nur bescheidene Erfolge erzielen konnte. Betrachtet man nur die relativen Veränderungen, so erhält man für das weibliche Geschlecht in technischen Studiengängen zwar beeindruckende Zuwachsraten (Tabelle 2): So stieg beispielsweise an Universitäten zwischen 1980 und 1998 die Zahl der Studienanfängerinnen im Maschinenbau um 258 % und in der Elektrotechnik um 362 %, doch ist die absolute Zahl sehr gering. Die nach wie vor bestehende Unterrepräsentation kommt auch in dem immer noch gerin-

gen Frauenanteil in diesen Studienbereichen zum Ausdruck. Bei der als zukunftsträchtig eingeschätzten Informatik blieb der Zuwachs der Ersteinschreibungen von Frauen in dem genannten Zeitraum sogar hinter dem der Männer zurück, obwohl beispielsweise an Universitäten im Verlauf der 80er und 90er Jahre die Zahl der Studienanfängerinnen insgesamt gesehen um etwa 37 % zunahm, während die Zahl der männlichen Novizen stagnierte. Eine relativ ausgeglichene Geschlechterproportion ist lediglich in der Architektur festzustellen. Dieser Studienbereich umfaßt jedoch auch die Innenarchitektur und dürfte durch die Berücksichtigung gestalterischer und künstlerischer Elemente während des Studiums für Frauen mehr Anziehungskraft besitzen.

Obwohl sich das Studium an Fachhochschulen von demjenigen an Universitäten durch den stärkeren Praxisbezug und die festere Strukturierung deutlich unterscheidet, zeigen sich bezüglich der Geschlechterverteilung in den vergleichbaren Studienbereichen keine wesentlichen Unterschiede.

## Kurswahl in der gymnasialen Oberstufe stellt Weichen

Bei der Suche nach den Ursachen für die nach wie vor bestehende starke Unterrepräsentanz der Frauen in den Ingenieurwissenschaften ist ein Blick auf die schulische Vorbildung sinnvoll. Ein erheblicher Teil der Ingenieur-

Tabelle 2

Studienanfängerinnen an Hochschulen in Baden-Württemberg in ausgewählten Studienbereichen 1980 und 1998

Studienbereich	Studentinnen im 1. Hochschulsemester <sup>1)</sup> an									Nachrichtlich: Anteil der Frauen <sup>2)</sup> 1998				
	Universitäten					Fachhochschulen								
	1980	1998	Veränderung 1998 gegenüber 1980			1980	1998	Veränderung 1998 gegenüber 1980		Universitäten	Fachhoch- schulen			
	Anzahl			%		Anzahl			%					
Maschinenbau/ Verfahrenstechnik	33	118	+	85	+	257,6	121	349	+	228	+	188,4	14,3	16,7
Elektrotechnik	13	60	+	47	+	361,5	13	52	+	39	+	300,0	10,2	6,2
Architektur	91	195	+	104	+	114,3	133	187	+	54	+	40,6	46,4	46,4
Bauingenieurwesen	33	88	+	55	+	166,7	21	50	+	29	+	138,1	25,0	11,8
Informatik	76	165	+	89	+	117,1	99	204	+	105	+	106,1	14,7	16,3
Nachrichtlich: Alle Studienbereiche zusammen	6 944	9 501	+	2 557	+	36,8	1 763	3 486	+	1 723	+	97,7	46,8	32,3

1) Jeweils Sommersemester und darauffolgendes Wintersemester zusammengefaßt. – 2) An den Studierenden im 1. Hochschulsemester im Studienjahr 1998.

Tabelle 3

**Leistungskursbelegung in der gymnasialen Oberstufe\*) in Baden-Württemberg nach ausgewählten Schuljahren**

Fach Fächergruppe Aufgabenfeld	Leistungskursbelegung im Schuljahr			
	1978/79	1984/85	1995/96	1998/99
	%			
Deutsch	9,1	10,8	10,4	10,5
Bildende Kunst	2,7	3,2	5,8	5,6
Musik	1,6	1,7	2,0	2,0
<b>Deutsch und musische Fächer zusammen</b>	<b>13,4</b>	<b>15,8</b>	<b>18,1</b>	<b>18,1</b>
Englisch	15,1	14,3	18,3	20,0
Französisch	10,1	10,4	8,6	7,7
Latein	2,9	2,8	2,1	1,7
Übrige Fremdsprachen	0,6	0,4	0,7	0,8
<b>Fremdsprachen zusammen</b>	<b>28,7</b>	<b>27,9</b>	<b>29,7</b>	<b>30,2</b>
Mathematik	14,6	19,3	18,3	18,1
Physik	9,1	7,7	5,9	5,8
Chemie	6,2	3,8	3,2	3,3
Biologie	15,6	9,8	8,0	7,1
<b>Mathematisch-naturwissenschaftliches Aufgabenfeld zusammen</b>	<b>45,5</b>	<b>40,6</b>	<b>35,5</b>	<b>34,3</b>
Geschichte	7,6	6,6	7,5	7,4
Erdkunde	2,7	4,9	3,7	3,9
Gemeinschaftskunde	0,5	1,2	1,6	2,0
<b>Gesellschaftswissenschaft (ohne Theologie) zusammen</b>	<b>10,8</b>	<b>12,7</b>	<b>12,9</b>	<b>13,3</b>
<b>Sonstige (Sport und Theologie)</b>	<b>1,6</b>	<b>3,0</b>	<b>3,8</b>	<b>4,2</b>
<b>Fächergruppen insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

\*) In Jahrgangsstufe 12 der öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Gymnasien (Neugestaltete Gymnasiale Oberstufe).

studenten hat zuvor das Technische Gymnasium absolviert. An diesem „Typ“ des Beruflichen Gymnasiums liegt der Frauenanteil trotz steigender Tendenz immer noch unter 10 %, während die ernährungs-/agrarwissenschaftliche bzw. sozialpädagogische Richtung des Beruflichen Gymnasiums zu über 80 % von Frauen besucht wird. Auch die unterschiedlichen Präferenzen bei der Wahl eines Ausbildungsberufs zeigen, daß sich die geschlechtsspezifischen Stereotypen der Berufswahl nur sehr langsam auflösen.

Abiturientinnen mit Abschluß am allgemeinbildenden Gymnasium haben – wie aus verschiedenen Stichprobenerhebungen bekannt wurde – zuvor in sehr viel geringerem

Maße als ihre männlichen Absolventen das Schwergewicht der Fächerwahl in der Oberstufe auf das mathematisch-naturwissenschaftliche Aufgabenfeld gelegt. Da die Kurswahl in der gymnasialen Oberstufe einen erheblichen Einfluß auf die Wahl des Studienfachs hat, ist dies ein weiterer Grund für die geringe feminine Repräsentanz in den Ingenieurwissenschaften.

Unabhängig von den bestehenden geschlechtsspezifischen Unterschieden der Kurswahl kann die langfristige Veränderung des Wahlverhaltens bis zu einem gewissen Grade auch das nachlassende Interesse der Abiturienten an technisch orientierten Studiengängen erklären. Seit Einführung der neugestalteten Oberstufe Ende der 70er

Jahre hat sich insbesondere bei der Leistungskursbelegung das Schwergewicht von der naturwissenschaftlichen Seite hin zu geisteswissenschaftlichen Fächern verschoben (Tabelle 3). Zwar hat die Mathematik per Saldo ein wenig an Bedeutung gewonnen, doch werden naturwissenschaftliche Leistungsfächer heute sehr viel seltener gewählt als zum Zeitpunkt der Einführung der Oberstufenreform. Auch bei der Grundkursbelegung hat das Gewicht von Physik und Chemie abgenommen; selbst das Fach Informatik scheint nach der jüngsten Entwicklung bei den Gymnasiasten nicht mehr so begehrt zu sein wie noch vor wenigen Jahren.

### Günstige Betreuungssituation in den Ingenieurwissenschaften

Der starke Einbruch bei den Studierendenzahlen und der Ausbau insbesondere an den Fachhochschulen haben dazu geführt, daß das Verhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden in den Ingenieurwissenschaften – verglichen mit den meisten anderen Fächergruppen und Studienbereichen – nunmehr als günstig zu werten ist. Entfielen beispielsweise zu Beginn der 90er Jahre an Fachhochschulen in den Ingenieurwissenschaften auf eine (hauptberufliche) Lehrperson rechnerisch fast 28 Studierende, so ist diese Relation mittlerweile auf unter 20 gesunken (Tabelle 4). In den universitären technischen Studiengängen verbesserte sich das Verhältnis von Studierenden zu Angehörigen des wissenschaftlichen Personals von 8,3 auf 6,6. Selbst wenn man berücksichtigt, daß gerade in den Ingenieurwissenschaften ein erheblicher Teil des Personals aus Drittmitteln bezahlt wird und diese Beschäftigten normalerweise nicht für Aufgaben der Lehre zur Verfügung stehen, kommt man bei der Beschränkung auf etat-

mäßig finanzierte Stellen auch zu deutlichen Verbesserungen: Die Relation „Studierende je Stelle für wissenschaftliches Personal“ wurde in der hier maßgeblichen Fächergruppe Ingenieurwissenschaften zwischen 1990 und 1997 an Universitäten von 17,2 auf 13,4 gesenkt, an Fachhochschulen von 25,6 auf 18,6.

Ursächlich für diese vergleichsweise günstigen Betreuungsrelationen ist, wie schon erwähnt, der starke Rückgang der Studierendenzahlen bei gleichzeitig unveränderten bzw. erweiterten Lehrkapazitäten.

### Studienerfolg eher überdurchschnittlich

Die günstigen Studienbedingungen mögen ein Grund sein für die Tatsache, daß der Studienerfolg in den technischen Studiengängen offenbar tendenziell größer ist als in den meisten anderen Studiengängen. Zwar erlaubt die amtliche Statistik wegen der Abschaffung der Studienverlaufsstatistik keine exakten Aussagen zu diesem Fragenkomplex, doch gibt es eine ganze Reihe von Indikatoren, die diese These stützen.

Vergleicht man beispielsweise die Studienanfänger in den Ingenieurwissenschaften in einem bestimmten Jahr mit den Absolventen vier bzw. sechs Jahre später, so erhält man vor allem für Fachhochschul-Abschlüsse relativ geringe „Schwund“-Raten, das heißt, die Erfolgsquote scheint relativ hoch zu sein. Bei dieser sehr stark vereinfachten Methode ergeben sich für den Maschinenbau ein vergleichsweise hohes Maß an (Bestands-)Abnahmen zwischen Beginn des Studiums und dessen Beendigung. Eine tendenziell niedrigere Erfolgsquote ergibt sich für die uni-

Tabelle 4

Betreuungsrelationen in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften an Universitäten und Fachhochschulen in Baden-Württemberg 1990 und 1997

Jahr	Studierende je		
	Lehrperson <sup>1)</sup>	Professor	Stelle <sup>2)</sup>
Universitäten			
1990	8,3	81,9	17,2
1997	6,6	64,3	13,4
Fachhochschulen			
1990	27,8	28,1	25,6
1997	19,4	19,8	18,6

1) Hauptberufliches, wissenschaftliches und künstlerisches Personal. – 2) Stellen laut Staatshaushaltsplan für wissenschaftliches und künstlerisches Personal.

versitären Studiengänge. Gegen die geschilderte Methode können zahlreiche Einwände erhoben werden; so könnte darauf verwiesen werden, daß

- Absolventen-Jahrgänge aus unterschiedlich starken Anfänger-Jahrgängen zusammengesetzt sein können,
- der durchschnittliche time-lag zwischen Studienbeginn und -ende sich im Zeitverlauf ändert,
- Studienanfänger während des Studiums über die Landesgrenzen abwandern können.

Da solche Einwände berechtigt sind, soll hier auf differenzierte Aussagen zum Studienerfolg verzichtet werden. Allerdings ergaben sich auch bei den Untersuchungen der Hochschulinformationssystem GmbH (HIS) im Rahmen bundesweiter Befragungen für den Bereich der Ingenieurwissenschaften zumindest an Universitäten eher unterdurchschnittliche Abbruchquoten.<sup>3</sup> Dies ist insofern bemerkenswert, als Studienabbrecher der technischen Disziplinen häufiger als andere Abbrecher über hohe Anforderungen klagen.

Aussagen zur Studiendauer leiden ebenfalls unter dem Mangel, daß sie sich in aller Regel auf Absolventen- und nicht auf Studienanfänger-Jahrgänge beziehen, weshalb demographische Einflüsse zu Verzerrungen führen können. Schiebt man solche Einwände beiseite, so darf festgestellt werden, daß die durchschnittliche Studiendauer von Diplom-Ingenieuren (FH) gegenwärtig bei ca. 9,5 Semestern liegt, wobei sich gerade bei Fachhochschul-Absolventen nur minimale Unterschiede zwischen Fachstudiendauer (ausgedrückt in der durchschnittlichen Anzahl der Fachsemester) und gesamter Verweildauer im Hochschulbereich (Anzahl der Hochschulsemester) feststellen lassen. Dies ist ein Hinweis darauf, daß das Fachhochschulstudium zielgerichtet absolviert wird und Studienfachwechsel relativ selten sind.

An Universitäten ausgebildete Diplomingenieure weisen im Vergleich zu den FH-Absolventen mit durchschnittlich etwa 13 Fachsemestern eine erheblich längere Fachstudiendauer auf; auch ist die Zahl der Hochschulsemester in dieser Hochschulart in der Regel deutlich höher als die Zahl der Fachsemester (die Differenz beträgt meist etwa 0,5 Semester, in der Architektur mehr als 1,5 Semester).<sup>4</sup> Die Ingenieure schneiden jedoch im Vergleich zu den

3 Vergleich hierzu Lewin, K. u.a.: „Studienabbruch ....“, in HIS-Kurzinformation Nr. A1/95. In *Tabelle 2/3* dieser Veröffentlichung wurden die Anteile der einzelnen Fächergruppen bezüglich der Studierenden und der Studienabbrecher gegenübergestellt.

4 Der Durchschnittswert von 0,5 Semestern mag gering erscheinen. Geht man jedoch in einem Beispiel davon aus, daß lediglich 20 % der Absolventen über die reine Fachstudiendauer hinaus weitere Semester an einer Hochschule verbracht haben, so würde sich für diesen Personenkreis eine durchschnittliche Differenz zwischen Hochschul- und Fachsemestern von 1,25 Jahren (= 2,5 Semestern) ergeben.

Absolventen in den Sprach- und Kulturwissenschaften deutlich besser ab: Erfolgreiche Magisterprüflinge können im Durchschnitt auf eine über siebenjährige Fachstudien-dauer zurückblicken und haben darüber hinaus im Mittel noch fast ein weiteres Jahr an der Hochschule in einem anderen Studiengang verbracht.

Arbeitsmarktsituation erscheint teilweise widersprüchlich

Als ein möglicher Grund für das nachlassende Interesse an technischen Studiengängen wurde bereits die Verschiebung bei den fächerspezifischen Wahlentscheidungen in der gymnasialen Oberstufe genannt. Hierbei handelt es sich jedoch eher um einen schleichenden, säkularen Prozeß, der die abrupte, dramatische Abnahme Mitte der 90er Jahre keinesfalls allein erklären kann. Hauptursache dürfte vielmehr der konjunkturelle Einbruch ab etwa 1992/93 sein. Zwar traf dieses ökonomische Tief viele Wirtschaftszweige, jedoch – unter anderem wegen der starken Außenhandelsverflechtung – in besonderem Maße das Verarbeitende Gewerbe, das bisher der „Hauptabnehmer“ auf dem Arbeitsmarkt für Ingenieure war. An arbeitslose Lehrer und Geisteswissenschaftler hatte man sich in der Öffentlichkeit zuvor schon fast gewöhnt, die Erwerbslosigkeit von Ingenieuren war jedoch ein relativ neues Phänomen, weshalb es möglicherweise um so nachhaltiger fokussiert wurde und offenbar einen nachhaltigen Eindruck bei den Abiturienten hinterließ.

Betrachtet man einmal für ausgewählte Ingenieurberufe das tatsächliche (relative) Ausmaß der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1989 bis 1997, so scheinen vor allem Inge-

Tabelle 5

Arbeitslosenquoten im Bundesgebiet\*) für ausgewählte technische Berufe 1989 bis 1997

Jahr	Ingenieure des Maschinen- und Fahrzeugbaus	Elektroingenieure	Architekten, Bauingenieure
	%		
1989	5,0	3,2	6,4
1993	10,4	6,6	4,1
1994	11,3	7,5	4,2
1995	10,7	7,4	5,4
1997	10,9	7,3	9,7

\*) Gebietsstand vor dem 3.10.1990.  
Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, BeitrAB 60.

nieure des Fahrzeug- und Maschinenbaus ein relativ hohes Arbeitsplatzrisiko zu haben. Die globale Arbeitslosigkeitsquote auf Bundesebene darf jedoch vor allem aus zwei Gründen nicht verabsolutiert werden:

1. Sie ist zu einem hohen Anteil durch die besondere Situation in den neuen Bundesländern bestimmt. Betrachtet man nur die westlichen Länder, reduziert sich die aktuellste Quote (1997) bei Ingenieuren des Maschinen- und Fahrzeugbaus von 16,4 % auf 10,9 % (Tabelle 5).
2. Die Altersstruktur der arbeitslosen Ingenieure weicht von der in anderen akademischen Berufen deutlich ab: Beispielsweise ist die Hälfte der arbeitslosen Maschinenbauingenieure über 50 Jahre alt, während der entsprechende Anteil bei den arbeitslosen Geisteswissenschaftlern nur 12 % beträgt.

Insofern erscheint es nur auf den ersten Blick widersprüchlich, wenn viele Unternehmen händeringend nach Ingenieuren suchen und gleichzeitig noch viele in dieser Sparte ausgebildete Akademiker keine Beschäftigung finden.

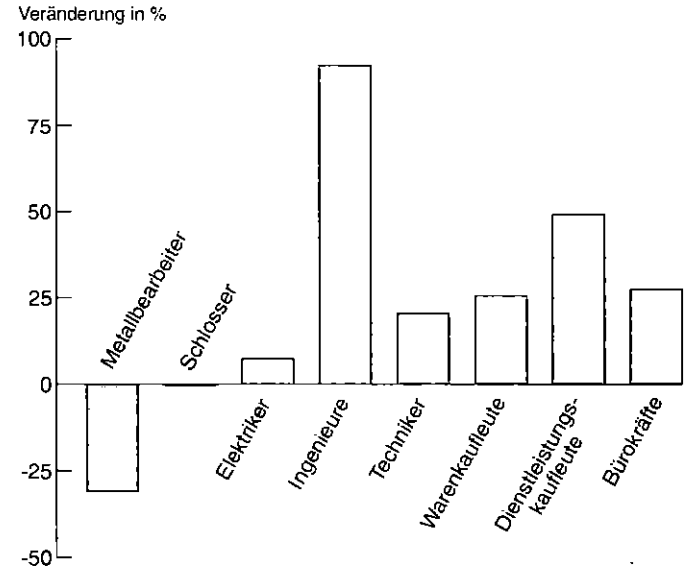
Der Grund ist wohl, daß die Wirtschaft im Interesse der Konkurrenzfähigkeit auf den neuesten Wissenstand der einzustellenden Kräfte Wert legt. Auch die geringere Arbeitslosigkeitsquote der Elektroingenieure läßt sich mit dem Argument des Einflusses der Altersstruktur in Einklang bringen, denn in dieser Berufsgruppe beträgt der Anteil der über 50jährigen nunmehr ebenfalls 50 %. Dabei ist der Anteil der älteren Arbeitslosen noch stärker gestiegen als bei den Ingenieuren des Maschinen- und Fahrzeugbaus, ohne daß sich die globale Arbeitslosigkeitsquote dieser Sparte wesentlich erhöht hätte. Da die Rezession auf dem Bausektor später einsetzte als im Verarbeitenden Gewerbe, waren die dort tätigen Ingenieure lange Zeit in geringerem Maße von Arbeitslosigkeit bedroht als Maschinenbau- und Elektroingenieure. Nunmehr ist allerdings ein deutlich höheres Arbeitsplatzrisiko für Bauingenieure festzustellen. Im Unterschied zu den vorher genannten Berufsgruppen geht bei den Architekten und Bauingenieuren der Anteil jüngerer Arbeitsloser nicht wesentlich zurück, was auch auf die in diesem Bereich eher gestiegenen Absolventenzahlen zurückzuführen ist.

## Langfristig enorme Zunahme der Beschäftigung

Der Blick auf die arbeitslosen Ingenieure mag für junge Leute von Bedeutung sein, auch wenn von diesem Schicksal vor allem ältere Akademiker betroffen sind. Er darf jedoch nicht den Blick auf den gesamten Arbeitsmarkt ver-

Schaubild 1

**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Baden-Württemberg 1998 gegenüber 1978\*) nach ausgewählten Berufsgruppen**



\*) Stichtag jeweils 31. März.  
Quelle: Beschäftigtenstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

293 99

stellen, weshalb die in einem Beschäftigungsverhältnis stehenden Personen in die Betrachtung mit einbezogen werden müssen. Hierbei ergaben sich sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene bezüglich der Zahl der abhängig beschäftigten Ingenieure langfristig gesehen enorme Zuwachsraten. So erhöhte sich beispielsweise in Baden-Württemberg die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ingenieure zwischen 1978 und 1998 von 56 000 auf nahezu 108 000. Die Zuwachsrate von rund 92 % binnen zwei Jahrzehnten übertrifft selbst die Zunahme in den wichtigsten Dienstleistungsberufen (Schaubild 1). Auch Techniker und technische Sonderfachkräfte, die mit den Ingenieurberufen verwandt sind, können mit der stürmischen Job-Expansion bei den akademisch vorgebildeten technischen Arbeitskräften nicht Schritt halten; dort liegt die Zuwachsrate zwischen 1978 und 1998 lediglich bei 20 %. Demgegenüber ist in den meisten produktionsorientierten Berufen eine Stagnation, teilweise sogar eine Abnahme zu verzeichnen. Faßt man die wichtigsten Berufe zu drei großen Bereichen zusammen, so erhält man für die Fertigungsberufe einen Rückgang um 13 % binnen zwei Jahrzehnten. Demgegenüber nahm die Zahl der in Dienstleistungsberufen Beschäftigten um fast ein Drittel zu. Diese Zuwachsrate wird von den Technischen Berufen (+ 41 %) noch deutlich übertroffen, wobei die Untergruppe der Ingenieure – wie schon erwähnt – eine noch höhere Wachstumsrate verzeichnet.

## Rationalisierungs- und Tertiarisierungstendenzen begünstigt Ingenieure

Die Verschiebungen in der Berufsstruktur werden noch deutlicher, wenn man das Verarbeitende Gewerbe allein betrachtet. Dort ging zwischen 1979 und 1998 per Saldo jeder achte Arbeitsplatz verloren, was sich vor allem auf die Fertigungsberufe – aber bis zu einem gewissen Grad auch auf klassische Dienstleistungsberufe – auswirkte. Dieser Arbeitsplatzabbau durch Rationalisierung und Verlagerung von Arbeit ins Ausland war offensichtlich nur durch die zusätzliche Einstellung technisch hochqualifizierter Fachkräfte möglich geworden. Insofern betrifft das Schlagwort von der zunehmenden Tertiarisierung nicht allein die sektoralen Veränderungen, die in einem wachsenden Gewicht der Dienstleistungen im Rahmen der Aufgliederung der Wirtschaftszweige zum Ausdruck kommt. Vielmehr findet eine bedeutsame Veränderung der Tätigkeitsstruktur innerhalb des sekundären Sektors statt. Im Wirtschaftsbereich „Produzierendes Gewerbe“ wächst die Bedeutung der Tätigkeiten, die eine leistungsfähige, automatisierte Produktionsweise erst ermöglichen und auf Dauer gewährleisten. Für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit sind gerade die „höherwertigen“ Produktionsdienste wie Forschung und Entwicklung (FuE), Datenverarbeitung und Marketing entscheidend. Diese wiederum werden in starkem Maße von technisch hoch qualifizierten Kräften erbracht.

Einen Einblick in den Wandel der Tätigkeitsschwerpunkte innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes gewährt *Tabelle 6*. Danach ist die langfristige Zunahme der technischen Fachkräfte oberhalb des Facharbeiter-Niveaus im Fahrzeugbau sowie in der Feinmechanik und Optik besonders ausgeprägt. Interessant erscheint auch, daß in vielen Wirtschaftszweigen nicht nur Akademiker der prädestinierten Fachrichtung eingesetzt sind, wie zum Beispiel Maschinenbauingenieure im Fahrzeugbau, sondern auch Ingenieure anderer Fachrichtungen. So beschäftigt der Bereich Feinmechanik/Optik wie auch der Fahrzeugbau in zunehmendem Maße Elektroingenieure, während umgekehrt in der Elektroindustrie auch zahlreiche Maschinenbauingenieure tätig sind.

Der für die Vergangenheit festgestellte Bedeutungsgewinn für die FuE-Tätigkeiten wird sich nach den Projektionen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung auch im kommenden Jahrzehnt fortsetzen.<sup>5</sup> Vor allem bei den qualifizierten FuE-Tätigkeiten sieht das Institut einen zusätzlichen Bedarf. Assistententätigkeiten im FuE-Bereich dürften dagegen kaum Zuwächse zu verzeichnen haben, „da sie den Verlagerungen ins Ausland und den technologisch-organisatorisch bedingten Rationalisierungseffekten voll ausgesetzt sind“.

5 Weidig, I. u.a.: „Arbeitslandschaft der Zukunft“, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): BeitrAB 213, S. 114f.

Tabelle 6

### Beschäftigte\*) in ausgewählten Wirtschaftsglieder-

Berufliche Gliederung	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt		
	1979	1998	Veränderung 1998 gegenüber 1979
	Anzahl		%
Fertigungsberufe	1 077 451	860 878	– 20,1
Ingenieure	37 198	67 896	+ 82,5
Naturwissenschaftler	2 733	4 670	+ 70,9
Techniker, technische Sonderfachkräfte	115 617	119 134	+ 3,0
Dienstleistungs- und Warenkaufleute	67 864	79 048	+ 16,5
Übrige Dienstleistungsberufe	368 871	327 218	– 11,3
Sonstige Arbeitskräfte	13 624	12 055	– 11,5
<b>Insgesamt</b>	<b>1 683 358</b>	<b>1 470 899</b>	<b>– 12,6</b>

\*) Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik, Stichtag 31. März.

## Ingenieur-Dienstleistungen werden vermehrt aus dem Ausland bezogen

Obwohl infolge des Time-lags zwischen Studienaufnahme und -abschluß gegenwärtig noch vergleichsweise starke Absolventen-Jahrgänge die Hochschulen verlassen, kann der Bedarf an technischen Dienstleistungen immer weniger im Inland gedeckt werden. Die Deutsche Bundesbank weist in der Zahlungsbilanz-Aufgliederung nach, daß der Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben in diesem Bereich seit 1992 negativ ist (*Tabelle 7*). Zwar verdoppelten sich die durch technische Dienstleistungen erzielten Einnahmen aus dem Ausland in dem Zeitraum von 1989 bis 1998. Dies kann zwar ebenfalls als globaler Zuwachs an Ingenieur-tätigkeiten und damit auch entsprechenden Arbeitskräften interpretiert werden, wie er bereits bei der Auswertung der Beschäftigtenstatistik zum Ausdruck kam. Noch bemerkenswerter ist jedoch, daß der tatsächliche Bedarf an entsprechenden Dienstleistungen offensichtlich in sehr viel stärkerem Maße gewachsen ist, als durch die Einstellung von Arbeitskräften gedeckt werden konnte. Dies kommt in der Entwicklung der Ausgaben für technische Dienste zum Vorschein, die sich im betrachteten Zeitraum mehr als verdreifachten. Wegen der unterschiedlichen Zuwächse bei den Einnahmen und Ausgaben zeigt der Saldo in der technischen Dienstleistungsbilanz eine zunehmend negative Tendenz.

## ungen des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg 1979 und 1998 nach Berufsgruppen

Eisen- und Stahlerzeugung, Maschinenbau, Zahnradherstellung			Herstellung von Kraftwagen und -rädern einschließlich Reparatur			Herstellung von DV-Anlagen einschließlich Reparatur, Elektrotechnik			Feinmechanik und Optik, Herstellung von Sport-, Spiel- und Schmuckwaren		
1979	1998	Veränderung 1998 gegenüber 1979	1979	1998	Veränderung 1998 gegenüber 1979	1979	1998	Veränderung 1998 gegenüber 1979	1979	1998	Veränderung 1998 gegenüber 1979
Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
245 361	234 444	- 4,4	148 482	135 824	- 8,5	151 564	116 467	- 23,2	123 569	99 344	- 19,6
9 110	17 621	+ 93,4	3 759	11 933	+ 217,5	18 256	28 003	+ 53,4	1 973	4 039	+ 104,7
126	356	+ 182,5	49	713	+ 1 355,1	999	1 135	+ 13,6	167	232	+ 38,9
33 827	40 001	+ 18,3	15 141	14 201	- 6,2	28 346	27 835	- 1,8	11 865	11 457	- 3,4
7 456	8 878	+ 19,1	5 858	7 127	+ 21,7	5 096	7 248	+ 42,2	4 672	5 294	+ 13,3
73 720	71 750	- 2,7	50 097	48 771	- 2,6	63 793	56 387	- 11,6	37 042	33 624	- 9,2
1 758	1 454	- 17,3	3 046	2 467	- 19,0	3 004	2 945	- 2,0	643	625	- 2,8
371 358	374 504	+ 0,8	226 432	221 036	- 2,4	271 058	240 020	- 11,5	179 931	154 615	- 14,1

Bei den EDV-Leistungen weist die Bilanz mit dem Ausland zwar ebenfalls ein Minuszeichen auf, doch ist dort keine Trendverschärfung festzustellen. Es ist nicht auszuschließen, daß die unterschiedlichen Tendenzen in der Leistungsbilanz auch mit den Absolventenzahlen der Hochschulen zusammenhängen: Während diese in den

Studienbereichen Maschinenbau und Elektrotechnik in den 90er Jahren im wesentlichen stagnierten, verließen in den letzten Jahren vermehrt ausgebildete Informatiker die Hochschulen, womit der wachsende Arbeitskräftebedarf auf diesem Gebiet offenbar eher gedeckt werden konnte als im Bereich der Ingenieurdienstleistungen.

Tabelle 7

## Zahlungsbilanz ausgewählter Dienstleistungen im Zahlungsverkehr Deutschlands mit dem Ausland seit 1989

Jahr	Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen <sup>1)</sup>			EDV - Leistungen		
	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	Mill. DM					
1989	2 158	1 622	+ 537	465	551	- 86
1990	2 433	1 860	+ 573	415	567	- 152
1991	2 529	2 232	+ 297	599	744	- 144
1992	3 092	3 449	- 357	741	889	- 148
1993	3 028	3 801	- 773	1 161	1 369	- 208
1994	3 278	3 618	- 340	1 458	1 410	+ 48
1995	3 416	4 146	- 730	2 012	2 119	- 107
1996	3 726	4 504	- 778	2 398	2 806	- 408
1997	3 750	5 286	- 1 537	3 707	4 311	- 604
1998	4 341	5 735	- 1 394	4 947	5 026	- 80

1) Entgelte für Planung und Gestaltung technischer Erzeugnisse, für technische Zuarbeiten und Hilfen, für Informationen, Beratung und Schulung auf technischem und wissenschaftlichem Gebiet ohne die gesondert ausgewiesenen EDV-Leistungen.

Quelle: Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank, Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 3, Februar 1999, Seite 22 f.



## Abwärtstrend offenbar gestoppt

Es muß letztlich offen bleiben, ob der Mangel an geeigneten hochqualifizierten Kräften den Negativtrend in der Zahlungsbilanz für die technischen Dienstleistungen mit verursacht hat, zumal an den Universitäten gegenwärtig noch relativ starke Absolventen-Jahrgänge zu verzeichnen sind. Selbst wenn sich auch auf diesem Gebiet der Konkurrenzdruck aus dem Ausland erhöht hätte, wäre das Vorhandensein einer ausreichenden Zahl hochqualifizierter technischer Kräfte zur Sicherung von Produktionsstandorten um so notwendiger.

Für die Lage auf dem Arbeitsmarktsegment der höherqualifizierten technischen Kräfte ist die Perspektive zwiespältig: Zwar wird das Angebot an Jungakademikern in den nächsten Jahren zunächst noch zurückgehen, doch zeichnen sich mittel- bis längerfristig für die Wirtschaft günstigere Bedingungen ab, da der besorgniserregende, ein halbes Jahrzehnt andauernde Abwärtstrend bei den Studienpräferenzen für technische Studiengänge offenbar gestoppt werden konnte. 1998 haben sich beispielsweise an Universitäten im Maschinenbau 10 %, in der Elektrotechnik sogar 13 % mehr Abiturienten neu eingeschrieben als 1997. Lediglich im Studienbereich „Bauingenieurwesen“ setzt sich die rückläufige Entwicklung, die dort ja im Vergleich zum Maschinenbau und zur Elektrotechnik erst mit zeitlicher Verzögerung eingesetzt hat, in verstärktem Maße fort: Die Ersteinschreibungen 1998 liegen hier 23 % unter denen des Jahres 1997.

Für die Fachhochschulen zeichnen die aktuellen Zahlen des Jahres 1998 ein ähnliches Bild wie für die Universitäten: Die Zahl der Erstimmatrikulierten nahm im Maschinenbau um 8 % zu und im Studienbereich „Bauingenieurwesen“ um 9 % ab; allerdings konnten im Bereich „Elektrotechnik“ bislang keine Zuwächse bei den Studienanfängern verzeichnet werden (1998: – 1 %). Im Bereich der Informatik setzte sich die Aufwärtsbewegung, die hier bereits 1996 eingesetzt hatte, in eindrucksvoller Weise fort: In diesem Studienbereich wurden 1998 an Universitäten 39 %, an Fachhochschulen nahezu 19 % mehr Erstimmatrikulierte gezählt als 1997. Der steigende Bedarf an DV-Fachkräften hat zu dieser Belebung bei den Einschreibungszahlen sicher beigetragen; darüber hinaus dürfte sich auch die Einführung neuer Studiengänge positiv ausgewirkt haben.

## Abiturienten und Arbeitgeber sollten sich längerfristig orientieren

Faßt man die Entscheidungen der Studienbewerber in den letzten beiden Jahrzehnten zusammen, so kann man vereinfachend feststellen, daß diese sehr häufig unter dem Eindruck aktueller Entwicklungen – vor allem konjunktureller Art – gefällt wurden. Bereits hinsichtlich der Beantwortung der Frage, ob überhaupt ein Studium aufgenommen

werden soll, lassen sich für die Vergangenheit konjunkturelle Einflüsse aufzeigen. Auch bei der fächer-spezifischen Wahl spielt die wirtschaftliche Situation und die Lage auf dem jeweiligen (Teil-)Arbeitsmarkt für die Schulabgänger eine große Rolle. Offensichtlich wird aber die meist fünf und mehr Jahre umfassende Zeitspanne zwischen Studienbeginn und Eintritt in das Berufsleben bei den Überlegungen nicht ausreichend berücksichtigt. Konzentriert sich der Blick auf die aktuellen Einstellungschancen, so gerät beispielsweise bezüglich der Ingenieurausbildung aus dem Blickfeld, daß in den vergangenen zwei Jahrzehnten diese Berufsgruppe einen enormen Bedeutungsgewinn und Beschäftigungszuwachs erfahren hat, der alle anderen Berufsgruppen übertrifft.

Da jedoch Schulabgänger – insbesondere die der Gymnasien – sehr sensibel auf aktuelle Entwicklungen reagieren, sollten auch die Arbeitgeber dies in ihrer Personalplanung berücksichtigen. Im Interesse einer weitsichtig angelegten Sicherung des Nachwuchses erscheint es insbesondere bei großen Unternehmen sinnvoll, auch in konjunkturell schwächeren Zeiten einen Beschäftigungskorridor offenzuhalten und nicht durch kurzfristige Einstellungsstopps längerfristige Fehlentscheidungen von Schulabgängern zu begünstigen.

Darüber hinausgehend kann jedoch bereits in der Schule das Interesse an technischen Studiengängen unter anderem durch die Betonung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Bildung gesteigert werden. Wie gezeigt wurde, scheint das Schülerinteresse langfristig gesehen für diesen Teil der Bildung eher abzunehmen. Inwieweit darin eine geänderte Einschätzung und Bewertung der Technik in der Gesamtgesellschaft zum Ausdruck kommt, soll hier nicht weiter erörtert werden. Die Änderung von verfestigten Einstellungen in der Bevölkerung erscheint zumindest bezüglich des geschlechtsspezifischen Wahlverhaltens dringend geboten: Hier sollten sich Frauen durch eigene Wahlentscheidungen nicht von zukunftssträchtigen Berufen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich ausschließen.

## Zusammenfassung

- Während zwischen 1980 und 1992 das Gewicht technischer Studiengänge innerhalb des Hochschulbereiches deutlich zunahm, ist es bis 1997 in fast dramatischer Weise zurückgegangen. Die (negative) Entwicklung verlief in Baden-Württemberg und in den übrigen Bundesländern weitgehend parallel.
- Der Einbruch bei den Studienanfängerzahlen war im Maschinenbau und in der Elektrotechnik am gravierendsten; dabei fiel der Rückgang an Universitäten noch stärker aus als an Fachhochschulen, wobei frühere Zulassungsbeschränkungen eine Rolle spielen.

- Der Studienbereich „Bauingenieurwesen“ folgte der Entwicklung im Maschinenbau und in der Elektrotechnik mit zeitlicher Verzögerung. Relativ konstant blieben die Studienanfängerzahlen in der Architektur.
- Die zur mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächergruppe zählende Informatik wurde vom nachlassenden Interesse an technischen Studiengängen nur vorübergehend erfaßt. Inzwischen werden hier – im Unterschied zu den Ingenieurwissenschaften – die zu Beginn der 90er Jahre registrierten Höchstzahlen an Studienanfängern übertroffen.
- Die Zurückhaltung der Abiturienten bei der Wahl ingenieurwissenschaftlicher „Kern“-Fächer wie Maschinenbau und Elektrotechnik scheint in erster Linie auf die selektive Wahrnehmung von Daten des Arbeitsmarkts zurückzuführen zu sein. Möglicherweise wird der enorme Beschäftigungszuwachs bei den ingenieurwissenschaftlichen Berufen nicht ausreichend zur Kenntnis genommen. Beispielsweise nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ingenieure binnen zwei Jahrzehnten um rund 92 % zu. Diese Zuwachsrate übertrifft selbst die Zunahme in den wichtigsten Dienstleistungsberufen.
- Stärker wahrgenommen wird offensichtlich die Arbeitslosigkeit vorwiegend älterer Ingenieure. Das Arbeitsplatzrisiko für hochqualifizierte technische Kräfte liegt jedoch meist unter dem anderer akademisch gebildeter Arbeitnehmer.
- Im Verarbeitenden Gewerbe ging innerhalb von knapp zwei Jahrzehnten jeder achte Arbeitsplatz verloren, doch betraf dieser Job-Abbau vor allem Produktionstätigkeiten, während die Zahl der Ingenieure in dieser Wirtschaftsabteilung um 83 % zunahm.
- Die Arbeitsmarktforschung sieht für das kommende Jahrzehnt einen hohen zusätzlichen Bedarf an qualifizierten Tätigkeiten in der Forschung und Entwicklung. Diese Tätigkeiten werden bislang vor allem von Ingenieuren wahrgenommen.
- Technische Dienstleistungen werden seit Mitte der 90er Jahre vermehrt aus dem Ausland bezogen. Es muß offenbleiben, inwieweit hierbei der Mangel an hochqualifizierten Kräften in Deutschland eine Rolle spielt.
- Zur Sicherung des Ingenieurwachstums und zur Herstellung gleicher Berufschancen erscheint es wichtig, Frauen verstärkt für technische Studiengänge zu gewinnen. Obwohl diese fast die Hälfte aller Studienanfänger an Universitäten stellen, sind sie insbesondere im Maschinenbau (Anteil an den Erstimmatrikulierten: 14,3 %), in der Informatik (14,7 %) und in der Elektrotechnik (10,2 %) noch sehr stark unterrepräsentiert.
- Für die Wahl eines ingenieurwissenschaftlichen Studienfachs sprechen nicht nur die guten Berufsaussichten, sondern auch die vergleichsweise günstige Betreuungssituation in diesen Studiengängen und die relativ hohe Erfolgsquote.
- Die Förderung der Wahl technikorientierter Studiengänge kann bereits im Rahmen der Schulausbildung durch die stärkere Akzentuierung des naturwissenschaftlichen Unterrichts erfolgen. Offensichtlich hat auch das abnehmende Interesse der Gymnasiasten in der Oberstufe an Physik und Chemie zu den gravierenden Rückgängen bei der Wahl eines ingenieurwissenschaftlichen Studienfachs beigetragen.

Anhangtabelle 1

**Studienanfänger an den Universitäten in Baden-Württemberg 1980 bis 1998\*) nach ausgewählten**

Fächergruppe bzw. Studienbereich	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
<b>Mathematik, Naturwissenschaften</b>	<b>3 756</b>	<b>4 535</b>	<b>4 611</b>	<b>5 262</b>	<b>5 013</b>	<b>4 732</b>	<b>4 617</b>	<b>5 180</b>	<b>5 709</b>	<b>5 885</b>
Informatik	417	475	471	636	694	678	694	682	841	944
<b>Ingenieurwissenschaften</b>	<b>2 200</b>	<b>3 012</b>	<b>3 022</b>	<b>3 081</b>	<b>2 769</b>	<b>2 822</b>	<b>2 740</b>	<b>2 920</b>	<b>2 968</b>	<b>3 317</b>
Maschinenbau, Verfahrenstechnik	1 057	1 516	1 390	1 531	1 325	1 456	1 513	1 598	1 597	1 671
Elektrotechnik	471	664	829	635	610	625	610	624	647	756
Verkehrstechnik, Nautik	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Architektur, Innenarchitektur	292	314	305	324	317	344	327	366	333	367
Raumplanung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Bauingenieurwesen	316	448	435	504	438	323	236	266	338	461
Vermessungswesen	64	70	63	87	79	74	54	66	53	62

\*) Die Jahresangaben beziehen sich jeweils auf das Sommer- und das darauffolgende Wintersemester zusammen.

Anhangtabelle 2

**Studienanfänger an den Fachhochschulen in Baden-Württemberg 1980 bis 1998\*) nach ausgewählten**

Fächergruppe bzw. Studienbereich	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
<b>Mathematik, Naturwissenschaften</b>	<b>743</b>	<b>863</b>	<b>890</b>	<b>993</b>	<b>1 060</b>	<b>1 037</b>	<b>1 023</b>	<b>1 095</b>	<b>1 186</b>	<b>1 266</b>
Informatik	488	593	598	657	731	754	729	769	842	891
<b>Ingenieurwissenschaften</b>	<b>3 325</b>	<b>3 977</b>	<b>4 226</b>	<b>4 532</b>	<b>4 271</b>	<b>4 283</b>	<b>4 431</b>	<b>4 685</b>	<b>4 774</b>	<b>5 107</b>
Ingenieurwissenschaften allgemein	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Maschinenbau, Verfahrenstechnik	1 742	2 130	2 299	2 496	2 299	2 391	2 537	2 710	2 732	2 892
Elektrotechnik	717	884	908	998	972	995	1 092	1 114	1 177	1 290
Architektur, Innenarchitektur	378	422	415	392	362	339	336	359	338	345
Verkehrstechnik, Nautik	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Bauingenieurwesen	322	391	406	467	464	409	333	390	397	432
Vermessungswesen	166	150	198	179	174	149	133	112	130	148

\*) Die Jahresangaben beziehen sich jeweils auf das Sommer- und das darauffolgende Wintersemester zusammen.

## Studienbereichen

1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	Fächergruppe bzw. Studienbereich
<b>6 085</b>	<b>5 630</b>	<b>5 254</b>	<b>4 585</b>	<b>4 448</b>	<b>3 893</b>	<b>3 778</b>	<b>3 889</b>	<b>4 093</b>	<b>Mathematik, Naturwissenschaften</b>
1 009	902	950	720	690	583	656	804	1 121	Informatik
<b>3 698</b>	<b>3 666</b>	<b>3 306</b>	<b>2 905</b>	<b>2 855</b>	<b>2 619</b>	<b>2 344</b>	<b>2 403</b>	<b>2 559</b>	<b>Ingenieurwissenschaften</b>
1 730	1 643	1 110	802	769	760	669	751	826	Maschinenbau, Verfahrenstechnik
839	771	706	602	527	479	469	522	591	Elektrotechnik
–	–	205	227	220	191	170	213	329	Verkehrstechnik, Nautik
396	377	411	396	430	440	438	418	420	Architektur, Innenarchitektur
–	–	3	12	15	11	11	9	9	Raumplanung
661	800	782	800	820	667	544	457	352	Bauingenieurwesen
72	75	89	66	74	71	43	33	32	Vermessungswesen

## Studienbereichen

1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	Fächergruppe bzw. Studienbereich
<b>1 392</b>	<b>1 357</b>	<b>1 412</b>	<b>1 310</b>	<b>1 231</b>	<b>1 033</b>	<b>1 181</b>	<b>1 280</b>	<b>1 514</b>	<b>Mathematik, Naturwissenschaften</b>
1 022	1 025	1 045	954	958	807	955	1 056	1 253	Informatik
<b>5 392</b>	<b>5 719</b>	<b>5 750</b>	<b>5 527</b>	<b>4 894</b>	<b>4 404</b>	<b>4 438</b>	<b>4 153</b>	<b>4 263</b>	<b>Ingenieurwissenschaften</b>
–	–	62	125	139	172	169	205	184	Ingenieurwissenschaften allgemein
2 934	3 159	2 989	2 818	2 355	2 001	1 986	1 928	2 085	Maschinenbau, Verfahrenstechnik
1 489	1 479	1 480	1 290	1 127	964	995	854	844	Elektrotechnik
340	367	378	382	377	414	416	388	403	Architektur, Innenarchitektur
–	–	105	193	208	181	202	196	215	Verkehrstechnik, Nautik
455	522	534	504	494	491	519	468	424	Bauingenieurwesen
174	192	202	215	194	181	151	114	82	Vermessungswesen



# Zur internationalen Konkurrenzsituation Baden-Württembergs bei industriellen und forschungsintensiven Gütern

Dipl.-Volkswirt Thomas Forster, Dipl.-Volkswirt Thomas Weinmann

Die weltweite Verflechtung von Unternehmen, Branchen und Volkswirtschaften hat in den 90er Jahren eine neue Dimension erreicht. Bereits in der Vergangenheit haben Volkswirtschaften die Vorteile des internationalen Handels genutzt, um den Wohlstand ihrer Bürger zu steigern. Insofern stellt die zunehmende Internationalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten kein grundsätzlich neues Phänomen dar. Neu sind die Wege, über die sich die wirtschaftliche Integration vollzieht. Dominierte in der Vergangenheit hauptsächlich der Export von Waren, gewinnen heute auch die direkten Engagements der Unternehmen in Form von Direktinvestitionen und Dienstleistungen an Bedeutung. Neu an der aktuellen Entwicklung ist aber vor allem das Tempo und die Qualität, mit der sich Veränderungen vollziehen. Wurde in der Vergangenheit noch von "Ländermärkten" gesprochen, hat sich heute in vielen Bereichen das Verbraucherverhalten derart angeglichen, daß für eine Vielzahl von Produkten und Dienstleistungen sinnvollerweise von Weltmärkten gesprochen werden muß. Gleichzeitig sind mit rasanten Entwicklungen im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnik neue Produkte entstanden, die zu den Wachstumsmärkten der Zukunft gehören werden. Auch in der Bio- und Gentechnologie sowie im Bereich der Umwelt-, Energie- und Verkehrstechnik scheinen sich bahnbrechende Erfindungen anzubahnen. Für alle Volkswirtschaften hat sich damit die Notwendigkeit für Forschungs- und Innovationsaktivitäten verstärkt, wollen sie auch in Zukunft auf den internationalen Wachstumsmärkten vertreten sein. Dabei hat sich die Zahl der Anbieter, die auf diesen Weltmärkten agieren, vervielfacht. Insbesondere aus den ehemaligen Entwicklungs- und Schwellenländern drängt eine wachsende Zahl von Unternehmen auf die Technologiemarkte. Technologische Innovationen werden von ihnen ebenso wie Absatzstrategien in einem immer kürzeren Zeitraum übernommen oder weiterentwickelt. Der Wettbewerb um den "globalen" Kunden hat dadurch in vielen Bereichen erheblich an Schärfe und Dynamik gewonnen. Einmal realisierte Erfolge bieten deshalb immer weniger die Garantie für zukünftige Erfolge.

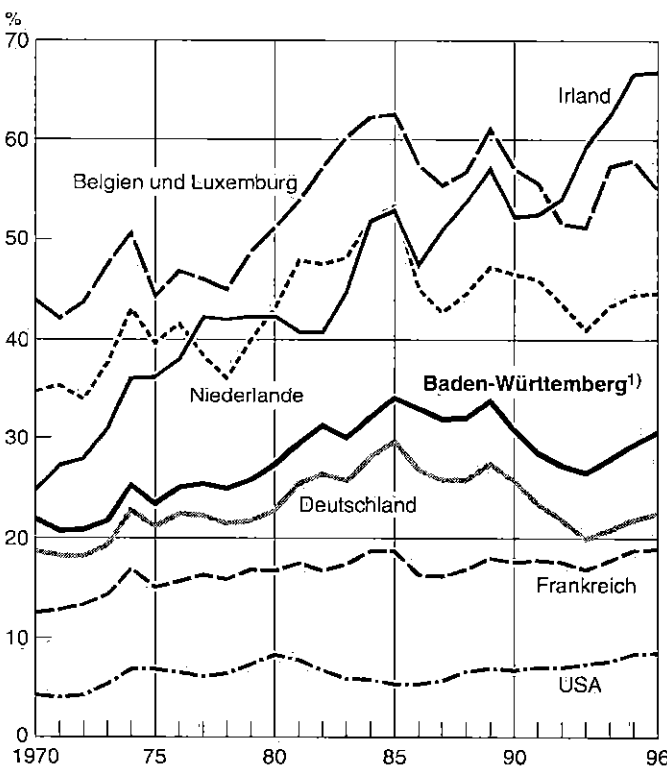
Sichtbar werden diese Entwicklungen in dem permanenten Wandel der weltweiten Produktions- und Lieferstrukturen. Im Wettbewerb erfolgreiche Länder gewinnen Produktionsanteile hinzu und können ihre Stellung im internationalen Handel verbessern. Positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte sind die Folge. Kurz: Der Wohlstand und das Ansehen eines Landes steigt. Es ist daher verständlich, daß Politik und Wirtschaft ein besonderes Interesse an der internationalen Konkurrenzfähigkeit der im eigenen Land produzierten Güter haben. In dem vor-

liegenden Beitrag soll deshalb eine Orientierung über die Position Baden-Württembergs im internationalen Wettbewerb gegeben werden. Konkret geht es um die Darstellung des Spezialisierungsmusters Baden-Württembergs, die Verteilung der Handelsströme und deren strukturelle Zusammensetzung. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Weltmarktposition Baden-Württembergs bei forschungsintensiven Gütern gelegt. Gerade sie gibt für die Zukunftsfähigkeit des Exports wichtige Hinweise.

## Exportquote liegt über dem EU-Durchschnitt

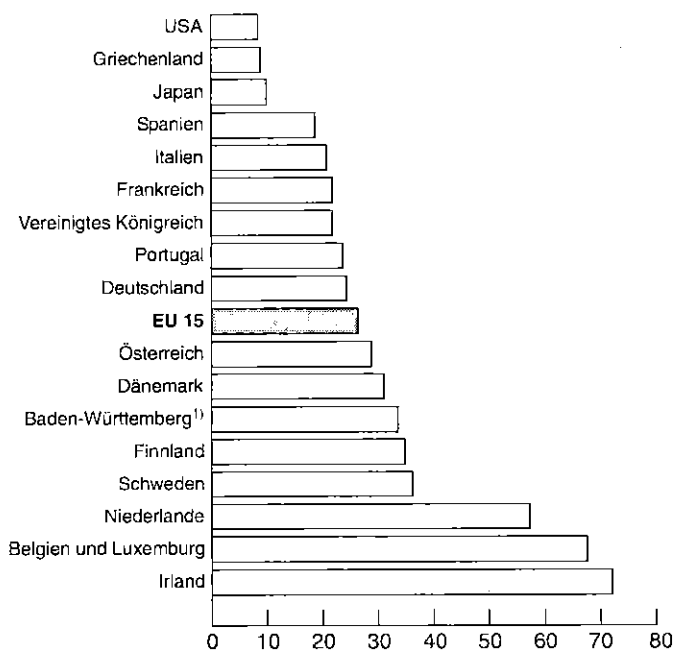
Erste Hinweise darüber, mit welcher Intensität eine Region oder Volkswirtschaft in den internationalen Handel eingebunden ist, liefert die Exportquote. Sie mißt den Anteil

Schaubild 1  
Exportquoten\*) Baden-Württembergs und ausgewählter Länder 1970 bis 1996



\*) Exporte/Bruttoinlandsprodukt (nominal). – 1) Exporte: Einschließlich geschätzter Restgrößen.

Schaubild 2

**Exportquoten\*) der EU und ausgewählter Länder 1997**

\*) Exporte/Bruttoinlandsprodukt (nominal) – 1) Exporte: Einschließlich geschätzter Restgrößen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

363 99

der für das Ausland bestimmten Produkte an der Gesamtheit der im Inland erzeugten Güter und stellt damit einen Gradmesser für die Offenheit einer Volkswirtschaft dar. Seit 1970 ist im internationalen Vergleich eine zunehmende Auslandsorientierung bei einer Vielzahl von Ländern zu beobachten (*Schaubild 1*). Auch für Baden-Württemberg ist der Export seither zu einer zentralen Nachfragegröße geworden, welche die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig prägt. Mit einer Exportquote von rund 34 %<sup>1</sup> lag Baden-Württemberg 1997 deutlich über dem Durchschnitt der EU-Länder von gut 26 %. Länder wie Irland, Belgien und die Niederlande weisen zwar mit Exportquoten von 72, 68 und 57 % eine wesentlich höhere Exportorientierung auf, als Orientierungsgröße für Baden-Württemberg sind sie jedoch wenig geeignet (*Schaubild 2*). Der hohe Exportanteil Irlands hängt zum einen mit der engen Verflechtung der irischen und britischen Wirtschaft zusammen, die anders als die Verflechtung Baden-Württembergs mit den übrigen Bundesländern statistisch gemessen wird. Zum anderen mit einer Wirtschaftspolitik, die verstärkt ausländische exportorientierte Unternehmen umworben hat und zur Errichtung einer Vielzahl von Tochterunternehmen oder Zweigniederlassungen in Irland führ-

1 Einschließlich des geschätzten Anteils an den vom Statistischen Bundesamt nicht regionalisierten Exporten. Vergleiche Abschnitt „Export- oder Importkonzept“

te. Auch bei den Benelux-Ländern sind die hohen Exportquoten auf Sondereinflüsse zurückzuführen. So ist es beispielsweise bereits sehr früh innerhalb dieser Ländergruppe zu einer weitreichenden Liberalisierung des Warenverkehrs gekommen. Zudem wird die Handelsposition dieser Länder durch ihre günstige geographische Lage gestärkt. Einen besseren Anhaltspunkt für die Auslandsorientierung Baden-Württembergs geben deshalb Länder wie Österreich, die Schweiz, Dänemark oder Schweden. Denn diese Länder haben eine ähnliche Größenordnung wie Baden-Württemberg und ihre Exportleistungen sind nicht durch Sondereinflüsse „überzeichnet“. Mit Exportquoten, die zwischen knapp 29 % und 36 % liegen, sind zwar auch sie teilweise stärker in die internationale Arbeitsteilung eingebunden als Baden-Württemberg, ihr Vorsprung hält sich allerdings in Grenzen. Bedenkt man darüber hinaus, daß die Ergebnisse für Baden-Württemberg leicht verzerrt sind, weil Warenlieferungen in andere Bundesländer nicht als „Exporte“ erfaßt werden, weist Baden-Württemberg auch im internationalen Vergleich eine starke Exportleistung auf.

## Begrenztes Wachstumspotential im Inland lenkt Interesse auf Auslandsmärkte

Die Gründe für die zunehmende Exportorientierung der Volkswirtschaften im allgemeinen und Baden-Württembergs im besonderen sind vielfältig und sollen hier nur kurz skizziert werden. Der wohl wichtigste Grund für die wachsenden Exportanstrengungen der Länder bzw. Unternehmen dürfte in der Dynamik der jeweiligen Inlandsmärkte liegen. Mit steigendem Wohlstand sind die Bedürfnisse und Wünsche der Kunden in den letzten Jahren vielfältiger geworden. Die Kunden erwarten, aus einer Vielzahl von Produkten auswählen zu können. Auf der anderen Seite hat der internationale Wettbewerb zu einer zunehmenden Spezialisierung auf der Produktionsseite geführt. Die Unternehmen konzentrieren sich auf ihre Stärken und nutzen die Vorteile großer Stückzahlen. Beide Entwicklungen begünstigen die Intensivierung des internationalen Handels. Insbesondere kleine Länder sind von dieser Entwicklung stark betroffen. Der kleine Inlandsmarkt zwingt die Produzenten dazu, auf den Auslandsmärkten aktiv zu werden, um Größenvorteile für die Produktion ihrer Waren nutzen zu können. Dies trifft auch für Deutschland und in Sonderheit für Baden-Württemberg zu. Die heimische Wirtschaft hat sich in hohem Maße auf technologieintensive Güter wie Spezialmaschinen und hochwertige Kraftfahrzeuge spezialisiert. Das Nachfragepotential auf dem vergleichsweise kleinen Inlandsmarkt Deutschland ist für diese Art von Gütern zu gering, um den Unternehmen ausreichende Wachstumsmöglichkeiten bieten zu können. Gefördert wurden die internationalen Aktivitäten der Unternehmen durch Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie und durch die weitgehende Liberalisierung des Waren- und Kapitalverkehrs.

# Exporte wichtiger Wachstumsmotor in Baden-Württemberg

Ohne die stützende Wirkung des Außenhandels wäre die wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg in der Tat deutlich schwächer verlaufen (*Schaubild 3*). Vor allem in den achtziger Jahren gingen vom Export starke Impulse auf die inländische Wirtschaftsentwicklung aus. Mit einem Zuwachs von rund 90 % wuchs der Export von 1980 bis 1989 rund doppelt so schnell wie der Private Verbrauch und die Bruttoanlageinvestitionen. Nach einer kurzen Schwächeperiode zu Beginn der 90er Jahre hat sich diese Entwicklung ab 1996 fortgesetzt. Wie wichtig der Außenhandel für die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs ist, hat sich in dieser Schwächephase eindrucksvoll gezeigt. Nachdem die inländische Investitionstätigkeit einen erheblichen Rückschlag verzeichnete und der Private Verbrauch eine ruhigere Gangart einlegte, gingen die Wachstumsimpulse hauptsächlich vom Export aus. Die Ursachen für die kurze Exportschwäche zu Beginn der 90er Jahre waren vielfältig und verstärkten sich teilweise in ihren Auswirkungen. Eine wichtige Ursache war die schwache Auslandskonjunktur. Die Nachfrageschwäche auf den Hauptabsatzmärkten in Europa und den Vereinigten Staaten traf vor allem die technologieorientierten und konjunkturreagiblen Maschinenbauproduzenten. Hinzu kam der Einbruch im Fahrzeugbau, der ebenfalls massive Absatzeinbußen zu verzeichnen hatte. Verstärkt wurden diese Effekte durch den nahezu parallel einsetzenden Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Eine starke Aufwertung der DM und der wirtschaftlichen Lage nicht angepaßte Lohnsteigerungen verteuerten die heimischen

Erzeugnisse und erhöhten den Wettbewerbsdruck. Mit massiven Rationalisierungsanstrengungen und einer Vielzahl neuer Produkte hat der Exportsektor seither wieder an Dynamik gewonnen und das Wirtschaftswachstum im Land wesentlich mitbestimmt. Flankiert wurde diese Entwicklung durch eine moderate Lohnpolitik und eine deutliche Entspannung auf der Wechselkursseite. Durch die Einführung des Euro werden in Zukunft aus Währungsschwankungen resultierende ökonomische Verwerfungen im Euroraum verhindert.

## Exportwachstum von einem Prozent schafft bzw. sichert rund 8 500 Arbeitsplätze

Am sichtbarsten zeigt sich die Bedeutung des Außenhandels an Hand seiner Auswirkungen auf die Beschäftigung. Mit Hilfe der Input-Output-Analyse lassen sich die vom Export ausgehenden Beschäftigungseffekte ermitteln.<sup>2</sup> Ein Anstieg der Exporte im Ausmaß von nominal rund 10 % schafft bzw. sichert demnach in Baden-Württemberg rund 58 000 Arbeitsplätze. Berücksichtigt man zusätzlich auch die durch die gestiegene Endnachfrage induzierten Zuliefereffekte sind mit der Exportsteigerung nochmals rund 27 000 Arbeitsplätze verbunden. Insgesamt schafft bzw. sichert eine 10-prozentige Exporterhöhung also etwa 85 000 Arbeitsplätze. Knapp 70 % dieser Arbeitsplätze entstehen im Verarbeitenden Gewerbe, dem Kern der baden-württembergischen Wirtschaft. Besonders stark profitieren hiervon der Maschinen- und Fahrzeugbau. Auf diesen Bereich entfallen rund 30 % der zusätzlichen Arbeitsplätze. Etwas geringer, aber immer noch beachtlich, sind die Beschäftigungsauswirkungen im Bereich der Elektrotechnik und der EBM-Waren, auf den knapp 20 % der zusätzlichen Arbeitsplätze entfallen. Neben dem Verarbeitenden Gewerbe profitiert von der zusätzlichen Auslandsnachfrage vor allem der weite Bereich der Dienstleistungen, auf den nahezu der gesamte Rest des Beschäftigungszuwachses entfällt.

## Fahrzeug- und Maschinenbau exportieren rund 50 % der Produktion

In Baden-Württemberg bildet das Verarbeitende Gewerbe den Kern der Wirtschaft, um den sich in den letzten Jahren verstärkt die unternehmensnahen Dienstleistungen entwickelten. Die Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Schaubild 3  
Wichtige Endnachfrageaggregate in Baden-Württemberg seit 1980

1) Einschließlich geschätzter Restgrößen. – 2) 1997 und 1998 geschätzt.

2 Für die Berechnung der Beschäftigungseffekte wurde auf die Input-Output-Tabelle des Jahres 1990 zurückgegriffen, die derzeit aktuellste Tabelle. Aufgrund der nachhaltigen Änderungen in der Wirtschaftsstruktur Baden-Württembergs im Laufe der 90er Jahre dürfte die Beschäftigtenproduktivität erheblich angestiegen sein. Die aktuellen Beschäftigungseffekte einer einprozentigen Exportsteigerung sind deshalb mit großer Wahrscheinlichkeit geringer.



Tabelle 1

**Exportquoten\*) des Verarbeitenden Gewerbes\*\*) Baden-Württembergs sowie des früheren Bundesgebiets 1995 und 1998**

WZ 93	Wirtschaftszweig	Exportquoten			
		Baden-Württemberg		früheres Bundesgebiet	
		1995	1998	1995	1998
		%			
D	Verarbeitendes Gewerbe	32,1	38,1	31,2	35,6
DA	Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	9,1	12,0	11,0	12,5
DB	Textil- und Bekleidungsgewerbe	26,3	28,9	26,0	30,5
17	Textilgewerbe	30,8	33,2	27,9	33,2
18	Bekleidungsgewerbe	19,3	23,1	23,3	26,9
DC	Ledergewerbe	31,6	31,0	23,7	26,0
DD	Sonstiger Fahrzeugbau	11,5	14,0	8,8	11,4
DE	Papier-, Verlags-, und Druckgewerbe	18,6	17,0	17,1	16,9
21	Papiergewerbe	33,1	30,7	30,9	32,9
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	6,3	6,8	6,5	6,7
DF	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	98,0	0,5	4,1	3,9
DG	Chemische Industrie	37,2	43,3	45,8	49,8
DH	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	23,6	27,7	24,8	28,8
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	10,7	13,9	15,1	18,0
DJ	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	20,4	22,2	25,3	28,0
27	Metallerzeugung und -bearbeitung	24,0	26,3	33,5	36,9
28	Herstellung von Metallerzeugnissen	19,1	20,8	18,5	21,0
DK	Maschinenbau	44,8	48,6	44,5	49,0
DL	Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik usw.	37,8	45,2	37,2	42,4
30	Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	51,7	62,4	36,2	39,7
31	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	30,9	34,3	32,1	35,0
32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	39,7	54,6	46,3	56,0
33	Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	43,8	48,0	39,1	43,8
DM	Fahrzeugbau	46,6	54,0	49,7	53,1
34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	46,7	54,0	49,7	53,6
35	Sonstiger Fahrzeugbau	44,6	50,4	51,5	49,1
DN	Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw., Recycling	21,1	23,9	17,7	20,6

\*) Auslandsumsätze/Umsätze insgesamt. – \*\*) Fachliche Betriebsteile.

hängt also hierzulande weitaus stärker von der Industrie ab, als dies unmittelbare Wertschöpfungszahlen zum Ausdruck bringen können. Gerade das Verarbeitende Gewerbe ist aber in besonders hohem Maße von der Entwicklung der Auslandsnachfrage abhängig (Tabelle 1). Lag die gesamtwirtschaftliche Exportquote<sup>3</sup> 1998 bereits bei knapp 35 %, beträgt sie im Verarbeitenden Gewerbe immerhin 38 %.<sup>4</sup> Dies legt die Vermutung nahe, daß Nachfrage und Wachstum in Baden-Württemberg stärker exportbestimmt sind, als es zunächst durch die gesamtwirtschaftliche Exportquote signalisiert wird. Nimmt man die Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes als Referenzwert, so weisen der Fahrzeugbau mit 54 %, der Maschinenbau mit knapp 49 % und die Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und die Elektrotechnik mit gut 45 % eine weit überdurchschnittliche Exportorientierung auf.

Die hohe Exportneigung dieser Industriezweige überrascht bei genauerem Hinsehen keineswegs. Im Automobilbau werden in Baden-Württemberg fast ausschließlich Fahrzeuge der gehobenen oder höheren Preisklasse produziert (Daimler-Chrysler, Porsche und Audi). Dafür ist der Inlandsmarkt einfach zu klein. Wachstum läßt sich daher nur durch den Gang ins Ausland generieren. Ähnlich verhält es sich beim Maschinenbau, der sich stark auf Sondermaschinen spezialisiert hat. Zu den besonders exportorientierten Branchen zählt außerdem die Chemische Industrie, die gut zwei Fünftel ihrer Umsätze im Ausland realisiert. In den restlichen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes ist die Abhängigkeit von den Auslandsmärkten deutlich geringer. Wobei die Gummi- und Kunststoffindustrie, das Textil- und Bekleidungsgewerbe und die Lederwarenindustrie mit Exportquoten von 28 %, 29 % bzw. 31 % durchaus noch einen beachtlichen Teil ihrer Umsätze im Ausland erzielen. Die anderen Branchen konzentrieren sich dagegen vornehmlich auf den inländischen Markt.

## Exportorientierung im Verarbeitenden Gewerbe stärker als im Bundesgebiet

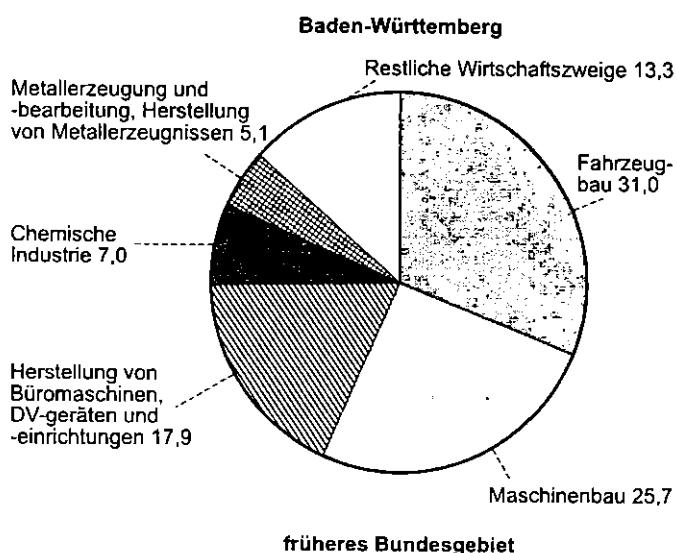
Im Vergleich zum Bundesgebiet weist die baden-württembergische Industrie eine überdurchschnittliche Exportorientierung auf. Diese Feststellung gilt für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt. Die einzelnen Branchen zei-

gen indessen mehr oder weniger große Unterschiede in der Exportorientierung zwischen Bund und Land. Während in Baden-Württemberg bei den Büromaschinen, DV-Geräten und elektrotechnischen Erzeugnissen, der Möbelindustrie und dem Leder- und Holzgewerbe die Exportquoten über denjenigen des Bundesgebietes lagen, waren dort die Chemische Industrie, die Metallerzeugung und -bearbeitung sowie das Glasgewerbe waren dort deutlich stärker exportorientiert. Die niedrigere Exportorientierung in diesen Branchen ist wohl eine direkte Folge der mittelständischen Struktur der baden-württembergischen Unternehmen. Die großen Unternehmen der chemischen und metallverarbeitenden Industrie haben ihre Firmensitze und Produktionsstätten nicht in Baden-Württemberg, sondern in anderen Bundesländern. Im allgemeinen nehmen aber gerade in diesen Industriezweigen die Exportquoten mit der Unternehmensgröße zu. Die übrigen Branchen sind in Baden-Württemberg ähnlich exportorientiert wie im Bundesgebiet.

Schaubild 4

### Branchenstruktur der Auslandsumsätze im Verarbeitenden Gewerbe\*) 1998

Anteile an den Auslandsumsätzen des Verarbeitenden Gewerbes in %



- 3 Bei der Berechnung der Exportquote wurde nur der Warenexport berücksichtigt. Zahlen über den Export von Dienstleistungen liegen auf Bundesländerebene nicht vor.
- 4 Die für das Verarbeitende Gewerbe ausgewiesenen Exportquoten sind nur bedingt mit der gesamtwirtschaftlichen Exportquote vergleichbar, da sich die Datenbasis der beiden Indikatoren unterscheidet. Während bei der gesamtwirtschaftlichen Exportquote die Exporte aus der Handelsstatistik in Bezug zum Bruttoinlandsprodukt gesetzt werden, wird die Exportausrichtung des Verarbeitenden Gewerbes über das Verhältnis von Auslands- zu Gesamtumsätzen ermittelt. Bei beiden Quoten unterscheiden sich dadurch sowohl die Zähler als auch die Nennergrößen.

\*) Fachliche Betriebsteile.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

365 99

Tabelle 2

**Internationaler Vergleich der Warenstruktur der Exporte 1988 und 1996**

Exportland	Jahr	Vorprodukte insgesamt	Chemische Erzeugnisse	Bearbeitete Waren	Fahrzeuge, Maschinenbau- und elektrotechnische Erzeugnisse
		SITC 0 - 4	SITC 5	SITC 6	SITC 7
		%			
Welt	1988	23,7	8,9	16,4	35,4
	1996	20,7	9,1	14,4	39,5
Deutschland	1988 <sup>1)</sup>	8,1	13,6	18,1	48,1
	1996	7,9	13,2	15,5	49,6
Baden-Württemberg	1988	4,7	6,3	13,2	61,8
	1996	4,5	8,0	12,3	61,6
USA	1989 <sup>2)</sup>	21,6	10,8	8,0	43,8
	1996	16,9	10,6	8,9	47,9
Japan	1988	1,6	5,2	13,2	70,1
	1996	1,7	7,0	11,0	69,5
Frankreich	1988	21,9	14,6	17,9	35,1
	1996	18,6	14,7	15,8	40,7
Vereinigtes Königreich	1988	15,9	11,7	15,3	38,3
	1996	14,2	14,9	14,3	43,9
Italien	1988	9,9	7,5	22,3	35,8
	1996	8,7	7,8	21,3	38,3
Niederlande	1988	35,0	17,0	14,1	22,0
	1996	34,8	15,4	12,2	28,1
Spanien	1988	25,6	8,9	21,4	33,5
	1996	19,8	7,9	18,7	42,4
Belgien <sup>3)</sup>	1988	15,6	12,6	31,0	25,8
	1996	15,6	17,2	25,8	28,4
Österreich	1988	10,1	9,7	32,8	34,1
	1995 <sup>4)</sup>	5,5	8,2	31,6	39,8
Schweiz	1988	4,3	22,1	20,1	31,8
	1996	4,1	27,2	15,2	31,8

1) Früheres Bundesgebiet. – 2) Daten für USA liegen erst ab 1989 vor. – 3) Einschließlich Luxemburg. – 4) Für Österreich 1995, da für 1996 keine plausiblen

## Knapp drei Fünftel der Auslandsumsätze entfallen auf Maschinen und Fahrzeuge

Exportquoten geben zwar Auskunft über die Einbindung einer Branche in die internationale Arbeitsteilung, machen aber keine Aussage über die Bedeutung der Branche für den Export. So kann eine Branche beispielsweise durch eine hohe Exportorientierung auffallen, ihr Anteil an den Gesamtausfuhren jedoch marginal sein. Der größte Exporteur in Baden-Württemberg war 1998 erstmals seit langem wieder der Fahrzeugbau. Auf ihn entfielen knapp 31 % der Auslandsumsätze des Verarbeitenden Gewerbes. Mit

einem Ausfuhranteil von 26 % ist der Maschinenbau die zweitwichtigste Exportbranche Baden-Württembergs. Es folgen der Bereich Büromaschinen, DV-Geräte und Elektrotechnik, die Chemische Industrie und die Metallherzeugung und -bearbeitung, deren Ausfuhranteil bei 18 %, 7 % und 5 % deutlich niedriger liegen. Maschinen- und Fahrzeugbau bestimmen also im wesentlichen die Gesamtentwicklung (*Schaubild 4*).

Die starke Konzentration auf diese Produktpalette eröffnet der baden-württembergischen Industrie zwar immer wieder beachtliche Wachstumschancen, ist aber nicht ohne Risiken. Chancen ergeben sich dabei zu Beginn ei-

Verschiedene Fertigwaren	Industriewaren insgesamt	Sonstige Warenverkehrs- vorgänge	FuE-intensive Waren	Waren insgesamt	Jahr	Exportland
SITC 8	SITC 5 - 8	SITC 9		Sitc 0 - 9		
%						
12,1	72,8	3,5	34,1	100	1988	Welt
13,3	76,2	3,1	38,1	100	1996	
10,9	90,7	1,3	44,8	100	1988 <sup>1)</sup>	Deutschland
9,9	88,2	3,9	46,3	100	1996	
13,0	94,3	1,0	52,4	100	1988	Baden-Württemberg
12,4	94,2	1,3	54,2	100	1996	
9,6	72,2	6,1	43,9	100	1989 <sup>2)</sup>	USA
11,6	79,0	4,2	46,9	100	1996	
8,4	97,0	1,4	62,9	100	1988	Japan
8,3	95,8	2,5	61,7	100	1996	
10,2	77,8	0,4	34,4	100	1988	Frankreich
9,9	81,2	0,2	38,3	100	1996	
12,7	78,0	6,1	40,3	100	1988	Vereinigtes Königreich
12,9	85,9	0,0	46,1	100	1996	
23,4	89,0	1,1	30,0	100	1988	Italien
22,6	90,0	1,3	31,2	100	1996	
8,2	61,4	3,5	26,6	100	1988	Niederlande
9,2	64,9	0,3	33,1	100	1996	
9,9	73,6	0,8	29,5	100	1988	Spanien
9,5	78,5	1,7	36,1	100	1996	
7,8	77,1	7,3	28,2	100	1988	Belgien <sup>3)</sup>
9,1	80,6	3,9	33,3	100	1996	
13,3	89,9	0,0	29,8	100	1988 <sup>4)</sup>	Österreich
14,6	94,2	0,2	29,5	100	1995	
21,6	95,5	0,2	48,6	100	1988	Schweiz
21,7	95,8	0,1	52,8	100	1996	

Ergebnisse vorliegen.

neß neuen internationalen Investitions- und Autozyklus. Baden-Württemberg erzielt in diesen Jahren gegenüber dem Bundesgebiet immer beachtliche Wachstumsvorsprünge. In Schwächephasen wird Baden-Württemberg dagegen deutlich stärker getroffen als die anderen Bundesländer. Diese Schwankungen könnten in Zukunft stärker werden, denn die baden-württembergischen Unternehmen haben auf den internationalen Märkten in zunehmendem Maße mit konkurrenzfähigen Wettbewerbern zu kämpfen. Eine Vielzahl nationaler wie auch internationaler Anbieter planen beispielsweise, im Fahrzeugbau in das Hochpreissegment vorzustoßen. Zudem bewirkt die wachsende Verflechtung der Volkswirtschaften eine stärkere Angleichung der Konjunkturzyklen in den einzelnen Län-

dern. Konjunkturelle Einbrüche auf einzelnen Märkten können deshalb immer weniger durch eine regionale Verlagerung des Exports ausgeglichen werden.

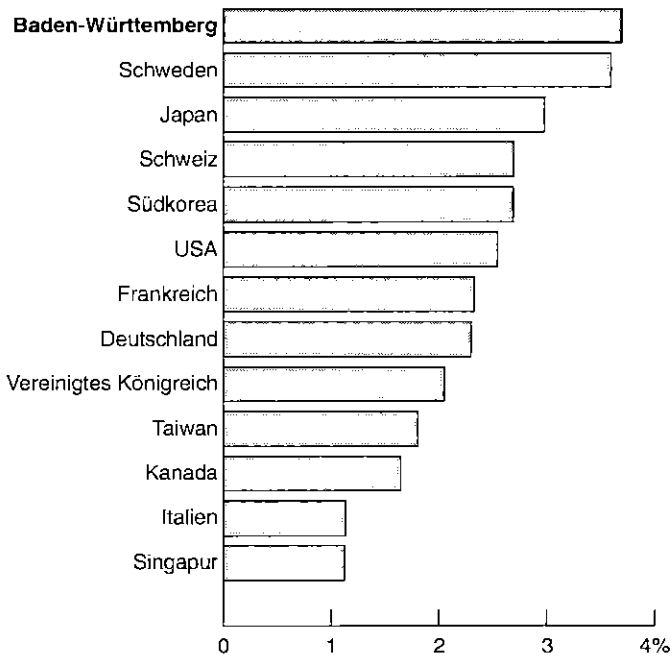
### Im internationalen Vergleich starke Spezialisierung auf forschungsintensive Güter

Bisher wurde die Bedeutung des Exports für Baden-Württemberg aus einer primär binnenorientierten Sichtweise beschrieben. Die Stärken oder Schwächen des heimischen Exportsektors erkennt man jedoch nur im internationalen

Maßstab. Für eine erste Standortbestimmung ist es zweckmäßig, die Warenstruktur des baden-württembergischen Außenhandels mit jener anderer Industrieländer zu vergleichen (Tabelle 2). Dadurch lassen sich bereits Rückschlüsse auf mögliche Konkurrenten, zukünftige Chancen, aber auch Risiken ziehen. Für die Darstellung der Warenstruktur wurde auf die für internationale Analysen üblicherweise verwendete SITC-Klassifikation (Standard International Trade Classification) zurückgegriffen. Die Zusammensetzung des baden-württembergischen Außenhandels nach Warengruppen zeigt, wie nach den bisherigen Ausführungen nicht anders zu erwarten, eine starke Konzentration auf Industriewaren (SITC 5 bis 8). Auf diese Gütergruppe entfielen 1996 gut 94 % der Gesamtausfuhren. Weltweit waren es dagegen nur 76 %, jedoch mit steigender Tendenz. Ein höheres Gewicht haben Industrieerzeugnisse nur in den Exportgütersortimenten Japans und der Schweiz mit einem Anteil von jeweils knapp 96 %. Im internationalen Vergleich ist Baden-Württemberg dabei stark auf den Export von forschungsintensiven Gütern<sup>5</sup> spezialisiert. Auf diese Waren entfielen 1996 etwa 54 % der Gesamtausfuhren, weltweit betrug der Anteil rund 38 %. Nur in Japan haben forschungsintensive Güter mit einem Ausfuhranteil von knapp 62 % ein größeres Gewicht. In der Schweiz entfielen rund 53 %, in den USA 47 % und in Deutschland 46 % der Exporte auf Technologieerzeugnisse. In Südkorea betrug der Technologiegüteranteil am Gesamtexport immerhin 43 % und damit mehr als in Frankreich (38 %). Seit Ende der achtziger Jahre haben sich insbesondere Spanien, die Niederlande, das Vereinigte Königreich und Belgien in zunehmenden Maße auf den Export von Technologiegütern spezialisiert. Dabei dürften insbesondere Spanien und dem Vereinigten Königreich Produktionsverlagerungen der Automobilindustrie an diese Standorte zugute gekommen sein. Nichtsdestotrotz ist auch weltweit eine zunehmende Spezialisierung auf forschungsintensive Güter festzustellen, da sich die Nachfrage nach Technologiegütern in der Vergangenheit überdurchschnittlich dynamisch entwickelte. Während das Welthandelsvolumen zwischen 1988 und 1996 um 80 % zunahm, hat sich das Handelsvolumen mit forschungsintensiven Gütern im gleichen Zeitraum verdoppelt. Für eine Volkswirtschaft bzw. ein Unternehmen verspricht deshalb die Forcierung der Exporte in diesem Güter-

5 Vergleiche Übersicht im Anhang. Die Abgrenzung forschungsintensiver Waren wird anhand von SITC-3-Stellern vorgenommen. Als forschungsintensiv werden dabei solche Güter eingestuft, bei denen der Quotient aus den gesamten FuE-Aufwendungen bezogen auf den Produktionswert mindestens 3,5 % beträgt. Quelle: Grupp/Legier: „Innovationspotential und Hochtechnologie - Technologische Position Deutschlands im internationalen Wettbewerb 1989/90.“ Bericht der Fraunhofer-Gesellschaft für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung (NIW) und der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Marktplanung (GEWIPLAN) an das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, 1991.

Schaubild 5  
**Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung in ausgewählten Ländern 1995**  
 – in Prozent des Bruttoinlandsprodukts –



Quelle: OECD, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Eigene Berechnung.  
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 366 99

segment einen besonders hohen Nutzen. Fundamentale Voraussetzungen für nationale und internationale Erfolge im High-Tech-Bereich sind eine hohe berufliche Qualifikation der Arbeitskräfte und ein permanenter Innovationsprozeß bei Produkten und Produktionsverfahren. Wesentlicher Eckpfeiler von Innovationen ist der Einsatz in Forschung und Entwicklung (FuE).<sup>6</sup>

### Stellenwert von FuE im internationalen Vergleich

In Baden-Württemberg wurden 1995 insgesamt 18,2 Mrd. DM für Forschungs- und Entwicklungszwecke aufgewendet. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt bedeutet dies einen Anteil von rund 3,7 % und damit als Region in Deutschland einen etwas höheren Wert als das weltweit führende Schweden. Mit 2,3 % belegte Deutschland unter den Industrieländern einen mittleren Rang (Schaubild 5). Inzwischen sind auch Schwellenländer, wie zum Beispiel Südkorea und Taiwan, in die Spitzengruppe der forschungsintensiv produzierenden Volkswirtschaften vor-

6 Wissenschaftsstatistik GmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.): Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 1995 bis 1997 - Bericht über die FuE-Erhebung 1995 und 1996, Essen, 1998, S. 3.

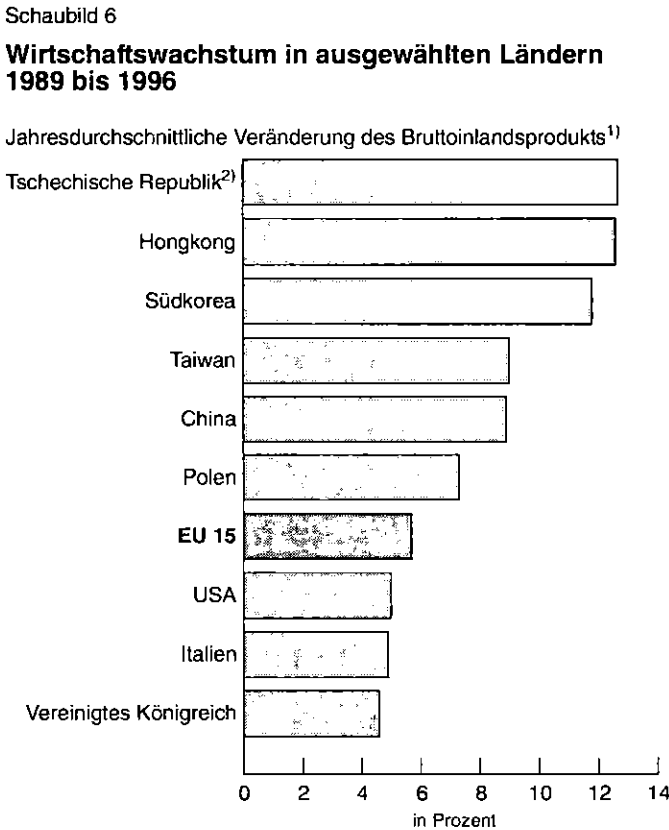
gestoßen. Diese Entwicklung zeigt, daß die potentielle Konkurrenz für die baden-württembergischen Exporteure in Zukunft größer werden wird. Baden-Württemberg muß sich zunehmend auch mit diesen Ländern im Kosten-, Technologie- und Qualitätswettbewerb messen lassen. Gleichzeitig kann Baden-Württemberg aber auch von der verstärkten Nachfrage dieser Länder, insbesondere nach technologieintensiven Produkten, profitieren.

### Drei Viertel der Exporte gehen in Industrieländer

In den 90er Jahren wuchsen die europäischen Volkswirtschaften eher unterdurchschnittlich, die asiatischen und osteuropäischen eher überdurchschnittlich (*Schaubild 6*). Zwar haben die Finanz- und Währungskrisen die Wachstumseuphorie in diesen Ländern etwas gedämpft, das grundlegende Wachstumspotential ist trotzdem überaus günstig und verspricht auch in der Zukunft eine hohe Dynamik. Will ein Land die Wachstumsmöglichkeiten des Weltmarktes ausschöpfen, muß es gerade auf diesen stark wachsenden Märkten präsent sein. Die regionale Orientierung der baden-württembergischen Exporte liefert demnach bereits erste Hinweise über das in der Zukunft zu erwartende Exportpotential. Durch den Vergleich der re-

gionalen Exportmuster erhält man dann Orientierungsgrößen, die es erst ermöglichen, die Zukunftschancen des baden-württembergischen Exports adäquat zu beurteilen.

Industrieländer gehören zu den bevorzugten Absatzmärkten der baden-württembergischen Exporteure: 1996 gingen rund drei Viertel der Gesamtexporte in die OECD-Länder (*Tabelle 3*). Innerhalb dieser Gruppe ist der baden-württembergische Export stark auf die Märkte der Europäischen Union ausgerichtet. Rund 50 % der Warenlieferungen entfielen auf diese Region. Im Vergleich mit den Niederlanden, Frankreich, Spanien, Belgien und Österreich gehört Baden-Württemberg dennoch zu den eher "schwächer" mit diesem Raum verflochtenen Volkswirtschaften. Bis auf Japan und die Vereinigten Staaten, die eine gewisse Sonderstellung einnehmen, ist Baden-Württemberg stärker weltmarktorientiert als alle in *Tabelle 3* aufgeführten Länder. Die baden-württembergischen Exporte in die sechs EU-Beitrittsländer der ersten Runde<sup>7</sup> haben sich in den letzten Jahren relativ günstig entwickelt. Ihr Anteil an den Gesamtausfuhren stieg von 1,2 % im Jahr 1988 auf 4,6 % im Jahr 1996. Trotzdem ist der heimische Export weniger auf diese Region ausgerichtet als in den anderen Bundesländern. Das höchste Gewicht haben die EU-Beitrittsländer für den Export Österreichs (Ausfuhranteil: 11 %). Die Position Baden-Württembergs auf den kräftig expandierenden Märkten der ASEAN-Staaten hat sich ebenfalls deutlich verbessert. Das stärkste Gewicht haben die ASEAN-Länder allerdings für den nationalen Gesamtexport Japans und der Vereinigten Staaten. Mit "Exportquoten" von 18 bzw. 7 % weisen sie unter den aufgeführten Ländern die engste Verflechtung mit dieser Region auf. Insgesamt gesehen kann das regionale Exportmuster Baden-Württembergs durchaus als gut bezeichnet werden. Baden-Württemberg hat die Chancen auf den wachstumsstarken Märkten genutzt und seine Märkte neu geordnet. Auch auf dem in den letzten Jahren besonders interessanten US-Markt ist Baden-Württemberg (Ausfuhranteil: 11 %) im internationalen Maßstab ausgesprochen gut vertreten.



1) In jeweiligen Preisen. – 2) 1990 bis 1996. Bis 1992 einschließlich Slowakei.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 367 99

### Wechselkursentwicklung schwächt Weltmarktposition

Ein wichtiger Bestandteil der Analyse ist die Betrachtung von Marktanteilen. Das absolute Niveau von Weltmarktanteilen liefert dabei Hinweise auf die Einbindung eines Landes in die internationale Arbeitsteilung und seine Bedeutung für den Welthandel. Nachhaltige Veränderungen von Marktanteilen lassen darüber hinaus Rückschlüsse auf die Konkurrenzfähigkeit eines Landes zu. Marktanteilsgewinne weisen tendenziell auf eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit des Exportlandes, Marktanteilsverluste eher auf eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit.

7 Dazu zählen Estland, Polen, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern.

Tabelle 3

**Zielrichtung der Warenexporte ausgewählter Länder 1988 und 1996**

Exportland	Zielland/Zielgebiet						
	Jahr	Welt	OECD <sup>1)</sup>	EU-15	NAFTA <sup>2)</sup>	EFTA <sup>3)</sup>	EU-Beitritts-länder <sup>4)</sup>
	%						
Deutschland	1988 <sup>7)</sup>	100	81,3	62,2	9,0	6,8	1,4
	1996	100	73,3	54,9	8,6	5,6	5,9
Baden-Württemberg	1988	100	84,1	57,2	12,9	9,8	1,2
	1996	100	76,1	50,1	11,8	8,4	4,6
USA	1989 <sup>8)</sup>	100	62,3	25,7	26,3	1,6	0,2
	1996	100	56,2	20,6	29,9	1,6	0,4
Japan	1988	100	60,4	19,7	36,9	1,3	0,2
	1996	100	47,0	15,3	29,4	0,8	0,3
Frankreich	1988	100	80,4	64,5	8,9	4,6	0,5
	1996	100	78,2	63,8	7,1	4,3	1,9
Vereinigtes Königreich	1988	100	71,9	50,4	14,0	3,3	0,6
	1996	100	74,4	54,4	12,1	3,2	1,7
Italien	1988	100	80,5	61,9	10,2	5,2	1,0
	1996	100	69,5	55,6	8,4	4,2	3,9
Niederlande	1988	100	82,7	74,1	4,5	2,8	0,6
	1996	100	86,6	78,3	4,0	2,4	1,8
Spanien	1988	100	81,1	67,9	9,6	2,1	0,5
	1996	100	79,6	70,9	5,1	1,5	1,6
Belgien <sup>9)</sup>	1988	100	87,0	77,0	5,4	2,8	0,4
	1996	100	80,8	72,0	4,6	2,1	1,6
Österreich	1988	100	82,1	68,2	4,3	7,9	3,1
	1996	100	73,8	62,3	3,8	5,9	11,0
Schweiz	1988	100	78,0	62,2	9,7	0,7	1,3
	1996	100	77,8	60,7	10,6	0,6	2,0

1) EU-15, Schweiz, Norwegen, Türkei, USA, Kanada, Japan, Australien und Neuseeland. – 2) USA, Kanada und Mexiko. – 3) Island, Norwegen, Schweiz und Brasilien, Paraguay und Uruguay. – 4) Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur und Philippinen. – 5) Früheres Bundesgebiet. –

Bei der Berechnung von Marktanteilen werden üblicherweise die Exporte eines Landes in Beziehung zu den Weltexporten gesetzt. Weil es dazu erforderlich ist, die Exporte aller Länder auf eine einheitliche Währung umzurechnen, hängt die Höhe und Entwicklung der Marktanteile nicht mehr nur von der Entwicklung der Ausfuhrpreise und Ausfuhrmengen, sondern auch von der Wechselkursentwicklung ab. An einem kleinen Beispiel soll dieser Sachverhalt verdeutlicht werden. Angenommen es gäbe nur zwei Länder (A und B) auf der Welt. Beide Länder haben jeweils eine eigene Währung (DM und US-Dollar). Jedes Land besitzt bei der Produktion bestimmter Güter komparative Vorteile gegenüber dem anderen Land. Diese Vorteile bewirken, daß beide Länder Handel miteinander betreiben. Land A exportiere Waren im Wert von 1000 DM in Land B und Land B exportiere Waren im Wert von 1000 US-Dollar in Land A. Das Austauschverhältnis beider Währungen sei folgendermaßen festgelegt: 1 DM entspricht 1 US-Dollar. Die Weltexporte erhält man, indem die Exporte des Landes A in US-Dollar umgerechnet und zu den Exporten des Landes B addiert

werden. In unserem Beispiel hätte der Weltexportmarkt eine Größe von 2000 US-Dollar. Jedes Land hätte hieran einen Marktanteil von 50 %. Das Austauschverhältnis der beiden Währungen wird nun derart verändert, daß für 1 US-Dollar 2 DM zu bezahlen sind. Die Gründe für die Veränderung der Währungsrelationen spielen in diesem Beispiel keine Rolle. Es wird angenommen, daß die veränderten Währungsrelationen kurzfristig keinen Einfluß auf die in nationaler Währung ausgewiesenen Exportwerte der beiden Länder haben. Es finden also keine Nachfrageschiebungen statt. Land A exportiert nach wie vor Waren im Wert von 1000 DM und Land B Waren im Wert von 1000 US-Dollar. Was sich verändert hat, ist zunächst die Größe des Weltmarktes. In US-Dollar ausgedrückt hat der Weltexportmarkt nun eine Größe von 1500 US-Dollar. Wertmäßig hat sich also allein durch die Veränderung der Währungsrelationen das Welthandelsvolumen deutlich verringert, obwohl sich Ausfuhrpreise (in nationaler Währung) und -mengen der zwischen den beiden Ländern gehandelten Güter nicht verändert haben. Verändert haben sich aber die Weltmarktanteile der beiden Länder. Wäh-

Zielland/Zielgebiet							Jahr	Exportland
Mercosur <sup>5)</sup>	ASEAN <sup>6)</sup>	USA	Japan	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien		
%								
0,7	1,2	7,9	2,2	12,2	9,1	8,8	1988 <sup>7)</sup>	Deutschland
1,2	2,8	7,6	2,7	10,6	7,8	7,3	1996	
0,7	1,7	11,6	2,8	13,2	7,5	9,6	1988	Baden-Württemberg
1,6	3,5	10,6	3,9	11,0	7,1	6,9	1996	
1,7	4,5	x	12,6	3,2	5,8	2,0	1989 <sup>8)</sup>	USA
3,0	6,9	x	10,9	2,3	4,9	1,4	1996	
0,5	8,2	33,8	x	1,9	4,0	1,1	1988	Japan
0,7	17,8	27,2	x	1,3	3,0	0,8	1996	
0,7	1,0	7,3	1,7	x	9,8	12,2	1988	Frankreich
1,0	2,7	6,1	1,9	x	9,5	9,3	1996	
0,4	1,9	11,5	2,1	9,2	x	4,7	1988	Vereinigtes Königreich
0,7	3,2	10,9	2,5	9,4	x	4,5	1996	
0,7	0,9	8,9	1,9	16,6	8,0	x	1988	Italien
2,0	2,4	7,3	2,2	12,5	6,5	x	1996	
0,2	1,0	3,9	0,8	10,2	10,2	5,9	1988	Niederlande
0,5	1,5	3,5	1,1	10,8	9,3	5,7	1996	
0,6	0,6	7,9	1,2	18,5	9,8	9,6	1988	Spanien
2,4	1,6	4,2	1,2	20,1	8,3	8,7	1996	
0,2	0,7	4,8	1,2	19,8	9,2	6,2	1988	Belgien <sup>9)</sup>
0,5	1,3	4,1	1,3	17,1	8,8	5,1	1996	
0,2	0,6	3,5	1,3	4,6	4,7	10,4	1988	Österreich
0,6	1,3	3,0	1,5	4,1	3,4	8,1	1996	
1,0	2,1	8,3	4,2	9,3	7,8	8,2	1988	Schweiz
1,3	3,8	9,4	4,2	9,3	6,3	7,5	1996	

Liechtenstein. – 4) Estland, Polen, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. 1988: Tschechoslowakei, ohne Slowenien und Estland. – 5) Argentinien, 8) Daten für USA liegen erst ab 1989 vor. – 9) Einschließlich Luxemburg.

rend der Weltmarktanteil von Land A von 50 auf 33 Prozent zurückgegangen ist, hat Land B seinen Weltmarktanteil von 50 auf 66 Prozent steigern können. Wie dieses einfache Beispiel zeigt, ist es also zeitweilig durchaus möglich, daß Niveau und Entwicklung von Weltmarktanteilen überwiegend durch Wechselkursveränderungen und weniger durch die tatsächliche Exportentwicklung bestimmt sind. In Jahren gravierender Wechselkursveränderungen sind deshalb Positionsverschiebungen vorsichtig zu interpretieren.

Auch in der Realität kommen derart starke Veränderungen der Wechselkurse immer wieder vor. Vor allem die Währungen von Entwicklungs- und Schwellenländern haben in der Vergangenheit einige Male erhebliche Korrekturen erfahren. Selbst Industrieländer mit ähnlichen Fundamentaldaten sind oft von beträchtlichen Währungsverschiebungen betroffen gewesen. Auch die DM hat seit Beginn der 70er Jahre erhebliche Auf- und Abwertungs- runden gegenüber dem US-Dollar durchlaufen. Innerhalb

nur eines Jahres kam es Mitte der 80er Jahre zu Korrekturen in einer Größenordnung von rund 25 %. Im Jahr 1985 belief sich der Wechselkurs des US-Dollars gegenüber der DM im Jahresdurchschnitt auf DM 2,94. Ein Jahr später lag dann der Durchschnittskurs bei DM 2,17. Das entspricht einer Aufwertung der DM gegenüber dem US-Dollar um rund 26 %. Hatte Baden-Württemberg 1985 einen Weltmarktanteil von rund 1,6 %, stieg der Anteil nach der Aufwertung der DM im Jahr 1986 auf rund 2,1 %. Diese beträchtliche Steigerung des Weltmarktanteils hat sicherlich nichts mit einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit baden-württembergischer Erzeugnisse zu tun. A priori hatte sich nämlich durch die Aufwertung der DM die preisliche Wettbewerbsfähigkeit heimischer Erzeugnisse international verschlechtert, was eher Marktanteilsverluste als Marktanteilsgewinne erwarten läßt. Die für 1986 errechneten Marktanteilsgewinne gehen auf die Umrechnung der heimischen Exporte auf Dollarbasis zurück. Denn zum Dollarwechselkurs von 1985 hätte für Baden-Württemberg 1986 der Weltexportanteil nur rund 1,5 % betragen. Kurzfristig ist es aber den Exporteuren, die größtenteils in



Inlandswährung fakturieren, wegen fix abgeschlossener Verträge nicht möglich, auf Wechselkursänderungen zu reagieren. Aufwertungsländer können daher tendentiell mit Marktanteilsgewinnen rechnen, Abwertungsländer müssen dagegen Verluste in Kauf nehmen.

Mittel- bis langfristig werden die Exporteure jedoch bei der Preisgestaltung die veränderten Wechselkursrelationen berücksichtigen. Die Importeure werden darauf mit einer Anpassung ihrer Importmengen reagieren. Preise, Mengen und Wechselkurse sind daher die entscheidenden Bausteine, die die internationale Wettbewerbsposition eines Landes definieren.<sup>8</sup>

## Export- oder Importkonzept?

Bei der Berechnung von Marktanteilen sind grundsätzlich zwei alternative Vorgehensweisen denkbar. Bei Alternative 1 wird der Weltmarktanteil Baden-Württembergs über die Exportseite ermittelt. Dabei werden die Exporte Baden-Württembergs ins Verhältnis zu den Exporten aller Länder gesetzt. Bei Alternative 2 wird der Marktanteil über die Importseite berechnet. Die Position, die Baden-Württemberg auf einem bestimmten Markt einnimmt, ergibt sich bei dieser Berechnungsart über den Anteil der Importe aus Baden-Württemberg an den gesamten Importen dieses Marktes. Beide Alternativen müßten eigentlich zu den gleichen Ergebnissen führen, da beispielsweise die Exporte Deutschlands nach Frankreich bei richtiger Erfassung mit den von Frankreich ausgewiesenen Importen aus Deutschland übereinstimmen müßten. In der Realität ergeben sich allerdings Abweichungen, weil sich die Bewertungsmethoden, die beiden Konzepten zugrunde liegen, unterscheiden. Exporte werden internationalen Vereinbarungen entsprechend frei Grenze bewertet, während bei den ausgewiesenen Importwerten auch Fracht- und Versicherungskosten enthalten sind. Für Analysen auf Bundesländerebene ist allerdings nur das Exportkonzept anwendbar, da die deutschen Handelspartner eingeführte Waren zwar den einzelnen Lieferländern zuordnen, nicht aber den einzelnen Bundesländern. Es läßt sich also beispielsweise der französischen Importstatistik nicht entnehmen, wieviel Waren aus Baden-Württemberg importiert wurden.

Dem Grundgedanken des Exportkonzepts folgend handelt es sich bei den im Rahmen dieser Analyse berechneten Marktanteilen um Anteile am Weltexport. Nicht berücksichtigt wird bei diesem Ansatz das Angebot der inländischen Anbieter. Das heißt, der Begriff des Marktanteils charakterisiert hier "nur" Anteile an einer Teilmenge des gesamten Marktes. Diese Vorgehensweise erfolgt aus rein

pragmatischen Gründen und soll keinesfalls implizieren, daß der Export der bessere Maßstab für die Beurteilung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes ist. Für eine Berechnung von Marktanteilen im engeren Sinne wären aber Daten über den Inlandsumsatz des betrachteten Landes aus inländischer Produktion erforderlich gewesen. Diesbezügliche, international vergleichbare Daten sind jedoch nicht vorhanden.

Unschärfen im Vergleich mit anderen Bundesländern liegen auch im Konzept der Außenhandelsstatistik begründet. Die Exporte werden vom Statistischen Bundesamt zentral erfaßt und anschließend den einzelnen Bundesländern zugerechnet. Anders als beispielsweise in der VGR, in der die einzelnen Länderergebnisse auf das Bundesergebnis koordiniert werden, entsprechen die den einzelnen Bundesländern zugerechneten Exporte in der Summe nicht den vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen Exporten für Deutschland. Die Gründe für diese Abweichungen liegen zum einen an einer fehlenden Zuordnungsmöglichkeit von Exporten auf die einzelnen Bundesländer, zum anderen am Erhebungsverfahren, das mit dem Entstehen des europäischen Binnenmarktes im Jahr 1992 umgestellt wurde.<sup>9</sup> Diese nicht auf die einzelnen Bundesländer zurechenbaren Exporte erschweren die Interpretation der Ergebnisse bei internationalen Vergleichen. Für die folgende Untersuchung wurde diese Restgröße behelfsweise auf Baden-Württemberg umgelegt. Als Umlagekoeffizient diente dabei der Anteil Baden-Württembergs an den gesamtdeutschen Exporten. Ein solches Verfahren läßt sich allerdings nur für den gesamten Weltexport, nicht aber für einzelne Gütergruppen oder für einzelne Zielländer rechtfertigen. Daher konnte diese Restgröße bei der Analyse der Exportstruktur und der Wettbewerbsposition des Landes bei forschungsintensiven Gütern nicht berücksichtigt werden. Die Restgröße setzte sich 1996 aber zu rund zwei Dritteln aus Waren ausländischen Ursprungs zusammen. Dabei handelt es sich um Waren, die nach Deutschland importiert, hier lediglich zwischengelagert und erneut exportiert wurden. Man kann daher davon ausgehen, daß es sich eher um einfachere, nicht-forschungsintensive Waren handelt. Die getroffenen Aussagen bezüglich der Marktstellung Baden-Württembergs bei forschungsintensiven Gütern sind daher – zumindest qualitativ – nicht verzerrt.

## 2,3 % der Weltexporte entfielen 1996 auf Baden-Württemberg

Im Jahr 1996 hatte Baden-Württemberg einen Anteil an den Weltexporten von 2,3 % und damit den gleichen Marktanteil wie Spanien. Baden-Württemberg lag damit vor Schweden und der Schweiz, die mit 1,8 bzw. 1,7 % auf

8 Jahresgutachten 1981/82 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Seite 186. Ziffer 446.

9 Kössler R.: Entwicklungen im Außenhandel, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl Heft 10/98, S. 508 f.

Tabelle 4

**Weltmarktposition\*) Baden-Württembergs und der wichtigsten Industrieländer 1988 bis 1996**

– Anteile an den Weltexporten –

Exportland	1996	1995	1994	1993	1992	1991	1990	1989	1988
	%								
Dänemark	1,1	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1
Österreich	1,3	1,3	1,2	1,2	1,3	1,3	1,3	1,2	1,2
Australien	1,3	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
Schweiz	1,7	1,8	1,9	1,9	1,9	1,9	2,0	1,9	2,0
Schweden	1,8	1,8	1,6	1,6	1,6	1,7	1,8	1,9	2,0
<b>Baden-Württemberg <sup>1)</sup></b>	<b>2,3</b>	<b>2,3</b>	<b>2,2</b>	<b>2,2</b>	<b>2,4</b>	<b>2,4</b>	<b>2,5</b>	<b>2,5</b>	<b>2,5</b>
Spanien	2,3	2,1	1,9	1,8	1,9	1,8	1,8	1,7	1,6
Niederlande	3,5	4,0	3,9	4,3	4,1	4,2	4,3	4,0	4,1
Belgien	3,7	3,8	3,6	3,6	3,6	3,7	3,8	3,7	3,7
Kanada	4,2	4,1	4,2	4,1	3,8	3,8	3,9	4,2	4,3
Italien	5,5	5,2	5,1	5,3	5,2	5,3	5,3	5,2	5,1
Vereinigtes Königreich	5,7	5,2	5,4	5,4	5,5	5,7	5,8	5,6	5,8
Frankreich	6,2	6,4	6,2	6,4	6,8	6,7	6,7	6,4	6,4
Japan	9,0	10,0	10,6	10,7	10,0	9,8	9,1	10,1	10,5
Deutschland	11,2	11,8	11,4	11,2	12,6	12,6	12,9	12,6	12,8
USA	12,8	12,4	12,9	13,0	12,5	12,5	11,9	12,5	12,1
Summe der aufgeführten Länder	71,4	72,3	72,5	72,9	73,4	73,4	73,2	73,4	73,8
Weltmarkt <sup>2)</sup>	100	100	100	100	100	100	100	100	100

\*) Aufgrund der begrenzten Datenverfügbarkeit bei tiefergehenden Betrachtungen wurde der Weltmarkt als Summe der Ausfuhren der 23 OECD-Länder insgesamt und der Einfuhren dieser Länder aus der übrigen Welt definiert. – 1) Einschließlich der geschätzten Restgrößen.

Rang zwölf bzw. dreizehn folgten. Die Niederlande und Belgien – von der Größe und Einwohnerzahl her mit Baden-Württemberg vergleichbar – fallen mit Marktanteilen von 3,5 bzw. 3,7 % bereits in eine höhere "Gewichtsklasse". Die größten Exporteure unter den westlichen Industrieländern waren die Vereinigten Staaten und Deutschland mit Marktanteilen von knapp 13 bzw. gut 11 %. Auf Platz drei folgt Japan mit einem Anteil von 9 % an den Weltexporten (Tabelle 4).

Der baden-württembergische Anteil am Weltexport ist in der Periode von 1988 bis 1996 von 2,5 auf 2,3 % gefallen, ein Verlust von rund 8 %. Begleitet wurde diese Entwicklung durch eine starke Aufwertung der DM gegenüber dem US-Dollar, die den heimischen Exporteuren erhebliche Einbußen an internationaler Wettbewerbsfähigkeit brachte. Hinzu kam eine ausgesprochen lang anhaltende Wachstumsschwäche auf den baden-württembergischen Kernmärkten, beides wichtige Faktoren, die das Exportwachstum bremsen. Dennoch signalisiert der rückläufige Weltmarktanteil erhebliche Wettbewerbschwächen. Andere Länder, deren Währungen im Beobachtungszeitraum eine ähnlich starke Aufwertung gegenüber dem US-Dollar erfuhren, schnitten deutlich besser ab. In Frankreich fiel der Marktanteilsverlust mit etwa 3 % deutlich geringer aus als in Baden-Württemberg.

Belgien konnte seine Wettbewerbsposition zwischen 1988 und 1996 halten, Österreich konnte sie sogar leicht verbessern.

Stärkere Positionsverluste als Baden-Württemberg hatten in der Zeit von 1988 bis 1996 unter den westlichen Industrieländern Japan, die Niederlande, die Schweiz, aber auch die anderen Bundesländer zu beklagen – also Länder, deren internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit ebenfalls unter einer Aufwertung ihrer Währung gegenüber dem US-Dollar litt. Zu den Gewinnern gehörten Irland, Spanien, Portugal und Norwegen. Diese Länder konnten ihre Marktanteile im Vergleich zu 1988 am stärksten erhöhen. Spanien schob sich sogar in der Liste der wichtigsten westlichen Exportländer gleichauf mit Baden-Württemberg auf Platz 10. Ein wesentlicher Grund für die hohen Positionsgewinne dieser Länder dürfte mit den Integrationseffekten durch den Beitritt zur Europäischen Union zu erklären sein. Geringe Arbeitskosten gelten insbesondere im Falle Spaniens und Portugals als die entscheidenden Standortvorteile, die diese Länder in die Waagschale werfen können. Dadurch waren sie in der Vergangenheit insbesondere als Standorte für arbeitsintensive Produkte interessant. Unternehmen aus den Hochlohnländern verlegten entweder ihre komplette Produktion oder verlagerten die besonders arbeitsintensiven und

damit kostenintensiven Fertigungsprozesse in diese Länder. Diese Neustrukturierung von Produktionsprozessen führte zu einer intensiveren Einbindung in die internationale Arbeitsteilung – insbesondere innerhalb Europas – und dürfte mit die wesentliche Ursache für die substantiellen Erfolge der spanischen und portugiesischen Unternehmen sein. So stieg der Anteil Spaniens am OECD-Export in die Länder der Europäischen Union von 2,9 % im Jahr 1988 auf 4,7 % im Jahr 1996. Der Anteil Portugals stieg von 0,9 auf 1,3 %. Auch Irland hat in hohem Maße von der Integration in den europäischen Binnenmarkt profitiert.

Auf dem europäischen Binnenmarkt hat Baden-Württemberg in etwa die gleiche relative Marktstellung wie auf dem Weltmarkt. Mit einem Anteil von 2,8 % am Gesamtexport der OECD-Länder in die EU-Länder steht Baden-Württemberg an der zehnten Stelle. Die stärkste Verflechtung mit den EU-Ländern hat Deutschland mit einem Anteil von 18 %. Es folgen Frankreich mit 12 %, das Vereinigte Königreich und Italien mit jeweils 9 %. Gerade auf diesem wichtigen Markt haben die anderen Bundesländer und Baden-Württemberg beträchtliche Marktanteile gegenüber

den westlichen Industrieländern verloren. Der Anteil Deutschlands ging von 21 auf 18 %, der Anteil Baden-Württembergs von 3,4 auf 2,8 % zurück. Die beiden anderen führenden Exportnationen (USA und Japan) mußten auf dem europäischen Binnenmarkt ebenfalls erhebliche Marktanteilsverluste hinnehmen. Spanien, Frankreich und das Vereinigte Königreich konnten dagegen ihre Marktposition ausbauen (Tabelle 5).

Auch in den NAFTA-Ländern hat Baden-Württemberg Marktanteile verloren. Zwischen 1988 und 1996 fiel der Anteil Baden-Württembergs an den OECD-Exporten in die NAFTA-Länder von 1,9 auf 1,7 %, derjenige der anderen Bundesländer ging von 5,7 auf 5,3 % zurück. Baden-Württemberg hat damit im Vergleich zu den übrigen Bundesländern überdurchschnittlich stark verloren. Von den zehn Vergleichsländern hatten nur Japan mit – 24,7 %, Spanien mit – 20 %, die Niederlande mit – 16,7 % und Frankreich mit – 15,8 % höhere Marktanteilsverluste vorzuweisen. Der starke Rückgang des japanischen Exportanteils dürfte mit einer zunehmenden Substitution von Exporten durch eine Produktion vorort zusammenhängen – eine Strategie, die Japan auch in Europa verfolgt hat, um Handelssanktionen zu unterlaufen. Österreich, Italien und

Tabelle 5

Exportanteile\*) ausgewählter Industrieländer nach Ländern und Ländergruppen 1988 und 1996

Exportland	Jahr	OECD-23	EU-15	NAFTA	EFTA	EU-Beitrittsländer <sup>1)</sup>	Mercosur	ASEAN	USA	Japan	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Deutschland
		%												
Deutschland	1988	20,1	21,1	7,6	30,5	33,6	14,6	7,1	9,4	8,6	27,3	20,2	29,3	x
	1996	16,5	18,0	7,0	27,5	39,4	13,7	8,0	9,2	10,1	23,8	18,3	26,9	x
Baden-Württemberg	1988	3,7	3,4	1,9	7,8	4,8	2,9	1,8	2,3	1,9	5,2	2,9	5,7	x
	1996	3,0	2,8	1,7	7,1	5,3	3,0	1,7	2,2	2,6	4,3	2,9	4,4	x
USA	1989	11,0	8,6	22,5	7,3	4,4	40,0	24,0	x	48,2	6,9	12,8	6,7	7,9
	1996	8,5	7,7	27,6	8,9	2,9	38,0	22,4	x	47,2	6,0	13,1	6,0	6,3
Japan	1988	12,2	5,5	25,5	4,9	4,6	9,9	39,0	33,3	x	3,4	7,3	2,9	8,2
	1996	8,5	4,0	19,2	3,0	1,3	6,3	40,7	26,5	x	2,4	5,7	2,4	5,1
Frankreich	1988	10,0	11,0	3,8	10,4	6,3	7,6	3,1	4,4	3,3	x	10,9	20,4	13,8
	1996	9,7	11,6	3,2	11,8	7,2	6,4	4,2	4,1	4,0	x	12,3	19,0	13,9
Vereinigtes Königreich	1988	8,0	7,7	5,3	6,7	6,9	4,0	5,1	6,2	3,6	9,3	x	7,1	8,1
	1996	8,5	9,0	5,0	7,9	5,6	4,0	4,6	6,7	4,8	10,7	x	8,3	8,6
Italien	1988	7,9	8,3	3,4	9,3	8,9	5,8	2,1	4,2	2,9	14,6	7,0	x	12,0
	1996	7,7	9,0	3,3	10,1	12,8	11,0	3,4	4,4	4,1	13,9	7,5	x	12,4
Niederlande	1988	6,6	8,1	1,2	4,0	4,3	1,5	1,9	1,5	0,9	7,3	7,2	6,3	13,3
	1996	6,1	8,1	1,0	3,6	3,9	1,6	1,4	1,3	1,4	7,7	6,8	6,6	13,0
Spanien	1988	2,5	2,9	1,0	1,2	1,5	1,8	0,5	1,2	0,6	5,2	2,7	4,0	2,5
	1996	3,6	4,7	0,8	1,5	2,1	5,4	0,9	1,0	0,9	9,1	3,9	6,5	4,2
Belgien	1988	6,2	7,6	1,3	3,7	2,9	1,4	1,2	1,7	1,3	12,8	5,9	5,9	9,3
	1996	6,0	7,8	1,2	3,3	3,4	1,8	1,2	1,6	1,6	12,7	6,8	6,1	9,3
Österreich	1988	2,0	2,2	0,3	3,4	7,0	0,5	0,4	0,4	0,5	1,0	1,0	3,3	5,8
	1996	1,8	2,3	0,3	3,2	8,2	0,7	0,4	0,4	0,6	1,0	0,9	3,3	5,9
Schweiz	1988	3,0	3,3	1,3	0,5	4,8	3,3	1,9	1,5	2,5	3,2	2,7	4,2	5,5
	1996	2,7	3,1	1,3	0,5	2,1	2,3	1,7	1,8	2,5	3,3	2,3	4,3	5,1

\*) An den Exporten der 23 OECD-Länder. – 1) Estland, Polen, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. 1988: Tschechoslowakei, ohne Slowenien und Estland.

die Schweiz konnten ihre Marktposition nahezu halten. Nicht überraschend sind die starken Marktanteilsgewinne der Vereinigten Staaten mit einem Fünftel. Sie profitierten einerseits von der kräftigen Aufwertung der DM und des Japanischen Yen gegenüber dem US-Dollar, andererseits aber auch von Integrationseffekten, die mit der Schaffung der nordamerikanischen Freihandelszone einhergingen.

Der baden-württembergische Marktanteil am Export der Industriestaaten in die ASEAN-Länder hat sich in dem betrachteten Zeitraum bei 1,8 bzw. 1,7 % kaum verändert. Im Vergleich zu den anderen kleineren europäischen Industrieländern konnte sich Baden-Württemberg durchaus auf diesem Markt halten. Bedenklich ist allerdings, daß es Baden-Württemberg nicht gelungen ist, an der hohen Wachstumsdynamik dieser Märkte stärker teilzuhaben; vor allem da Konkurrenten aus den anderen Bundesländern in der Lage waren, ihre Marktposition auszubauen.

Mit einem OECD-Exportanteil von 5,3 % verfügt Baden-Württemberg in den Beitrittsländern über eine relativ starke Marktposition. Deutschland weist mit einem Anteil von 39,4 % die mit großem Abstand engste Verflechtung mit den zukünftigen EU-Ländern im Osten Europas auf. Es folgen mit einigem Abstand Italien, Österreich und Frankreich. Mit einem Plus von 4,6 % hat Baden-Württemberg seit Ende der achtziger Jahre seine Marktstellung auf diesem dynamischen Markt nur leicht ausgebaut. Und dies obwohl die Exporte Baden-Württembergs in diese Länder im Durchschnitt der Jahre 1988 bis 1996 um jährlich 29 % gewachsen sind. Im internationalen Vergleich ist dieser Zuwachs allerdings recht enttäuschend: Italien, Belgien und die anderen Bundesländer konnten wesentlich stärker von der starken Wachstumsdynamik dieser Region profitieren und ihre Marktanteile beträchtlich erhöhen. Ein entscheidender Grund dafür war die vergleichsweise schwache Expansion der baden-württembergischen Fahrzeugexporte in diese Länder. Offensichtlich zielte die starke Automobilnachfrage der EU-Beitrittsländer eher auf kleinere Fahrzeuge, denn die Automobilexporte Italiens entwickelten sich um ein Vielfaches dynamischer als jene Baden-Württembergs.

## **Weltmarktposition trotz Exportboom nach 1996 kaum verbessert**

Durch die aktuellen Exportzahlen der Jahre 1997 und 1998 zeigt sich die baden-württembergische Position auf den Weltmärkten wieder etwas gebessert. Die baden-württembergischen Exporte sind in diesen beiden Jahren so kräftig wie selten zuvor gewachsen und haben die Expansionsraten des Welthandels erheblich übertroffen. Gleichzeitig wertete die DM gegenüber dem US-Dollar um 17 % ab. Diese Abwertung läßt sich ex post als Korrektur der von 1989 bis 1995 anhaltenden Aufwertungsphase auffassen. So lag 1998 der Außenwert der DM gegenüber dem US-Dollar wieder fast exakt auf dem Niveau von 1988.

Durch die Umrechnung auf Dollarbasis wurde durch die kräftige Abwertung der DM der Dollarwert der baden-württembergischen Exporte erheblich geschmälert und der Volumenzuwachs fast ausgeglichen. Infolgedessen hat sich der Weltmarktanteil Baden-Württembergs bis 1998 nur leicht auf etwas über 2,3 % erhöht. Das bedeutet aber auch, daß sich an den in der vorliegenden Analyse getroffenen Aussagen bis 1998 nichts Wesentliches geändert hat.

## **Güter mit starker Wettbewerbsposition Baden-Württembergs**

Auf Güterebene konzentriert sich die Analyse der Konkurrenzsituation Baden-Württembergs zunächst auf Güter mit einer starken Wettbewerbsposition Baden-Württembergs, bevor in einem zweiten Schritt diejenigen Güter näher untersucht werden, die ein hohes Gewicht am Gesamtexport Baden-Württembergs haben.

Die komparativen Vorteile bei der Herstellung bestimmter Produkte spiegeln sich in den jeweiligen Anteilen am Weltexport wider. Baden-Württemberg weist demnach vor allem bei der Herstellung von solchen Gütern besondere Stärken auf, deren Entwicklung hohe FuE-Aufwendungen erfordern (*Anhang, Übersicht 1*). Denn von den zehn Gütern mit den höchsten Weltmarktanteilen sind sieben forschungsintensiv.<sup>10</sup> Die höchsten Weltmarktanteile erreichte Baden-Württemberg bei den forschungsintensiven Gütergruppen Druckerei- und Buchbindereimaschinen sowie bei Zubehör für Werkzeugmaschinen. Die Anteile lagen 1996 bei 15,6 bzw. 9,4 %. Die drei nicht-forschungsintensiven Gütergruppen „Zugmaschinen“, „Straßenfahrzeuge, a.n.g.“<sup>11</sup> und „Flüssigkeitspumpen“ belegten mit Weltmarktanteilen von 9,2; 7,3 und 6,9 % den dritten, sechsten und neunten Platz.

## **Konkurrenzsituation bei forschungsintensiven Gütern**

Da Baden-Württemberg bei forschungsintensiven Gütern offensichtlich über besondere komparative Vorteile verfügt und diese Güter zwischen 1988 und 1996 weltweit besonders intensiv gehandelt wurden, wird im folgenden die Wettbewerbsposition Baden-Württembergs bei diesen Gütern näher untersucht.

10 Genaugenommen handelt es sich um „forschungs- und entwicklungsintensive Güter.“ Der Einfachheit halber wurde hier – wie im folgenden – die Bezeichnung „forschungsintensive Güter“ oder „Technologiewaren“ benutzt.

11 Dazu zählen Omnibusse und Sattel-Straßenzugmaschinen.

Tabelle 6

**Weltmarktposition\*) ausgewählter Länder bei forschungsintensiven Gütern 1996**

– Exportanteile in ausgewählte Zielländer –

Exportland	Zielland							
	Welt	Deutschland	USA	Japan	Frankreich	Italien	Vereinigtes Königreich	Schweiz
	%							
USA	15,7	13,9	x	37,2	14,8	7,3	18,0	10,5
Japan	14,6	11,8	23,5	x	6,4	3,4	8,3	4,8
Deutschland	13,7	x	6,9	10,2	20,8	26,7	17,2	34,5
Vereinigtes Königreich	6,9	8,2	4,2	4,1	9,3	9,7	x	7,2
Frankreich	6,3	11,4	2,5	2,1	x	14,0	8,8	10,7
Italien	4,5	5,3	1,5	1,2	8,6	x	3,8	8,0
Baden-Württemberg	2,8	x	2,0	2,6	4,2	4,3	2,8	9,3
Schweiz	2,4	5,8	1,2	1,7	3,6	4,7	2,1	x
Summe der aufgeführten Länder	64,1	56,5	39,7	56,5	63,5	65,8	58,1	75,8
Welt	100	100	100	100	100	100	100	100

\*) Aufgrund der begrenzten Datenverfügbarkeit bei tiefergehenden Betrachtungen wurde der Weltmarkt als Summe der Ausfuhren der 23 OECD-Länder insgesamt und der Einfuhren dieser Länder aus der übrigen Welt definiert.

Die Stärken Baden-Württembergs bei der Produktion von Technologiegütern ergibt sich aus der spezifischen Faktorausstattung des Landes: Während Rohstoffe in Baden-Württemberg kaum vorhanden sind, verfügt das Land über eine gut ausgebaute Forschungsinfrastruktur, die es bei der Produktion dieser Güter in die Waagschale werfen kann. 1996 exportierte die Wirtschaft Baden-Württembergs forschungsintensive Waren im Wert von umgerechnet 48 Mrd. US-Dollar. Dies bedeutete einen Weltexportanteil von etwa 2,8 % (Tabelle 6). Damit war die Weltmarktposition Baden-Württembergs bei Technologiewaren wesentlich höher, schließlich betrug der baden-württembergische Weltmarktanteil insgesamt lediglich 1,9 %. Die mit großem Abstand bedeutendsten Exporteure forschungsintensiver Erzeugnisse sind die Vereinigten Staaten, Japan und Deutschland vor dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Italien.

Eine besonders starke Stellung hat Baden-Württemberg auf den schweizerischen, französischen und italienischen Märkten inne. Die Schweiz importierte immerhin 9,3 % ihrer forschungsintensiven Waren aus Baden-Württemberg und damit dem Wert nach fast doppelt so viele wie aus Japan. Die Marktanteile Baden-Württembergs sind auch höher als die Italiens und beinahe so hoch wie jene Frankreichs. Hinter den übrigen Bundesländern (25,3 %), Frankreich und den Vereinigten Staaten belegt Baden-Württemberg damit als Lieferant forschungsintensiver Güter in die Schweiz den vierten Platz. Besonders Maschinen aus

Baden-Württemberg haben in der Schweiz einen guten Ruf, liegen hier doch die Exportanteile fast durchweg im zweistelligen Bereich. Auch in Frankreich und Italien stützt sich der hohe baden-württembergische Exportanteil auf die starke Stellung des Maschinenbaus. In Italien übertrifft der Anteil Baden-Württembergs ebenfalls jenen Japans. In Japan schnitt Baden-Württemberg 1996 mit einem Exportanteil von 2,6 % zwar nur unterdurchschnittlich ab. Auffallend ist aber, daß hier das Land im Vergleich mit seinen westeuropäischen Konkurrenten erstaunlich gut dasteht. Denn die Exportanteile von Frankreich, der Schweiz und von Italien liegen deutlich unter denen Baden-Württembergs. Eine dominierende Rolle nimmt hier die US-Wirtschaft ein: 37,2 % aller importierten forschungsintensiven Güter stammten aus den Vereinigten Staaten.

### Starke Weltmarktstellung bei Höherwertiger Technik

Forschungsintensive Güter unterscheidet man nach dem Grad der Forschungsintensität. Güter, bei denen der Quotient aus FuE-Aufwendungen und Produktionswert über 8,5 % liegt, gehören zur Spitzentechnik. Güter, die eine FuE-Intensität zwischen 3,5 und 8,5 % aufweisen, gehören zur höherwertigen Technik. Diese Differenzierung darf keineswegs dahingehend verstanden werden, daß der

Bereich „Höherwertige Technik“ als „älter“ oder weniger „wertvoll“, der Bereich „Spitzentechnik“ dagegen als „neu“, „modern“ und „wertvoller“ eingestuft wird. Der Unterschied begründet sich allein auf den unterschiedlich intensiv betriebenen Forschungsaufwand. Güter der Spitzentechnik unterliegen vielfach staatlicher Einflußnahme.<sup>12</sup> Das bedeutet, daß die Fähigkeit zur und das Ausmaß der Produktion von Gütern der Spitzentechnik in einer Volkswirtschaft nicht allein von der privatwirtschaftlichen Innovationsfähigkeit abhängt, sondern durch staatliche Maßnahmen,

wie beispielsweise Subventionen, Staatsnachfrage und Ausfuhrbeschränkungen, gezielt gefördert, aber auch behindert werden kann. Dies gilt insbesondere für die Rüstungstechnik.

Bei den Exporten von Technologiewaren liegen die Stärken Baden-Württembergs eindeutig bei Gütern der höherwertigen Technik. Die baden-württembergische Ausfuhr von höherwertigen Gütern erreichte 1996 umgerechnet einen Wert von 36,9 Mrd. US-Dollar. Damit entfielen 3,6 % der Weltexporte dieser Waren auf Baden-Württemberg (Tabelle 7). Weltexporteur Nummer 1 ist hier Deutschland mit einem Anteil von 16,4 % vor Japan mit 15,4 % und den Vereinigten Staaten mit 12 %. Die Schweiz liegt bei Gütern der höherwertigen Technik mit einem Exportanteil von 3 % hinter Baden-Württemberg.

12 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hrsg.): Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands - Aktualisierung und Erweiterung 1997, Bonn, 1998., S. 3.

Tabelle 7

Weltmarktposition\*) ausgewählter Länder bei forschungsintensiven Gütern 1996

SITC Nr.	Ausgewählte forschungsintensive Güter	Exportland							
		Baden- Württem- berg	Deutsch- land	USA	Japan	Vereinigtes Königreich	Frankreich	Italien	Schweiz
		%							
	<b>Spitzentechnik zusammen</b>	<b>1,5</b>	<b>9,8</b>	<b>21,1</b>	<b>13,5</b>	<b>8,0</b>	<b>6,9</b>	<b>2,7</b>	<b>1,6</b>
	darunter								
871	Optische Instrumente	5,5	15,5	17,8	31,0	5,4	3,3	0,8	1,8
718	Andere Kraftmaschinen	5,0	27,7	12,6	10,4	8,0	8,3	4,2	3,3
874	Instrumente zum Messen, Prüfen, etc.	4,8	16,2	25,8	13,6	9,7	5,5	3,6	3,9
778	Elektrische Maschinen	3,3	14,8	14,1	19,8	7,3	5,9	3,8	2,3
774	Medizinische Elektrodiagnoseapparate	2,1	22,4	29,4	14,8	3,6	6,6	2,4	1,2
	<b>Höherwertige Technik zusammen</b>	<b>3,6</b>	<b>16,4</b>	<b>12,0</b>	<b>15,4</b>	<b>6,1</b>	<b>5,8</b>	<b>5,8</b>	<b>3,0</b>
	darunter								
726	Druckerei- und Buchbindereimaschinen	15,6	35,5	10,4	12,6	6,6	5,3	6,4	7,8
735	Teile und Zubehör für spanabhebende Werkzeugmaschinen, etc.	9,4	18,9	23,3	11,4	6,1	4,8	6,9	8,6
731	Spanabhebende Werkzeugmaschinen	9,0	18,8	11,7	32,4	3,9	1,4	6,9	8,6
745	Andere nichtelektrische Maschinen	8,3	25,4	12,9	7,3	4,9	3,7	18,3	4,3
689	Verschiedene in der Metallurgie verwendete unedle NE-Metalle	7,3	28,4	5,6	18,7	3,0	4,8	16,2	9,4
733	Werkzeugmaschinen zum spanlosen Bearbeiten von (Hart-) Metallen	7,1	20,6	9,2	21,9	2,9	3,3	15,1	5,3
725	Maschinen für die Papier- und Papierhalbstoffherstellung	6,3	23,9	9,5	7,6	5,1	4,4	9,0	6,6
873	Zähler	5,8	18,2	13,9	13,1	10,2	7,0	3,5	4,3
727	Lebens- und Futtermittelverarbeitungsmaschinen	5,4	22,3	10,8	3,3	5,2	6,3	16,7	6,9
781	Personenkraftwagen	5,2	21,6	6,9	17,0	5,7	6,6	3,3	0,1

\*) Aufgrund der begrenzten Datenverfügbarkeit bei tiefergehenden Betrachtungen wurde der Weltmarkt als Summe der Ausfuhren der 23 OECD-Länder insgesamt und der Einfuhren dieser Länder aus der übrigen Welt definiert.

Den höchsten Weltmarktanteil überhaupt erreichte Baden-Württemberg – wie erwähnt – bei Druckerei- und Buchbindereimaschinen. Ausfuhren im Wert von umgerechnet 2,1 Mrd. US-Dollar bedeuteten einen Weltmarktanteil von 15,6 %. Baden-Württemberg liegt damit vor Japan und den Vereinigten Staaten (*Tabelle 7*). Auch die übrigen Bundesländer sind hier überaus erfolgreich. Ihr Exportanteil betrug stattdliche 19,9 %. Darüber hinaus verfügen baden-württembergische Hersteller von „Teilen und Zubehör für Werkzeugmaschinen“, von „spanabhebenden Werkzeugmaschinen“, von „anderen nichtelektrischen Maschinen“ und die Produzenten von verschiedenen in der Metallurgie verwendeten „unedlen NE-Metallen“ über besondere komparative Vorteile gegenüber ihren Konkurrenten in den übrigen Bundesländern, den Vereinigten Staaten, Japan, Italien und der Schweiz.

### Schwächen beim Export von Spitzentechnik

Schwächen offenbarte Baden-Württemberg dagegen beim Export von Spitzentechnik. Deren Ausfuhr aus Baden-Württemberg belief sich 1996 auf umgerechnet 11,1 Mrd. US-Dollar. Der baden-württembergische Weltmarktanteil bei diesen Gütern belief sich damit auf 1,5 %. Auf dem Weltmarkt für Spitzentechnikgüter dominieren eindeutig die Vereinigten Staaten und Japan. Deutschland folgt mit deutlichem Abstand auf Platz drei vor dem Vereinigten Königreich. Die Schweiz liegt hier mit einem Anteil von 1,6 % knapp vor Baden-Württemberg (*Tabelle 7*).

Unter den Gütern der Spitzentechnik schnitt Baden-Württemberg auf den internationalen Märkten noch am besten bei optischen Instrumenten ab. Der Weltmarktanteil von 5,5 % blieb aber deutlich unter den bei höherwertigen Gütern erzielten Spitzenwerten. Die größten Exporteure von optischen Instrumenten sind Japan, die Vereinigten Staaten und Deutschland. Ähnlich gefragt waren „andere Kraftmaschinen“ aus baden-württembergischer Produktion: Deren Weltmarktanteil lag bei 5 %. Auch hier sind Deutschland, die Vereinigten Staaten und Japan die größten Konkurrenten. Stark gefragt sind auch Meß- und Prüfinstrumente, elektrische Maschinen sowie medizinische Elektrodiagnoseapparate an dritter bis fünfter Stelle. Die Weltmarktanteile Baden-Württembergs betragen bei diesen Gütern knapp 5 bis gut 2 %.

### Marktanteilsverluste bei forschungsintensiven Gütern

Die statische Betrachtung hat gezeigt, daß Baden-Württemberg bei einigen Waren über eine im internationalen Vergleich starke Marktstellung verfügt. Interessanter als die aktuelle Marktposition ist aber die Veränderung des

Tabelle 8

**Weltmarktanteile\*) ausgewählter Länder bei forschungsintensiven Gütern 1988 bis 1996**

Exportland	1996	1994	1991	1988
	%			
USA	15,7	16,1	16,4	15,6
Japan	14,6	17,7	17,6	19,3
Deutschland	13,7	14,2	16,1	16,8 <sup>1)</sup>
Vereinigtes Königreich	6,9	6,1	6,8	6,8
Frankreich	6,3	6,2	7,0	6,5
Italien	4,5	4,2	4,7	4,4
Baden-Württemberg	2,8	2,8	3,2	3,5
Schweiz	2,4	2,5	2,6	2,8
Welt	100	100	100	100

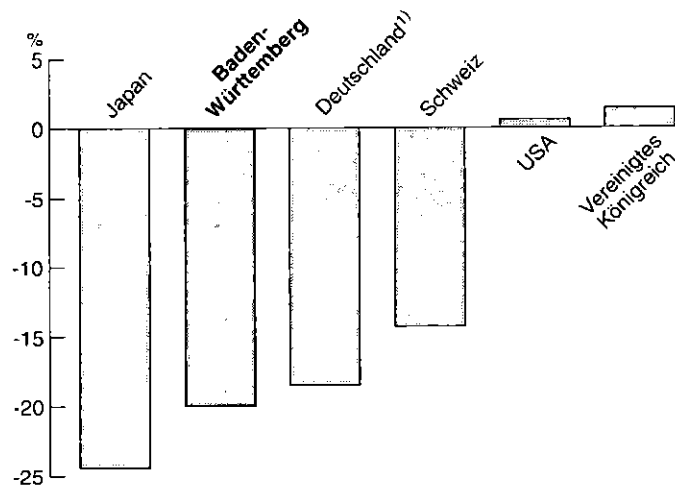
\*) Aufgrund der begrenzten Datenverfügbarkeit bei tiefergehenden Betrachtungen wurde der Weltmarkt als Summe der Ausfuhren der 23 OECD-Länder insgesamt und der Einfuhren dieser Länder aus der übrigen Welt definiert. –  
 1) Früheres Bundesgebiet.

Marktanteils im Zeitablauf: Steigende Marktanteile signalisieren eine Verbesserung, sinkende eine Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit.

Schaubild 7

**Weltmarktanteile ausgewählter Länder bei forschungsintensiven Gütern**

– Veränderung 1996 gegenüber 1988 –



1) 1988: früheres Bundesgebiet.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft hat sich bei forschungsintensiven Erzeugnissen zwischen 1988 und 1994 kontinuierlich verschlechtert. 1988 exportierte Baden-Württemberg immerhin noch 3,5 % aller forschungsintensiven Güter. 1991 waren es nur noch 3,2 % und 1994 lediglich 2,8 %. Damit folgte Baden-Württemberg dem Trend nach den Konkurrenten Deutschland und Japan, die in diesem Zeitraum ebenfalls Weltmarktanteile einbüßten (Tabelle 8). Zwischen 1994 und 1996 konnte das Land seine Position auf den internationalen Märkten für forschungsintensive Waren immerhin halten, während die Vereinigten Staaten, Japan und Deutschland Marktanteile verloren. Nichtsdestotrotz war der relative Anteilsverlust zwischen 1988 und 1996 in Baden-Württemberg stärker als in Deutschland und der Schweiz. Allein Japan mußte noch größere Einbußen hinnehmen, während die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich ihre Marktstellung halten bzw. sogar leicht ausbauen konnten (Schaubild 7). Dabei ist – wie bereits erwähnt – zu berücksichtigen, daß nicht nur die unternehmensbezogenen Wettbewerbsfaktoren, sondern auch die Einflüsse aus Wechselkursveränderungen sowie aus der in – und ausländischen Handels- und Wirtschaftspolitik die Wettbewerbsposition eines Landes beeinflussen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs und Deutschlands litt im obengenannten Zeitraum stark unter der Aufwertung der DM, denn ihr Außenwert gegenüber den Währungen von 18 Industrieländern lag 1996 um 12 % über dem Niveau des Jahres 1988.

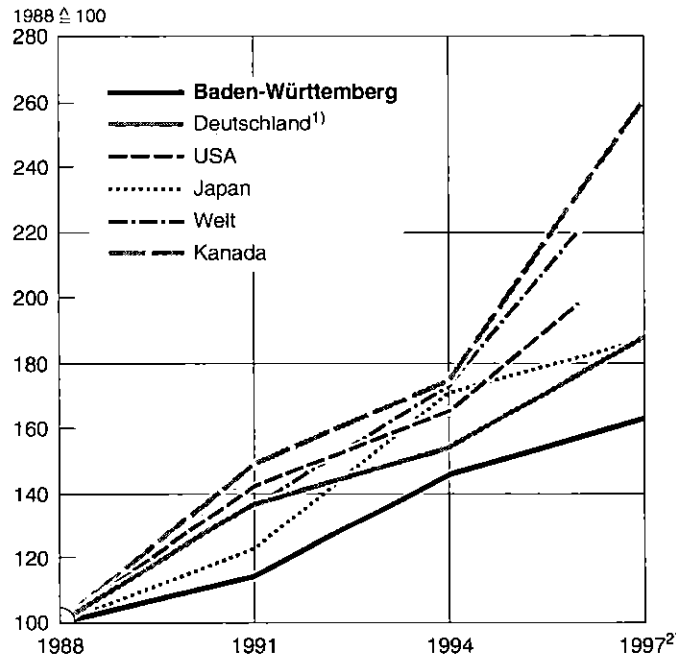
### Nur mäßiges Exportwachstum bei Gütern der Spitzentechnik

Ausschlaggebend für die ungünstige Entwicklung Baden-Württembergs und Deutschlands bis 1996 war die Exportschwäche bei den Gütern der Spitzentechnologie (Schaubild 8). Bis 1996 nahmen die baden-württembergischen Exporte dieser Güter gegenüber 1988 zwar um 74 % zu, weltweit stiegen sie aber um rund 121 % an. Kanada steigerte seine Exporte bei diesen Gütern im genannten Zeitraum um rund 142 %, Frankreich um etwa 120 % und die Vereinigten Staaten um ca. 99 %. Deutschland belegt mit einem Plus von rund 81 % unter den untersuchten Ländern vor der Schweiz den vorletzten Platz. Bis 1997 hat Baden-Württemberg weiter an Boden verloren. Während Kanada und Deutschland die Exporte um 161 bzw. 88 % steigern konnten, war der Zuwachs Baden-Württembergs mit + 63 % sichtlich kleiner. 1997 ging der Dollarwert der baden-württembergischen Spitzentechnikexporte gegenüber dem Vorjahr sogar zurück. Offensichtlich war das Mengenwachstum geringer als die den Dollarwert der Exporte reduzierenden Effekte der DM-Abwertung.

Bei höherwertigen Waren konnte Baden-Württemberg mit dem Weltmarktwachstum eher mithalten. Zwischen 1988 und 1996 stiegen die Exporte Baden-Württembergs von

diesen Gütern um 56 %, weltweit nahmen die Exporte um rund 89 % zu (Schaubild 9). Besonders dynamisch entwickelten sich mit Zuwachsraten von 119, 112 und 109 % die Exporte des Vereinigten Königreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten. Die Ausfuhren Deutschlands nahmen in diesem Zeitraum um 58 % zu, nur Japan war mit einem Plus von 38 % schwächer. Auch im Zeitraum 1988 bis 1997 konnte Baden-Württemberg beim Export höherwertiger Güter mit wichtigen Konkurrenten eher mithalten: 1997 lagen die Exporte von höherwertigen Gütern in Baden-Württemberg um 63, in Japan und dem Vereinigten Königreich um 45 bzw. 126 % über dem Niveau von 1988. In Deutschland gingen 1997 die Exporte höherwertiger Waren auf Dollarbasis gegenüber dem Vorjahr abwertungsbedingt sogar zurück.

Schaubild 8  
Exporte von Spitzentechnikgütern seit 1988



1) 1988: früheres Bundesgebiet. – 2) Für USA und die Welt: 1996.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

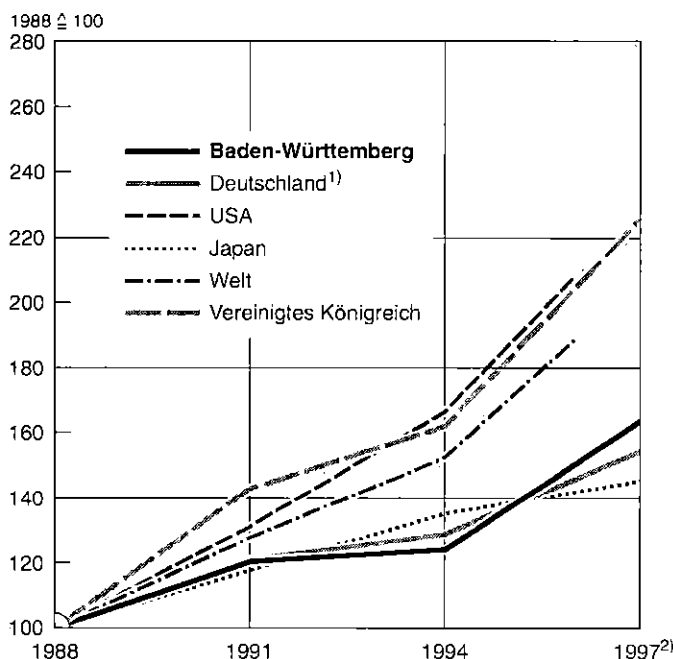
369 99

### Position bei den 20 wichtigsten Exportgütern

In einem zweiten Schritt soll nun die internationale Position bei den wichtigsten Exportgütern des Landes untersucht werden. Diese ist für die Beurteilung der globalen Marktstellung Baden-Württembergs von besonderem Interesse, denn Stärken bzw. Schwächen bei diesen Gütern beeinflussen die Entwicklung und internationale Bedeutung Baden-Württembergs besonders stark. Daß sich



## Exporte von Gütern der höherwertigen Technik seit 1988



1) 1988: früheres Bundesgebiet. – 2) Für USA und die Welt: 1996.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

370 99

Baden-Württemberg stark auf den Export von Technologieerzeugnissen spezialisiert hat, zeigt sich auch daran, daß von den zwanzig Gütern mit dem höchsten Gewicht an der Gesamtausfuhr 13 forschungsintensiv sind (Tabelle 9). Davon wurde bei sechs Gütern zuvor eine besonders starke Marktstellung Baden-Württembergs identifiziert. Im einzelnen sind dies: Druckerei- und Buchbindereimaschinen, spanabhebende Werkzeugmaschinen, andere nicht-elektrische Maschinen, Personenkraftwagen, Instrumente zum Messen und Prüfen sowie elektrische Maschinen. Die Anteile Baden-Württembergs am Weltexport lagen hier – wie bereits erwähnt – zwischen 3 und 16 %. Bei den anderen, nicht-forschungsintensiven Waren ist die globale Marktstellung Baden-Württembergs zum Teil deutlich schwächer. Allein Flüssigkeitspumpen aus baden-württembergischer Produktion sind weltweit relativ stark gefragt. Das geringste internationale Gewicht unter den wichtigsten Exportgütern Baden-Württembergs haben Glühkathoden und automatische Datenverarbeitungsanlagen mit einem Weltmarktanteil von jeweils 0,8 %.

Im allgemeinen liegen die Anteile der in der Tabelle 9 aufgeführten Warenarten am baden-württembergischen Export zwischen gut einem und gut vier Prozent. Herausragende Bedeutung kommt den Personenkraftwagen zu, auf die rund 14 % der baden-württembergischen Ausfuhren entfielen. Bei keinem anderen Exportland hat ein Indu-

strieprodukt einen derart hohen Anteil am Gesamtexport wie in Baden-Württemberg. Annähernd vergleichbar mit Baden-Württemberg ist allenfalls noch die Exportstruktur der anderen Bundesländer. Dort sind Personenkraftwagen mit einem Ausfuhranteil von 11 % ebenfalls bei weitem das wichtigste Exportgut.

## Hohe Marktanteilsverluste bei wichtigen Exportgütern

Zwischen 1988 und 1996 mußten bei nahezu allen Waren, die maßgeblich zum baden-württembergischen Export beitragen, erhebliche Marktanteilsverluste hingenommen werden (Tabelle 9). Bei Glühkathoden, elektrischen Maschinen, anderen Maschinen für besondere Zwecke und elektrischen Geräten zum Verbinden von Stromkreisen waren mit 70 bzw. jeweils rund 30 % die höchsten Anteilsverluste zu verzeichnen. Mit 11 % mußte Baden-Württemberg auch bei Personenkraftwagen erhebliche Marktanteilsverluste hinnehmen. Hier ist der weltweite Strukturwandel besonders auffällig. Länder, die in den 90er Jahren Teile ihrer Produktion ins Ausland verlagerten, haben Marktanteile in beträchtlichem Ausmaß verloren, während die Nutznießer dieser Entwicklung Marktanteile gewonnen haben. Bei Geräten für die Nachrichtentechnik und automatischen Datenverarbeitungsanlagen konnte Baden-Württemberg hingegen seine Position auf dem Weltmarkt gegenüber 1988 um 6 bzw. 10 % ausbauen. Bemerkenswert an dieser Entwicklung ist vor allem, daß die Marktanteilsverluste Baden-Württembergs bei den meisten Gütern sogar stärker ausfielen als in den anderen Bundesländern. Ähnlich starke Einbußen auf dem Weltmarkt wiesen in der Breite des Sortiments nur noch die Schweiz und das Vereinigte Königreich auf. Italien baute dagegen seine Wettbewerbsposition bei den meisten für den baden-württembergischen Export besonders bedeutsamen Gütern erheblich aus.

Die hohen Marktanteilsverluste bei den bedeutenden Exportgütern des Landes stimmen besonders bedenklich, da dadurch auch die inländische Investitionstätigkeit abgeschwächt werden kann. Zudem geht eine geringere Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten in der Regel mit einer zunehmenden Importkonkurrenz einher. Gerade das schlechtere Abschneiden gegenüber Italien läßt vermuten, daß diese Länder auch auf dem baden-württembergischen Markt stärker zum Zuge gekommen sind. Hieraus resultiert ein weiteres Gefahrenpotential für Einkommen und Beschäftigung. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ist daher von essentieller Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs. Die aktuellen Exportergebnisse deuten darauf hin, daß Baden-Württemberg auf dem richtigen Weg ist. Bestehende Schwächen wurden in den letzten Jahren abgebaut und die strukturellen Bedingungen für die heimische Wirtschaft verbessert. Allerdings stützen sich die Erfolge Baden-Württembergs nach wie vor in hohem Maße

auf die Konkurrenzfähigkeit des Maschinenbaus und der Automobilindustrie – beides Bereiche, in denen der Wettbewerb in Zukunft noch intensiver werden dürfte. Die gegenwärtigen Markterfolge bieten deshalb keine Garantie für zukünftige Erfolge.

## Weltmarktanteile und ihre Bestimmungsfaktoren

Die Betrachtung der Weltmarktanteile hat bereits zu ersten wichtigen Aussagen über die Stärken und Schwächen der baden-württembergischen Wirtschaft geführt. Um zu tieferen Einblicken über die strukturelle Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs zu gelangen, ist es sinnvoll, die Marktanteilsverluste auf deren Ursachen hin zu untersuchen. Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes wird einerseits über das Gütersortiment und andererseits über den Preis und die Qualität der produzierten Güter bestimmt.

Im folgenden werden aus der Entwicklung der baden-württembergischen Exporte mehrere Ursache-Wirkungs-Komponenten abgeleitet. Dazu werden hypothetische Wachstumsraten berechnet und der tatsächlichen Exportentwicklung gegenübergestellt. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Annahme, daß sich die Exporte einer Volkswirtschaft, die ihre Weltmarktanteile halten will, parallel zum Welthandel entwickeln müssen. In einem ersten Schritt wird deshalb eine hypothetische "Wachstumsrate", die Soll-Trendkomponente, für den baden-württembergischen Export berechnet. Diese Komponente gibt das theoretische Exportpotential Baden-Württembergs an. Sie wird berechnet, indem der Anteil der baden-württembergischen Exporte an den Weltexporten in einem Basisjahr mit dem Exportvolumen des Weltmarktes im Berichtsjahr multipliziert wird.<sup>13</sup>

Eine günstige Exportentwicklung hängt des weiteren davon ab, ob sich die baden-württembergischen Exporteure auf Waren stützen, die weltweit besonders gefragt sind. Nimmt beispielsweise die weltweite Nachfrage nach Haushaltsgeräten besonders stark zu, werden insbesondere Länder begünstigt, die eine Spezialisierung auf diese Güter auszeichnet. In einem zweiten Schritt wird deshalb gefragt, ob die weltweite Güternachfrage eine Richtung eingeschlagen hat, die sich eher positiv oder eher negativ auf den heimischen Export auswirkte. Dazu wird die Differenz zwischen der güterspezifischen und der durchschnittlichen prozentualen Veränderung der weltweiten Industriewarenexporte berechnet. Gewichtet man anschließend diese hypothetischen Wachstumsraten mit den

jeweiligen Exporten des betrachteten Landes im Basisjahr, erhält man einen weiteren Erwartungswert, der auch als Güterstruktureffekt bezeichnet wird. Ist der berechnete Erwartungswert negativ, war das Gütersortiment des Exportlandes zu Beginn des betrachteten Zeitraums eher unattraktiv, denn die weltweite Nachfrage hat insbesondere bei solchen Gütern stark zugenommen, die in der Exportgüterpalette schwächer vertreten waren. Im umgekehrten Fall hatten die Exporteure vorwiegend Waren in ihrem Angebot, deren Nachfrage sich besonders dynamisch entwickelt hat, das heißt das betrachtete Land war wegen seiner spezifischen Angebotsstruktur von der weltweiten Nachfrageentwicklung besonders begünstigt. Wird für den Güterstruktureffekt ein Wert nahe bei Null ausgewiesen, ist das Warensortiment weder besonders attraktiv noch unattraktiv gewesen, im Durchschnitt hielten sich also wachstumsstarke und wachstumsschwache Produkte in der Angebotspalette des Exportlandes in etwa die Waage.

Alle anderen Einflußfaktoren, die nicht bereits durch die Trendkomponente oder den Güterstruktureffekt erfaßt sind, werden in diesem Modell in einer Saldogröße Wettbewerbseffekt zusammengefaßt. In dieser Komponente spiegeln sich beispielsweise die Auswirkungen von Wechselkursänderungen, bestimmte Absatzstrategien, Integrationseffekte, unterschiedliche Produktivitätsentwicklungen, Qualitätsveränderungen und technologische Innovationen wider. Dies sind Faktoren, die im engeren Sinne die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes bestimmen.<sup>14</sup> Neben diesen Komponenten wird normalerweise ein weiterer Effekt isoliert, der in der Literatur als Ländereffekt bezeichnet wird. Dieser beinhaltet die Auswirkungen, die sich aus einer günstigen oder weniger günstigen Entwicklung der Hauptabsatzmärkte auf das baden-württembergische Exportwachstum ergeben. Da allerdings auf Bundesländerebene die hierfür erforderlichen Daten nicht vorliegen, wurde dieser Effekt ebenfalls über den Wettbewerbseffekt erfaßt.

## Gütersortiment begünstigt den Export

Entsprechend dem zuvor erläuterten Zerlegungsverfahren wurden die baden-württembergischen Außenhandelsströme der SITC-Zweisteller für Industriewaren analysiert. Durch diese Vorauswahl wird natürlich die baden-württembergische Güterstruktur in einer gewissen Weise vorgegeben. Auf die Ergebnisse für die Gesamtbeurteilung der Position hat dies allerdings keinen Einfluß, da auf Industriewaren etwa 94 % der Gesamtexporte Baden-Württembergs entfallen. Wie die Ergebnisse der Zerlegung zeigen, konnte Baden-Württemberg mit dem insgesamt sehr günstigen Welthandelstrend nicht mithalten. Hätte Baden-Württemberg auf seinen Absatzmärkten seine generellen

13 Gehrke, B./Legler, H./Wagner, J.: Außenwirtschaftliche Verflechtung Niedersachsens, Forschungsberichte des NIW Nr. 23, Hannover 1997, S. 30. Zitierweise: Forschungsberichte des NIW.

14 Im folgenden ist mit der „Wettbewerbsfähigkeit“ diese enge Definition gemeint.

Tabelle 9

**Wettbewerbsposition Baden-Württembergs auf dem Weltmarkt\*) bei den 20 wichtigsten Exportgütern 1996**

SITC NR.	Warenverzeichnis	Anteil am Gesamtexport Baden-Würt- tembergs	Exportland			
			Baden- Würt- temberg	Deutschland	USA	Japan
		%				
781	Personenkraftwagen <sup>1)</sup>	13,9	5,2	21,6	6,9	17,0
784	Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge	4,4	3,5	12,7	21,2	15,5
874	Instrumente, Apparate und Geräte zum Messen und Prüfen <sup>1)</sup>	2,9	4,8	16,2	25,8	13,6
772	Elektrische Geräte zum Schließen, Unterbrechen, Schützen <sup>1)</sup>	2,9	4,3	18,2	14,4	17,4
728	andere Maschinen und Apparate für besondere Zwecke <sup>1)</sup>	2,6	4,0	18,6	17,0	18,9
778	elektrische Maschinen, Apparate und Geräte <sup>1)</sup>	2,5	3,3	14,8	14,1	19,8
726	Druckerei- und Buchbindereimaschinen <sup>1)</sup>	2,3	15,6	35,5	10,4	12,6
764	Geräte für die Nachrichtentechnik <sup>1)</sup>	2,3	1,9	8,4	16,5	13,9
713	Kolbenverbrennungsmotoren und Teile davon, a.n.g.	2,1	3,3	14,5	16,0	21,1
745	Andere nichtelektrische Maschinen, Apparate und Geräte <sup>1)</sup>	2,1	8,3	25,4	12,9	7,3
542	Arzneiwaren <sup>1)</sup>	1,9	3,9	15,0	6,2	1,6
724	Textil- und Ledermaschinen <sup>1)</sup>	1,7	7,3	28,4	5,6	18,7
731	spanabhebende Werkzeugmaschinen <sup>1)</sup>	1,7	9,0	18,8	11,7	32,4
743	Pumpen, Luft- oder andere Gaskompressoren sowie Ventilatoren	1,6	4,2	16,5	17,0	13,4
641	Papier und Pappe	1,5	2,2	12,0	10,8	2,2
699	Waren aus unedlen Metallen, a.n.g.	1,4	3,2	16,2	13,6	5,0
742	Flüssigkeitspumpen, auch mit Flüssigkeitsmesser	1,4	6,9	26,1	14,3	12,3
752	Autom. Datenverarbeitungsmaschinen und ihre Einheiten	1,3	0,8	4,9	15,0	11,1
741	Einrichtungen zum Heizen und Kühlen <sup>1)</sup>	1,3	3,1	13,3	16,3	14,8
776	Glühkathoden-, Kaltkathoden- und Fotokathoden- Elektronenröhren <sup>1)</sup>	1,2	0,8	5,3	19,1	26,4

**Veränderung der Weltmarkt**

781	Personenkraftwagen <sup>1)</sup>	x	- 10,5	- 9,7	- 0,8	- 39,8
784	Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge	x	- 26,4	+ 10,4	+ 9,7	- 2,9
874	Instrumente, Apparate und Geräte zum Messen und Prüfen <sup>1)</sup>	x	- 8,1	- 15,4	+ 6,3	+ 26,1
772	Elektrische Geräte zum Schließen, Unterbrechen, Schützen <sup>1)</sup>	x	- 31,3	- 14,5	+ 1,6	- 7,3
728	andere Maschinen und Apparate für besondere Zwecke <sup>1)</sup>	x	- 31,8	- 25,8	+ 25,0	+ 19,3
778	elektrische Maschinen, Apparate und Geräte <sup>1)</sup>	x	- 32,3	- 9,1	+ 7,4	- 5,3
726	Druckerei- und Buchbindereimaschinen <sup>1)</sup>	x	- 1,0	- 0,9	- 7,7	+ 23,8
764	Geräte für die Nachrichtentechnik <sup>1)</sup>	x	+ 5,5	+ 4,2	+ 16,1	- 59,2
713	Kolbenverbrennungsmotoren und Teile davon, a.n.g.	x	- 22,3	- 14,2	+ 3,8	+ 10,4
745	Andere nichtelektrische Maschinen, Apparate und Geräte <sup>1)</sup>	x	- 19,2	- 13,9	- 10,7	- 18,0
542	Arzneiwaren <sup>1)</sup>	x	+ 11,0	- 21,6	+ 0,6	+ 41,2
724	Textil- und Ledermaschinen <sup>1)</sup>	x	- 4,1	- 3,8	- 14,0	- 4,0
731	spanabhebende Werkzeugmaschinen <sup>1)</sup>	x	- 15,5	- 25,7	+ 96,7	+ 33,9
743	Pumpen, Luft- oder andere Gaskompressoren sowie Ventilatoren	x	- 12,6	- 12,3	+ 17,1	- 26,0
641	Papier und Pappe	x	- 8,1	+ 0,4	+ 7,5	- 30,4
699	Waren aus unedlen Metallen, a.n.g.	x	- 7,9	- 23,5	+ 26,9	- 18,9
742	Flüssigkeitspumpen, auch mit Flüssigkeitsmesser	x	- 28,5	- 7,1	- 13,1	- 9,6
752	Autom. Datenverarbeitungsmaschinen und ihre Einheiten	x	+ 10,3	- 42,7	- 28,7	- 49,6
741	Einrichtungen zum Heizen und Kühlen <sup>1)</sup>	x	- 20,4	- 20,4	- 4,6	- 11,4
776	Glühkathoden-, Kalkkathoden- und Fotokathoden- Elektronenröhren <sup>1)</sup>	x	- 68,8	- 32,1	- 7,9	- 5,3

\*) Aufgrund der begrenzten Datenverfügbarkeit bei tiefergehenden Betrachtungen wurde der Weltmarkt als Summe der Ausfuhren der 23 OECD-Länder insgesamt

Exportland					Warenverzeichnis	SITC NR.
Frankreich	Italien	Vereinigtes Königreich	Schweiz	Welt		
%						
6,6	3,3	5,7	0,1	100	Personenkraftwagen <sup>1)</sup>	781
9,2	6,1	5,6	0,3	100	Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge	784
5,5	3,6	9,7	3,9	100	Instrumente, Apparate und Geräte zum Messen und Prüfen <sup>1)</sup>	874
7,9	3,6	4,9	3,6	100	Elektrische Geräte zum Schließen, Unterbrechen, Schützen <sup>1)</sup>	772
4,2	14,7	3,9	3,7	100	andere Maschinen und Apparate für besondere Zwecke <sup>1)</sup>	728
5,9	3,9	7,3	2,3	100	elektrische Maschinen, Apparate und Geräte <sup>1)</sup>	778
5,3	6,4	6,6	7,8	100	Druckerei- und Buchbindereimaschinen <sup>1)</sup>	726
4,7	2,3	7,8	0,7	100	Geräte für die Nachrichtentechnik <sup>1)</sup>	764
7,1	3,7	6,7	0,3	100	Kolbenverbrennungsmotoren und Teile davon, a.n.g.	713
3,7	18,4	4,9	4,3	100	Andere nichtelektrische Maschinen, Apparate und Geräte <sup>1)</sup>	745
12,2	6,2	15,5	12,4	100	Arzneiwaren <sup>1)</sup>	542
4,8	16,2	3,0	9,4	100	Textil- und Ledermaschinen <sup>1)</sup>	724
1,4	6,9	3,9	8,6	100	spanabhebende Werkzeugmaschinen <sup>1)</sup>	731
6,5	9,3	6,7	2,9	100	Pumpen, Luft- oder andere Gaskompressoren sowie Ventilatoren	743
6,6	3,7	4,0	1,7	100	Papier und Pappe	641
8,7	11,5	5,1	2,0	100	Waren aus unedlen Metallen, a.n.g.	699
8,2	9,0	6,3	1,9	100	Flüssigkeitspumpen, auch mit Flüssigkeitsmesser	742
4,6	1,5	8,4	0,4	100	Autom. Datenverarbeitungsmaschinen und ihre Einheiten	752
7,3	13,1	4,6	2,2	100	Einrichtungen zum Heizen und Kühlen <sup>1)</sup>	741
4,5	2,0	5,1	0,3	100	Glühkathoden-, Kaltkathoden- und Fotokathoden- Elektronenröhren <sup>1)</sup>	776

anteile 1996 gegen 1988 in %

- 6,3	+ 12,6	+ 116,2	+ 55,1	x	Personenkraftwagen <sup>1)</sup>	781
- 7,9	+ 9,5	- 17,3	- 11,6	x	Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge	784
- 15,0	+ 15,4	- 17,7	- 24,9	x	Instrumente, Apparate und Geräte zum Messen und Prüfen <sup>1)</sup>	874
- 8,9	- 4,6	- 8,7	- 23,2	x	Elektrische Geräte zum Schließen, Unterbrechen, Schützen <sup>1)</sup>	772
- 4,6	+ 5,5	- 18,1	- 20,7	x	andere Maschinen und Apparate für besondere Zwecke <sup>1)</sup>	728
+ 2,8	- 5,6	- 4,5	- 31,0	x	elektrische Maschinen, Apparate und Geräte <sup>1)</sup>	778
+ 10,5	+ 28,4	- 25,7	- 15,9	x	Druckerei- und Buchbindereimaschinen <sup>1)</sup>	726
+ 5,7	+ 2,7	+ 69,3	- 35,0	x	Geräte für die Nachrichtentechnik <sup>1)</sup>	764
- 12,1	+ 14,1	- 0,4	- 24,4	x	Kolbenverbrennungsmotoren und Teile davon, a.n.g.	713
- 10,2	+ 44,2	- 13,9	- 18,3	x	Andere nichtelektrische Maschinen, Apparate und Geräte <sup>1)</sup>	745
- 10,0	+ 43,8	- 2,6	- 20,1	x	Arzneiwaren <sup>1)</sup>	542
+ 9,6	+ 18,9	- 26,2	+ 1,0	x	Textil- und Ledermaschinen <sup>1)</sup>	724
- 43,0	- 10,5	- 23,8	- 32,1	x	spanabhebende Werkzeugmaschinen <sup>1)</sup>	731
- 0,6	+ 7,7	- 17,9	- 14,9	x	Pumpen, Luft- oder andere Gaskompressoren sowie Ventilatoren	743
+ 20,0	+ 17,1	+ 9,9	+ 24,8	x	Papier und Pappe	641
+ 9,7	+ 15,1	- 6,7	- 29,3	x	Waren aus unedlen Metallen, a.n.g.	699
+ 25,4	+ 6,3	- 6,3	- 17,2	x	Flüssigkeitspumpen, auch mit Flüssigkeitsmesser	742
- 2,2	- 56,4	- 18,9	- 11,9	x	Autom. Datenverarbeitungsmaschinen und ihre Einheiten	752
- 3,7	+ 17,6	- 12,9	- 34,1	x	Einrichtungen zum Heizen und Kühlen <sup>1)</sup>	741
- 9,7	- 34,5	+ 14,2	- 36,4	x	Glühkathoden-, Kaltkathoden- und Fotokathoden- Elektronenröhren <sup>1)</sup>	776

und der Einfuhren dieser Länder aus der übrigen Welt definiert, - 1) = FuE-intensiv.

Tabelle 10

## Komponenten des Exportwachstums in Baden-Württemberg 1996 gegenüber 1988

SITC Nr.	Warenbezeichnung	Export 1996	Exportwachstum 1996 gegenüber 1988			Komponenten des Exportwachstums			Güter- anteil am Waren- export Baden- Würt- tembergs			
						Trendeffekt	Güter- struktur- effekt	Wett- bewerbs- effekt				
		Mill. DM		%	Mill. DM			%				
51	Organische chemische Erzeugnisse	891,3	+	43,4	+	5,1	367,5	-	157,1	-	167,0	0,7
52	Anorganische chemische Erzeugnisse	502,5	+	39,2	+	8,5	29,6	-	257,0	+	266,6	0,4
53	Farbmittel, Gerbstoffe und Farben	1 268,7	+	415,1	+	48,6	543,5	+	15,4	-	143,7	0,9
54	Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse	3 130,2	+	1 865,7	+	147,6	1 490,0	+	707,7	-	332,0	2,3
55	Etherische Öle, Körperpflege- und Reinigungsmittel	839,4	+	405,6	+	93,5	480,0	+	211,6	-	286,0	0,6
56	Düngemittel	5,7	-	3,1	-	35,2	1,6	-	3,9	-	0,8	0,0
57	Kunststoffe in Primärformen	752,0	+	335,4	+	80,5	182,0	-	75,7	+	229,1	0,6
58	Kunststoffe in anderen Formen	1 417,0	+	476,6	+	50,7	532,7	-	49,1	-	7,0	1,1
59	Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	1 956,9	+	863,1	+	78,9	711,4	+	34,7	+	117,0	1,5
61	Leder, Lederwaren, a.n.g. und zugerichtete Pelzfelle	322,9	+	25,2	+	8,5	59,9	-	124,2	+	89,5	0,2
62	Kautschukwaren, a.n.g.	812,2	+	159,6	+	24,5	343,1	-	60,7	-	122,8	0,6
63	Kork- und Holzwaren (ohne Möbel)	467,1	+	12,2	+	2,7	339,1	+	57,7	-	384,6	0,3
64	Papier und Pappe	3 328,8	+	909,8	+	37,6	1 142,9	-	353,6	+	120,6	2,5
65	Garne, Gewebe, Spinnstoffserzeugnisse, a.n.g.	3 511,5	+	103,0	+	3,0	1 195,5	-	913,3	-	179,2	2,6
66	Waren aus nicht-metallischen mineralischen Stoffen, a.n.g.	1 017,8	+	177,3	+	21,1	288,8	-	231,2	+	119,6	0,8
67	Eisen und Stahl	634,5	+	101,1	+	19,0	74,6	-	255,5	+	282,0	0,5
68	NE-Metalle	1 335,9	+	73,9	+	5,9	263,8	-	516,9	+	327,0	1,0
69	Metallwaren, a.n.g.	4 963,9	+	1 629,3	+	48,9	2 150,9	+	88,0	-	609,6	3,7
71	Kraftmaschinen und Kraftmaschinenausrüstungen	4 963,1	+	1 279,0	+	34,7	2 258,4	-	20,8	-	958,7	3,7
72	Arbeitsmaschinen für besondere Zwecke	12 584,8	+	2 737,7	+	27,8	5 176,1	-	915,9	-	1 522,5	9,4
73	Metallbearbeitungsmaschinen	4 264,5	+	693,5	+	19,4	1 533,6	-	675,6	-	164,5	3,2
74	Maschinen für verschiedene Zwecke und Teile davon, a.n.g.	13 303,1	+	4 173,6	+	45,7	7 236,8	+	1 588,7	-	4 651,9	9,9
75	Büro- und ADV-Maschinen	2 983,1	+	1 247,7	+	71,9	1 825,0	+	751,4	-	1 328,7	2,2
76	Geräte für die Nachrichtentechnik, Video- und Audiogeräte	3 314,4	+	1 600,7	+	93,4	1 217,5	+	157,3	+	225,9	2,5
77	Elektrische Maschinen und Teile davon, a.n.g. und für Haushaltsausrüstungen	11 897,3	+	2 164,7	+	22,2	11 000,6	+	4 979,4	-	13 815,3	8,9
78	Straßenfahrzeuge	27 712,0	+	5 873,4	+	26,9	11 498,2	-	2 012,5	-	3 612,3	20,7
79	Andere Beförderungsmittel	615,2	+	283,9	+	85,7	147,3	-	57,7	+	194,3	0,5
81	Vorgefertigte Gebäude, sanitäre Anlagen, Heizungs- und Beleuchtungseinrichtungen	488,2	+	116,2	+	31,2	371,3	+	141,2	-	396,3	0,4
82	Möbel und Teile davon	1 466,9	+	145,9	+	11,0	1 098,1	+	280,9	-	1 233,1	1,1
83	Reiseartikel	36,7	+	3,9	+	11,8	27,2	+	6,9	-	30,3	0,0
84	Bekleidung	991,6	-	14,2	-	1,4	809,4	+	187,1	-	1 010,7	0,7
85	Schuhe	172,7	-	133,9	-	43,7	184,9	-	4,7	-	314,1	0,1
87	Meß-, Prüf- und Kontrollinstrumente und -geräte	5 918,3	+	1 604,2	+	37,2	2 951,4	+	282,5	-	1 629,8	4,4
88	Fotografische Apparate, optische Waren, a.n.g.	1 645,3	+	145,8	+	9,7	775,3	-	152,4	-	477,2	1,2
89	Verschiedene bearbeitete Waren, a.n.g.	5 774,9	+	1 563,4	+	37,1	2 769,4	+	164,0	-	1 370,0	4,3
5 - 8	Industriewaren insgesamt	125 290,2	+	31 118,0	+	33,0	61 077,5	+	2 816,8	-	32 776,4	93,6

Marktanteile halten können, dann wäre in der Zeit von 1988 bis 1996 mit einem Exportwachstum von 61,1 Mrd. DM zu rechnen gewesen (Tabelle 10). Tatsächlich herausgekommen ist allerdings "nur" ein Wachstum von 31,1 Mrd. DM. Im Durchschnitt sind somit Marktanteile verloren gegangen. Der Güterstruktureffekt hatte für sich genommen einen positiven Einfluß auf das Exportwachstum, lag aber mit einem Wert von 2,8 Mrd. DM deutlich unterhalb des Trendwachstums. Mit anderen Worten: Die Marktanteilsverluste wären höher ausgefallen, wenn Baden-Württemberg nicht über eine günstige Güterstruktur verfügt hätte. Die Konkurrenzvariablen haben sich dagegen zu Ungunsten Baden-Württembergs entwickelt. Während die Trend- und Güterstrukturkomponente das Exportwachstum begünstigten, gingen die Marktanteilsverluste ausschließlich auf die Verschlechterung der Wettbewerbsposition (– 32,8 Mrd. DM) Baden-Württembergs zurück.

Obwohl die baden-württembergische Exportwirtschaft insgesamt deutlich Marktanteilsverluste hinnehmen mußte, verlief die Entwicklung in den einzelnen Exportsparten durchaus differenziert. Vor allem im Bereich „chemische Erzeugnisse“ konnten die heimischen Exporteure teilweise beträchtliche Marktanteilsgewinne verzeichnen. Bei der wichtigen Gruppe der medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnisse konnten die baden-württembergischen Exporteure ihren Marktanteil von 1988 bis 1996 immerhin um rund ein Viertel steigern. Neben dem positiven Güterstruktureffekt (+ 0,7 Mrd. DM) hing das Wachstum in erster Linie von der starken Trendkomponente (+ 1,5 Mrd. DM) ab. Ein höheres Wachstum wurde allerdings durch die im Wettbewerbseffekt (– 0,3 Mrd. DM) zusammengefaßten Einflußfaktoren verhindert. Ähnlich hohe Marktanteilsgewinne konnten bei „chemischen Erzeugnissen a.n.g.“ realisiert werden. Die Positionsverbesserung war hier nicht nur das Ergebnis einer günstigen Nachfrageentwicklung, sondern auch einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit. Eine deutlich verbesserte Wettbewerbsfähigkeit war auch für die starken Marktanteilsgewinne bei der Produktgruppe „Kunststoffe in Primärformen“ verantwortlich. Der Weltmarktanteil der baden-württembergischen Exporteure hat sich in diesem Segment vor allem aufgrund des positiven Wettbewerbseffekts (+ 0,2 Mrd. DM) nahezu verdoppelt.

Recht hohe Marktanteilsverluste mußte Baden-Württemberg dagegen bei seinen Kernprodukten der Gütergruppe 7 hinnehmen. Bei elektrischen Maschinen konnten die baden-württembergischen Exporteure nur 20 % des Wachstumspotentials ausschöpfen, das von der Trendkomponente her hätte erwartet werden können. Bei den Maschinen für verschiedene Zwecke und den Arbeitsmaschinen wurde zwar das Wachstumspotential, das sich durch den Welttrend ergab, mit 58 bzw. 53 % erheblich besser ausgenutzt, aber auch dies ist wenig, wenn man bedenkt, daß in diesen Produktbereichen die spezifischen Stärken Baden-Württembergs liegen. In beiden Produktbereichen haben die baden-württembergischen Exporteure deutlich an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt, bei den

Arbeitsmaschinen wurde dies noch durch einen negativen Güterstruktureffekt verstärkt. Eine besondere Rolle für die Gesamtentwicklung spielten die Exporte von Straßenfahrzeugen, da diese Gütergruppe rund ein Fünftel der Gesamtexporte Baden-Württembergs repräsentierte. Der Exportzuwachs von 5,9 Mrd. DM im Zeitraum von 1988 bis 1996 resultiert ausschließlich aus einem positiven Welthandelstrend (+ 11,5 Mrd. DM), während Güterstruktur- (– 2 Mrd. DM) und Wettbewerbseffekt (– 3,6 Mrd. DM) deutlich negativ waren. Dem baden-württembergischen Fahrzeugbau bereitete also nicht nur die negative Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit Probleme, sondern auch die im Vergleich zur Gesamtentwicklung schwache Automobilnachfrage. Baden-Württemberg konnte nur 51 % des Wachstumspotentials ausschöpfen, hatte also auch hier erhebliche Marktanteilsverluste hinzunehmen. Innerhalb der Gütergruppe 7 büßten die baden-württembergischen Unternehmen allerdings nicht nur Marktanteile ein. In der Nachrichtentechnik und bei Beförderungsmitteln agierten die heimischen Unternehmen sehr erfolgreich auf den Märkten und konnten beträchtliche Marktanteilsgewinne realisieren. In beiden Sparten profitierten die Unternehmen sowohl von einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit als auch von einer günstigen Nachfrageentwicklung.

## Marktanteilsverluste resultieren aus gesunkener Konkurrenzfähigkeit

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß Baden-Württemberg bei fast allen Industriewaren zum Teil erhebliche Marktanteilsverluste hinnehmen mußte. Ausschlaggebend hierfür waren in erster Linie Variablen, die im Wettbewerbseffekt zusammengefaßt waren. Eine differenziertere Analyse der einzelnen Variablen ist rechnerisch nicht möglich. Beim stark negativ ausgefallenen Wettbewerbseffekt könnte sich im Prinzip auch der Länderstruktureffekt ausgewirkt haben. Die Analyse der regionalen Exportorientierung zeigte aber, daß hier Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen wichtigen Industrieländern nicht benachteiligt ist. Die baden-württembergischen Unternehmen haben relativ schnell auf die veränderte Wachstumsdynamik der Märkte reagiert und ihre Präsenz auf den wachstumsstarken Märkten in Mittel- und Osteuropa sowie in Asien kräftig erhöht. Der negative Wettbewerbseffekt dürfte vielmehr aus den sich im fraglichen Zeitraum verschlechterten Angebotsbedingungen resultieren. Auf der Kostenseite machten sich in Deutschland eine gestiegene Steuer- und Abgabenlast, hohe Lohnsteigerungen und eine geringere Innovations- und Investitionsdynamik bemerkbar. Zudem haben erhebliche DM-Aufwertungen die internationale Preiswettbewerbsfähigkeit innerhalb weniger Monate verschlechtert. Verstärkt wurden diese Faktoren durch die zunehmende Konkurrenz in den Domänen des baden-württembergischen Exports. Die Exportstrukturen aller betrachteten Industrieländer hatten sich in der Periode von 1988 bis 1996 stärker in Richtung der Industriewaren verschoben. Insbesondere im Bereich der

Maschinen und Fahrzeuge haben sich die Konkurrenzverhältnisse erheblich verstärkt. Bei allen wichtigen Industrie- und Schwellenländern erhöhte sich das Gewicht dieser Warengruppe an den Gesamtexporten zum Teil beträchtlich. Vor allem für die aufstrebenden Schwellenländer verspricht die Präsenz auf diesen Gütermärkten erhebliche Ausstrahleffekte auf die anderen Industriebranchen; Wachstum und Beschäftigung nehmen zu.

## Rationalisierungsmaßnahmen zeigen Wirkung

Die erheblichen Rationalisierungsanstrengungen, die von der baden-württembergische Wirtschaft seit 1993 unternommen wurden, konnten ihre Wirkung in dem hier betrachteten Zeitraum noch nicht zeigen. Ihre Auswirkungen auf die angebotsseitig wirkenden Wettbewerbsparameter dürften sich allerdings in den aktuelleren Exportergebnissen bereits widerspiegeln. In den Jahren 1997 und 1998 gab es in Baden-Württemberg einen Exportboom und dies, obwohl die Konkurrenz kaum nachgelassen hat. Insbesondere bei den Kernprodukten konnten erhebliche Exportsteigerungen realisiert werden. Neue Technologien und attraktive Produkte, vor allem im Automobilbau, eröffneten ein großes Wachstumspotential, das aktiv genutzt wurde. Dies zeigt, daß die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft in hohem Maße von den strukturellen Faktoren auf der Angebotsseite beeinflußt wird. Denn das Gütersortiment der baden-württembergischen Exporteure hat zumindest in dieser Periode auf die Welthandelsstrukturen gepaßt. Hinzu kommen seit 1995 positive Impulse aus der DM-Abwertung gegenüber dem US-Dollar: 1998 erreichte der Dollar-Wechselkurs der DM wieder das Niveau von 1988. Da der Dollar-Wechselkurs aber wirtschaftspolitisch nicht direkt einflußbar ist, müssen wirtschaftspolitische Maßnahmen an den Strukturen ansetzen. Außenwirtschaftliche Maßnahmen wie die Förderung von Niederlassungen baden-württembergischer Unternehmen oder die Teilnahme Baden-Württembergs an Messen und Ausstellungen können zusätzlichen Flankenschutz geben.

## Zukünftige Wachstumsperspektiven

Die zukünftigen Wachstumschancen eines Landes werden durch das Güterangebot determiniert, vor allem aber dadurch, ob dieses Güterangebot auf eine genügend große Nachfrage trifft. Demnach kann Baden-Württemberg prinzipiell zwei Wege beschreiten, um sein Wachstumspotential zu verbessern: Zum einen könnten beispielsweise über Expertenbefragungen oder empirische Analysen besonders zukunftssträchtige Produkte ermittelt werden. Durch den Vergleich mit der aktuellen Angebotsstruktur würde man Chancen oder Risiken erkennen. Chancen würden sich insbesondere dann ergeben, wenn die iden-

tifizierten Wachstumsprodukte im baden-württembergischen Warensortiment stark vertreten wären. Im anderen Fall wäre das zukünftige Wachstumspotential eher gering einzuschätzen. Dieser Weg beinhaltet aber auch erhebliche Risiken, da Produktionsentscheidungen sinnvoll nur auf Unternehmensebene getroffen werden können. Staatliche Empfehlungen oder Eingriffe in die Produktionsplannungen der Unternehmen sind deshalb eher kritisch zu beurteilen. Zudem kann die empirische Wirtschaftsforschung nur allgemeine Hinweise über die Zukunft liefern.<sup>15</sup>

Da die kurz- und mittelfristigen Absatzchancen der baden-württembergischen Exportwirtschaft auf den regionalen Absatzmärkten um so höher einzuschätzen sind, je besser das eigene Exportsortiment auf die Güternachfrage eines Landes paßt, setzt der zweite Weg bei der regionalen Struktur des Exports an.<sup>16</sup> Dabei geht es in erster Linie nicht um besonders wachstumssträchtige Produkte, sondern um die Übereinstimmung der gesamten Exportstruktur Baden-Württembergs mit der jeweiligen Importnachfragestruktur ausgewählter Regionen. Eine geringe Übereinstimmung schließt dabei jedoch nicht aus, daß einzelne Wirtschaftszweige, wie die Fahrzeug- und Maschinenhersteller, dort erfolgreich agieren können. Wegen der erwähnten Probleme, die mit der Auflistung von Wachstumsprodukten verbunden sind, wird in dieser Untersuchung der zweite Weg beschritten, um Aussagen über die zukünftigen Wachstumschancen bzw. interessante Märkte treffen zu können. Zudem verspricht dieser Weg bereits kurzfristig greifbare Erfolge.

Die Übereinstimmung zwischen Exportangebot und Importnachfrage wird dabei direkt, und zwar über die in den Außenhandelsstatistiken zum Ausdruck kommenden Warenbeziehungen gemessen.<sup>17</sup> Die Exporte bzw. die Importe eines Landes können mathematisch als n-dimensionale Vektoren aufgefaßt werden. Stimmt die Exportstruktur Baden-Württembergs mit der Importstruktur eines Landes gut überein, ist der Winkel zwischen den beiden Vektoren relativ klein. Rechnerisch wird der Winkel

15 Stankovsky, J.: Regionale Schwerpunkte des österreichischen Exports. In: Wifo Monatsberichte Heft 9, 1988., S. 514.

16 Langfristig ist es natürlich von entscheidender Bedeutung, daß die heimischen Exportunternehmen ihr Angebot an die sich laufend ändernde Importnachfrage anpassen.

17 Aufgrund der schwierigen Datenlage hinsichtlich der Nicht-Industrieländer wurden die Importstrukturen im Rahmen dieses Beitrags indirekt ermittelt. Dabei wurden die Importe hilfsweise über die Exporte der Industrieländer in diese Regionen approximiert. In der Importnachfrage der betrachteten Länder/Gebiete fehlen somit die Importe aus den Nicht-Industrielländern. Im Handel mit Industriewaren dürften sich daraus aber nur geringe Unterschiede ergeben, die die Aussagefähigkeit der Ergebnisse nicht beeinflussen.

zwischen zwei Vektoren über das sogenannte "Winkelmaß" bestimmt.<sup>18</sup> Ein Wert von Null zeigt an, daß zwischen dem Exportangebot und der Importnachfrage der betrachteten Länder keine Übereinstimmung besteht. Bei vollständiger Übereinstimmung nimmt das Winkelmaß den Wert Eins an.<sup>19</sup> Da sich die Werte nicht linear mit dem Winkel ändern, ist es erforderlich, einen Grenzwert anzugeben, bei dem noch von einer hohen Ähnlichkeit der Export- und Importstrukturen gesprochen werden kann. In der praktischen Anwendung wird von einer sehr guten Übereinstimmung von Angebots- und Nachfragestruktur gesprochen, wenn der Wert über 0,8 liegt.<sup>20</sup> Der Winkel, den die beiden Vektoren zueinander bilden, ist dann nicht größer als 35 Grad.

Der Vergleich der Außenhandelsstrukturen erfolgte an Hand der SITC-Dreisteller der Warengruppen 5 bis 8 (Industriewaren) für die Jahre 1988 und 1996. Zunächst fallen die durchweg höheren Meßwerte für Deutschland auf (Tabelle 11). Die Güterpalette Deutschlands paßte damit besser zur Importnachfrage der jeweiligen Länder bzw. Regionen als diejenige Baden-Württembergs. Der Hauptgrund für die geringeren Meßwerte Baden-Württembergs dürfte weniger in einer Schwäche des Exportsortiments als vielmehr in der starken Spezialisierung Baden-Württembergs auf Verkehrsmittel, Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse liegen. Während in Baden-Württemberg über 60 % der Ausfuhren auf diese Güter entfallen, sind es bundesweit nur knapp 50 %. Das heißt, Deutschland tritt auf den internationalen Märkten mit einem wesentlich breiteren Sortiment auf und hat deshalb auch größere Chancen auf eine entsprechende Nachfrage zu treffen als Baden-Württemberg. Insofern sind die in der Ta-

belle aufgeführten "Strukturübereinstimmungswerte" für Deutschland eher Orientierungsgrößen als Vergleichsgrößen.

## Exportgütersortiment Baden-Württembergs paßt besonders gut zur Nachfrage der NAFTA-Länder

Am besten stimmte die baden-württembergische Exportstruktur mit der Importnachfrage der NAFTA-Länder überein. Der Strukturübereinstimmungsindex erreichte hier einen Wert von 0,92. Die hohe Konformität wird dabei im wesentlichen durch die Vereinigten Staaten bestimmt, für die ebenfalls ein Wert von 0,92 berechnet wurde. Die in den Jahren 1997 und 1998 überdurchschnittlichen Exporterfolge Baden-Württembergs in den USA zeigen, daß ein im Vergleich zu Deutschland geringerer Strukturwert insbesondere dann kaum von Bedeutung ist, wenn es sich bei dem Importland um eine große Volkswirtschaft handelt.

## Wachstumschancen sind vor allem in den EU-Beitrittsländern groß

Die entsprechenden Strukturwerte für die OECD-Länder und die EU-Staaten liegen nur leicht unter dem Wert der Vereinigten Staaten und weisen ebenfalls auf eine starke Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage hin. In die Gruppe der Länder mit sehr hohen Strukturwerten fallen auch die EU-Beitrittskandidaten – ein Ergebnis, das für die Zukunft besonders optimistisch stimmt. Durch die Integration in den Binnenmarkt ist mit einer weiteren Harmonisierung der rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu rechnen. Die Attraktivität dieser Länder für die südwestdeutsche Exportwirtschaft wird dadurch weiter steigen. Hinzu kommt, daß sich aufgrund der Versäumnisse zur Zeit des "Kalten Krieges" ein großer Nachholbedarf für Maschinen und Verkehrsmittel, also für Güter der höherwertigen Technologie, aufgestaut hat, die im baden-württembergischen Exportgüterportfolio ein großes Gewicht haben. Der große Bedarf an Investitionsgütern spiegelt sich auch in der aktuellen Importnachfrage der Beitrittskandidaten wider. So entfallen in Polen, Tschechien und Ungarn, auf die etwa 80 % der Einfuhren aller EU-Beitrittsländer entfallen, rund 30 % der Importnachfrage aus wichtigen OECD-Ländern<sup>21</sup> auf Güter der höherwertigen Technologie. Güter der Spitzentechnik, die im baden-württembergischen Exportgüterportfolio schwächer vertreten sind, spielen dagegen eine geringere Rolle. Ihr Importanteil beträgt lediglich 12 %.

18

$$\cos \angle (EX, IM) = \frac{\sum_{i=1}^n EX_{ij} * IM_{ik}}{\sqrt{\left(\sum_{i=1}^n EX_{ij}^2\right)} * \sqrt{\left(\sum_{i=1}^n IM_{ik}^2\right)}}$$

mit:

$EX_{ij}$  = Exporte des Landes j

$IM_{ik}$  = Importe des Landes / des Gebiets k

i = Warengruppenindex

19 Vergleiche hierzu detailliert: Linneman, H.: An Econometric Study of International Trade Flows, Amsterdam 1966 und Baumann, H., u.a.: Außenhandel, Direktinvestitionen und Industriestruktur der deutschen Wirtschaft, Berlin 1977, S. 113 ff.

20 Forschungsberichte des NIW, S. 50.

21 Deutschland, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Österreich, Schweiz, Japan, China und USA.



Tabelle 11

**Präferenzstrukturtest für den Außenhandel Baden-Württembergs mit Industriewaren\*) 1988 und 1996**

Handelspartner	Index für die Strukturübereinstimmung				Anteile am baden- württem- bergischen Gesamtexport 1996 in %	Index für die Strukturübereinstimmung von...			
	Baden-Württemberg		Deutschland			Exportstruktur 1988 und Importstruktur der Zielländer 1996		Exportstruktur 1996 und Importstruktur der Zielländer 1988	
	1988	1996	1988	1996		Baden- Württemberg	Deutschland	Baden- Württemberg	Deutschland
OECD- 23	0,84	0,89	0,91	0,94	76,3	0,88	0,91	0,45	0,92
NAFTA	0,93	0,92	0,92	0,94	11,8	0,92	0,91	0,92	0,93
EU-15	0,86	0,89	0,93	0,94	50,1	0,87	0,91	0,87	0,93
EU-Beitrittsländer <sup>1)</sup>	0,62	0,85	0,69	0,89	4,6	0,83	0,86	0,63	0,69
EFTA	0,82	0,78	0,89	0,87	8,4	0,78	0,87	0,83	0,89
Mercosur	0,45	0,73	0,53	0,77	1,6	0,70	0,73	0,47	0,57
ASEAN	0,59	0,40	0,48	0,47	3,5	0,46	0,43	0,50	0,51
USA	0,92	0,92	0,92	0,94	10,6	0,92	0,92	0,91	0,92
Südkorea	0,49	0,45	0,47	0,52	1,8	0,46	0,49	0,40	0,49
Taiwan	0,68	0,47	0,55	0,71	0,9	0,49	0,52	0,67	0,73
Honkong	0,46	0,49	0,49	0,57	0,8	0,49	0,53	0,45	0,51
China	0,42	0,48	0,53	0,54	1,4	0,46	0,52	0,42	0,52
Mexiko	0,50	0,56	0,46	0,60	0,5	0,57	0,54	0,50	0,53
Brasilien	0,41	0,65	0,48	0,70	1,2	0,63	0,65	0,42	0,52
Argentinien	0,46	0,84	0,54	0,87	0,3	0,81	0,83	0,49	0,57
Bulgarien	0,44	0,63	0,50	0,68	0,1	0,62	0,67	0,45	0,50
Rumänien	0,24	0,41	0,33	0,46	0,4	0,40	0,45	0,24	0,32
Polen	0,56	0,84	0,66	0,88	1,3	0,82	0,86	0,58	0,66
Ungarn	0,51	0,72	0,58	0,76	1,2	0,70	0,72	0,53	0,60
Frankreich	0,80	0,88	0,88	0,94	11,0	0,86	0,92	0,80	0,88
Großbritannien	0,85	0,87	0,91	0,92	7,1	0,85	0,90	0,86	0,91
Italien	0,89	0,91	0,95	0,96	6,9	0,90	0,95	0,89	0,95
Spanien	0,88	0,87	0,90	0,90	3,7	0,86	0,86	0,87	0,91
Portugal	0,90	0,91	0,93	0,94	0,9	0,91	0,92	0,89	0,93

\*) SITC 5 - 8. – 1) Estland, Polen, Slowenien; Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. 1988: Tschechoslowakei, ohne Slowenien und Estland.

Tabelle 12

### Präferenzstrukturtest für den Außenhandel ausgewählter Länder mit Industriewaren\*) 1988 und 1996

Exportland	Importgebiet			
	EU-Beitrittsländer <sup>1)</sup>		ASEAN	
	1988 <sup>2)</sup>	1996	1988	1996
Baden-Württemberg	0,62	0,85	0,59	0,40
Finnland	0,32	0,46	0,20	0,24
Belgien	0,43	0,68	0,30	0,27
Dänemark	0,65	0,67	0,37	0,32
Niederlande	0,68	0,64	0,57	0,40
Österreich	0,66	0,81	0,59	0,43
Italien	0,69	0,8	0,46	0,43
Vereinigtes Königreich	0,64	0,79	0,61	0,62
Japan	0,53	0,75	0,58	0,79

\*) SITC 5 - 8. – 1) Estland, Polen, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. – 2) 1988: Tschechoslowakei, ohne Slowenien und Estland.

### Weniger Übereinstimmung mit den ASEAN-Ländern

Im Vergleich zu den EU-Beitrittskandidaten ergaben sich für die südostasiatischen Länder erheblich niedrigere Maßzahlen. Die Werte liegen deutlich unter dem Grenzwert von 0,8, so daß man gleichsam von einer Inkongruenz der Handelsstrukturen sprechen könnte. Allerdings ist dabei zu beachten, daß die Importnachfrage dieser Länder teilweise durch staatliche Eingriffe verzerrt wird. In Malaysia und in den Philippinen wird beispielsweise die Einfuhr von Kraftfahrzeugen durch hohe Importzölle belastet.<sup>22</sup> Hinzu kommt, daß sich die Importe der ASEAN-Länder stark auf Güter der Spitzentechnik konzentrieren. So beläuft sich in Singapur und Malaysia, auf die fast drei Viertel der ASEAN-Importe entfallen, der Anteil der Spitzentechnikgüter an allen Importen aus den wichtigen OECD-Ländern<sup>23</sup> auf etwa 37 %. Trotz des weniger günstigen Strukturwertes schneidet Baden-Württemberg auf den ASEAN-Märkten im internationalen Vergleich noch recht gut ab. Die von ihrer Größe her vergleichbaren Konkurrenten Finnland, Belgien und Dänemark weisen geringe-

re, die Niederlande einen gleich hohen und nur Österreich einen etwas höheren Strukturwert auf. Selbst Italien, das aufgrund seiner Größe über ein wesentlich breiteres Exportsortiment verfügt, liegt nur knapp vor Baden-Württemberg (Tabelle 12).

Die Rechenergebnisse für 1988 unterscheiden sich bis auf wenige Ausnahmen nicht allzu stark von denen des Jahres 1996. Bei den EU-Beitrittsländern und den Mercosur-Staaten weisen die Strukturwerte eine deutliche Zunahme, für die ASEAN-Länder und Taiwan eine Abnahme auf. Kombiniert man bei der Berechnung der Strukturwerte die Nachfrage- und Angebotsvektoren unterschiedlicher Jahre miteinander, lassen sich die Ursachen für die Veränderung der gemessenen Werte genauer untersuchen. Zu diesem Zweck wird entweder der Export- oder der Importvektor im Zeitablauf konstant gehalten, während der jeweils andere aktualisiert wird.

Für eine Erhöhung oder umgekehrt einen Rückgang der Strukturwerte kommen zwei Erklärungen in Betracht:

- die baden-württembergische Exportangebotsstruktur hat sich der Importnachfrage der betrachteten Region besser bzw. schlechter angepaßt, oder
- die Importnachfragestruktur der betrachteten Region hat sich dem Angebotsprofil Baden-Württembergs angenähert bzw. von ihm entfernt

Die höheren Strukturwerte für die EU-Beitrittsländer und die Mercosur-Staaten sind demnach auf die Veränderung der Importnachfragestruktur dieser Länder zurückzuführen. Die Interpretation des Ergebnisses für Taiwan gestaltet sich schwieriger. Einerseits hat sich im Falle Taiwans die baden-württembergische Exportstruktur an die Nachfrage angepaßt, das heißt das Angebot des Jahres 1996 "paßt" besser zur Nachfrage des Jahres 1988. Auf der anderen Seite hat sich aber die Importnachfrage Taiwans seit 1988 in eine Richtung bewegt, die weniger mit dem baden-württembergischen Exportangebot harmonisiert. Infolge des gesunkenen Strukturwertes dürfte der zweite Effekt zwischen 1988 und 1996 stärker zum Tragen gekommen sein.

### Zusammenfassung

- Die weltweite Verflechtung der Volkswirtschaften hat seit Beginn der 80er Jahre deutlich zugenommen. Sichtbar wird diese Entwicklung vor allem in dem permanenten Wandel der weltweiten Produktions- und Lieferstrukturen. Im Wettbewerb erfolgreiche Länder gewinnen Produktionsanteile hinzu und können ihren Wohlstand steigern. Hohe Exportzahlen sind daher kein Selbstzweck, sondern der Garant für eine positive wirtschaftliche Gesamtbilanz.

22 Auch der niedrige Strukturwert für China ist in engem Zusammenhang mit hohen Importzöllen auf Pkw und elektrotechnische Erzeugnisse zu sehen. Vergleiche Bundesstelle für Außenhandelsinformation, 1998.

23 siehe Fußnote 21.

- Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges hat sich die baden-württembergische Wirtschaft in zunehmendem Maße in die internationale Arbeitsteilung eingebunden. Der Export wurde zu einer zentralen Nachfragegröße, welche die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs nachhaltig geprägt hat. Wie wichtig der Export für die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs ist, hat sich insbesondere in den 90er Jahren gezeigt.
- Am sichtbarsten zeigt sich die große Bedeutung des Exports an seinen Beschäftigungswirkungen. Simulationsrechnungen mit Hilfe von Input-Output-Tabellen ergaben, daß ein Anstieg der Exporte im Ausmaß von einem Prozent rund 8 500 Arbeitsplätze in Baden-Württemberg schafft bzw. sichert.
- Wie intensiv die baden-württembergische Wirtschaft in die internationale Arbeitsteilung eingebunden ist, läßt sich an der Exportquote ablesen. Mit einer Exportquote von gut 34 % liegt Baden-Württemberg deutlich über dem EU-Durchschnitt, der bei knapp 26 % liegt. Irland, Belgien und die Niederlande weisen zwar mit Exportquoten von 72 %, 68 % und knapp 57 % eine deutlich höhere Exportorientierung auf. Diese basiert auf historischen Besonderheiten, aber auch auf statistischen Problemen. Während alle Warenlieferungen von Nationalstaaten, die die Landesgrenzen überschreiten, als Exporte ausgewiesen werden, bleiben die Lieferungen Baden-Württembergs in die anderen Bundesländer ex definitione unberücksichtigt.
- Die baden-württembergische Wirtschaft hat sich stark auf Maschinen und Fahrzeuge spezialisiert. Knapp zwei Drittel der Ausfuhren entfallen auf diese Waren. Mit einer Exportquote von rund 50 % weisen die beiden Branchen auch die stärkste Auslandsabhängigkeit auf. Die starke Konzentration auf diese Produktpalette eröffnet Baden-Württemberg in Aufschwungsphasen immer wieder beachtliche Wachstumsvorsprünge gegenüber den anderen Bundesländern. Dieser Vorteil kehrt sich in Schwächephasen aber zum Nachteil für Baden-Württemberg um.
- Ein internationaler Vergleich der Warenstruktur zeigt, daß Baden-Württemberg überdurchschnittlich stark auf den Export forschungsintensiver Güter, insbesondere von Maschinen, Fahrzeugen und elektrotechnischen Erzeugnissen, spezialisiert ist.
- Baden-Württemberg gehört zu den forschungsintensivsten Regionen der Welt. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung betrugen 1995 ca. 3,7 % des Bruttoinlandsprodukts und damit relativ mehr als in Japan, den USA und in Deutschland.
- Während das Niveau von Weltmarktanteilen Hinweise auf die Einbindung Baden-Württembergs in die internationale Arbeitsteilung liefert, gibt die Veränderung von Marktanteilen Auskunft über die Konkurrenzfähigkeit Baden-Württembergs. Mit einem Anteil an den Weltexporten von 2,3 % lag Baden-Württemberg zusammen mit Spanien auf Rang 10 der wichtigsten westlichen Industrieländer. Schweden und die Schweiz hatten mit 1,8 % bzw. 1,7 % einen geringeren Anteil am Weltexportvolumen als Baden-Württemberg. Die Niederlande und Belgien fallen mit Marktanteilen von 3,5 % bzw. 3,7 % bereits in eine höhere „Gewichtsklasse“.
- Der Weltmarktanteil Baden-Württembergs bei forschungsintensiven Gütern war 1996 mit 2,8 % überdurchschnittlich hoch. Größte Exporteure von Technologiegütern waren die USA vor Japan und Deutschland.
- Besonders stark ist die Position Baden-Württembergs bei Gütern der höherwertigen Technik. 1996 belief sich der baden-württembergische Weltmarktanteil bei diesen Gütern auf 3,6 %. Marktführer sind Deutschland, Japan und die Vereinigten Staaten mit Weltmarktanteilen von 16,4; 15,4 und 12 %. Bei Gütern der Spitzentechnik ist die Weltmarktstellung Baden-Württembergs schwächer ausgeprägt: Der Weltmarktanteil betrug 1996 hier lediglich 1,5 %. Die bedeutendsten Exporteure von Spitzentechnik sind die Vereinigten Staaten mit einem Weltmarktanteil von 21,1 %. Mit deutlichem Abstand folgen Japan und Deutschland mit einem Anteil von 13,5 bzw. 9,8 %.
- Bei einigen forschungsintensiven Produkten besitzt Baden-Württemberg über eine im internationalen Vergleich herausragende Marktstellung. Insbesondere bei Druckerei- und Buchbindermaschinen war die Wettbewerbsposition Baden-Württembergs mit einem Weltmarktanteil von 15,6 % besonders stark. Hinter den übrigen Bundesländern, aber deutlich vor Japan, war Baden-Württemberg der zweitgrößte Exporteur der Welt. Auch bei Werkzeugmaschinen und Zubehöerteilen für Werkzeugmaschinen verfügt Baden-Württemberg über eine starke Marktstellung.
- Baden-Württemberg hat zwischen 1988 und 1996 Marktanteilsverluste hinnehmen müssen. 1988 lag der Anteil Baden-Württembergs am Weltexportvolumen noch bei 2,5 %. Acht Jahre später war der baden-württembergische Anteil am Weltexport auf 2,3 % gefallen, ein Verlust von rund 8 %.
- Aufhorchen lassen die Marktanteilsverluste bei den für den baden-württembergischen Export besonders bedeutsamen Gütern, weil darunter auch die inländische Investitionstätigkeit leiden kann. Zudem geht

eine geringere Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten mit einer verstärkten Importkonkurrenz einher. Hieraus resultiert ein weiteres Gefährdungspotential für Wachstum und Beschäftigung. Die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist daher von essentieller Bedeutung für Baden-Württemberg.

- Die Ursachen für die Exportschwäche in den Jahren 1988 bis 1996 sind vor allem in einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit zu suchen. Neben einer ungünstigen Kostenentwicklung im Inland dürften die erheblichen DM-Aufwertungen die Hauptverantwortung für die Marktanteilsverluste tragen. Die baden-württembergische Güterstruktur paßte dagegen auf die weltweite Nachfrage. Die Länderstruktur der Exporte könnte ebenfalls einen gewissen Anteil an den Markterlusten haben, da Baden-Württemberg immer noch stark auf die eher langsam wachsenden Märkte konzentriert ist. In den letzten Jahren haben sich jedoch die Exporte stärker zugunsten wachstumsstarker Märkte verlagert.
- Die Zukunftschancen der baden-württembergischen Exportwirtschaft sind um so höher einzuschätzen, je besser das Exportsortiment Baden-Württembergs auf die Nachfrage eines Landes paßt. Besonders gut paßte die Exportstruktur Baden-Württembergs zu der Nachfrage der NAFTA-Länder und der EU-Beitritts-

kandidaten. Durch die Integration der Beitrittsländer in den europäischen Binnenmarkt steigt die Attraktivität dieser Länder weiter. Wegen der Versäumnisse zur Zeit des "Kalten Krieges" hat sich in diesen Ländern ein großer Nachholbedarf an Maschinen und Verkehrsmitteln aufgestaut – Güter, die eine besonders starke Stellung im Exportsortiment Baden-Württembergs haben. Dagegen scheinen die Absatzchancen Baden-Württembergs auf den südostasiatischen Märkten auf kurze Frist eher begrenzt zu sein. Weil der PKW-Import schwach ausgeprägt ist, paßt die Nachfragestruktur dieser Länder weniger zum baden-württembergischen Güterangebot.

- Die aktuellen Exportzahlen zeichnen inzwischen ein wesentlich positiveres Bild von der Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs. Die baden-württembergischen Exporte sind in den Jahren 1997 und 1998 so kräftig wie selten zuvor gewachsen und haben die Expansionsraten des Welthandels erheblich übertroffen. Aufgrund der starken DM-Abwertung gegenüber dem US-Dollar stieg der Weltmarktanteil allerdings nur minimal. Zu bedenken ist, daß die Erfolge Baden-Württembergs nach wie vor in hohem Maße von der Konkurrenzfähigkeit des Maschinenbaus und der Automobilindustrie abhängig sind – beides Bereiche, in denen der Wettbewerb in Zukunft noch intensiver werden dürfte. Die gegenwärtigen Markterfolge bieten deshalb keine Garantie für die Zukunft.

## Liste der FuE-intensiven Güter nach SITC III

Sitc III	Kurzbezeichnung (amtliche Terminologie in Kurzfassung)
----------	--

### Spitzentechnik

- 516 Andere organische chemische Erzeugnisse
- 525 Radioaktive Stoffe und dergleichen
- 541 Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse, andere als Arzneiwaren
- 575 Andere Kunststoffe in Primärformen
- 591 Insekticide, Rodenticide, ..., und ähnliche Erzeugnisse
- 714 Motoren und Kraftmaschinen, nichtelektrisch, und Teile, a.n.g.
- 718 Andere Kraftmaschinen und Teile davon, a.n.g.
- 752 Automatische Datenverarbeitungsmaschinen und ihre Einheiten
- 764 Geräte für die Nachrichtentechnik, a.n.g., und Teile, a.n.g.
- 774 Medizinische, ..., Elektrodiagnoseapparate und -geräte, radiologische Apparate u.ä.
- 776 ...röhren, Dioden, Transistoren u.ä. Halbleiterbauelemente, ..., Leuchtdioden, ..., Mikrobausteine
- 778 Elektrische Maschinen; Apparate und Geräte, a.n.g.
- 792 Luftfahrzeuge, Raumfahrzeuge, Trägerraketen, und Teile davon
- 871 Optische Instrumente, Apparate und Geräte, a.n.g.
- 874 Instrumente u.ä. zum Messen, Prüfen, Analysieren und Kontrollieren, a.n.g.
- 891 Waffen und Munition

### Höherwertige Technik

- 266 Synthetische Spinnstoffe
- 277 Natürliche Schleifstoffe, a.n.g. (einschl. Industriediamanten)
- 515 Organisch-anorganische Verbindungen, ..., Nucleinsäuren und ihre Salze
- 522 Anorganische chemische Elemente, Oxide und Halogensalze
- 524 Andere anorganische chemische Erzeugnisse, Edelmetallverbindungen
- 531 Synthetische organische Farbstoffe und Farblacke
- 533 Pigmente, Farben, Lacke und ähnliche Erzeugnisse
- 542 Arzneiwaren (einschließlich Medikamente für die Veterinärmedizin)
- 551 Etherische Öle und Riechmittel
- 574 Polyacetale, andere Polyether und Epoxidharze, Polycarbonate, Alkydharze u.ä.
- 598 Verschiedene chemische Erzeugnisse, a.n.g.
- 663 Waren aus mineralischen Stoffen, a.n.g.
- 689 Verschiedene in der Metallurgie verwendete unedle NE-Metalle, Cermets
- 724 Maschinen, Apparate und Geräte für die Textil- und Lederindustrie, und Teile davon, a.n.g.
- 725 Maschinen und Apparate für die Papier- und Papierhalbstoffherstellung u.ä., und Teile davon
- 726 Druckerei- und Buchbindereimaschinen, -apparate und -geräte, und Teile davon
- 727 Lebens- und Futtermittelverarbeitungsmaschinen
- 728 Andere Maschinen, Apparate u.a. für besondere Zwecke, und Teile davon, a.n.g.
- 731 Spanabhebende Werkzeugmaschinen

Noch: **Liste der FuE-intensiven Güter nach SITC III**

Sitc III	Kurzbezeichnung (amtliche Terminologie in Kurzfassung)
----------	--

Noch: **Höherwertige Technik**

- 733 Werkzeugmaschinen zum spanlosen Bearbeiten von (Hart)metallen oder Cermets
- 735 Teile und Zubehör für 731 und 733
- 737 Metallbearbeitungsmaschinen (ohne Werkzeugmaschinen), und Teile davon, a.n.g.
- 741 Einrichtungen zum Heizen und Kühlen, und Teile davon, a.n.g.
- 744 Hebe- und Fördervorrichtungen, und Teile davon, a.n.g.
- 745 Andere nichtelektrische Maschinen, Apparate u.ä., und Teile davon, a.n.g.
- 746 Wälzlager
- 751 Büromaschinen
- 759 Teile und Zubehör für 751 und 752
- 761 Fernsehempfangsgeräte, (einschließlich Videomonitoren und -projektoren)
- 762 Rundfunkempfangsgeräte, (auch kombiniert mit 763 oder einer Uhr)
- 763 Tonaufnahme- oder Tonwiedergabegeräte
- 772 Elektrische Geräte zum Schließen, Unterbrechen u.ä. von elektrischen Stromkreisen (z.B. Schalter, Relais)
- 773 Einrichtungen für die Elektrizitätsverteilung, a.n.g.
- 781 Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen, Rennwagen
- 782 Lastkraftwagen und Kraftfahrzeuge zu besonderen Zwecken
- 791 Schienenfahrzeuge (einschließlich Luftkissenzüge) und zugehörige Ausrüstungen
- 872 Instrumente, Apparate u.ä., a.n.g. für medizinische, chirurgische, zahn- oder tiermedizinische Zwecke
- 873 Zähler, a.n.g.
- 881 Fotografische Apparate und Ausrüstungen, a.n.g.
- 882 Fotografisches und kinematografisches Zubehör
- 884 Optische Waren, a.n.g.

Quelle: Grüpp/Legler: "Innovationspotential und Hochtechnologie - Technologische Position Deutschlands im internationalen Wettbewerb 1989/90." Bericht der Fraunhofer-Gesellschaft für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung (NIW) und der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Marktplanung (GEWIPLAN) an das Bundesministerium für Forschung und Technik, 1991.



# Existenzgründungen in Baden-Württemberg

Dipl.-Geograph Christoph Dreher

## Zur marktwirtschaftlichen Bedeutung und Definition von Existenzgründungen

Gründungen von Unternehmen stehen in den letzten Jahren, die durch den wirtschaftlichen Strukturwandel, die Rezession und damit verbunden auch durch eine verstärkte Freisetzung von Arbeitskräften geprägt waren, vermehrt im Mittelpunkt. Es gibt sowohl von Land und Bund, aber auch durch Kammern, Verbände und Kommunen verschiedene Initiativen, durch die Neugründungen erleichtert und Existenzgründer unterstützt werden sollen. Dadurch soll die Zahl der Selbständigen, die bis in die 80er Jahre hinein trotz stetig steigender Einwohner- und Erwerbstätigenzahlen abgenommen hat, wieder erhöht werden (Tabelle 1).

Diese Förderung erfolgt vor dem Hintergrund, daß Unternehmensgründungen für die Funktionsfähigkeit einer Marktwirtschaft von hoher Wichtigkeit sind. Sie verhindern die Ausdünnung des Unternehmensbestandes, erweitern das Angebotsspektrum und tragen zur Bewältigung des Strukturwandels bei, so daß einer „Verkrustung“ der Marktwirtschaft entgegengewirkt wird. Um sich am Markt durchsetzen zu können, müssen nämlich junge Unternehmen

in besonderem Maß innovativ werden und beispielsweise neuartige Produktionsverfahren einführen oder neue Leistungen anbieten. Erfolgreiche Neugründungen können darüber hinaus auch zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen. So werden bereits bei der Gründung – insbesondere aber in den späteren Wachstumsphasen – neue Arbeitsplätze geschaffen. Obwohl sich Existenzgründungen eher am Rande des Marktes abspielen, sind sie – vor allem im Hinblick auf zukünftige wirtschaftliche Entwicklungen – von einiger Bedeutung, so daß ein erhöhter Informationsbedarf besteht.<sup>1</sup> Von besonderem Interesse ist die Anzahl der Gründungen und ihre Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftszweige. Auch stellt sich die Frage, wieviele Gründungen sich am Markt behaupten und nennenswerte wirtschaftliche Aktivitäten entfalten.

1   Vergleiche auch Zahn, E.: Methodische Ansätze zur Gewinnung quantitativer Angaben über Ursachen und Wirkungen von Unternehmensgründungen, in: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.): Statistische Erfassungen von Unternehmensgründungen: Umfang, Ursachen, Wirkungen; Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Bd. 8, 1987, S. 54.  
Keller, K.: Unternehmensbestände und Unternehmensgründungen in der Industrie, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 10/1985, S. 367.

Tabelle 1

Bevölkerung, Erwerbstätige und Selbständige in Baden-Württemberg seit 1966

Jahr	Bevölkerung	Erwerbstätige	Selbständige	Selbständigenquote <sup>1)</sup>
1998	10 397 400	4 794 500	485 700	10,13
1997	10 379 600	4 769 400	484 700	10,16
1996	10 330 800	4 764 400	474 500	9,96
1995	10 277 200	4 735 200	468 800	9,90
1994	10 239 200	4 744 200	447 800	9,44
1993	10 175 800	4 837 500	448 600	9,27
1992	10 044 100	4 884 000	433 900	8,88
1991	10 001 800	4 830 800	427 300	8,85
1990	9 822 000	4 759 100	424 700	8,92
1985	9 250 200	4 298 600	423 000	9,84
1980	9 223 600	4 251 100	352 200	8,28
1975	9 209 000	4 078 000	371 000	9,10
1970	8 932 000	4 177 000	435 000	10,41
1966	8 448 000	4 076 000	476 000	11,68

1) Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen.  
Quelle: Mikrozensusstichprobe.



Während über die Bedeutung von Gründungen weitgehend Übereinstimmung herrscht, gibt es bei den Begriffsfestlegungen für die Gründung von Unternehmen bzw. Existenzgründungen weder einheitliche noch trennscharfe Definitionen. Je nach Untersuchungsziel ergeben sich unterschiedliche Begriffsabgrenzungen.<sup>2</sup> Allgemein gilt aber, daß eine Person, die sich selbständig und neu als Unternehmer betätigt, als Existenzgründer gilt.

Häufig wird auch zwischen originären und derivativen Gründungen unterschieden. Um originäre Gründungen handelt es sich, wenn neue, bisher nicht existierende Wirtschaftseinheiten entstehen. Wird ein selbständiger Gewerbebetrieb neu gegründet, gilt dies als Unternehmungsgründung, die häufig auch als Existenzgründung angesehen wird. Bei der Neuerrichtung einer Zweigniederlassung bzw. einer unselbständigen Zweigstelle kommt es zu einer sogenannten Betriebsstättengründung. Der Unternehmensbestand wird dadurch aber nicht erhöht.

Derivative Gründungen betreffen bereits bestehende Wirtschaftseinheiten, darunter fallen Betriebsübernahmen (zum Beispiel durch Kauf oder Erbe) und Umgründungen (Wechsel der Rechtsform, Ein- bzw. Austritt von Gesellschaftern). Sitzverlagerungen fallen in der Regel nicht unter den Gründungsbegriff. Teilweise werden sie aber bei regionalen Betrachtungen in die Gründungen mit einbezogen, entsteht aus der Sicht der Region doch eine neue Wirtschaftseinheit.<sup>3</sup>

Aus ökonomischer und wirtschaftspolitischer Sicht kommt es vor allem auf die originären Unternehmungsgründungen und die Übernahmen an. Sie werden in der vorliegenden Arbeit betrachtet. Die vorher beschriebenen positiven Wirkungen durch Gründungen werden vor allem durch die erstmals am Markt tätigen, rechtlich selbständigen Wirtschaftseinheiten ausgelöst. Voraussetzung ist allerdings, daß diese Unternehmen auch tatsächlich aktiv sind.<sup>4</sup> Dementsprechend müssen Nebenerwerbstätigkeiten und Gründungen zur Nutzung von Steuer- oder Einkaufsvorteilen ausgeschlossen werden. Durch die Übernahmen verändert sich der Unternehmensbestand zwar nicht, für den Gründer ist die Übernahme aber ebenso wie bei den Unternehmensgründungen oftmals mit einem Wechsel in die Selbständigkeit verbunden. Auch tragen sie zumindest zunächst zur Stabilisierung des Bestandes und zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei. Sie sind daher auch vor

dem Hintergrund der zunehmenden Probleme bei der Nachfolgeregelung von besonderem wirtschaftspolitischen Interesse.<sup>5</sup>

## Möglichkeiten der amtlichen Statistik zur Darstellung von Existenzgründungen

Eine Existenzgründungstatistik, mit der die Zahl der jährlichen Existenzgründungen zuverlässig und genau bestimmt werden kann und aus der weitere Erkenntnisse zum Gründungsgeschehen gewonnen werden können, gibt es bislang noch nicht. Zur Darstellung des Existenzgründungsgeschehens muß daher auf verschiedene amtliche Statistiken zurückgegriffen werden, die jeweils in ihrer Aussagekraft begrenzt und nicht untereinander vergleichbar sind. Nachfolgend sollen die in dieser Arbeit herangezogenen Quellen kurz vorgestellt und auf ihre Stärken und Schwächen eingegangen werden.

### Die Gewerbeanzeigenstatistik

Die Gewerbeanzeigenstatistik stellt eine wichtige Basis zur Erfassung der Gründungen dar. Sie wird seit 1996 im gesamten Bundesgebiet monatlich nach einheitlichen Kriterien ausgewertet und dargestellt.<sup>6</sup> Zuvor wurden in Baden-Württemberg die Gewerbemeldungen lediglich zur Ergänzung und Aktualisierung der Berichtskreise innerhalb der Wirtschaftsstatistiken herangezogen.

Aufgabe dieser Statistik ist es, das Meldegeschehen – bundesweit vergleichbar – in seiner Gesamtheit sowie in seinen sektoralen und regionalen Strukturen darzustellen. Außerdem sollen durch sie auch Aussagen über Existenzgründungen im gewerblichen Bereich ermöglicht werden.

Bei der Gewerbeanzeigenstatistik handelt es sich um eine Sekundärstatistik. Informationen über Gewerbemeldungen erhält das Statistische Landesamt durch die von den kommunalen Gewerbeämtern aufgenommenen und übermittelten An-, Um- und Abmeldungen. Die Gewerbebetriebe sind durch die Gewerbeordnung zur Anzeige bei Aufnahme, Wechsel oder Aufgabe eines Gewerbes verpflichtet. Sie werden als Einheiten definiert, die einer selbständi-

2 Hörner, W./Gross, R.: Methodische Ansätze und Möglichkeiten einer statistischen Erfassung von Unternehmensgründungen, in: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.): Statistische Erfassungen von Unternehmensgründungen: Umfang, Ursachen, Wirkungen; Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Bd. 8, 1987, S. 34.

3 Keller, K.: o.a., S. 375.

4 Hörner, W./Gross, R.: o.a., S. 34.

5 Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg rechnet in den nächsten fünf Jahren mit etwa 48 000 Betriebsübergaben (Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg: Existenzgründungen in Baden-Württemberg, Pressemitteilung 3/1999 vom 15. Januar 1999).

6 Gesetzesgrundlage: Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung und sonstiger gewerberechtlicher Vorschriften vom 23. November 1994 (BGBl. I S. 3 475 ff.).

gen, nachhaltigen und auf Gewinn ausgerichteten Tätigkeit nachgehen und sich am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr beteiligen. Betriebe im Bereich der Urproduktion und zur bloßen Verwaltung des eigenen Vermögens sowie die freien Berufe zählen nicht dazu.

Für diesen Beitrag sind vor allem die Anmeldungen von Interesse. Sie erfolgen bei

- Neuerrichtung einer Hauptniederlassung, einer Zweigniederlassung oder einer unselbständigen Zweigstelle;
- Neuerrichtung wegen Verlagerung einer Hauptniederlassung, Zweigniederlassung, unselbständigen Zweigstelle aus einem anderen Meldebezirk;
- Übernahme eines bereits bestehenden Betriebs durch Kauf, Pacht, Erbe oder bei Eintritt eines Gesellschafters in eine Personengesellschaft oder bei Umwandlung in eine andere Rechtsform.

Dabei gilt der Unternehmenssitz, von dem aus das ganze Unternehmen geleitet wird, als Hauptniederlassung und zwar sowohl bei Einbetriebs- als auch bei Mehrbetriebsunternehmen. Die Zweigniederlassung hat keine eigene Rechtspersönlichkeit, sie ist räumlich von der Hauptniederlassung und anderen Zweigniederlassungen getrennt und ein Betrieb mit selbständiger Organisation, selbständigen Betriebsmitteln und gesonderter Buchführung. Der Leiter ist befugt, Geschäfte selbständig abzuschließen und durchzuführen. Eine unselbständige Zweigstelle ist hingegen eine feste örtliche Anlage oder Einrichtung, die der Ausübung eines stehenden Gewerbes dient, jedoch nicht die Bedingungen einer Zweigniederlassung erfüllt.

Neben diesen Meldegründen und dem Selbständigkeitsgrad werden bei den Anmeldungen noch folgende Erhebungsmerkmale an das Statistische Landesamt übermittelt:

- die Rechtsform
- die Staatsangehörigkeit
- der wirtschaftliche Schwerpunkt der Tätigkeit (Die Zuordnung nach Wirtschaftszweigen erfolgt anhand der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993)
- die Anzahl der voraussichtlich beschäftigten Arbeitnehmer
- das Vorliegen einer Handwerkskarte
- das Datum des Beginns der Tätigkeit

Mit der Gewerbeanzeigenstatistik kann demnach zeitnah die Fluktuation der Betriebe gegliedert nach Wirtschaftszweigen, Rechtsform und Staatsangehörigkeit der Gewerbetreibenden auf Bundes-, Länder und Kreisebene dargestellt werden. Die Aussagekraft dieser Statistik im Hin-

blick auf Existenzgründungen ist aber begrenzt. So ist bei den Gewerbeanmeldungen von einer Übererfassung auszugehen. Da es sich bei den Meldungen um Absichtserklärungen handelt, kann nicht nachvollzogen werden, ob die Tätigkeit tatsächlich aufgenommen wird. Gründe für die Nichtaufnahme eines Gewerbes können beispielsweise Absichtsänderungen, fehlende Genehmigungen oder Meldungen zur Erlangung von Steuer- oder Einkaufsvorteilen sein. Problematisch ist auch die Bestimmung der wirtschaftlich bedeutenden Neugründungen. Zwar können Neugründungen in Form von Neuerrichtungen von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen und unselbständigen Zweigstellen (jeweils ohne Verlagerungen) ausgewiesen werden, die Bestimmung der wirtschaftlich aktiven Gründungen anhand der Meldebögen bereitet aber Schwierigkeiten. Dabei scheint es sich häufig um Meldungen von Kleingewerbetreibenden, um die Aufnahme von Nebentätigkeiten oder um Gründungen zur Erlangung von Steuer- oder Einkaufsvorteilen zu handeln. Es stellt sich daher die Frage, ob es in den Meldebögen Anhaltspunkte gibt, durch die Gründungen wirtschaftlich aktiver Betriebe von Scheingründungen, Nebenerwerbstätigkeiten usw. unterschieden werden können.

Ein Ansatzpunkt geht von der Überlegung aus, daß die Wahrscheinlichkeit einer echten Gründung mit wirtschaftlichem Potential größer ist, wenn der Gewerbetreibende zusätzlich zur Gewerbeanmeldung weitere Schritte unternimmt. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn eine andere Rechtsform als das Einzelunternehmen gewählt wird oder der Gewerbetreibende im Handelsregister oder in der Handwerksrolle eingetragen ist. Auch ist eine Existenzgründung zu vermuten, wenn der Gewerbetreibende Arbeitnehmer beschäftigen will,<sup>7</sup> oder eine Zweigniederlassung oder Zweigstelle gegründet hat. Mittels eines maschinellen Verfahrens versucht man daher unter Berücksichtigung dieser Erhebungsmerkmale, zwischen den sogenannten echten und den sonstigen Neuerrichtungen zu unterscheiden.

Da die Biographie der Unternehmen aber nicht weiter nachvollzogen werden kann, ist ungewiß, inwieweit durch dieses Verfahren tatsächlich wirtschaftlich aktive Betriebe herausgefiltert werden können. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß einige der sonstigen Neuerrichtungen wirtschaftlich aktiv sind bzw. zu einem späteren Zeitpunkt aktiv werden. Unter den echten Neuerrichtungen können sich aber auch Kleinbetriebe befinden. Die durch die Gewerbeanzeigenstatistik ausgewiesenen Unternehmungsgründungen als bedeutender Teil der Existenzgründungen, die auf den echten Neuerrichtungen

7 Dabei muß berücksichtigt werden, daß Angaben über die Zahl der voraussichtlich beschäftigten Arbeitnehmer in den Meldebögen zur Gewerbeanzeigenstatistik häufig fehlen oder ungenau sind.

von Hauptniederlassungen basieren, stellen daher aufgrund dieser Übererfassungen und der Unschärfen bei der Abgrenzung der wirtschaftlich aktiven Gründungen nur einen Näherungswert dar.

Da die in der Gewerbeanzeigenstatistik extra ausgewiesenen Übernahmen neben dem Besitzwechsel aufgrund von Erbe bzw. Kauf auch Rechtsformwechsel und Eintritte von Gesellschaftern in eine Personengesellschaft enthalten, gilt dies auch bei der Feststellung der Zahl der Betriebsübernahmen, die überhöht sein dürfte.

Darüber hinaus muß auch beachtet werden, daß in der Gewerbeanzeigenstatistik nicht alle Bereiche berücksichtigt werden. So können unter anderem Gründungen in den sogenannten freien Berufen (beispielsweise durch Ärzte, Rechtsanwälte) nicht erfaßt werden.

## *Die Umsatzsteuerstatistik*

Auch die Umsatzsteuerstatistik kann Anhaltspunkte zu Existenzgründungen liefern. Umsatzsteuerpflichtig ist der Unternehmer, also die rechtliche Einheit. Es ist damit auch die Einheit, die bei Existenzgründungen im Vordergrund steht. Die jährliche (bis 1996 zweijährige) Umsatzsteuerstatistik erfaßt alle Steuerpflichtigen, die im Erhebungsjahr Umsatzsteuer-Voranmeldungen abgegeben haben. Das sind in der Regel alle Unternehmen mit einem steuerbaren Jahresumsatz von mehr als 32 500 DM. Im Rahmen der Umsatzsteuerstatistik teilt die Finanzverwaltung mit, ob die Steuerpflicht des einzelnen Unternehmens im laufenden Berichtsjahr oder vorher begonnen hat. Die Steuerpflicht beginnt selbstverständlich bei der Neugründung eines Unternehmens. Eine neue Steuerpflicht wird auch bei Inhaberwechsel im Unternehmen registriert. Beide Sachverhalte sind Informationen über Existenzgründungen. Während die Gewerbeanmeldungen auch Scheinanmeldungen umfassen oder reine Absichtserklärungen sind, handelt es sich bei den Umsatzsteuerpflichtigen aber um tatsächlich aktiv gewordene Existenzgründer.

Bei den Unternehmen, deren Steuerpflicht neu begonnen hat, können allerdings auch Vorgänge enthalten sein, die wenig mit Existenzgründungen zu tun haben. So führen Rechtsformänderungen von Unternehmen zu einer neuen Steuernummer. Es sind auch Fälle enthalten, bei denen aus verwaltungstechnischen Gründen die Steuernummer verändert wird. Diese Sachverhalte könnten dazu führen, daß der Beginn der Steuerpflicht neu signiert wird mit dem Ergebnis, daß die Angaben über Unternehmensgründungen (und Auflösungen) nach der Umsatzsteuerstatistik tendenziell überhöht wären. Darüber hinaus kommt es aber auch zu Ungenauigkeiten, weil Unternehmensgründungen nicht erfaßt werden, wenn das Unternehmen im Statistikjahr zwar gegründet und wirtschaftlich aktiv wurde, aber wegen zunächst geringer Umsätze noch nicht voranmeldepflichtig war.

Außerdem muß berücksichtigt werden, daß diese Statistik nur Unternehmen umfaßt, die umsatzsteuerpflichtig sind. Aufgrund zahlreicher Ausnahmen, durch die bestimmte Berufsgruppen von der Umsatzsteuer befreit sind, werden beispielsweise die Landwirte, ein überwiegender Teil der Unternehmen im Kredit- und Versicherungsgewerbe, in der Wohnungswirtschaft, im Gesundheitswesen (freiberufliche Ärzte, andere Heilberufe) sowie private Organisationen ohne Erwerbscharakter nicht erfaßt. Das Gründungsgeschehen kann somit durch die Umsatzsteuerstatistik ebenso wenig in seiner Gesamtheit dargestellt werden wie durch die Gewerbeanzeigenstatistik.

## *Die Selbständigenzahlen aus der Mikrozensusstichprobe*

Neben Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Situation der Bevölkerung stellt der Mikrozensus auch Angaben zum Umfang und zur Struktur der Erwerbstätigen bereit. Informationen zur Gesamtzahl der Selbständigen können daher aus dieser Statistik gewonnen werden. Dabei handelt es sich um Hochrechnungen aus einer Flächenstichprobe, in der etwa 1 % der Haushalte Baden-Württembergs befragt werden. Als Selbständige gelten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes alle Personen, „die einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art wirtschaftlich oder organisatorisch als Eigentümer oder Pächter leiten (einschließlich selbständiger Handwerker) sowie alle freiberuflich Tätigen, Hausgewerbetreibenden und Zwischenmeister“.<sup>8</sup> Im Gegensatz zur Gewerbeanzeigenstatistik und zur Umsatzsteuerstatistik umfaßt der Mikrozensus also auch die Landwirtschaft und die freien Berufe. Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben und zwar unabhängig von der geleisteten Arbeitszeit und der Bedeutung dieser Tätigkeit für den Lebensunterhalt. Zur Bevölkerung gehören alle Einwohner, die ihren alleinigen Wohnsitz oder den Hauptwohnsitz in Baden-Württemberg haben.

Die Stichprobe gibt somit Auskunft über den jeweiligen Stand der Selbständigkeit. Da sie seit 1957 regelmäßig erhoben wird, ermöglicht sie außerdem Aussagen über die Entwicklung der Selbständigenzahlen in den letzten Jahrzehnten sowie den jeweiligen Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen bzw. der Bevölkerung.

Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß diese Selbständigenzahlen auf Selbsteinschätzungen der Befragten basieren, so daß es zu Verzerrungen kommen kann. Probleme können beispielsweise bei der Einstufung unterschiedlicher Übergangsformen zwischen abhängiger

8 Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1998 für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart, 1998, S. 100.

Erwerbsarbeit und selbständiger Tätigkeit auftreten.<sup>9</sup> Darüber hinaus kann es sich bei einem Teil der Selbständigen auch um Kleingewerbetreibende und Nebenerwerbstätigkeiten handeln. Auch sind mit der Mikrozensusstichprobe nur Angaben über alle Selbständigen und nicht zu den „neuen“ Selbständigen möglich.

## Existenzgründungen – Darstellung auf Landesebene

Wie bereits aufgezeigt, beinhalten die zur Verfügung stehenden Datenquellen verschiedene Fehlerquellen, die zu Über- bzw. Untererfassungen führen. Gründungen bei den freien Berufen und in der Urproduktion, insbesondere der Land- und Forstwirtschaft, können mit den zur Verfügung stehenden Quellen nicht oder nur unvollständig dargestellt werden. Angaben zum Existenzgründungsgeschehen in den vergangenen Jahren sind daher nur näherungsweise möglich. In diesem Beitrag werden zur Abbildung der Gründungen – trotz der beschriebenen Schwierigkeiten – hauptsächlich die in der Gewerbeanzeigenstatistik gesondert ausgewiesene echte Neuerrichtung von Hauptniederlassungen und die Übernahme von Hauptniederlassungen herangezogen. Weitere Zahlen aus der Gewerbeanzeigenstatistik, der Umsatzsteuerstatistik und zu den Selbständigen dienen als Ergänzung oder zum Vergleich. Berücksichtigt werden muß dabei, daß es in den vergangenen Jahren aufgrund von Umstrukturierungen in den Unternehmen im Rahmen von „Outsourcing“ verstärkt zur Auslagerung von schon bestehenden Unternehmensbereichen gekommen ist. Wie groß der Anteil dieser Gründungen an den Existenzgründungen ist, kann dabei aus den herangezogenen statistischen Quellen nicht entnommen werden.

### *Jährlich 20 000 bis 30 000 Existenzgründungen in Baden-Württemberg*

Nach der Gewerbeanzeigenstatistik wurden in den vergangenen Jahren jährlich etwa 100 000 Gewerbe angemeldet. Schließt man die etwa 8 000 Zweigniederlassungen und unselbständigen Zweigstellen als rechtlich nicht selbständige Unternehmensteile aus, wurden pro Jahr etwa 92 000 Gewerbe als Hauptniederlassung angemeldet. Davon zählen ca. 72 000 Betriebe zu den Neuerrichtungen, in ungefähr 15 000 Fällen wurde der Betrieb übernommen und in 5 000 Fällen räumlich verlagert. Da Standortverlagerungen hier nicht als Existenzgründungen betrachtet werden, errechnen sich jährlich ungefähr 87 000 Gewerbebeanmeldungen, die zumindest formal zu Existenz-

gründungen führten. Darunter scheinen sich aber viele volkswirtschaftlich unbedeutende Gründungen zu befinden. Als echte Neuerrichtungen von Hauptniederlassungen werden nämlich nur etwa 18 % aller Gewerbebeanmeldungen ausgewiesen. Dementsprechend kann nach dieser Statistik von jährlich etwa 18 000 Unternehmungsgründungen mit bestandserhöhender Wirkung ausgegangen werden. Hinzu kommen noch die ca. 15 000 angemeldeten übernommenen Hauptniederlassungen<sup>10</sup> mit bestandserhaltender Wirkung (Tabelle 2).

Auch diese Zahlen dürften überhöht sein. Wie bereits erwähnt, stellen die Anmeldungen Absichtserklärungen dar, die nicht immer verwirklicht werden. Im Fall der Übernahmen sind nicht nur Besitzwechsel, sondern auch Rechtsformwechsel und bei den Personengesellschaften auch Gesellschaftereintritte enthalten. Letztere gelten aber nicht als Existenzgründungen. Insgesamt gesehen liegt die Zahl der Existenzgründungen pro Jahr im gewerblichen Bereich in Baden-Württemberg daher wohl unter den in der Gewerbeanzeigenstatistik ausgewiesenen 33 000.

Unterschiede zu anderen Datenquellen, wie beispielsweise der Umsatzsteuerstatistik, in der für 1996 und 1997 jeweils etwa 22 000 Gründungen ausgewiesen wurden, ergeben sich auch aus den jeweils verschiedenen Indikatoren und Verfahren zur Bestimmung der Existenzgründungen.

So scheinen die bei der Gewerbeanzeigenstatistik herangezogenen Maßstäbe für wirtschaftlich aktive Gründungen nicht so „hart“ zu sein wie bei der Umsatzsteuerstatistik, bei der nur Gründungen mit einem Jahresumsatz von mindestens 32 000 DM berücksichtigt werden. Beispielsweise erscheinen von allen bestehenden Betrieben mit der Rechtsform GmbH nur etwa 80 % in der Umsatzsteuerstatistik. Dies bedeutet, daß ein erheblicher Teil dieser Gesellschaften nicht oder nur in geringem Umfang wirtschaftsaktiv ist.<sup>11</sup> In der Gewerbeanzeigenstatistik werden Gründungen von GmbHs dagegen grundsätzlich als echte Neuerrichtungen und somit als wirtschaftsaktiv ausgewiesen. Der Eintrag in die Handwerksrolle garantiert ebenfalls nicht in jedem Fall hohe Umsatzzahlen, denn nicht alle Personen, die sich in die Handwerksrolle eintragen, üben das Handwerk auch in Vollzeit aus.<sup>12</sup>

10 In den nachfolgenden Betrachtungen werden jeweils nur die Hauptniederlassungen berücksichtigt. Die Zahlen und Kommentare zu den echten Neuerrichtungen, den Übernahmen oder den vollständigen Aufgaben echter Betriebe beziehen sich daher immer nur auf die Hauptniederlassungen, auch wenn nicht jedesmal ausdrücklich darauf hingewiesen wird.

11 Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.: o.a., S. 95.

12 Im Rahmen der Handwerksberichterstattung werden neu in die Handwerksrolle aufgenommene „Unternehmen“ nach ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit befragt. Von 100 neu in die Handwerksrolle eingetragenen Personen geben durchschnittlich 20 an, das Gewerbe nebenberuflich zu betreiben oder nicht wirtschaftlich aktiv werden zu wollen.

9 Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.: Kleine und mittlere Unternehmen im sektoralen Strukturwandel, Schwerpunktbericht im Rahmen der Strukturberichterstattung. Essen, 1998, S. 47.

Tabelle 2

**Gewerbeanmeldungen in Baden-Württemberg seit 1996**

Art der Gewerbeanmeldung	1996	1997	1998
Gewerbeanmeldungen insgesamt	98 809	99 755	99 109
davon			
Echte Neuerrichtung von			
<b>Hauptniederlassungen</b>	<b>19 719</b>	<b>18 513</b>	<b>18 167</b>
Zweigniederlassungen	5 315	5 298	5 228
Sonstige Neuerrichtungen	51 768	53 065	51 641
Neuerrichtung wegen Verlagerung von			
Hauptniederlassungen	5 191	5 140	6 095
Zweigniederlassungen	186	186	197
Übernahme von			
<b>Hauptniederlassungen</b>	<b>14 801</b>	<b>15 084</b>	<b>15 266</b>
Zweigniederlassungen	1 829	2 469	2 515

Quelle: Gewerbeanzeigenstatistik.

Darüber hinaus werden bei der Umsatzsteuerstatistik wirtschaftlich aktive Unternehmen, die erst später im Jahr gegründet werden und aus diesem Grund den Mindestumsatz im laufenden Jahr nicht mehr erreichen, nicht sofort ausgewiesen. In der Gewerbeanzeigenstatistik werden hingegen alle Neugründungen, unabhängig von den Umsatzzahlen, zum Zeitpunkt der Anmeldung erfaßt. Beim Vergleich der beiden Statistiken muß außerdem beachtet werden, daß es aufgrund des Gewerbe- bzw. Steuerrechts zu Unterschieden bei der Erfassung der Gründungen kommt. Dies bedeutet, daß zum einen von keiner dieser Quellen das gesamte Gründungsgeschehen erfaßt wird, zum anderen sind sie auch nicht deckungsgleich, so daß ihre Vergleichbarkeit eingeschränkt ist.

Für die letzten drei Jahre kann in Baden-Württemberg daher von jährlich 20 000 bis 30 000 gewerblichen Existenzgründungen ausgegangen werden. Die Zahl der Unternehmungsgründungen, durch die sich der gesamte Unternehmensbestand vergrößert hat, dürfte unter 18 000, aber über 10 000 liegen. Allein im Handelsregister kam es nämlich zu etwa 11 000 Neueinträgen.<sup>13</sup>

<sup>13</sup> Im Handelsregister werden nicht alle Betriebe erfaßt. Im Vergleich zur Gewerbeanzeigenstatistik werden vor allem kleinere Handwerksunternehmen und kleinere Gewerbetreibende, die nach Art und Umfang keinen kaufmännisch geführten Geschäftsbetrieb enthalten, sowie Genossenschaften nicht berücksichtigt. Volkert, B.: Struktur und Entwicklung der Existenzgründungen in Baden-Württemberg anhand des Handelsregisters, in: Institut für Südwestdeutsche Wirtschaftsforschung (Hrsg.): ISW-Papiere, Stuttgart, 1986, S 39.)

***In den 90er Jahren wieder mehr Selbständige***

Da die Gewerbeanzeigenstatistik in Baden-Württemberg in der vorliegenden Form erst seit 1996 erhoben und ausgewertet wird und zuvor die Gewerbebeanmeldungen nur gezählt und zur Berichtskreispflege der Wirtschaftsstatistiken verwendet wurden, können längerfristige Entwicklungen mit dieser Statistik nur undifferenziert mittels der Gesamtzahl aller jährlich eingegangener Anmeldungen und Abmeldungen dargestellt werden. In diesen Eingangszahlen sind auch Anzeigen enthalten, die nicht bearbeitet wurden und somit nicht in der Gewerbeanzeigenstatistik auftauchen (wie Doppelmeldungen, Berichtigungen, Teilabmeldungen).

Sowohl diese Daten aber auch die Entwicklung der Selbständigenzahlen, die im Rahmen der Mikrozensusstichprobe ermittelt werden, deuten darauf hin, daß es seit Mitte der 80er Jahre verstärkt zu Existenzgründungen gekommen ist.

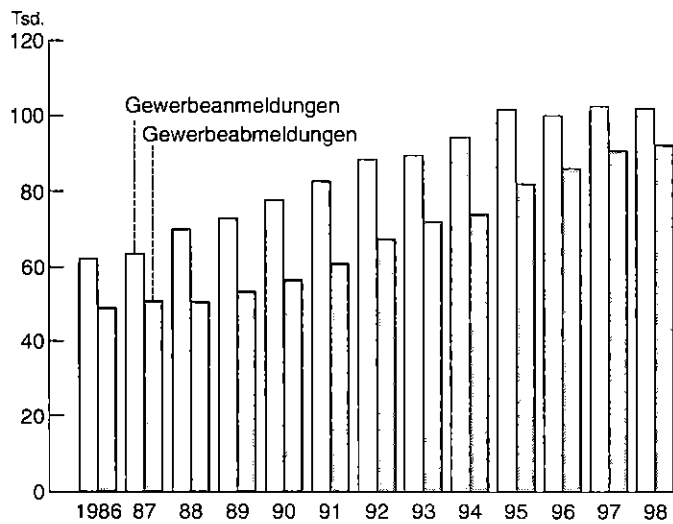
So erhöhte sich die Zahl der eingegangenen Gewerbebeanmeldungen von 62 307 im Jahr 1986 auf 101 689 im Jahr 1995. Die Gewerbeabmeldungen nahmen zwar ebenfalls zu, so daß sich in erster Linie die Fluktuation im Unternehmenssektor erhöhte. Es zeigt sich aber auch, daß der jährliche Überschuß an Gewerbebeanmeldungen zwischen 1988 und 1995 in der Regel höher ausfiel als in den Jahren zuvor oder danach (*Schaubild 1*).

Auch die Zahl der Selbständigen, die bis in die 80er Jahre hinein ständig abgenommen hatte, steigerte sich seit 1987 kontinuierlich. 1998 wurde mit 485 700 Selbständigen in Baden-Württemberg ein neuer Höchstwert verzeichnet, so daß auch die Selbständigenquote zunahm. 1998 lag sie bei 10 %. Im Jahr 1980 waren dagegen nur etwa 8 % aller Erwerbstätigen selbständig gewesen (Tabelle 1).

In den vergangenen beiden Jahren entwickelten sich Übernahmen und echte Neuerrichtungen unterschiedlich. Die bestandserhöhenden Neugründungen verringerten sich 1997 gegen 1996 um 6 %. Im Jahr 1998 war ein weiterer Rückgang von etwa 2 % zu verzeichnen. Die Zahl der Übernahmen steigerte sich hingegen. Nachdem sie 1997 um 2 % angestiegen war, nahm sie 1998 nochmals leicht um etwa 1 % zu (Tabelle 2).

Wie der Vergleich der Eingangszahlen für die Gewerbeanmeldungen zeigt, ist die Zahl der Existenzgründungen aber auch in den letzten drei Jahren erheblich höher gewesen als in den 80er Jahren (Schaubild 1).

Schaubild 1  
**Eingang\*) von Gewerbeanzeigen  
in Baden-Württemberg seit 1986**



\*) Darin sind auch Gewerbeanmeldungen enthalten, die nicht bearbeitet wurden (z.B. Doppel-meldungen, Berichtigungen, Teilabmeldungen).  
Quelle: Gewerbeanzeigenstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

319 99

## Existenzgründungen weisen meist klein-gewerbliche Strukturen auf

Da in den zur Verfügung stehenden Datenquellen nur wenige zusätzliche Merkmale erhoben werden, ihre Vergleichbarkeit – wie bereits dargestellt – eingeschränkt ist und darüber hinaus die Entwicklung der Betriebe nicht weiter verfolgt werden kann, bereitet eine über die bloße

Anzahl der Existenzgründungen hinausgehende Darstellung und Bewertung des Gründungsgeschehens Schwierigkeiten. Hinweise zu den Größenstrukturen und der wirtschaftlichen Bedeutung der Gründungen ergeben sich aus den Beschäftigtenzahlen und aus den jeweils gewählten Rechtsformen.

Die Wahl der Rechtsform zählt nämlich zu den langfristig wirksamen unternehmerischen Entscheidungen und erfolgt vor allem nach betriebswirtschaftlichen und steuerlichen Gesichtspunkten. Untersuchungen des Unternehmensbestandes, die auf der Arbeitsstättenzählung 1987 und der Umsatzsteuerstatistik beruhen, ergaben in Bezug auf die Beschäftigten und die Umsatzzahlen erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Rechtsformen. Beispielsweise scheint es sich bei den Einzelunternehmen häufig um Kleinbetriebe mit wenig Beschäftigten und geringem Umsatz zu handeln, während insbesondere die Kapitalgesellschaften eher mittel- und großbetrieblich organisiert sind. 1987 waren in der damaligen Bundesrepublik etwa 77 % aller Betriebe Einzelunternehmen, in denen aber nur etwa 28 % der Beschäftigten arbeiteten. Bei den Kapitalgesellschaften waren 40 % der Beschäftigten tätig, obwohl ihr Anteil am gesamten Unternehmensbestand nur 11 % betrug.<sup>14</sup> Aus der Rechtsform kann daher, wenn auch eingeschränkt, auf die Unternehmensgröße und die wirtschaftliche Bedeutung geschlossen werden.

Die Auswertungen der echten Neuerrichtungen und der Übernahmen ergaben, daß auch bei den Existenzgründungen die Einzelunternehmen dominieren (60 %), gefolgt von den Rechtsformen GmbH (20 %) und GbR (16 %). Im Vergleich zum Bestand ist der Anteil der Einzelunternehmen aber niedriger. Bei den echten Neuerrichtungen zählen sogar nur 42 % der Unternehmen zu den Einzelunternehmen, bei den Übernahmen sind es 77 %. Trotzdem zeigt schon diese Verteilung auf die einzelnen Rechtsformen, daß es sich bei den Gründungen häufig um Kleinbetriebe handelt (Tabelle 3).

Bestätigt wird dies auch durch Auswertungen der Gewerbeanzeigenstatistik bezüglich der Beschäftigtengrößenklassen. Fast 90 % unter den echten Neuerrichtungen, die diesbezügliche Angaben machten, hatten weniger als fünf Beschäftigte. Bei den Übernahmen war der Anteil der Kleinbetriebe geringer (78 %). Dies ist wohl darauf zurückzuführen, daß es sich um Unternehmen handelt, die sich schon länger am Markt behaupten konnten (Schaubild 2).

Da aber bei den echten Neuerrichtungen nur etwa 60 % und bei den Übernahmen sogar nur etwa 40 % der Gewerbetreibenden Angaben zu den Beschäftigten machten, kann ein Großteil der Existenzgründungen nicht in

14 Wöhe, G.: Einführung in die allgemeine Betriebswirtschaft. 19. Auflage, München, 1996, S. 321 - 325.

Tabelle 3

Existenzgründungen in Baden-Württemberg 1998 nach der Rechtsform

Rechtsform	Existenzgründungen		Darunter			
			echte Neuerrichtungen		Übernahmen	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
OHG	149	0	71	0	78	1
KG	113	0	65	0	48	0
GmbH & Co KG	750	2	466	3	284	2
GbR	5 520	16	4 162	23	1 358	9
AG	101	0	74	0	27	0
GmbH	7 064	20	5 492	30	1 572	10
Genossenschaft	17	0	14	0	3	0
Sonstige Rechtsformen	274	1	163	1	111	1
Einzelunternehmen	19 445	60	7 660	42	11 785	77
Insgesamt	33 433	100	18 167	100	15 266	100

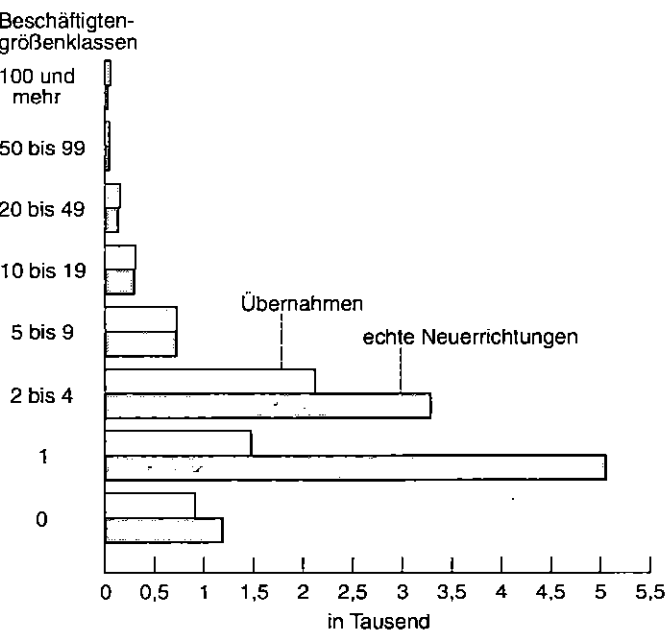
Quelle: Gewerbeanzeigenstatistik.

die Untersuchung mit einbezogen werden. Aussagen über die Gesamtzahl der neugeschaffenen bzw. der durch Übernahme gesicherte Arbeitsplätze erscheinen deshalb ebenfalls nicht sinnvoll.

Da die Nichtangabe der Beschäftigtenzahl bei der Prüfung von Einzelunternehmen auf echte Neuerrichtung mit dem Nichtvorhandensein von Arbeitnehmern gleichgesetzt wird, ist eine Untererfassung von Einzelunternehmen in dieser Kategorie wahrscheinlich. Der niedrige Anteil der Einzelunternehmen an den echten Neuerrichtungen ist wohl hauptsächlich auf diesen Aspekt zurückzuführen.

Schaubild 2

Unternehmensgründungen in Baden-Württemberg 1998 nach Beschäftigtengrößenklassen



Quelle: Gewerbeanzeigenstatistik.

Viele Existenzgründungen im Dienstleistungsbereich

Die Existenzgründungen verteilen sich auf die Wirtschaftszweige recht unterschiedlich. Differenzen gibt es dabei auch zwischen den echten Neuerrichtungen und den Übernahmen. Als Datenquelle wurde hauptsächlich die Gewerbeanzeigenstatistik herangezogen. Der Vergleich mit der Umsatzsteuerstatistik ergab aber Ähnlichkeiten bei der Verteilung der Gründungen auf die einzelnen Wirtschaftszweige.

Nach der Gewerbeanzeigenstatistik gab es – absolut gesehen – die meisten echten Neuerrichtungen von Hauptniederlassungen im Handel (29 %) und im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Unternehmensdienstleistungen (28 %). Im Baugewerbe wurden 13 % der Unternehmensgründungen registriert. Im Verarbeitenden Gewerbe waren es etwa 10 %, wobei die Mehrzahl der Unternehmen im Bereich der Herstellung von Metallzeugnissen, im Maschinenbau und im Verlags- und Druckereigewerbe aktiv wurde (27 %, 11 % bzw. 10 % der echten Neuerrichtungen im Verarbeitenden Gewerbe) (Tabelle 4).

Diesen echten Neuerrichtungen stehen aber auch die vollständige Aufgabe echter Betriebe entgegen. Bezogen auf 100 echte Neuerrichtungen kam es 1998 in der Land- und Forstwirtschaft und im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Unternehmensdienstleistungen zu den wenigsten Betriebsschließungen.

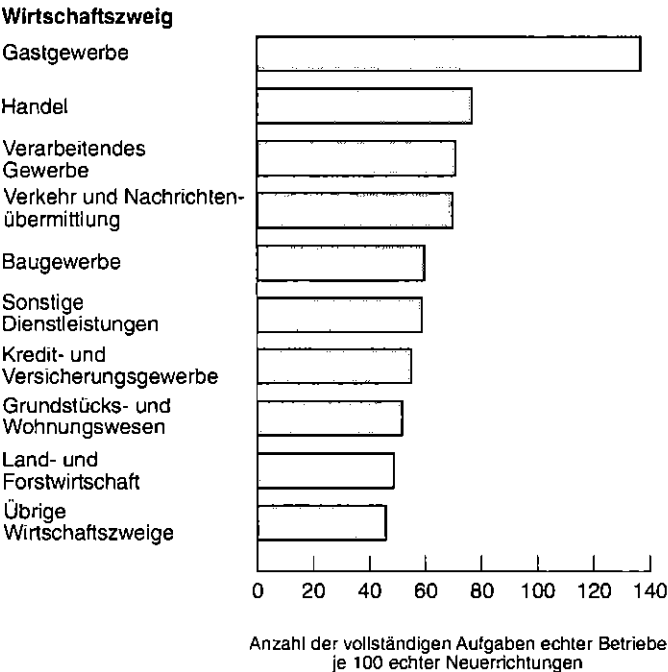
Im Handel gibt es viele Neugründungen und viele Aufgaben, so daß in diesem Wirtschaftszweig zwar die Fluktuation hoch, der Betriebszuwachs hingegen unterdurchschnittlich ist. Das Gastgewerbe verzeichnete in den letzten Jahren sogar jeweils mehr Aufgaben echter Betriebe als echte Neuerrichtungen. Bei der Gegenüberstellung der An- und Abmeldungen muß allerdings beachtet werden, daß es bei den Anmeldungen – wie bereits erwähnt – zu Übererfassungen, bei den Abmeldungen aber zu Untererfassungen kommt. <sup>15</sup> (Schaubild 3)

Die meisten der insgesamt 15 266 Übernahmen wurden im Gastgewerbe und im Handel registriert. Das Gastgewerbe ist der einzige Wirtschaftszweig, in dem mehr Übernahmen als echte Neuerrichtungen gezählt wurden. Fast 90 % der Existenzgründungen in dieser Branche erfolgten aus diesem Grund. Auch im Handel und im Verarbeitenden Gewerbe, hier vor allem im Ernährungsge- werbe, kam es häufiger zum Kauf, zu Rechtsformwechseln

15 Bei den Abmeldungen kommt es wahrscheinlich zu einer Untererfassung, da die Notwendigkeit einer Meldung von den Gewerbetreibenden nicht gesehen wird (Loidl-Stuppi, J.: Gewerbeanzeigenstatistik bald auch in Baden-Württemberg?, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 10/1995, S. 448). Darüber hinaus wird bei der Bestimmung der vollständigen Aufgabe echter Betriebe das Kriterium Handwerksrolleneintrag nicht hinzugezogen.

Schaubild 3

Vollständige Aufgabe echter Betriebe in Baden-Württemberg 1998 nach Wirtschaftszweigen



Quelle: Gewerbeanzeigenstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

321 99

oder zu Gesellschaftereintritten als in anderen Wirtschaftszweigen (über 40 % der Existenzgründungen). Im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Unternehmensdienstleistungen gehörten hingegen nur 18 % der Meldungen zu den Übernahmen (Tabelle 4).

Tabelle 4

Existenzgründungen in Baden-Württemberg 1998 nach Wirtschaftszweigen

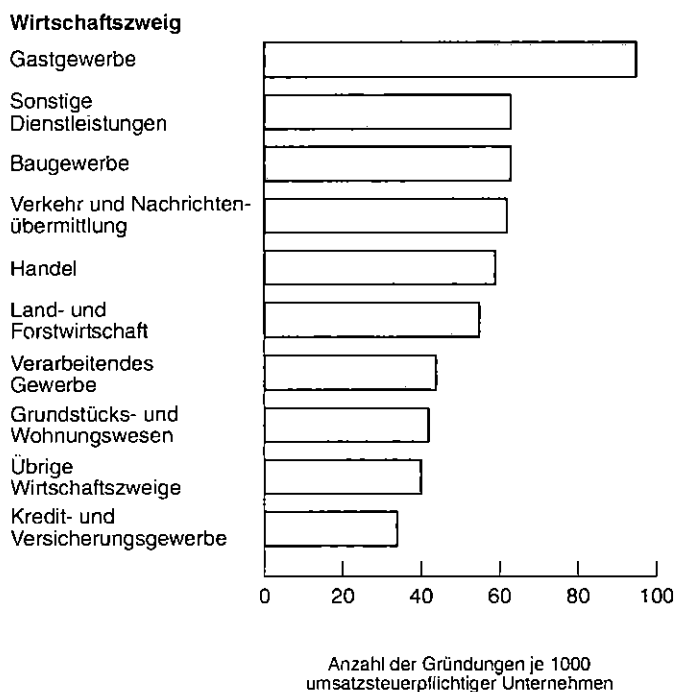
Wirtschaftszweig	Existenzgründungen		Darunter			
			echte Neuerrichtungen		Übernahmen	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Land- und Forstwirtschaft	274	1	180	1	94	1
Verarbeitendes Gewerbe	3 018	9	1 748	10	1 270	8
Baugewerbe	3 288	10	2 325	13	963	6
Handel	9 541	29	5 306	29	4 235	28
Gastgewerbe	6 730	20	709	4	6 021	39
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 344	4	870	5	474	3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	554	2	409	2	145	1
Grundstücks- und Wohnungswesen	6 277	19	5 161	28	1 116	7
Sonstige Dienstleistungen	1 914	6	1 123	6	791	5
Übrige Wirtschaftszweige	493	1	336	2	157	1
Insgesamt	33 433	100	18 167	100	15 266	100

Quelle: Gewerbeanzeigenstatistik.



Schaubild 4

### Unternehmensgründungen in Baden-Württemberg 1997 nach Wirtschaftszweigen



Quelle: Umsatzsteuerstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

322 99

Insgesamt gesehen dominiert bei den Existenzgründungen der Dienstleistungsbereich. 1998 gehörten fast 80 % der zusammen 33 433 echten Neuerrichtungen und Übernahmen zum Tertiären Sektor. Eine Ursache für die hohe Zahl der Existenzgründungen im Dienstleistungsbereich ist wohl darin zu sehen, daß ein großer Teil dieser Betriebe mit relativ geringem Einsatz an Produktionsmitteln (wie Kapital, Know-how, Personal) gegründet oder übernommen werden kann. Die Gründungsbarrieren sind daher oftmals niedriger als im Verarbeitenden Gewerbe. Darüber hinaus deutet der hohe Dienstleistungsanteil auch auf die zunehmende Tertiärisierung der Wirtschaft und somit auf den Strukturwandel hin. Die Ergebnisse der Mikrozensusstichprobe bestätigen dabei diese Beobachtungen. Insgesamt gesehen gibt es immer mehr Selbständige im Dienstleistungsbereich. 1978 waren nur 46 % von ihnen in diesem Wirtschaftszweig tätig, während es 1998 76 % aller Selbständigen waren.

Mit der Gewerbeanzeigenstatistik können darüber hinaus auch die Gründungen im Handwerk nachgewiesen werden. In den vergangenen Jahren erfolgte demnach bei den echten Neuerrichtungen von Hauptniederlassungen etwa jede zehnte Meldung, bei den Übernahmen jede zwanzigste Meldung durch einen Betrieb mit Handwerksrolleneintrag.

Die Umsatzsteuerstatistik ermöglicht einen Vergleich der Gründungszahlen in den Wirtschaftszweigen mit den jeweiligen Bestandszahlen. 1997 erfolgten in Baden-Württemberg im Durchschnitt pro 1 000 umsatzsteuerpflichtiger Unternehmen 56 Gründungen. Im Gastgewerbe kam es bezogen auf die Zahl der bereits bestehenden Unternehmen zu den meisten Gründungen (95 Gründungen/1 000 Unternehmen). Dabei dürfte es sich, wie bereits erläutert, hauptsächlich um Übernahmen handeln. Es folgen das Baugewerbe und der Bereich Sonstige Dienstleistungen (je 63 Gründungen/1 000 Unternehmen). Die wenigsten Gründungen gab es relativ gesehen im Kredit- und Versicherungsgewerbe. (Schaubild 4)

Dabei überrascht angesichts der seit 1995 anhaltenden Krise im Baugewerbe die scheinbar günstige Entwicklung in diesem Wirtschaftszweig, die durch eine relativ hohe Anzahl von Unternehmungsgründungen und ein günstiges Verhältnis zwischen echter Neuerrichtung und vollständiger Aufgabe echter Betriebe gekennzeichnet ist. Das überdurchschnittliche Gründungsgeschehen kann aber gerade durch diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten verursacht werden. Arbeitslose könnten mangels anderer Alternativen verstärkt den Sprung in die Selbständigkeit wagen. Vermehrte Existenzgründungen deuten dementsprechend nicht unbedingt auf positive wirtschaftliche Ausgangsbedingungen hin. Sie sind eher ein Zeichen höheren Anpassungsdrucks und eines verstärkten strukturellen Wandels.

### Überlebenschancen von Gründungen

Es stellt sich nun die Frage, wieviele dieser Existenzgründungen die ersten Jahre überleben. Um dazu Anhaltspunkte zu erhalten, wurde untersucht, wieviele der 1994 erstmals in der Umsatzsteuerstatistik ausgewiesenen etwa 24 000 Unternehmen in den Jahren 1996 und 1997 noch tätig waren. Die Identifizierung der Unternehmen erfolgte über die Steuernummer. Neben den tatsächlich nicht mehr existierenden Unternehmen konnten deshalb auch noch bestehende Unternehmen, die unter die Umsatzsteuergrenze gefallen sind oder in diesen Jahren die Steuernummer gewechselt haben (beispielsweise bei Rechtsformänderung, Besitzerwechsel oder Fusion), nicht mehr erkannt werden. Zu Verzerrungen dürfte auch die Anhebung der Umsatzsteuergrenze von 25 000 DM im Jahr 1994 auf 32 500 DM im Jahr 1996 geführt haben. Es ist daher wahrscheinlich, daß tatsächlich mehr Unternehmen überlebt haben als dargestellt.

Die Auswertungen ergaben, daß die jungen Unternehmen sich in den ersten Jahren nur schwer am Markt behaupten können. 1994 stellten 1 195 neue Betriebe noch während des Jahres ihre Tätigkeit ein. Von den übrigen 22 781 Unternehmen, die in diesem Jahr neu gegründet wurden, ihre Rechtsform änderten bzw. den Besitzer wechselten oder fusionierten, konnten nach zwei Jahren noch 63 %, nach drei Jahren noch etwa die Hälfte identifiziert wer-

Tabelle 5

**1994 gegründete und weitergeführte Unternehmen in Baden-Württemberg 1996 und 1997**

Rechtsform	Gründungen 1994	1996 noch bestehend		1997 noch bestehend	
	Anzahl	Anzahl	Anteil in % <sup>1)</sup>	Anzahl	Anteil in % <sup>1)</sup>

**a) nach Rechtsform**

Einzelunternehmen	15 123	9 252	61	7 445	49
OHG	2 804	1 642	59	1 296	46
KG	500	389	78	347	69
GmbH	4 014	2 985	74	2 452	61
Sonstige Rechtsformen	340	118	35	93	27
<b>Insgesamt</b>	<b>22 781</b>	<b>14 386</b>	<b>63</b>	<b>11 633</b>	<b>51</b>

**b) nach Wirtschaftszweigen**

Land- und Forstwirtschaft	448	326	73	278	62
Verarbeitendes Gewerbe	2 477	1 767	71	1 502	61
Baugewerbe	2 439	1 617	66	1 316	54
Handel	5 997	3 818	64	3 086	51
Gastgewerbe	3 186	1 659	52	1 249	39
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 055	657	62	522	49
Kredit- und Versicherungsgewerbe	227	103	45	74	33
Grundstücks- und Wohnungswesen	4 895	3 147	64	2 566	52
Sonstige Dienstleistungen	1 741	1 071	62	856	49
Übrige Wirtschaftszweige	316	221	70	184	58
<b>Insgesamt</b>	<b>22 781</b>	<b>14 386</b>	<b>63</b>	<b>11 633</b>	<b>51</b>

1) Anteil an den 1994 gegründeten Unternehmen.

Quelle: Umsatzsteuerstatistik.

den. Bei Unternehmen mit den Rechtsformen GmbH oder KG waren die Chancen, die ersten drei Jahre zu überstehen, größer als bei den Einzelunternehmen und den OHGs (Tabelle 5a).

Branchenbezogen ergeben sich ebenfalls Unterschiede. In den Bereichen Land- und Forstwirtschaft und im Verarbeitenden Gewerbe tauchten nach drei Jahren noch etwa 60 % der 1994 gegründeten Unternehmen in der Umsatzsteuerstatistik auf. Im Gastgewerbe und im Kredit- und Versicherungswesen waren es weniger als 40 %. In den anderen Wirtschaftszweigen konnten nach drei Jahren jeweils noch etwa die Hälfte der Firmen gefunden werden (Tabelle 5b).

Die Schwierigkeit junger Unternehmen, die ersten Jahre zu überstehen, zeigt sich auch in anderen Untersuchungen. Auswertungen der Insolvenzstatistik ergaben, daß 1998 in Baden-Württemberg fast drei Viertel (73,2 %) der 2 388 zahlungsunfähigen oder überschuldeten Firmen noch keine acht Jahre bestanden haben.<sup>16</sup> Nach verschie-

16 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Unternehmensinsolvenzen 1998 nach sechs Jahren erstmals rückläufig. Eildienst Nr. 35/99.

denen kleineren Stichprobenuntersuchungen überstehen etwa zwei Drittel der Existenzgründungen die ersten fünf Jahre.<sup>17</sup>

## Angaben zu den Existenzgründern

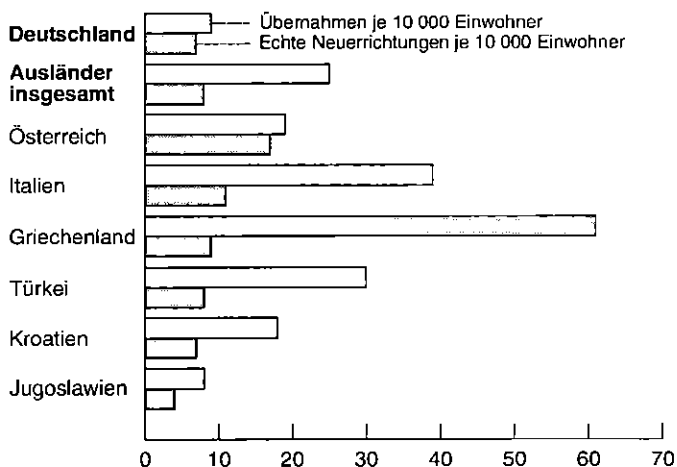
Informationen über die Existenzgründer können aus den Datenquellen nur spärlich entnommen werden. Sowohl bei der Gewerbeanzeigenstatistik als auch bei der Umsatzsteuerstatistik steht der Gewerbebetrieb bzw. das umsatzsteuerpflichtige Unternehmen und nicht der Gewerbetreibende oder der Steuerzahler im Mittelpunkt. Angaben zum Geschlecht oder zum Alter der Existenzgründer werden nicht erhoben. Sonderauswertungen unter Verwendung von Hilfsmerkmalen, beispielsweise die Bestimmung des Geschlechts anhand der Vornamen der Gewerbetreibenden auf den Gewerbemeldebögen, sind vom Gesetzgeber nicht vorgesehen und daher nicht zulässig;<sup>18</sup> ganz davon abgesehen, daß eine solche Auswertung nur mit erheblichem Aufwand durchgeführt werden könnte. Auswertungen des Mikrozensus zeigen aber, daß der Anteil der Frauen an den Selbständigen in den letzten zwei Jahrzehnten angestiegen ist. 1978 waren nur 20 % der Selbständigen weiblich, 1998 hingegen 26 %. Dementsprechend scheinen Frauen in den letzten Jahrzehnten verstärkt den Sprung in die Selbständigkeit gewagt zu haben.

Konkret kann aber letztendlich nur eine Information zu den Existenzgründern, nämlich die Staatsangehörigkeit der Einzelunternehmer, aus der Gewerbeanzeigenstatistik entnommen werden.

Dabei zeigt sich, daß ein Großteil der insgesamt 7 660 echten Neuerrichtungen von Einzelunternehmen im Jahr 1998 durch Gewerbetreibende mit deutscher Staatsangehörigkeit erfolgte (87 %). Von den Bürgern mit ausländischer Staatsangehörigkeit gründeten die türkischen und italienischen Staatsbürger mit 292 bzw. 201 Meldungen die meisten Unternehmen. Das sind auch die ausländischen Bevölkerungsgruppen, die in Baden-Württemberg am stärksten vertreten sind. An der jeweiligen Bevölkerungszahl gemessen, waren die Österreicher die aktivsten. Auf 10 000 in Baden-Württemberg lebende Österreicher kamen 17 Einzelunternehmensneuerrichtungen

Schaubild 5

## Echte Neuerrichtungen und Übernahmen durch Einzelunternehmer in Baden-Württemberg 1998 nach Staatsangehörigkeit



Quelle: Gewerbeanzeigenstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

323 99

durch österreichische Staatsbürger. Die Gründungstätigkeit der Deutschen war im Vergleich zu den Einwohnerzahlen nur durchschnittlich, die der jugoslawischen Staatsbürger gering. Ein Grund für die relativ gesehen wenigen Neugründungen durch Jugoslawen kann sicherlich im vergleichsweise hohen Anteil an Asylbewerbern und Flüchtlingen, die wegen des Bürgerkrieges im Land sind, gesehen werden.

Bei den insgesamt 11 785 Übernahmen von Einzelunternehmen ist der Anteil der ausländischen Existenzgründer erheblich höher als bei der echten Neuerrichtung von Einzelunternehmen. Nur 73 % der Gewerbetreibenden hatten die deutsche Staatsangehörigkeit. Auf 10 000 in Baden-Württemberg lebende Ausländer kamen 25 Übernahmen durch Ausländer. Gemessen an den im Südwesten lebenden Bevölkerungsgruppen übernehmen griechische, italienische und türkische Staatsbürger besonders häufig Einzelbetriebe. Auf 10 000 Deutsche kamen hingegen nur vergleichsweise wenig Übernahmen (Schaubild 5). Zurückzuführen ist dieser überdurchschnittliche Ausländeranteil wohl darauf, daß Ausländer häufiger in den Branchen tätig sind (Gastgewerbe/Handel), in denen es hauptsächlich zu Übernahmen kommt.

Trotz der vermehrten Gründungen durch Ausländer in den letzten Jahren ist der Selbständigenanteil aber nach wie vor bei den ausländischen Erwerbstätigen geringer (ca. 7 %) als bei den Erwerbstätigen insgesamt (ca. 10 %).

17 Vergleiche beispielsweise Ziegler, R. Kleff, P./Preisendörfer, P.: Betriebliche Neugründungen: Chancen, Risiken und Probleme, München, 1990.

18 Hilfsmerkmale dienen der technischen Durchführung von Bundesstatistiken. Nur Gemeindennamen und die Blockseiten dürfen für die regionale Zuordnung von Erhebungsmerkmalen genutzt werden. Andere Regelungen bedürfen einer besonderen Rechtsvorschrift (§ 10 (BStatG)).

## Regionale Aspekte des Existenzgründungsgeschehens

Das regionale Gründungsgeschehen hängt von einer Vielzahl von Einflußfaktoren ab, beispielsweise der Wirtschafts- und Branchenstruktur, endogenen Entwicklungspotentialen, der Unternehmensgrößenstruktur, den Infrastruktureinrichtungen sowie regionalen Initiativen für Existenzgründungen. Die Zusammensetzung und Gewichtung dieser Einflußfaktoren variiert zwischen den Wirtschaftsräumen. Dies kommt auch an verschiedenen Stellen der folgenden Betrachtungen zum Ausdruck. Angesichts der Breite der Einflußfaktoren können die vorliegenden Zahlenwerte nur Grundlage weiterer wissenschaftlicher Untersuchungen sein.

### *Existenzgründungen in den Kreisen – erhebliche räumliche Disparitäten*

Angelehnt an die unterschiedlichen Größenstrukturen in den Kreisen ergeben sich absolut betrachtet bezüglich der Zahl der jährlichen Existenzgründungen zwischen den 44 Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs erhebliche Unterschiede. In den meisten Kreisen dominieren dabei die bestandserhöhenden Unternehmungsgründungen. Mehr Übernahmen als echte Neuerrichtungen wurden 1998 nur in 12 Stadt- oder Landkreisen gezählt (Tabelle 6).

Zu den meisten Existenzgründungen kam es daher in den vergangenen Jahren im Stadtkreis Stuttgart, den benachbarten Landkreisen Ludwigsburg und Esslingen sowie im Rhein-Neckar-Kreis. In diesen Kreisen wurden 1998 jeweils mehr als 1 500 echte Neuerrichtungen und Übernahmen registriert. In der Landeshauptstadt wurden sogar über 2 000 dementsprechende Anzeigen abgegeben. Im Hohenlohekreis und im Stadtkreis Baden-Baden erfolgten die wenigsten Meldungen. In diesen Kreisen wurden im vergangenen Jahr jeweils weniger als 250 Existenzgründungen erfaßt.

Diese erheblichen Disparitäten lassen sich aber, wie bereits erwähnt, überwiegend auf die unterschiedlichen Einwohnerzahlen in den Kreisen zurückführen. So leben im Stadtkreis Stuttgart etwa 590 000 Einwohner, in Baden-Baden hingegen weniger als ein Zehntel davon (ca. 53 000).

Bezogen auf 10 000 Einwohner gab es 1998 im Stadtkreis Baden-Baden sogar die meisten Existenzgründungen (45 Existenzgründungen/10 000 Einwohner). Sehr viele erfolgten auch in Kreisen der Region Stuttgart (Stuttgart, Ludwigsburg, Göppingen, Rems-Murr), der Region Nord-schwarzwald (Pforzheim, Enzkreis, Calw) sowie im Landkreis Karlsruhe. Im Süden des Landes kam es, relativ gesehen, in den Regionen Südlicher Oberrhein (Freiburg,

Breisgau-Hochschwarzwald, Ortenaukreis), Schwarzwald-Baar-Heuberg (Schwarzwald-Baar, Tuttlingen, Rottweil) sowie in den Kreisen Konstanz, Sigmaringen und im Zollernalbkreis zu vielen Gründungen.

Die wenigsten Existenzgründungen wiesen der Hohenlohekreis und der Main-Tauber-Kreis in der Region Franken im Norden von Baden-Württemberg auf. Darüber hinaus gab es auch im Neckar-Odenwald-Kreis und im Alb-Donau-Kreis vergleichsweise wenig Gründungen (Tabelle 6).<sup>19</sup>

### *Dreijahresvergleich – Im Raum Freiburg nahm die Zahl der Existenzgründungen permanent zu*

Der Vergleich der Entwicklungen in den vergangenen drei Jahren zeigt, daß die Zahl der Existenzgründungen pro 10 000 Einwohner nur in acht Kreisen dauernd über dem Landesdurchschnitt lag. In 16 Kreisen verlief die Entwicklung permanent unterdurchschnittlich. In den übrigen Gebieten war kein eindeutiger Trend festzustellen. In acht Kreisen verzeichnete man nur in einem Jahr eine über dem Landesmittel liegende Quote, in den übrigen zwölf war das in zwei von drei Jahren der Fall. Im Vergleich zum Jahr 1998 ergeben sich auch bei mehrjähriger Betrachtung des Gründungsgeschehens in den Regionen nur wenig Verschiebungen. In den Gebieten, in denen 1998 viele Existenzgründungen registriert wurden, gab es oft auch in den Vorjahren überdurchschnittlich viele Meldungen und umgekehrt (Schaubild 6).

Im Verdichtungsraum Rhein-Neckar kam es allerdings 1998 im Vergleich zu den Vorjahren zu einem erheblichen Rückgang. Insgesamt wurden in den Stadtkreisen Mannheim und Heidelberg sowie im Rhein-Neckar-Kreis fast 18 % weniger echte Neuerrichtungen und Übernahmen angezeigt als im Jahr zuvor. In Mannheim und im Rhein-Neckar-Kreis, in denen in den Jahren 1996 und 1997 bezogen auf die Einwohnerzahlen überdurchschnittlich viele Gründungen erfolgt waren, gab es 1998 dementsprechend erstmals weniger Existenzgründungen/10 000 Einwohner als im Landesmittel.

Im Stadtkreis Freiburg und den angrenzenden Kreisen Emmendingen und Breisgau-Hochschwarzwald steigerte sich die Zahl der Existenzgründungen in den vergangenen Jahren hingegen dauernd. 1996 erfolgten in diesen

19 In Abhängigkeit von der Betrachtungsweise und vom Untersuchungszeitraum kann es bei der regionalen Auswertung der Gewerbeanzeigenstatistik im Hinblick auf das Gründungsgeschehen zu Unterschieden und Verschiebungen kommen, vergleiche beispielsweise Dreher, Ch.: Gewerbeanzeigenstatistik – eine regionale Betrachtung, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 3 1999, S. 119 - 127.

Tabelle 7

**Existenzgründungen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1998**

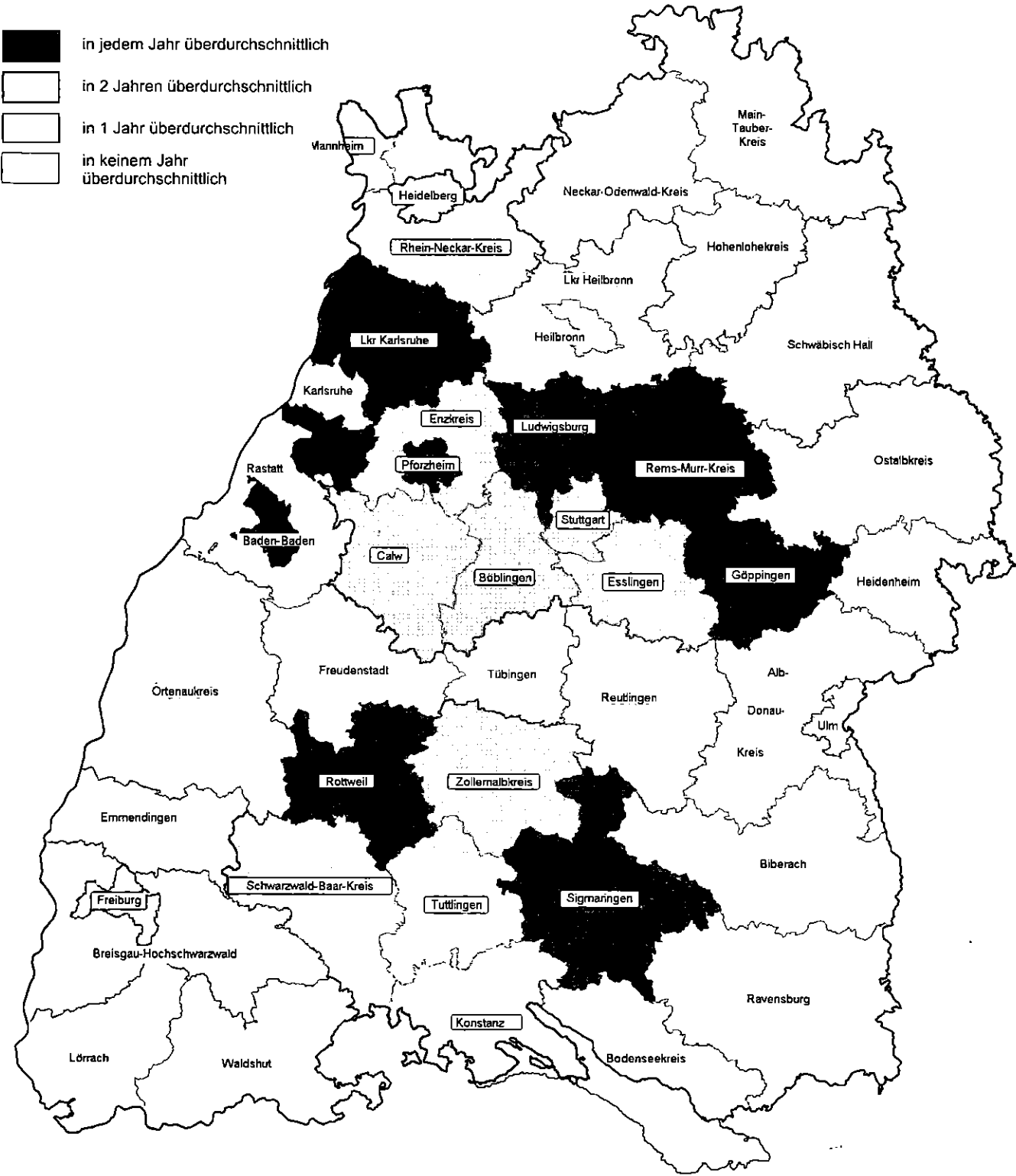
Kreis Regierungsbezirk Land	Existenzgründungen		Davon			
			echte Neuerrichtungen		Übernahmen	
	insgesamt	je 10 000 Einwohner	insgesamt	je 10 000 Einwohner	insgesamt	je 10 000 Einwohner
<b>Stadtkreis</b>						
Stuttgart, Landeshauptstadt	2 038	35	1 088	19	950	16
<b>Landkreise</b>						
Böblingen	1 084	31	590	17	494	14
Esslingen	1 553	32	888	18	665	13
Göppingen	855	33	495	19	360	14
Ludwigsburg	1 801	37	1 084	22	717	15
Rems-Murr-Kreis	1 364	34	796	20	568	14
<b>Stadtkreis</b>						
Heilbronn	386	32	236	19	150	12
<b>Landkreise</b>						
Heilbronn	985	32	591	19	394	13
Hohenlohekreis	224	21	125	12	99	9
Schwäbisch Hall	518	28	282	15	236	13
Main-Tauber-Kreis	347	25	163	12	184	13
Heidenheim	376	27	160	12	216	16
Ostalbkreis	934	30	467	15	467	15
<b>Regierungsbezirk Stuttgart</b>	<b>12 465</b>	<b>32</b>	<b>6 965</b>	<b>18</b>	<b>5 500</b>	<b>14</b>
<b>Stadtkreise</b>						
Baden-Baden	240	45	131	25	109	21
Karlsruhe	872	31	397	14	475	17
<b>Landkreise</b>						
Karlsruhe	1 457	36	829	20	628	15
Rastatt	652	30	322	15	330	15
<b>Stadtkreise</b>						
Heidelberg	406	29	219	16	187	13
Mannheim	844	27	472	15	372	12
<b>Landkreise</b>						
Neckar-Odenwald-Kreis	379	26	192	13	187	13
Rhein-Neckar-Kreis	1 648	32	988	19	660	13
<b>Stadtkreis</b>						
Pforzheim	427	36	186	16	241	20
<b>Landkreise</b>						
Calw	514	33	257	16	257	16
Enzkreis	638	34	360	19	278	15
Freudenstadt	333	28	154	13	179	15
<b>Regierungsbezirk Karlsruhe</b>	<b>8 410</b>	<b>32</b>	<b>4 507</b>	<b>17</b>	<b>3 903</b>	<b>15</b>
<b>Stadtkreis</b>						
Freiburg im Breisgau	808	40	495	25	313	16
<b>Landkreise</b>						
Breisgau-Hochschwarzwald	862	37	473	20	389	17
Emmendingen	454	31	241	16	213	14
Ortenaukreis	1 311	33	727	18	584	15
Rottweil	499	36	258	18	241	17
Schwarzwald-Baar-Kreis	744	36	353	17	391	19
Tuttlingen	516	40	250	19	266	20
Konstanz	858	33	472	18	386	15
Lörrach	670	31	418	20	252	12
Waldshut	470	29	230	14	240	15
<b>Regierungsbezirk Freiburg</b>	<b>7 192</b>	<b>34</b>	<b>3 917</b>	<b>19</b>	<b>3 275</b>	<b>15</b>
<b>Landkreise</b>						
Reutlingen	879	32	436	16	443	16
Tübingen	597	29	347	17	250	12
Zollernalbkreis	664	34	323	17	341	18
<b>Stadtkreis</b>						
Ulm	373	32	193	17	180	16
<b>Landkreise</b>						
Alb-Donau-Kreis	481	26	259	14	222	12
Biberach	482	27	233	13	249	14
Bodenseekreis	624	32	347	18	277	14
Ravensburg	825	31	419	16	406	15
Sigmaringen	441	34	221	17	220	17
<b>Regierungsbezirk Tübingen</b>	<b>5 366</b>	<b>31</b>	<b>2 778</b>	<b>16</b>	<b>2 588</b>	<b>15</b>
<b>Baden-Württemberg</b>	<b>33 433</b>	<b>32</b>	<b>18 167</b>	<b>17</b>	<b>15 266</b>	<b>14</b>

Quelle: Gewerbeanzeigenstatistik.

Schaubild 6

Existenzgründungen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs seit 1996  
im Vergleich zum Landesdurchschnitt

Existenzgründungen je 10 000 Einwohner



Kreisen insgesamt 1 764 dieser Anzeigen, 1997 waren es 1 947 im Jahr darauf sogar 2 124. Freiburg verzeichnete in den vergangenen beiden Jahren, der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald im letzten Jahr einen überdurchschnittlichen Wert bei der Zahl der Existenzgründungen pro 10 000 Einwohner. Ob es sich bei den dargestellten Entwicklungen um längerandauernde Trends oder aber um kurzfristige Schwankungen handelt, kann aufgrund der Kürze des Beobachtungszeitraums aber nicht beurteilt werden.

### *In den Verdichtungsräumen in der Regel mehr Existenzgründungen als in den Ländlichen Regionen*

Die regionalen Betrachtungen ergaben somit erwartungsgemäß, daß es in den wirtschaftsstarken, hochverdichteten Regionen Baden-Württembergs häufiger zu Existenzgründungen kommt. Darauf weisen zumindest die Entwicklungen in den Kreisen der Region Stuttgart, sowie eingeschränkt im Raum Rhein-Neckar und im Raum Karlsruhe hin. Darüber hinaus scheinen die zwischen den Großstädten Stuttgart und Karlsruhe gelegenen Gebiete im Nordschwarzwald von ihrer Lage zwischen diesen Ballungsräumen zu profitieren.

In den ländlich geprägten schwach verdichteten Regionen erfolgten hingegen weniger Gründungen. Beispielsweise befanden sich 1998 unter den zehn Kreisen mit den wenigsten Existenzgründungen/10 000 Einwohner acht schwach besiedelte Landkreise mit einer Bevölkerungsdichte unter 150 Einwohner/km<sup>2</sup>.

Überraschend sind daher die gemessen an den Einwohnerzahlen vielen Gründungen in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg sowie den benachbarten Landkreisen Sigmaringen und Zollernalb. Diese Kreise sind schwach verdichtet und liegen nicht im unmittelbaren Einzugsbereich einer Großstadt. Die vielen Existenzgründungen können daher nicht auf eine überdurchschnittliche wirtschaftliche oder zentralörtliche Bedeutung dieser Gebiete zurückgeführt werden, sie scheinen vielmehr die Folge eines erhöhten Anpassungsdrucks und strukturellen Wandels, in dem sich diese noch stark vom sekundären Sektor geprägte Region befindet, zu sein.

Viele Gründungen bedeuten allerdings nicht, daß in den Kreisen mit überdurchschnittlich vielen neuen Firmen auch der Unternehmensbestand am stärksten zunimmt. Der Vergleich der bestandserhöhenden echten Neuerrichtungen mit den bestandsmindernden vollständigen Aufgaben echter Betriebe zeigt nämlich, daß in diesen Gründergebieten oftmals auch viele Aufgaben registriert werden. Beispielsweise kam es im Stadtkreis Baden-Baden, in dem 1998 mit 25 echten Neuerrichtungen/10 000

Einwohner ein Spitzenwert registriert wurde, auch zu den meisten vollständigen Aufgaben echter Betriebe. Im Hohenlohekreis gab es in diesem Jahr hingegen – relativ gesehen – die wenigsten Gründungen und mit die wenigsten Schließungen. Dementsprechend ist in den Gebieten mit vielen Existenzgründungen häufig nur die Fluktuation und nicht unbedingt der Unternehmenszuwachs größer als in anderen Kreisen (*Schaubild 7*).

### *In den wirtschaftlichen Zentren verstärkt Gründungen im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Unternehmensdienstleistungen*

Der Vergleich der Existenzgründungen in den einzelnen Wirtschaftszweigen auf Kreisebene ergab jeweils unterschiedliche vom Landesdurchschnitt zum Teil erheblich abweichende Verteilungen. Allgemein erfolgten aber die meisten echten Neuerrichtungen und Übernahmen im Dienstleistungsbereich und zwar vor allem im Handel, im Gastgewerbe und im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Unternehmensdienstleistungen. Bei den Existenzgründungen im Gastgewerbe handelt es sich dabei meistens um Übernahmen.

In 38 der 44 Kreise kam es im Handel am häufigsten zu Gründungen. In den Stadtkreisen Mannheim und Heilbronn sowie im Landkreis Heidenheim wurden die meisten Existenzgründer im Gastgewerbe aktiv, während in den Gewerbeämtern der Stadtkreise Baden-Baden, Ulm und Heidelberg im Wirtschaftszweig Grundstücks- und Wohnungswesen, Unternehmensdienstleistungen die meisten Existenzgründungen angezeigt wurden.

Der Anteil der echten Neuerrichtungen und Übernahmen im Verarbeitenden Gewerbe war im Kreis Tuttlingen, im Enzkreis und im Stadtkreis Pforzheim besonders hoch, während es die anteilig meisten Meldungen im Baugewerbe im Stadtkreis Heilbronn, in den Landkreisen Heilbronn und Emmendingen sowie im Alb-Donau-Kreis gab. Um raumstrukturell bedingte Unterschiede deutlicher zu machen, wurden die Kreise verschiedenen Raumtypen zugeordnet. Stadtkreise wurden ohne Unterscheidung zusammengefaßt, die Landkreise zählen je nach Bevölkerungsdichte zu den verdichteten Landkreisen (über 400 Einwohner/km<sup>2</sup>), den teilweise verdichteten Landkreisen (zwischen 250 und 400 Einwohner/km<sup>2</sup>) und den schwach verdichteten Landkreisen (unter 250 Einwohner/km<sup>2</sup>).<sup>20</sup>

20 Zur Einteilung der Stadt- und Landkreise in die Raumkategorien siehe auch: Zur Entwicklung der Wirtschaftskraft in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs, in: Landesregierung Baden-Württemberg (Hrsg.): Statistisch-Prognostischer Bericht 1995, Stuttgart 1995, S. 53/54.

Vollständige Aufgabe echter Betriebe in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs seit 1996 im Vergleich zum Landesdurchschnitt

Vollständige Aufgabe echter Betriebe je 10 000 Einwohner

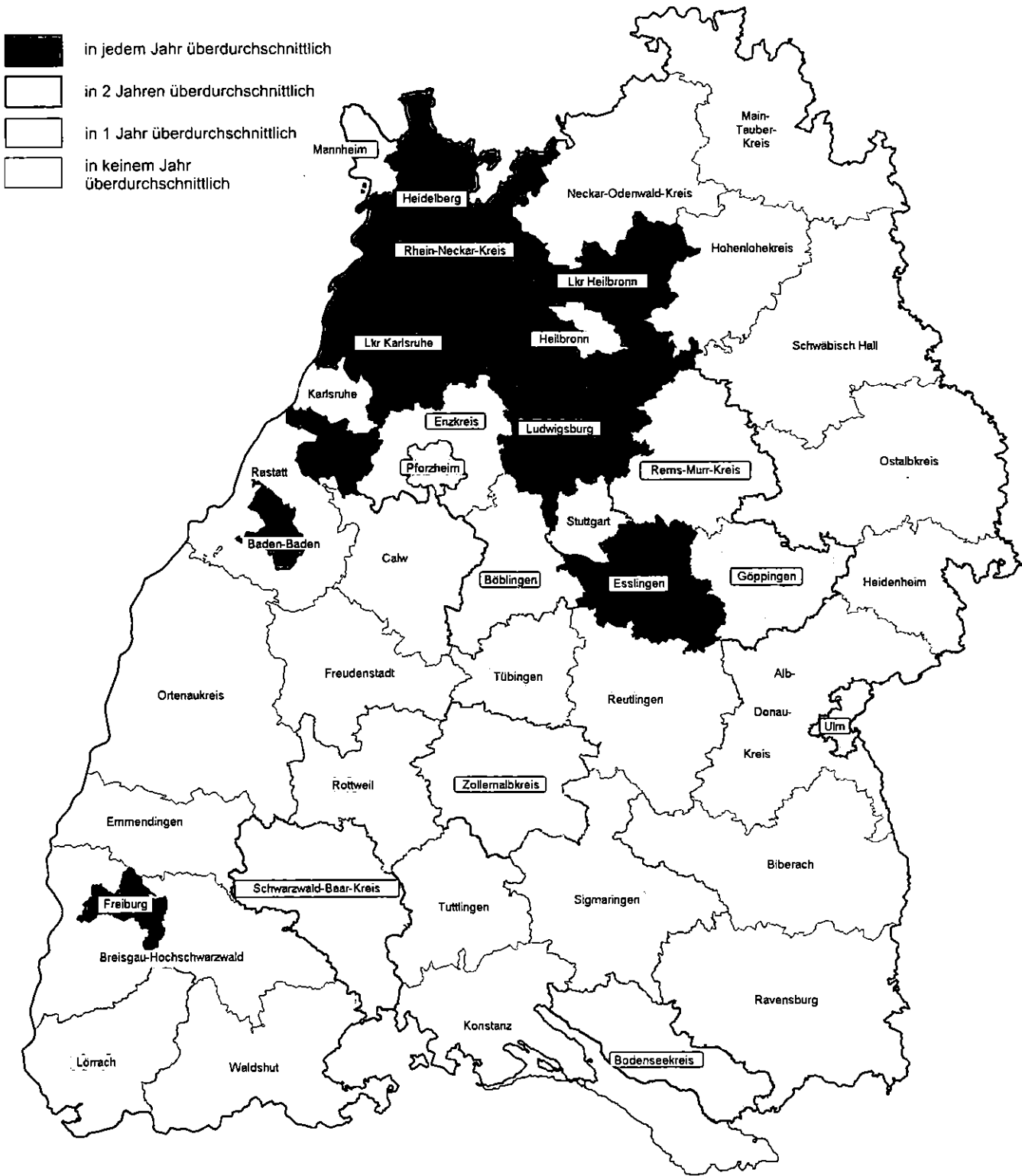




Tabelle 7

### Anteil der verschiedenen Wirtschaftszweige an den Existenzgründungen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1998

Kreise Raumkategorien	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel	Gastgewerbe	Grundstücks- und Wohnungswesen <sup>1)</sup>	Übrige Dienst- leistungen <sup>2)</sup>	Übrige Wirtschafts- zweige <sup>3)</sup>
	%						
Stadtkreise							
Stuttgart, Landeshauptstadt	5	7	27	22	26	11	2
Heilbronn	6	17	22	27	16	10	2
Baden-Baden	5	5	30	17	30	11	3
Karlsruhe	5	6	29	25	22	10	1
Heidelberg	6	3	28	17	33	10	2
Mannheim	4	8	25	27	21	13	2
Pforzheim	14	5	29	24	18	8	1
Freiburg im Breisgau	7	7	33	14	22	13	4
Ulm	9	10	22	22	25	10	2
Zusammen	6	7	28	22	24	11	2
Verdichtete Landkreise (über 400 Einwohner/km²)							
Böblingen	6	9	27	22	24	10	2
Esslingen	8	10	29	16	22	13	2
Ludwigsburg	8	11	29	16	20	13	2
Rems-Murr-Kreis	10	11	29	16	20	13	2
Rhein-Neckar-Kreis	7	10	31	17	19	14	2
Zusammen	8	10	29	17	21	13	2
Teilweise verdichtete Landkreise (250 bis 400 Einwohner/km²)							
Göppingen	10	9	31	20	17	11	2
Heilbronn	12	15	26	14	19	13	2
Karlsruhe	9	10	32	17	20	11	2
Rastatt	8	7	31	24	16	14	1
Enzkreis	16	9	27	11	21	13	3
Konstanz	8	11	29	22	17	11	2
Lörrach	8	9	28	21	18	13	3
Reutlingen	10	10	27	21	18	12	2
Tübingen	11	12	30	15	17	11	3
Bodenseekreis	9	9	26	23	22	9	2
Zusammen	10	10	29	19	18	12	2
Schwach verdichtete Landkreise (unter 250 Einwohner/km²)							
Hohenlohekreis	11	8	32	18	20	8	4
Schwäbisch Hall	10	12	28	20	15	11	3
Main-Tauber-Kreis	10	11	31	24	11	12	2
Heidenheim	11	6	28	30	10	12	3
Ostalbkreis	10	11	29	20	16	10	3
Neckar-Odenwald-Kreis	9	13	29	21	15	10	3
Calw	8	9	27	25	16	12	4
Freudenstadt	10	10	26	23	14	12	4
Breisgau-Hochschwarzwald	10	10	27	22	14	13	3
Emmendingen	7	15	31	20	15	10	2
Ortenaukreis	10	10	28	23	15	12	2
Rottweil	9	12	29	19	16	13	3
Schwarzwald-Baar-Kreis	9	8	28	23	19	10	2
Tuttlingen	17	8	30	21	12	9	2
Waldshut	9	14	27	25	13	9	3
Zollernalbkreis	12	8	33	22	14	8	3
Alb-Donau-Kreis	13	15	28	17	14	11	2
Biberach	9	11	26	25	15	10	4
Ravensburg	12	9	29	23	16	9	2
Sigmaringen	13	12	26	21	12	12	3
Zusammen	10	10	28	22	15	12	3

1) Einschließlich Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen. – 2) Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen. – 3) Einschließlich Land- und Forstwirtschaft.

Quelle: Gewerbeanzeigenstatistik.

Dadurch zeigte sich, daß das Existenzgründungsgeschehen in den Kreisen auch von den jeweiligen Raumstrukturen beeinflusst wird. Insbesondere im Produzierenden Gewerbe (Baugewerbe, Verarbeitendes Gewerbe) und im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen ergaben sich Unterschiede zwischen den vier Raumkategorien. Besonders deutlich wird dies beim Vergleich der Stadtkreise und der schwach verdichteten Landkreise. In den Stadtkreisen wurden 1998 nur 13% der Existenzgründer im Produzierenden Gewerbe tätig. Auf den Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen entfielen 24 % der Anzeigen. In dieser Branche gab es hingegen in den schwach verdichteten Landkreisen anteilig weniger Gründungen (15 %), während in diesen Kreisen im Produzierenden Gewerbe (20 %) mehr Anzeigen registriert wurden (Tabelle 7).

In den Verdichtungsräumen des Landes scheint es somit eher zu Gründungen im Dienstleistungssektor – insbesondere im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Unternehmensdienstleistungen – zu kommen, als in den weniger verdichteten Regionen, in denen vermehrt Anzeigen im Produzierenden Gewerbe registriert wurden.

Auffallend dabei ist, daß diese Verteilung auch in etwa den bereits bestehenden sektoralen Strukturen entspricht. So ist der Anteil der im Produzierenden Gewerbe tätigen Unternehmen in den ländlichen Gebieten in der Regel höher als in den Stadtkreisen. 1996 gehörten 27 % der bestehenden umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in den schwach verdichteten Landkreisen zu diesem Wirtschaftszweig, in den Stadtkreisen waren es nur 17 %. Im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Unternehmensdienstleistungen arbeiteten hingegen in den Stadtkreisen ein Drittel aller Firmen, während es in den schwach verdichteten Landkreisen nur 22 % der bereits bestehenden Unternehmen waren. Die diesbezügliche Betrachtung des Unternehmensbestandes auf Kreisebene bestätigt dies zumindest teilweise. Im Landkreis Tuttlingen, dem Enzkreis und im Stadtkreis Pforzheim ist auch im Unternehmensbestand das Verarbeitende Gewerbe, in den Landkreisen Heilbronn und Emmendingen sowie im Alb-Donau-Kreis das Baugewerbe überdurchschnittlich vertreten. In den Stadtkreisen Heidelberg und Ulm sind 36 % bzw. 32 % aller Unternehmen im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Unternehmensdienstleistungen tätig, während im gesamten Land Baden-Württemberg nur 27 % zu diesem Wirtschaftszweig zählen.

Die verschiedenen regionalen Standortbedingungen (zum Beispiel Know-how, Arbeitskräfte, Kosten, Märkte), die letztendlich zu den unterschiedlichen sektoralen Strukturen in den Regionen geführt haben, scheinen somit auch die Existenzgründungen zu beeinflussen. Die Entwicklung mancher Branchen wird in den Regionen jeweils in Abhängigkeit von den Ausgangsbedingungen begünstigt oder gehemmt.

## Zusammenfassung

- Informationen über das Gründungsgeschehen sind aus wirtschafts- und strukturpolitischen Gründen von besonderem Interesse. Neue Unternehmen verhindern nämlich die Ausdünnung des Unternehmensbestandes, erweitern das Angebotsspektrum, tragen zur Bewältigung des Strukturwandels bei und leisten einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit, so daß sie vor allem auch im Hinblick auf zukünftige wirtschaftliche Entwicklungen von einiger Bedeutung sind.
- Für Existenzgründungen gibt es weder einheitliche noch trennscharfe Definitionen. Je nach Untersuchungsziel ergeben sich unterschiedliche Begriffsabgrenzungen. In diesem Beitrag versteht man darunter die Unternehmungsgründungen und Übernahmen. Bei den Unternehmungsgründungen handelt es sich um Neugründungen von selbständigen Betrieben, die auch tatsächlich wirtschaftlich aktiv werden. Zu Übernahmen kommt es, wenn bereits bestehende Betriebe durch Kauf, Erbe oder Pachtwechsel den Besitzer wechseln.
- Zur Zeit gibt es keine Existenzgründungsstatistik, durch die das Gründungsgeschehen umfassend dargestellt und die Entwicklung der jungen Unternehmen verfolgt werden kann. Sowohl die Gewerbeanzeigenstatistik als auch die Umsatzsteuerstatistik weisen im Hinblick auf die Ausweisung von Existenzgründungen Mängel auf, so daß es jeweils zu Unter- aber auch zu Übererfassungen kommt. In beiden Statistiken können außerdem aufgrund des Gewerbe- bzw. Steuerrechts nicht alle Berufe berücksichtigt werden, so daß insbesondere zu den Existenzgründungen in den freien Berufen keine Aussagen möglich sind. In den auf dem Mikrozensus basierenden Zahlen zu den Selbständigen werden die „neuen“ Selbständigen nicht gesondert ausgewiesen. Dementsprechend beziehen sich auf diese Zahlen basierende Aussagen immer auf alle Selbständigen. Angaben zum Existenzgründungsgeschehen sind daher nur näherungsweise möglich. Die auf diesen Quellen basierenden Untersuchungen geben nur Trends wieder.
- Wegen der in den verschiedenen Datenquellen enthaltenen Fehlerquellen, die zu Unter- und Übererfassungen führen, kann die Zahl der jährlichen Existenzgründungen in Baden-Württemberg nicht genau ermittelt werden. Aus den Zahlen der Gewerbeanzeigenstatistik und der Umsatzsteuerstatistik ergibt sich aber, daß 1996 bis 1998 im Südwesten jährlich wohl zwischen 20 000 und 30 000 Existenzgründungen erfolgten. Dabei scheint es in den 90er Jahren verstärkt zu Unternehmungsgründungen gekommen zu sein. Zumindest haben sich die Eingangszahlen der Gewerbeanmeldungen und die Zahl der Selbständi-

gen seit Mitte der 80er Jahre bis in die 90er Jahre hinein kontinuierlich gesteigert, wobei in den vergangenen drei Jahren die Zahl der Existenzgründungen stagnierte bzw. sogar leicht zurückgegangen ist.

- Bei einem Großteil dieser Gründungen handelt es sich um Einzelunternehmen. Die Auswertungen der Angaben zu den Beschäftigten ergaben außerdem, daß die meisten Unternehmen weniger als fünf Beschäftigte aufwiesen. Es ist daher davon auszugehen, daß meistens Kleinbetriebe gegründet oder übernommen werden.
- 80 % der Gründungen erfolgen im Dienstleistungsbereich, insbesondere im Handel, im Gastgewerbe und im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Unternehmensdienstleistungen. Die Gründungsbarrieren im Dienstleistungsbereich, wie Kapitalbedarf und Know-how sind häufig niedriger als im Sekundären Sektor, so daß es aus diesem Grund zu mehr Meldungen kommen kann. Außerdem deuten die vermehrten Gründungen in diesem Bereich auch auf den Strukturwandel und die damit verbundene zunehmende Tertiarisierung der Wirtschaft hin.
- Die jungen Unternehmen haben in den ersten Jahren mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Viele geben nach kurzer Zeit wieder auf. Darauf weisen diesbezügliche Auswertungen der Umsatzsteuerstatistik

hin. Besonders viele Aufgaben gab es in den ersten drei Jahren im Gastgewerbe und im Kredit- und Versicherungswesen.

- Aus den herangezogenen Datenquellen können im Hinblick auf die Person des Existenzgründers nur Informationen zur Staatsangehörigkeit der Gewerbetreibenden entnommen werden. Dabei zeigt sich, daß es bezogen auf die jeweiligen Bevölkerungszahlen – insbesondere bei den Übernahmen – verstärkt zu Existenzgründungen durch Ausländer kommt.
- Die regionalen Betrachtungen ergaben, daß in den wirtschaftlichen Zentren Baden-Württembergs, vor allem im Raum Stuttgart die meisten Unternehmungsgründungen und Übernahmen registriert wurden. Überraschend ist die gemessen an den Einwohnerzahlen erhöhte Gründungstätigkeit in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg sowie den benachbarten Landkreisen. Sie könnte Folge eines erhöhten Anpassungsdrucks dieses noch stark vom Sekundären Sektor geprägten Gebietes sein. Hinsichtlich der Verteilung der Existenzgründungen auf die Wirtschaftszweige in den Kreisen fällt vor allem auf, daß sich die unterschiedlichen regionalen Standortbedingungen, durch die die sektoralen Strukturen in den Kreisen maßgeblich beeinflusst werden, auch auf die Existenzgründungen auswirken. So kommt es beispielsweise in Gebieten, in denen das Produzierende Gewerbe von hoher Bedeutung ist, oftmals auch verstärkt zu Gründungen in diesen Wirtschaftszweig.

# Struktur und Entwicklung der Wirtschaftsbranchen im Ländlichen Raum i.e.S. Baden-Württembergs

Dipl.-Volkswirt Werner Brachat-Schwarz, Dipl.-Geograph Manfred Deckarm

## Thematische Abgrenzung und Untersuchungsziele

Die Beschäftigungsentwicklung war in den letzten Jahrzehnten von wechselnden Phasen der Zunahme, Stagnation und Abnahme gekennzeichnet. Aber nicht nur die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich verändert, ebenso bemerkenswert war der Wandel der Wirtschaftsstruktur, der durch Verluste im Produzierenden Gewerbe und durch Gewinne im Dienstleistungsbereich gekennzeichnet war. Diese strukturelle Veränderung verlief aber in den einzelnen Landesteilen und damit auch in den vier Raumkategorien nach dem Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 1983 – Verdichtungsräume, Randzonen, Verdichtungsgebiete im Ländlichen Raum und Ländlicher Raum im engeren Sinne (i.e.S.) (Schaubild 1) – zum Teil sehr unterschiedlich.

Im folgenden wird die Struktur und Entwicklung der Wirtschaftsbranchen im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt, das heißt ohne die Verdichtungsgebiete im Länd-

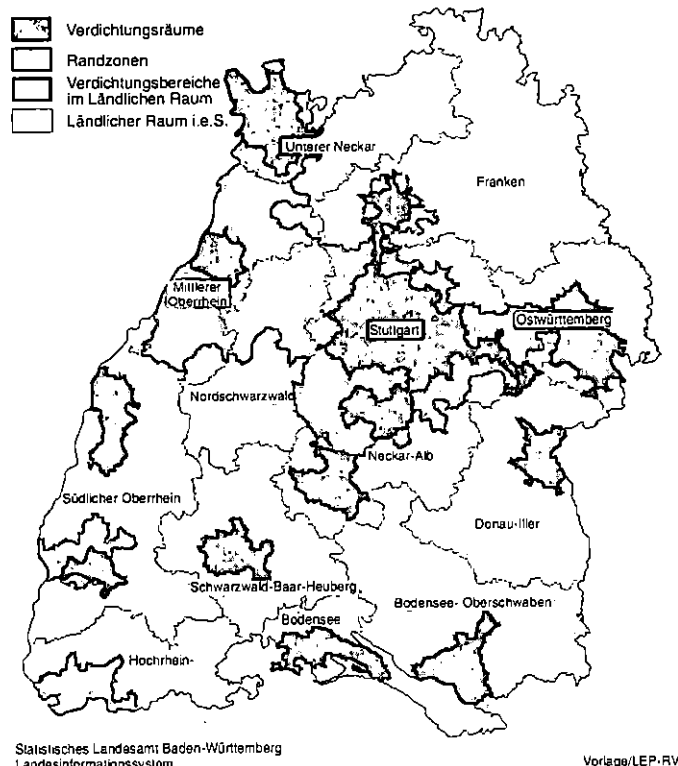
lichen Raum, herausgearbeitet und mit den übrigen Raumkategorien verglichen. Dieser Analyse wird ein Überblick über die Beschäftigungsentwicklung im Land insgesamt vorangestellt. In einem zweiten Teil werden die einzelnen Ländlichen Räume i.e.S. der zwölf Regionen Baden-Württembergs betrachtet und dem Durchschnitt des Ländlichen Raumes i.e.S. insgesamt gegenübergestellt. Eine Einordnung dieser zwölf Teilräume des Ländlichen Raumes i.e.S. in die 29 Einzelgebiete des Landesentwicklungsplanes rundet die Untersuchung ab. Als Betrachtungszeitraum wurden die Jahre 1985 bis 1997 gewählt.

Als Datengrundlage werden die Ergebnisse der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten herangezogen, die in den Datenbanken des Landesinformationssystems des Statistischen Landesamtes zur Verfügung stehen. Dies bedeutet aber, daß in diesen Zahlen die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen und die Beamten nicht enthalten sind. Ebenso fehlen die geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer sowie ein kleiner Teil der Angestellten. Landesweit werden aber immerhin knapp 80 % der Erwerbstätigen durch diese Statistik erfaßt.<sup>1</sup>

Was die sektorale Gliederung bzw. die Branchendifferenzierung betrifft, wird mehrstufig vorgegangen: (1) Die (grobe) Struktur bzw. deren Veränderung wird anhand der Anteile des Produzierenden Gewerbes (einschließlich der gewerblichen Land- und Forstwirtschaft)<sup>2</sup> sowie des Dienstleistungssektors betrachtet. (2) In einem zweiten Schritt werden die zehn Wirtschaftsabteilungen zugrunde gelegt. (3) Schließlich erfolgt noch eine differenzierte Branchenbetrachtung auf der Basis der 95 Wirtschaftsgruppen<sup>3</sup> (vgl. Branchenliste im Anhang). Da aber in ein

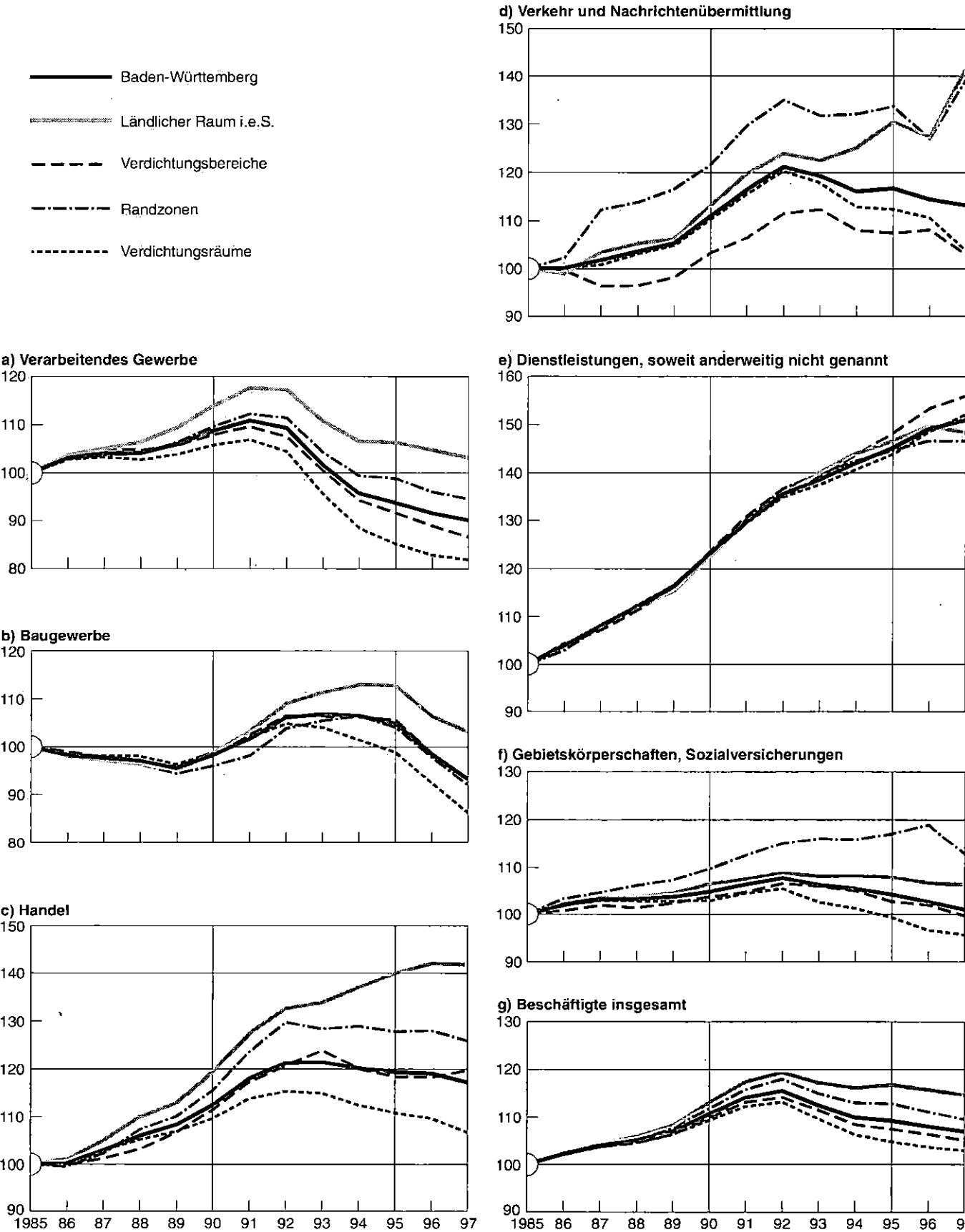
Schaubild 1

### Raumkategorien des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg 1983



- 1 Der Anteil der erfaßten Erwerbstätigen unterscheidet sich aber in den einzelnen Sektoren erheblich: Wird die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die Erwerbstätigen aus der sogenannten Erwerbstätigenrechnung bezogen, so liegen diese Anteile für die Land- und Forstwirtschaft bei lediglich 26 %, für das Produzierende Gewerbe bei immerhin 97 % und für den tertiären Sektor bei 71 %.
- 2 Die Land- und Forstwirtschaft wurde bei der sektoralen Betrachtung dem Produzierenden Gewerbe zugeschlagen, weil Aussagen zur Land- und Forstwirtschaft nur eingeschränkt möglich sind, da die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nur einen (geringen) Teil der Erwerbstätigen dieser Wirtschaftsabteilung erfaßt.
- 3 Im folgenden bleiben die Personen ohne Angabe der Wirtschaftsabteilung bei der Berechnung der sektoralen bzw. der Branchenanteile an den Beschäftigten insgesamt unberücksichtigt.

**Beschäftigte in den Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes seit 1985 nach ausgewählten Wirtschaftsabteilungen**  
1985  $\triangleq$  100



zelen Wirtschaftsgruppen die Beschäftigtenzahlen sehr gering sind, werden bei den Aussagen zur Entwicklung lediglich die 30 beschäftigungsstärksten Branchen in die Betrachtung einbezogen.

Von Interesse ist aber nicht nur, ob sich ein Teilraum stärker oder schwächer als der Gesamtraum entwickelt hat. Vielmehr ist von Bedeutung, welches die Ursachen von Entwicklungsunterschieden sind. Hierzu wird die sogenannte Shift-Analyse herangezogen, die eine statistische Aufspaltung der wirtschaftlichen Entwicklung in Struktur- und Standortkomponenten beinhaltet. Der sogenannte Strukturfaktor gibt dabei an, wie sich die Beschäftigtenzahl verändert hätte, wenn sich jede Wirtschaftsgruppe entsprechend der Veränderungsrate des Landes entwickelt hätte. Das bedeutet, daß sich für einen Teilraum beispielsweise dann ein Strukturvorteil ergibt (Strukturfaktor > 1), wenn hier der Anteil landesweit bedeutender und expandierender Branchen über jenen des Gesamtgebietes liegt. Dagegen bezeichnet der sogenannte Standortfaktor ein großes Bündel nicht weiter differenzierbarer Einflußfaktoren wie zum Beispiel das Qualifikationspotential, das Innovationspotential, die betriebliche Kostenstruktur, die Unternehmenspolitik und die Verkehrssituation. Ein Standortfaktor > 1 zeigt eine überdurchschnittliche, einer von < 1 eine unterdurchschnittliche Entwicklung des Standortes an.<sup>4</sup>

4 Bei der Durchführung der Shift-Analyse wurde zweistufig vorgegangen: In einem ersten Schritt wurde die Analyse für die vier Raumkategorien durchgeführt, wobei die Bezugsgröße (= Gesamtgebiet) das Land insgesamt war. In einem zweiten Schritt wurde die Analyse für die zwölf Teilräume des Ländlichen Raumes i.e.S. erstellt. Hier war die Bezugsgröße der Ländliche Raum i.e.S. insgesamt.

Schließlich soll auch untersucht werden, ob die Wirtschaft eines Teilgebietes relativ vielfältig oder aber tendenziell monostrukturiert ist. Hierzu wird auf den sogenannten Herfindahlindex<sup>5</sup> zurückgegriffen, der Rückschlüsse auf die Heterogenität bzw. Homogenität eines Wirtschaftsgebietes zuläßt.

Beschäftigungsentwicklung im Land insgesamt

Der Betrachtungszeitraum 1985 bis 1997 kann in zwei konjunkturelle Phasen zerlegt werden (Schaubild 2g): In den Jahren 1985 bis 1992 – einer Phase des anhaltenden konjunkturellen Aufschwungs – hat sich landesweit die Zahl der Beschäftigten von Jahr zu Jahr erhöht und zwar um insgesamt 533 000 auf 3,95 Millionen – dem bisher höchsten Beschäftigungsstand in der Geschichte des Landes. In der darauf folgenden Phase des stetigen Arbeitsplatzabbaus ist die Beschäftigtenzahl um 293 000 auf 3,66 Mill. zurückgegangen. Die Zahl der Beschäftigten entsprach damit 1997 dem Stand des Jahres 1989.

5 Bei der Berechnung des Herfindahlindexes werden die Beschäftigtenanteile der einzelnen Branchen quadriert und danach aufaddiert. Die Werte streuen zwischen 1 und 1/n, wobei n die Anzahl der untersuchten Wirtschaftszweige darstellt (hier: 95 Wirtschaftsgruppen und 1/n = 0,0105). Hohe Werte deuten eher auf eine monostrukturierte, niedrige Werte eher auf eine heterogene (vielfältige) Wirtschaftsstruktur hin.

Tabelle 1

Beschäftigte in Baden-Württemberg 1985 und 1997 nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte		Veränderung 1985 - 1997
	1985	1997	
	Anzahl		%
Land- und Forstwirtschaft	34 349	28 785	- 16,2
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	33 993	34 782	+ 2,3
Verarbeitendes Gewerbe	1 625 933	1 464 434	- 9,9
Baugewerbe	245 086	228 595	- 6,7
Handel	397 317	465 728	+ 17,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	124 874	141 373	+ 13,2
Kreditinstitute, Versicherungen	123 658	145 876	+ 18,0
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	572 639	864 461	+ 51,0
Organisationen ohne Erwerbscharakter	59 682	83 319	+ 39,6
Gebietskörperschaften u. Sozialversicherung	201 722	203 735	+ 1,0
Insgesamt <sup>1)</sup>	3 420 984	3 661 158	+ 7,0

<sup>1)</sup> Einschließlich der Personen ohne Angabe der Wirtschaftsabteilung.

Tabelle 2

**Beschäftigte in den Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes 1997 gegenüber 1985 nach**

Branche	Veränderung der Beschäftigtenzahl 1997 gegenüber 1985				
	Verdichtungs- räume	Rand- zonen	Verdichtungs- bereiche	Ländlicher Raum i.e.S.	Baden- Württemberg
	Anzahl				
Handel	+ 14 390	+ 16 023	+ 10 732	+ 27 266	+ 68 411
Elektrotechnik	- 23 176	- 3 999	- 584	+ 4 411	- 23 348
Maschinenbau	- 16 675	- 639	- 2 109	+ 5 259	- 14 164
Herstellung von Kraftwagen	- 19 225	+ 213	- 3 968	+ 784	- 22 196
Gesundheits- und Veterinärwesen	+ 37 284	+ 10 691	+ 11 096	+ 19 472	+ 78 543
Bauhauptgewerbe	- 14 952	- 5 593	- 2 555	- 2 459	- 25 559
Allgemeine öffentliche Verwaltung	+ 3 380	+ 3 860	+ 820	+ 4 449	+ 12 509
Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute	+ 12 570	+ 2 845	+ 2 143	+ 4 660	+ 22 218
Herstellung von EBM-Waren	- 4 845	+ 2 294	+ 1 592	+ 3 531	+ 2 572
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	+ 1 585	+ 813	+ 466	+ 3 139	+ 6 003
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	+ 7 546	+ 1 935	+ 2 151	+ 2 450	+ 14 082
Hochschulen, Schulen	+ 7 456	+ 1 163	+ 3 213	+ 898	+ 12 730
Chemische Industrie	+ 432	+ 270	- 1 014	+ 412	+ 100
Sonstige Verarbeitung von textilen Grundstoffen	- 6 630	- 5 485	- 10 695	- 10 056	- 32 866
Herstellung von Zahnrädern, Getrieben	- 835	+ 1 916	- 619	+ 4 603	+ 5 065
Kunststoffverarbeitung	- 4 387	+ 1 459	+ 1 105	+ 4 905	+ 3 082
Herstellung und Reparatur von Möbeln	- 2 021	- 2 227	- 1 002	+ 2 288	- 2 962
Feinmechanik und Optik	- 3 323	- 70	+ 14	+ 3 365	- 14
Herstellung von Nahrungsmitteln	- 1 932	+ 1 371	+ 175	+ 1 962	+ 1 576
Reparatur von Kraftfahrzeugen	+ 963	+ 1 025	+ 642	+ 1 237	+ 3 867
Druckerei und Vervielfältigung	- 3 769	+ 1 779	- 786	+ 1 164	- 1 612
Architektur- und Ingenieurbüros	+ 14 241	+ 3 923	+ 3 094	+ 4 218	+ 25 476
Deutsche Bundespost	- 6 459	+ 325	- 1 560	+ 136	- 7 558
Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung	- 11 788	- 1 422	- 2 300	- 2 237	- 17 747
Papierherzeugung und -verarbeitung	- 2 615	- 763	+ 551	+ 808	- 2 019
Stahlverformung	- 352	+ 669	+ 324	+ 3 219	+ 3 860
Rechts- und Wirtschaftsberatung	+ 27 790	+ 5 110	+ 4 538	+ 5 250	+ 42 688
Kinder-, Alters- und Tagesheime	+ 10 342	+ 5 610	+ 4 197	+ 10 064	+ 30 213
Spedition, Lagerei und Kühlhäuser	+ 2 119	+ 3 091	+ 1 235	+ 3 972	+ 10 417
Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung	- 321	+ 1 461	+ 208	- 149	+ 1 199

\*) Ergebnisse für die 30 beschäftigungsstärksten Wirtschaftspruppen 1985, die entsprechend der landesweiten Beschäftigtenzahl absteigend sortiert sind.

## Branchen\*)

Veränderung der Beschäftigtenzahl 1997 gegenüber 1985					Branche
Verdichtungs- räume	Rand- zonen	Verdichtungs- bereiche	Ländlicher Raum i.e.S.	Baden- Württemberg	
%					
+ 6,7	+ 25,9	+ 19,7	+ 41,7	+ 17,2	Handel
- 17,6	- 8,8	- 2,0	+ 10,5	- 9,4	Elektrotechnik
- 19,8	- 2,3	- 8,1	+ 10,5	- 7,5	Maschinenbau
- 14,0	+ 0,9	- 23,4	+ 7,8	- 11,8	Herstellung von Kraftwagen
+ 47,1	+ 39,1	+ 43,7	+ 45,4	+ 45,0	Gesundheits- und Veterinärwesen
- 25,1	- 19,5	- 15,7	- 5,4	- 17,0	Bauhauptgewerbe
+ 5,2	+ 17,7	+ 4,5	+ 12,0	+ 8,8	Allgemeine öffentliche Verwaltung
+ 16,6	+ 21,3	+ 17,1	+ 21,2	+ 18,0	Kredit- u. sonstige Finanzierungsinstitute
- 17,2	+ 12,4	+ 20,6	+ 13,9	+ 3,2	Herstellung von EBM-Waren
+ 5,2	+ 5,1	+ 5,4	+ 14,4	+ 7,8	Ausbau- und Bauhilfsgewerbe
+ 28,9	+ 16,6	+ 25,9	+ 10,6	+ 20,4	Gaststätten- und Berbergungsgewerbe
+ 18,8	+ 11,4	+ 47,8	+ 10,6	+ 19,6	Hochschulen, Schulen
+ 1,6	+ 1,9	- 14,9	+ 3,2	+ 0,2	Chemische Industrie
- 60,7	- 55,8	- 49,4	- 55,8	- 54,4	Sonstige Verarbeitung von textilen Grundstoffen
- 4,3	+ 25,4	- 3,7	+ 31,5	+ 8,7	Herstellung von Zahnrädern, Getrieben
- 19,5	+ 14,6	+ 20,4	+ 26,8	+ 5,5	Kunststoffverarbeitung
- 17,9	- 20,5	- 22,2	+ 8,0	- 5,4	Herstellung und Reparatur von Möbeln
- 17,6	- 0,8	+ 0,1	+ 21,3	0,0	Feinmechanik und Optik
- 8,0	+ 19,6	+ 2,5	+ 16,6	+ 3,2	Herstellung von Nahrungsmitteln
+ 5,2	+ 12,2	+ 9,9	+ 8,9	+ 8,2	Reparatur von Kraftfahrzeugen
- 16,7	+ 32,6	- 9,0	+ 17,1	- 3,7	Druckerei und Vervielfältigung
+ 62,0	+ 57,9	+ 64,7	+ 79,6	+ 64,0	Architektur- und Ingenieurbüros
- 27,8	+ 10,7	- 24,1	+ 3,1	- 20,3	Deutsche Bundespost
- 57,4	- 37,3	- 47,1	- 29,5	- 48,2	Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung
- 16,8	- 9,0	+ 15,6	+ 9,3	- 5,6	Papierherzeugung und -verarbeitung
- 4,6	+ 9,5	+ 7,2	+ 19,6	+ 10,8	Stahlverformung
+ 135,3	+ 103,5	+ 107,7	+ 88,6	+ 119,9	Rechts- und Wirtschaftsberatung
+ 77,4	+ 105,1	+ 95,5	+ 88,6	+ 87,7	Kinder-, Alters- und Tagesheime
+ 10,2	+ 80,4	+ 27,3	+ 84,6	+ 30,8	Spedition, Lagerei und Kühlhäuser
- 1,7	+ 37,0	+ 5,8	- 2,4	+ 3,7	Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung



In sektoraler Hinsicht verlief die landesweite Entwicklung wie folgt: In der konjunkturellen Aufschwungphase 1985 bis 1992 nahm die Zahl der Beschäftigten im produzierenden Sektor (einschließlich der gewerblichen Land- und Forstwirtschaft) um 167 000 (+ 8,6 %) zu; deutlich stärker war aber der Zuwachs im tertiären Sektor mit einem Plus von 367 000 (+ 24,8 %). In der Phase seit 1992 konnte dagegen nur noch der Dienstleistungssektor eine Beschäftigtenzunahme erzielen, die mit 57 000 (+ 3,1 %) aber relativ gering ausfiel. Demgegenüber wurde im produzierenden Bereich exakt jeder sechste Arbeitsplatz (350 000) abgebaut. Die Zahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe lag damit 1997 niedriger als in jedem Jahr seit 1974, als die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eingeführt wurde.

Was die landesweite Entwicklung der zehn Wirtschaftsabteilungen im Zeitraum 1985 bis 1997 betrifft, so zeigt sich, daß die Zahl der Beschäftigten sowohl in der Land- und Forstwirtschaft (– 16,2 %), dem Verarbeitenden Gewerbe (– 9,9 %) als auch im Baugewerbe (– 6,7 %) abgenommen hat (*Tabelle 1*). Im Bereich des Produzierenden Gewerbes konnte damit lediglich die Wirtschaftsabteilung „Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau“ die Zahl der Arbeitsplätze geringfügig ausbauen (+ 2,3 %). Dagegen haben alle Wirtschaftsabteilungen des tertiären Sektors die Beschäftigung ausgeweitet; am stärksten die „Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt“ (*Branchenliste im Anhang*) mit einem Plus von 292 000 (+ 51 %); am geringsten die Wirtschaftsabteilung „Gebietskörperschaften und Sozialversicherung“ mit lediglich 1 %.

Auf der Ebene der 95 Wirtschaftsgruppen zeigt sich, daß sechs der zehn Branchen mit den prozentual höchsten landesweiten Beschäftigungszuwächsen zur Wirtschaftsabteilung „Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt“, zu rechnen sind. Spitzenreiter ist die Rechts- und Wirtschaftsberatung mit einem Plus von 119,9 % (*Tabelle 2*). Aus dem Bereich des Produzierenden Gewerbes erreichte lediglich die Wirtschaftsgruppe „Stahlverformung, Oberflächenveredelung und Härtung“ einen Platz unter den ersten zehn. Dagegen zählen acht der zehn Branchen mit den höchsten Beschäftigungsverlusten zum produzierenden Sektor. Außerdem wurden bei der Deutschen Bundespost und im Bereich „Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung“ überdurchschnittlich viele Stellen abgebaut.

## Beschäftigungsentwicklung in den Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes

Der Ländliche Raum i.e.S. konnte in der Aufschwungphase 1985 bis 1992 den höchsten prozentualen Beschäftigtenzuwachs der vier Raumkategorien erzielen. Mit einem Plus von 19,5 % war die Zunahme höher als in den Randzo-

nen (+ 18,1 %), in den Verdichtungsbereichen (+ 14,2 %) und vor allem höher als in den Verdichtungsräumen (+ 13,2 %). Aber auch in der rezessiven Phase seit 1992 war die Entwicklung im Ländlichen Raum i.e.S. relativ günstig: Die Arbeitsplatzverluste waren mit 4 % nur etwa halb so hoch wie in den anderen drei Raumkategorien (Randzonen: – 7,2 %, Verdichtungsgebiete: – 7,8 %, Verdichtungsräume: – 9,1 %). Über den Gesamtzeitraum betrachtet (1985 bis 1997) entfielen damit 47,8 % des landesweiten Beschäftigungszuwachses auf den Ländlichen Raum i.e.S., obwohl hier 1985 lediglich 22,9 % der Beschäftigten Baden-Württembergs arbeiteten.

Diese insgesamt positive Entwicklung des Ländlichen Raums i.e.S. resultiert sowohl aus einem günstigen Verlauf im Bereich des Produzierenden Gewerbes als auch des Dienstleistungssektors. Im Zeitraum 1985 bis 1992 erzielte der Ländliche Raum i.e.S. beim Produzierenden Gewerbe mit 14,7 % wiederum den höchsten Beschäftigtenzuwachs. In den Verdichtungsräumen bzw. in den Verdichtungsgebieten waren es lediglich 4,5 bzw. 7,1 %, in den Randzonen immerhin 10,4 %. Letztere erreichten im Bereich des tertiären Sektors mit einem Plus von 30,6 % das beste Ergebnis vor dem Ländlichen Raum i.e.S. (+ 27,9 %) sowie den Verdichtungsgebieten und den Verdichtungsräumen (+ 24 % bzw. + 22,3 %). Seit 1992 war dagegen die Arbeitsplatzentwicklung in beiden Sektoren im Ländlichen Raum am günstigsten: Mit 11,1 % wurden im Produzierenden Gewerbe die wenigsten Arbeitsplätze abgebaut und im Dienstleistungsbereich mit 7,3 % die meisten zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Am ungünstigsten war die Entwicklung in den Verdichtungsräumen mit einem Minus von 20,7 % im produzierenden Sektor sowie einem geringen Plus von 1,3 % im tertiären Bereich.

Damit war die Entwicklung der Beschäftigtenzahl im Ländlichen Raum i.e.S. während des gesamten Betrachtungszeitraumes (1985 bis 1997) deutlich positiver als in den übrigen Raumkategorien (*Tabelle 3*). Die Ergebnisse der Shift-Analyse haben ergeben, daß diese dynamische Entwicklung im Ländlichen Raum i.e.S. trotz einer eher ungünstigen (Ausgangs-)Wirtschaftsstruktur erzielt wurde: Der „Strukturfaktor“ war nämlich mit einem Wert von 0,97 unterdurchschnittlich. Dagegen erreichte der „Standortfaktor“ den hohen Wert von 1,10. Das bedeutet, daß das Beschäftigungswachstum auf ein Bündel nicht weiter differenzierbarer Einflußfaktoren (u.a. Unternehmenspolitik, Verkehrs-, Standortsituation) zurückzuführen ist.

Dagegen erzielten die Verdichtungsräume das schwächste Wachstum der vier Raumkategorien – und dies trotz einer günstigen Ausgangsstruktur (Strukturfaktor: 1,03); der Standortfaktor war aber mit Abstand der geringste (0,94). In den Randzonen resultiert das überdurchschnittliche Ergebnis aus einem günstigen Standortfaktor (1,04), während die Ausgangsstruktur mit einem Strukturfaktor von 0,98 in etwa dem des Ländlichen Raumes i.e.S., aber auch dem der Verdichtungsgebiete entspricht.

Tabelle 3

Beschäftigte und Beschäftigtenbesatz in den Teilgebieten des Ländlichen Raumes i.e.S. 1985 und 1997

Ländlicher Raum i.e.S. der Region ...	Beschäftigte		Beschäftigtenentwicklung		Beschäftigtenbesatz <sup>1)</sup>	
	1985	1997	1985 - 1997		1985	1997
	1 000		1 000	%	Anzahl	
Stuttgart	23,9	27,2	3,3	14,0	241	236
Franken	146,2	178,7	32,5	22,3	300	303
Ostwürttemberg	28,8	33,0	4,2	14,5	232	227
Mittlerer Oberrhein	7,9	8,7	0,8	9,5	227	216
Unterer Neckar	57,0	63,9	6,9	12,0	285	276
Nordschwarzwald	49,6	58,6	9,0	18,1	300	301
Südlicher Oberrhein	102,7	121,4	18,7	18,2	257	269
Schwarzwald-Baar-Heuberg	114,5	118,9	4,5	3,9	364	340
Hochrhein-Bodensee	51,3	54,6	3,3	6,5	248	232
Neckar-Alb	30,3	30,9	0,6	1,9	275	241
Donau-Iller <sup>2)</sup>	78,8	95,3	16,4	20,9	283	294
Bodensee-Oberschwaben	92,0	106,6	14,7	16,0	277	278
nachrichtlich:						
Verdichtungsräume	1 617,5	1 665,1	47,6	2,9	459	437
Randzonen	565,1	619,2	54,0	9,6	295	281
Verdichtungsgebiete	455,5	479,2	23,8	5,2	428	401
Ländlicher Raum i.e.S. insgesamt	782,9	897,7	114,8	14,7	285	282
Baden-Württemberg	3 421,0	3 661,2	240,2	7,0	370	352

1) Beschäftigte je 1 000 Einwohner. – 2) Soweit Baden-Württemberg.

Das *Schaubild 2* zeigt für ausgewählte Wirtschaftsabteilungen die detaillierten Entwicklungslinien seit 1985 für die vier Raumkategorien sowie das Land insgesamt. Folgendes ist hervorzuheben: Im Gegensatz zu den übrigen Raumkategorien konnte der Ländliche Raum i.e.S. die Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe und auch im Baugewerbe im Zeitraum 1985 bis 1997 steigern (jeweils + 3,1 %); dagegen gingen in den Verdichtungsräumen hier sogar 18,2 % bzw. 13,7 % der Stellen verloren. Auch im Handel sowie im Verkehr und der Nachrichtenübermittlung war die Entwicklung im Ländlichen Raum i.e.S. dynamischer als in den übrigen Raumkategorien. Ungünstiger als landesweit war die Entwicklung lediglich in der Land- und Forstwirtschaft (– 28,6 % gegenüber – 16,2 %) und – in geringerem Umfang – bei den „Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt“ (+ 48,4 % gegenüber + 51 %) sowie der „Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau“ (– 3,9 % gegenüber + 2,3 %).

Auf Branchenebene fällt auf, daß die „Sonstige Verarbeitung von textilen Grundstoffen“ sowie die „Verteidigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ in allen Raumkategorien jeweils die höchsten Beschäftigungsverluste aufwiesen (*Tabelle 2*). Im Ländlichen Raum i.e.S. wurden darüber hinaus nur noch in zwei Branchen Arbeitsplätze

abgebaut: Im Bauhauptgewerbe (– 5,4 %) sowie in der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung (– 2,4 %). In den anderen Raumkategorien gingen dagegen zum Teil in deutlich mehr Branchen Arbeitsplätze verloren, in den Randzonen in acht, in den Verdichtungsgebieten in elf und in den Verdichtungsräumen sogar in 17 Branchen.

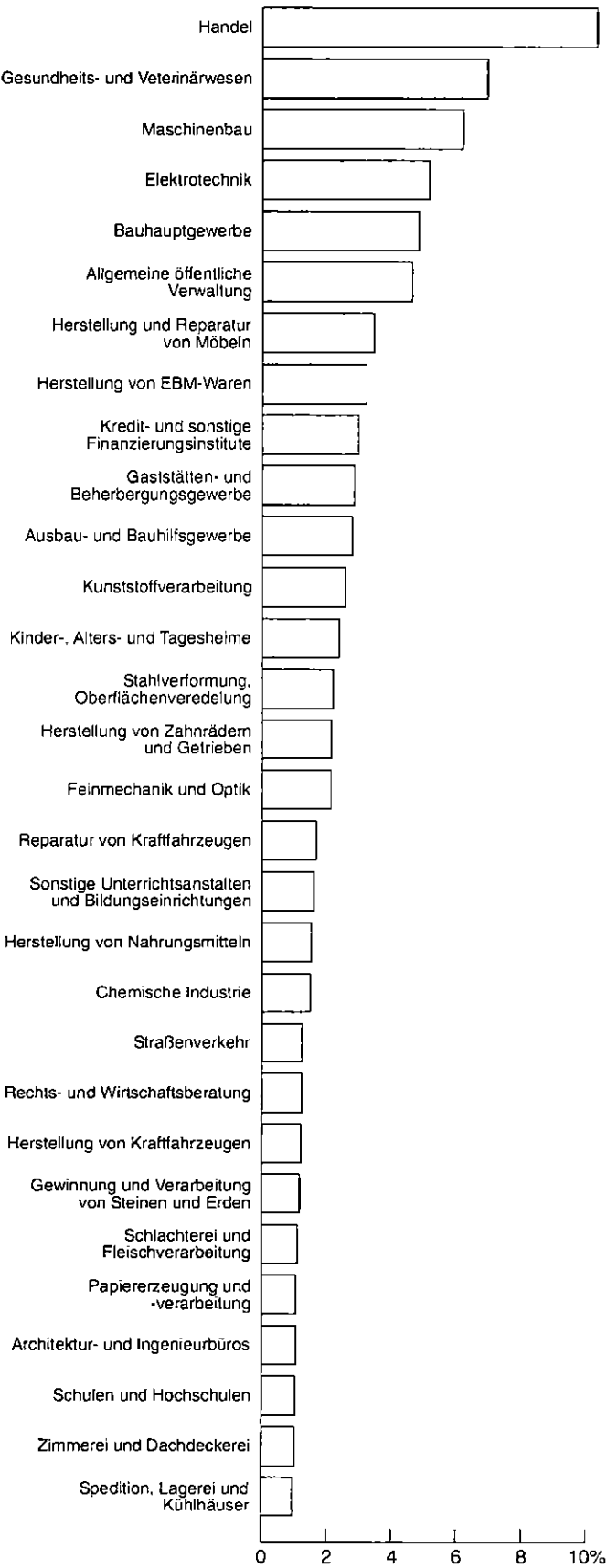
Was die Hauptgewinner bei der Beschäftigtenentwicklung betrifft, so zeigt sich in den einzelnen Raumkategorien eine relativ große Übereinstimmung: Es handelt sich vor allem um Wirtschaftsgruppen aus der Wirtschaftsabteilung „Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt“: Rechts- und Wirtschaftsberatung, Kinder-, Alters- und Tagesheime, Architektur- und Ingenieurbüros sowie das Gesundheits- und Veterinärwesen.

Zwischenergebnis: Die dynamische Beschäftigtenentwicklung im Ländlichen Raum i.e.S. belegt eindrucksvoll dessen gestiegene Attraktivität. Zurückzuführen ist diese aber nicht auf eine günstige Branchenstruktur; vielmehr dürften hierfür ein Bündel von positiven Standortfaktoren ausschlaggebend sein. Als Beispiele seien das relativ niedrige Lohnniveau, die günstigen Baulandpreise und das „grüne“ Image, kombiniert mit einem hohen Freizeitwert, genannt. Vermutlich hat dies auch zu Betriebsverlagerungen in den Ländlichen Raum i.e.S. geführt. Bei der Be-

Schaubild 3

Die Branchenstruktur im Ländlichen Raum i.e.S. Baden-Württembergs 1997

Anteile der 30 beschäftigungsstärksten Branchen in Prozent



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

326 99

wertung dieser dynamischen Entwicklung ist allerdings zu beachten, daß sich diese von einer im Vergleich zu den anderen Raumkategorien niedrigeren Basis (vor allem des Beschäftigtenbesatzes) vollzogen hat.

Inwieweit sich diese überdurchschnittliche Entwicklung des Ländlichen Raumes i.e.S. auch in Zukunft fortsetzen wird, ist offen. Aufgrund des vergleichsweise starken Übergewichts des produzierenden Sektors im Ländlichen Raum i.e.S. sind zum einen mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung strukturelle Anpassungsprozesse aufgrund der verstärkten Globalisierung in diesem Bereich nicht auszuschließen, wie gerade die Entwicklung im Mittleren Neckarraum und in der Rhein-Neckar-Region deutlich gemacht hat. Auf der anderen Seite scheinen die Perspektiven des Ländlichen Raumes i.e.S. deshalb relativ günstig, weil der Standortvorteil „freie sowie günstige Gewerbe- und Siedlungsflächen“ in Zukunft möglicherweise noch an Bedeutung gewinnen wird. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Wachstumschancen im Verarbeitenden Gewerbe – das ja im Ländlichen Raum i.e.S. überdurchschnittlich vertreten ist – begrenzt sind.

Heutige Branchenstruktur in den Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes

Der Ländliche Raum i.e.S. umfaßt 66,3 % der baden-württembergischen Landesfläche. Es lebten hier Ende 1997 aber nur 30,7 % der Landesbevölkerung; entsprechend gering ist die Bevölkerungsdichte mit 134 Einwohnern je km². In den anderen Raumkategorien ist diese Dichteziffer erheblich höher: In den Verdichtungsräumen liegt sie mit 1 123 Einwohnern je km² mehr als achtmal so hoch, in den Randzonen bzw. den Verdichtungsgebieten mit 383 bzw. 414 Einwohnern je km² immerhin etwa dreimal so hoch.

Trotz der dargestellten positiven wirtschaftlichen Entwicklung liegt die Zahl der Beschäftigten je 1 000 Einwohner im Ländlichen Raum i.e.S. mit 282 immer noch deutlich unter dem entsprechenden Landesdurchschnitt (352); allerdings wird das Ergebnis für die Randzonen (281) immerhin knapp übertroffen (Tabelle 3). In den Verdichtungsgebieten bzw. Verdichtungsgebieten liegt der Beschäftigtenbesatz mit 437 bzw. 401 deutlich höher. Dieser unterdurchschnittliche Wert für den Ländlichen Raum i.e.S. spiegelt sich auch im Pendlerverhalten wider: Aus dem Ländlichen Raum i.e.S. pendelten 1997 per Saldo 169 Beschäftigte je 1 000 Beschäftigte aus, in die Verdichtungsgebiete bzw. die Verdichtungsgebiete dagegen 279 bzw. 196 Beschäftigte je 1 000 Beschäftigte mehr ein als aus. Ebenfalls negativ ist der Pendlersaldo für die Randzonen und zwar mit 189 je 1 000 Beschäftigte noch ausgeprägter als im Ländlichen Raum i.e.S. Diese negativen Pendlersalden des Ländlichen Raumes i.e.S. und

der Randzonen belegen die funktionale Verflechtung mit den Verdichtungsbereichen im Ländlichen Raum bzw. den Verdichtungsräumen.

Relativ günstig ist dagegen die Arbeitslosenquote im Ländlichen Raum i.e.S.: 4,5 % der 15- bis unter 65jährigen waren 1997 arbeitslos, in den übrigen Raumkategorien waren es jeweils mehr als 5 %. Am höchsten war die Quote in den Verdichtungsbereichen (5,7 %) und in den Verdichtungsräumen (5,5 %). In den Randzonen lag die Arbeitslosenquote bei 5,1 %. Diese Quoten sind allerdings nicht mit denjenigen der Bundesanstalt für Arbeit vergleichbar, die bei ihren Berechnungen die Zahl der Arbeitslosen auf die Zahl der abhängigen zivilen Erwerbspersonen bezieht und nicht – wie hier geschehen – auf die Bevölkerung im Alter von 15- bis unter 65 Jahren. Auf die Quoten der Bundesanstalt für Arbeit konnte nicht zurückgegriffen werden, weil diese nur für Arbeitsamtsbezirke und Kreise vorliegen.

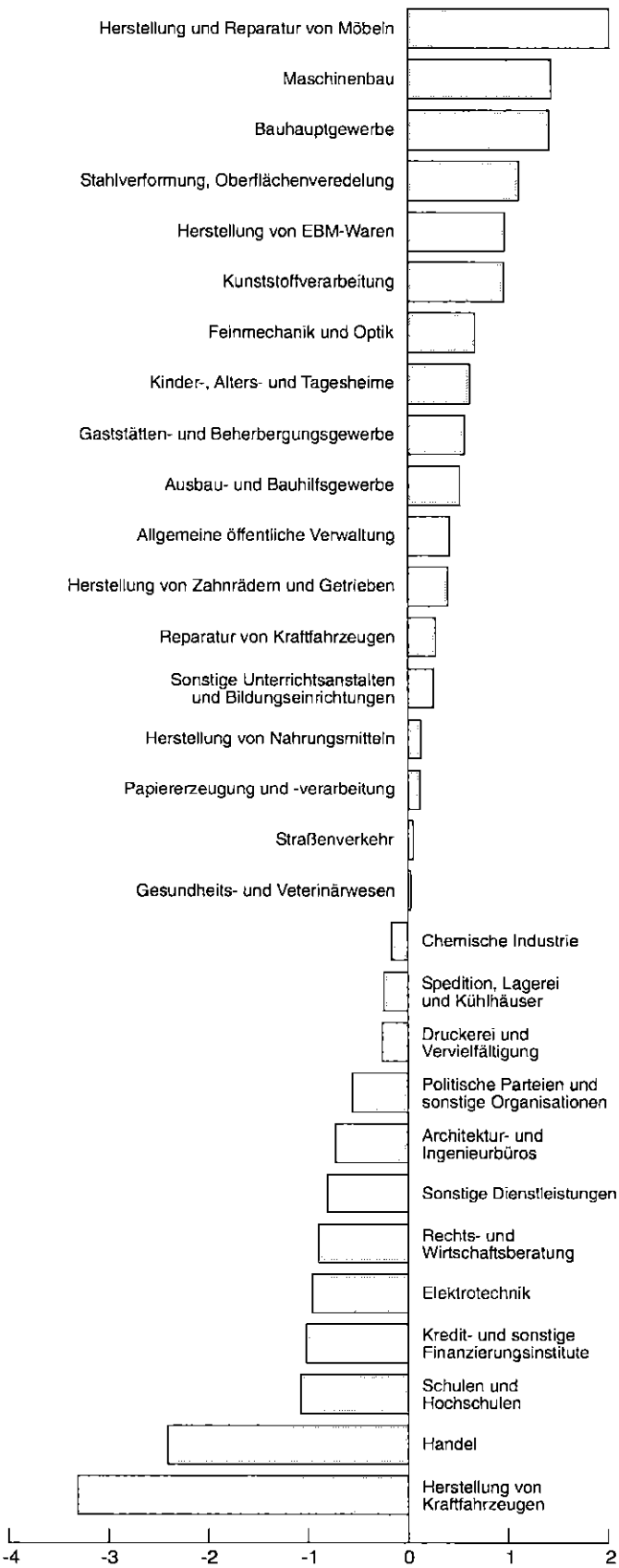
Der bereits angesprochene Strukturwandel hat sich – wenn auch mit einer gewissen Verzögerung – auch im Ländlichen Raum i.e.S. vollzogen: 1985 waren erst 36,0 % im Dienstleistungssektor beschäftigt, bis 1997 hat sich der Anteil auf 43,1 % erhöht. Verglichen mit den übrigen Raumkategorien ist dies aber immer noch der geringste Wert; in den Verdichtungsbereichen waren es zuletzt 51,7 %, in den Verdichtungsräumen sogar 59,0 %; die Randzonen erreichten immerhin 46,4 %.

Anhand der zehn Wirtschaftsabteilungen wird deutlich, daß dieser unterdurchschnittliche Wert des tertiären Sektors im Ländlichen Raum i.e.S. auf geringere Beschäftigtenanteile des Handels, vor allem aber auf unterdurchschnittliche Werte bei den „Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt,“ zurückzuführen ist: Der Handel erreicht nur 10,3 % der Beschäftigten, in den übrigen Raumkategorien sind es bis zu 14 %; die „Dienstleistungen soweit anderweitig nicht genannt“ haben im Ländlichen Raum i.e.S. nur einen Anteil von 19,8 %, im Landesdurchschnitt sind es 23,6 %. Dagegen erreicht der Anteil der Beschäftigten bei Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen – etwas überraschend – den Landesdurchschnitt.

Angesichts der Tatsache, daß im Ländlichen Raum i.e.S. auch heute noch das Produzierende Gewerbe dominiert, ist es wenig verwunderlich, daß die beschäftigungsstärksten Branchen eben diesem Sektor angehören: 18 der 30 größten Branchen zählen zum Produzierenden Gewerbe (*Schaubild 3*); in den Verdichtungsräumen sind es lediglich 13. Verglichen mit dem Land gehören hier lediglich drei der landesweit 30 größten Branchen nicht zu den beschäftigungsstärksten Branchen; dies sind: „Sonstige Dienstleistungen“, wozu beispielsweise die Übersetzungsbüros oder der Betrieb von Spielautomaten gehören, „Politische Parteien und sonstige Organisationen“ sowie „Druckerei und Vervielfältigung“. Dafür zählen im Ländlichen Raum i.e.S. die Branchen „Gewinnung und Verar-

Schaubild 4

**Abweichung der Branchenstruktur des Ländlichen Raumes i.e.S. von derjenigen des Landes Baden-Württemberg 1997 in Prozentpunkten\*)**



\*) Zugrunde gelegt wurden die 30 landesweit beschäftigungsstärksten Branchen.

beitung von Steinen und Erden", „Schlachtereie und Fleischverarbeitung" sowie „Zimmerei und Dachdeckerei" zu den 30 größten Branchen.

*Schaubild 4* zeigt die Abweichung der Branchenstruktur des Ländlichen Raumes i.e.S. gegenüber dem Landesdurchschnitt: Deutlich überrepräsentiert ist die Herstellung und Reparatur von Möbeln, der Maschinenbau sowie das Bauhauptgewerbe; erheblich schwächer vertreten als landesweit ist die Herstellung von Kraftfahrzeugen und – wie bereits erwähnt – der Handel.

Was die Vielfältigkeit der Wirtschaftsstruktur angeht, so ist diejenige des Ländlichen Raumes i.e.S. positiv zu bewerten: Der Herfindahlindex lag 1997 bei 0,037. In den anderen drei Raumkategorien war der Wert höher, das heißt die Struktur war einseitiger und damit weniger ausgeglichen. Am stärksten monostrukturiert ist die Wirtschaft der Verdichtungsräume mit einem Index von 0,047. Dennoch hat die Shift-Analyse ergeben (s. o.), daß die Verdichtungsräume die günstigste Struktur hatten. Das heißt, die Branchenzusammensetzung ist hier zwar relativ einseitig, jedoch hat dies nicht zu Nachteilen geführt, weil die landesweiten Wachstumsbranchen überdurchschnittlich vertreten waren. Daß die Verdichtungsräume aber dennoch eine deutlich unterdurchschnittliche Beschäftigtenentwicklung genommen haben, war ausschließlich auf ungünstige Standortfaktoren zurückzuführen (*vergleiche vorigen Abschnitt*).

## Entwicklung und Struktur der Wirtschaftsbranchen in den Ländlichen Räumen i.e.S. in den Regionen

Im folgenden werden die Wirtschaftsstruktur und deren Entwicklung in den Ländlichen Räumen i.e.S. der zwölf Regionen des Landes betrachtet und mit derjenigen des Ländlichen Raumes i.e.S. insgesamt verglichen. In Verbindung mit dem bereits Gesagten ergibt sich jedoch jeweils auch ein Vergleich mit den anderen Raumkategorien bzw. mit dem Land insgesamt.<sup>6</sup> Da aber in den Ländlichen Räumen i.e.S. der Region Stuttgart und des Mittleren Oberrheines lediglich 27 000 bzw. knapp 9 000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz haben und es sich nicht um zusammenhängende Gebiete handelt, ist für diese Räume eine gesonderte Betrachtung nicht sinnvoll. Bei der Bewertung der Ergebnisse für die einzelnen Teilräume ist zu bedenken, daß sich bei einer kleinräumigeren Betrachtung ein wesentlich differenzierteres Bild der aufgezeigten Entwicklungen ergeben kann. *Tabelle 3* gibt zunächst einen Überblick über die Beschäftigungssituation und -entwicklung in den einzelnen Ländlichen Räumen i.e.S.

### a) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Franken

Der Ländliche Raum i.e.S. der Region Franken ist mit 4 355 km<sup>2</sup> der flächenmäßig größte der hier betrachteten Teilräume des Landes; 91 % der Regionsfläche zählen zum Ländlichen Raum i.e.S.; 1997 lebten hier 589 000 Einwohner, knapp 179 000 Beschäftigte hatten hier ihren Arbeitsplatz (*Tabelle 3*). Die Bevölkerungsdichte entspricht mit 135 Einwohnern je Quadratkilometer (E./km<sup>2</sup>) fast genau dem Durchschnitt des Ländlichen Raumes i.e.S. insgesamt (134 E./km<sup>2</sup>); der Beschäftigtenbesatz, das heißt die Zahl der Beschäftigten je 1 000 Einwohner, war mit 303 höher als im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt (282 E./km<sup>2</sup>).

1997 arbeiteten von den knapp 179 000 Beschäftigten im Ländlichen Raum i.e.S. der Region Franken 54,3 % im Produzierenden Gewerbe; 1985 waren es noch 60,5 %. Trotz dieser prozentualen Abnahme des sektoralen Anteils wurden aber seit 1985 im Produzierenden Gewerbe per Saldo 8 700 Stellen geschaffen – das sind 85 % des gesamten Stellenzuwachses im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt. Noch deutlich höher war der Arbeitsplatzzuwachs im tertiären Sektor mit einem Plus von 24 000 Beschäftigten; der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor erhöhte sich damit von 39,5 % im Jahr 1985 auf zuletzt 45,7 %. Verglichen mit dem Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt (43,1 %) war damit der tertiäre Sektor überrepräsentiert.

Diese überdurchschnittliche Beschäftigtenentwicklung – und zwar sowohl im produzierenden als auch im Dienstleistungssektor – resultiert zum einen aus einer günstigen Branchenstruktur (Strukturfaktor: 1,02); zum anderen sind hierfür – wie das Ergebnis der Shift-Analyse gezeigt hat – auch positive Sonderentwicklungen in der Mehrzahl der Branchen verantwortlich, die sich in einem überdurchschnittlichen Standortfaktor (1,04) niedergeschlagen haben (*Tabelle 4*). Mitentscheidend hierfür dürfte die verbesserte Verkehrsanbindung der Region sein. Was die Vielfältigkeit der Wirtschaft betrifft, so nimmt der Ländliche Raum i.e.S. der Region Franken eine mittlere Position ein: Der Herfindahlindex lag 1997 bei 0,043. Noch 1985 betrug er 0,036, das heißt, es ist für den Betrachtungszeitraum – wie auch im Land insgesamt – eine gewisse Tendenz hin zu einer stärkeren Monostrukturierung festzustellen.

Die größten Branchen im Ländlichen Raum i.e.S. der Region Franken sind überwiegend auch diejenigen, die im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt am stärksten vertreten sind: Handel, Gesundheits- und Veterinärwesen, Maschinenbau und Elektrotechnik (*Schaubilder 5a und 3*). Überrepräsentiert sind vor allem der Handel, die Kredit- und sonstigen Finanzierungsinstitute sowie die Herstellung und Reparatur von Möbeln; deutlich schwächer vertreten sind insbesondere die Herstellung von EBM-Waren und das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe.

<sup>6</sup> Vergleiche hierzu auch den Abschnitt „Ländliche Räume i.e.S. in den Regionen.“

Tabelle 5

# **Beschäftigte in den Teilgebieten des Ländlichen Raumes i.e.S. Baden-Württembergs 1985 und 1997 nach Wirtschaftsabteilungen**

## **a) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Franken**

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte		Veränderung 1985 - 1997
	1985	1997	
	Anzahl		%
Land- und Forstwirtschaft	3 277	2 434	- 25,7
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	1 075	1 024	- 4,7
Verarbeitendes Gewerbe	71 132	79 821	+ 12,2
Baugewerbe	12 906	13 783	+ 6,8
Handel	13 750	22 190	+ 61,4
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	3 775	5 257	+ 39,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	6 889	7 839	+ 13,8
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	21 163	32 853	+ 55,2
Organisationen ohne Erwerbscharakter	2 037	3 010	+ 47,8
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	10 081	10 485	+ 4,0
Insgesamt <sup>1)</sup>	146 154	178 696	+ 22,3

1) Einschließlich nicht zuordenbare Fälle.

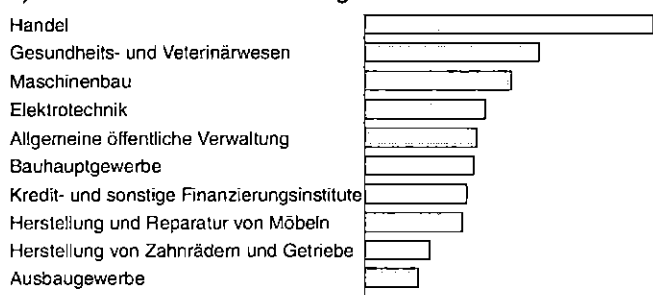
## **b) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Ostwürttemberg**

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte		Veränderung 1985 - 1997
	1985	1997	
	Anzahl		%
Land- und Forstwirtschaft	679	459	- 32,4
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	499	411	- 17,6
Verarbeitendes Gewerbe	15 505	16 040	+ 3,5
Baugewerbe	3 424	3 983	+ 16,3
Handel	1 863	2 611	+ 40,2
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	435	830	+ 90,8
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	650	756	+ 16,3
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	3 482	5 709	+ 64,0
Organisationen ohne Erwerbscharakter	294	423	+ 43,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	1 953	1 732	- 11,3
Insgesamt <sup>1)</sup>	28 784	32 954	+ 14,5

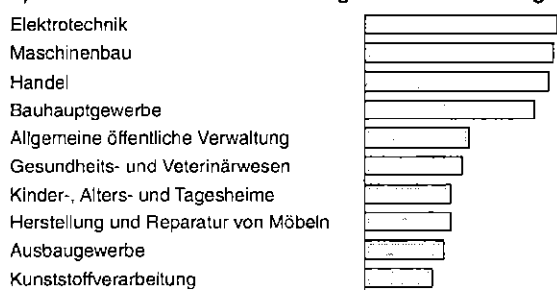
1) Einschließlich nicht zuordenbare Fälle.

## Die größten Branchen in den Teilräumen des Ländlichen Raumes i.e.S. 1997

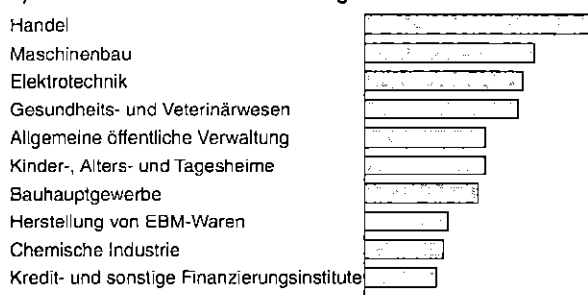
## a) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Franken



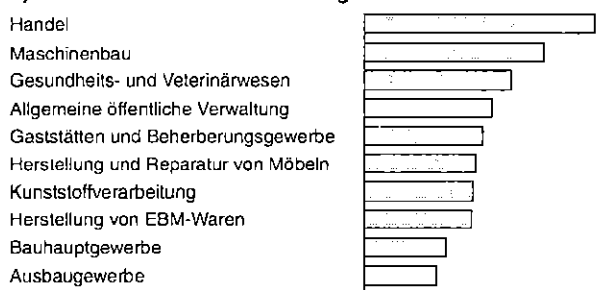
## b) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Ostwürttemberg



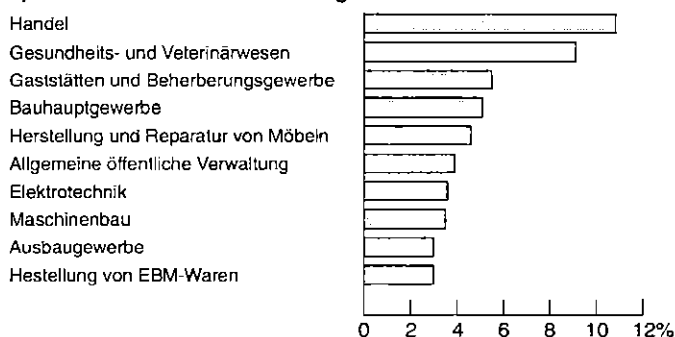
## c) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Unterer Neckar



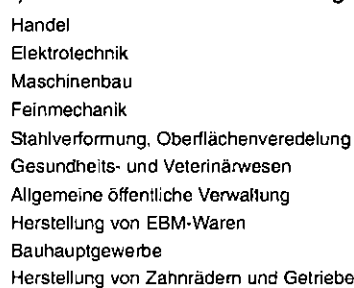
## d) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Nordschwarzwald



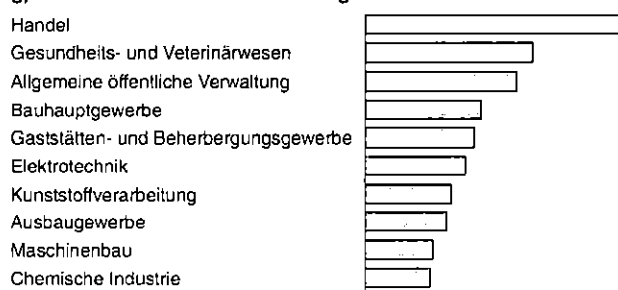
## e) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Südlicher Oberrhein



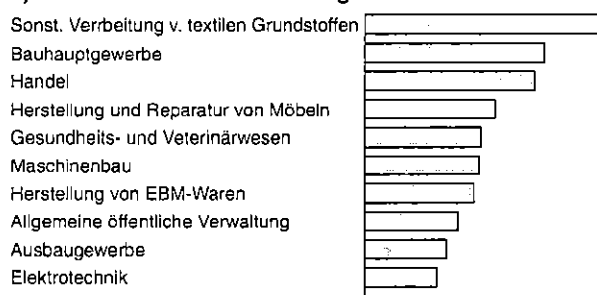
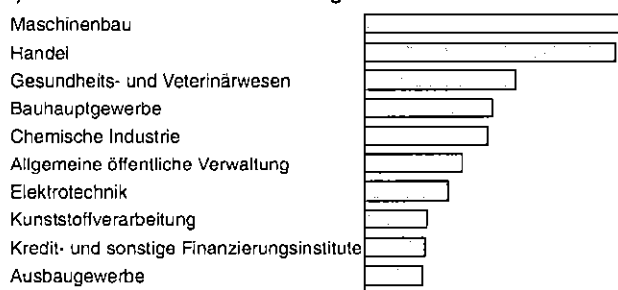
## f) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg



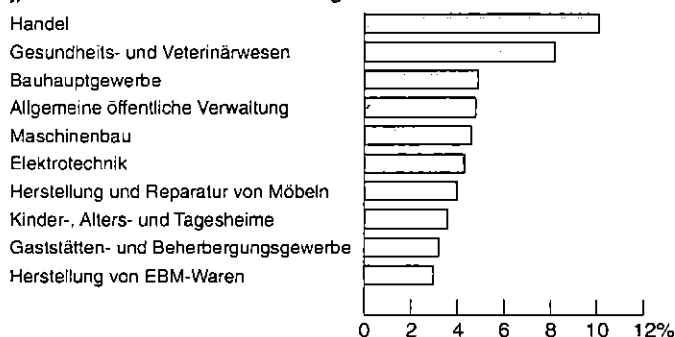
## g) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Hochrhein-Bodensee



## h) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Neckar-Alb

i) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Donau-Iller<sup>1)</sup>

## j) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Bodensee-Oberschwaben



1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Tabelle 4

**Ergebnisse der Shift-Analyse für die Teilgebiete des Ländlichen Raumes i.e.S. 1997**

Ländlicher Raum i.e.S. der Region ....	Regionalfaktor <sup>1)</sup>	Standortfaktor	Strukturfaktor
Franken	1,07	1,04	1,02
Ostwürttemberg	1,00	1,02	0,97
Unterer Neckar	0,98	0,96	1,02
Nordschwarzwald	1,03	0,99	1,04
Südlicher Oberrhein	1,03	1,01	1,02
Schwarzwald-Baar-Heuberg	0,91	0,93	0,97
Hochrhein-Bodensee	0,93	0,93	0,99
Neckar-Alb	0,89	1,07	0,83
Donau-Iller <sup>2)</sup>	1,05	1,05	1,00
Bodensee-Oberschwaben	1,01	1,00	1,01
Ländlicher Raum i.e.S. insgesamt	1,00	1,00	1,00

1) Ein Regionalfaktor >1 bedeutet eine im Vergleich zum Ländlichen Raum i.e.S. überdurchschnittliche, einer von <1 eine unterdurchschnittliche Entwicklung der Beschäftigtenzahl. – 2) Soweit Baden-Württemberg.

*Tabelle 5a* zeigt die Beschäftigtenentwicklung 1985 bis 1997 auf der Ebene der zehn Wirtschaftsabteilungen. Was die Entwicklung einzelner Branchen angeht, so zählen diejenigen mit dem höchsten Beschäftigtenplus alle zum tertiären Sektor. Spitzenreiter ist der Handel, der die Zahl der Arbeitsplätze mehr als verdoppelt hat (+ 129 %). Dagegen gehören die fünf Branchen mit dem stärksten Arbeitsplatzabbau alle zum Produzierenden Gewerbe: Im Bekleidungsgewerbe und den Nähereien wurde jeder zweite Arbeitsplatz abgebaut, im Fahrzeugbau immerhin jeder fünfte.

### **b) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Ostwürttemberg**

Der Ländliche Raum i.e.S. der Region Ostwürttemberg ist mit einer Fläche von 1 269 km<sup>2</sup> der drittkleinste des Landes. Obwohl der Anteil an der gesamten Regionsfläche immerhin 59 % beträgt, leben hier nur 32 % der Bevölkerung der Region; beschäftigt sind hier sogar nur knapp 23 % aller Personen in der Region. Entsprechend gering ist die Bevölkerungsdichte und auch der Beschäftigtenbesatz: Mit 114 Einwohnern je km<sup>2</sup> war 1997 die Bevölkerungsdichte nur noch im Ländlichen Raum i.e.S. der Region Neckar-Alb geringer (97 E./km<sup>2</sup>); die Arbeitsplatzdichte war mit 227 Beschäftigten je 1 000 Einwohnern ebenfalls die zweitniedrigste.

1997 lag hier die Zahl der Beschäftigten bei 33 000 und damit um 14,5 % höher als 1985. Der Beschäftigtenzuwachs entsprach damit dem Durchschnitt des Ländlichen Raumes i.e.S. insgesamt. Eine eher ungünstige Branchen-

struktur (Strukturfaktor: 0,97) wurde durch günstige Standortfaktoren kompensiert. Allerdings waren die Sektoren sehr unterschiedlich an der Arbeitsplatzentwicklung beteiligt: Im Produzierenden Gewerbe wurden lediglich knapp 800 Stellen geschaffen, im tertiären Sektor immerhin 3 400. Der Anteil des Dienstleistungssektors hat sich entsprechend erhöht und zwar von 30,1 % im Jahr 1985 auf zuletzt 36,6 %. Dennoch liegt dieser Anteil weiterhin erheblich unter dem Durchschnitt des Ländlichen Raumes i.e.S. insgesamt (43,1 %).

Diese starke Produktionsorientierung der Wirtschaft in der Region findet auch in der Reihenfolge der beschäftigungsstärksten Branchen ihren Niederschlag: Nicht der Handel, der im Land insgesamt und in den vier Raumkategorien die meisten Beschäftigten aufweist, sondern die Schlüsselbranchen Elektrotechnik und Maschinenbau nehmen die ersten Plätze ein. Deutlich geringer ist auch der Anteil des Gesundheits- und Veterinärwesens, während das Bauhauptgewerbe überproportional vertreten ist. Der geringe Frauenanteil an den Beschäftigten insgesamt in diesem Raum ist vermutlich auf diese Branchenspezifika zurückzuführen (*Schaubild 6*).

Was die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in den einzelnen Branchen angeht, fällt auf, daß von den 30 beschäftigungsstärksten Branchen seit 1985 lediglich vier Arbeitsplätze abgebaut haben: Maschinenbau (– 24 %), Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung (– 18 %), Hochschulen und Schulen (– 6 %) sowie Herstellung von Nahrungsmitteln (– 4 %). Von den fünf Branchen mit den höchsten Beschäftigtenzuwächsen zählen immerhin zwei zum



# **Beschäftigte in den Teilgebieten des Ländlichen Raumes i.e.S. Baden-Württembergs 1985 und 1997 nach Wirtschaftsabteilungen**

## **c) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Unterer Neckar**

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte		Veränderung 1985 - 1997
	1985	1997	
	Anzahl		%
Land- und Forstwirtschaft	744	561	- 24,6
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	657	739	+ 12,5
Verarbeitendes Gewerbe	27 722	27 581	- 0,5
Baugewerbe	5 976	5 234	- 12,4
Handel	5 119	6 220	+ 21,5
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1 174	1 487	+ 26,7
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1 415	1 998	+ 41,2
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	9 316	14 084	+ 51,2
Organisationen ohne Erwerbscharakter	669	1 217	+ 81,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	4 166	4 770	+ 14,5
Insgesamt <sup>1)</sup>	57 024	63 894	+ 12,0

1) Einschließlich nicht zuordenbare Fälle.

## **d) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Nordschwarzwald**

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte		Veränderung 1985 - 1997
	1985	1997	
	Anzahl		%
Land- und Forstwirtschaft	1 070	716	- 33,1
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	323	262	- 18,9
Verarbeitendes Gewerbe	23 379	26 284	+ 12,4
Baugewerbe	4 217	4 389	+ 4,1
Handel	4 678	5 808	+ 24,2
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1 527	2 775	+ 81,7
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1 210	1 402	+ 15,9
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	9 287	12 378	+ 33,3
Organisationen ohne Erwerbscharakter	623	895	+ 43,7
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	3 261	3 657	+ 12,1
Insgesamt <sup>1)</sup>	49 609	58 566	+ 18,1

1) Einschließlich nicht zuordenbare Fälle.

produzierenden Sektor, nämlich die Stahlverformung und Oberflächenveredelung sowie die Herstellung von EBM-Waren.

### *c) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Unterer Neckar*

Im Ländlichen Raum i.e.S. der Region Unterer Neckar (östlicher Kraichgau, Odenwald und Bauland) leben auf einer Fläche von 1 539 km<sup>2</sup> 231 000 Einwohner; knapp 64 000 Personen sind hier beschäftigt. Damit liegt die Bevölkerungsdichte mit 150 E./km<sup>2</sup> etwas über, die Zahl der Beschäftigten je 1 000 Einwohnern mit 276 etwas unter dem Durchschnitt für den Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt. 1997 pendelten per Saldo 165 je 1 000 Beschäftigte mehr aus als ein, und zwar insbesondere in die Zentren Mannheim und Heidelberg.

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahl seit 1985 war – verglichen mit dem Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt – unterdurchschnittlich (12,2 % gegenüber 14,7 %). Wie die Shift-Analyse gezeigt hat, konnten schwache Sonderentwicklungen in einigen Branchen (Standortfaktor: 0,96) nur teilweise durch eine günstige Branchenstruktur (Strukturfaktor: 1,02) kompensiert werden. In sektoraler Hinsicht war Hauptursache für die verhaltene Entwicklung der schwache Verlauf im Produzierenden Gewerbe, wo – entgegen dem Trend im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt – Arbeitsplätze abgebaut wurden. Im Dienstleistungssektor konnte dagegen der starke Beschäftigungszuwachs im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt knapp erreicht werden (36,2 gegenüber 37,3 %). Zuletzt waren 46,6 % aller Beschäftigten im tertiären Sektor tätig, das heißt 3,5 Prozentpunkte mehr als im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt; dies ist nach dem Ländlichen Raum i.e.S. der Regionen Bodensee-Oberschwaben und des Südlichen Oberrheins der höchste Wert.

Wie in den meisten anderen Regionen auch, weist der Handel den höchsten Beschäftigtenanteil auf. Deutlich stärker vertreten als im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt sind insbesondere die Kinder-, Alters- und Tagesheime (5,2 % gegenüber 2,4 %), die Chemische Industrie (3,4 % gegenüber 1,5 %) sowie die Elektrotechnik (6,8 % gegenüber 5,2 %). Was die Branchenentwicklung seit 1985 angeht, so befinden sich die fünf Branchen mit den höchsten Beschäftigungszuwächsen – mit Ausnahme der Papiererzeugung und -verarbeitung – im Dienstleistungssektor, diejenigen mit dem höchsten Beschäftigungsabbau allesamt im Produzierenden Gewerbe.

### *d) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Nordschwarzwald*

In der Region Nordschwarzwald lebt exakt ein Drittel der Bevölkerung im Ländlichen Raum i.e.S., welcher 56 % der Regionsfläche einnimmt. Mit 1 313 km<sup>2</sup> ist dieser ländli-

che Teilraum der viertkleinste des Landes; was die Bevölkerungszahl betrifft, so zählt er mit 194 000 Einwohnern zu den mittelgroßen. Zu diesem Raum gehören Teile, die hohe Bevölkerungszunahmen aufweisen (Nähe zum Verdichtungsraum Stuttgart) sowie dünn besiedelte Gebiete auf den Hochflächen des Schwarzwaldes. Knapp 59 000 Beschäftigte haben hier ihren Arbeitsplatz, was einem Beschäftigtenbesatz von 301 entspricht; in den übrigen, stärker verdichteten Teilen der Region (Raum Pforzheim) liegt er bei 314 Beschäftigten je 1 000 Einwohner. Damit ist der Unterschied bei der Arbeitsplatzausstattung zwischen dem ländlichen Teil der Region und den stärker verdichteten Regionsteilen geringer als in den übrigen Regionen. Einzige Ausnahme ist die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg: Hier beträgt die Differenz zwischen Ländlichem Raum i.e.S. und den verdichteten Gebieten ebenfalls nur 13 Beschäftigte je 1 000 Einwohner. Der relativ niedrige Beschäftigtenbesatz im Raum Pforzheim ist wohl auf die Nähe zu den großen Verdichtungscentren Stuttgart und Karlsruhe zurückzuführen.

Die Zahl der Beschäftigten hat sich seit 1985 um 9 000 auf knapp 59 000 erhöht. Der Zuwachs war damit stärker als in den Ländlichen Räumen i.e.S. insgesamt (18,1 % gegenüber 14,7 %). Wie die Shift-Analyse gezeigt hat, ist dies praktisch ausschließlich auf eine günstige Ausgangsstruktur zurückzuführen, während die Standortfaktoren nur knapp den Durchschnitt des Ländlichen Raumes i.e.S. insgesamt erreichten (Tabelle 4).

In sektoraler Betrachtung war im Ländlichen Raum i.e.S. der Region Nordschwarzwald vor allem die Entwicklung im Produzierenden Gewerbe positiv: Während sich im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt seit 1985 die Zahl der Beschäftigten lediglich um 2 % erhöht hat, war hier der Arbeitsplatzanstieg mit einem Plus von 9,2 % deutlich höher. Dagegen konnte im tertiären Bereich mit der Entwicklung im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt nicht Schritt gehalten werden (+ 30,7 % gegenüber + 37,3 %). Trotz dieser unterdurchschnittlichen Entwicklung im tertiären Bereich liegt der Anteil des Dienstleistungssektors auch heute noch über dem entsprechenden Durchschnitt des Ländlichen Raumes i.e.S. insgesamt (46,0 % gegenüber 43,1 %). Wesentlicher Grund für diesen hohen Dienstleistungsanteil dürfte die hohe Bedeutung des Nordschwarzwaldes als Fremdenverkehrs- und Kurgebiet sein.

Wird die Entwicklung für die einzelnen Branchen betrachtet, so fällt auf, daß überhaupt nur in drei der 30 beschäftigungsstärksten Branchen ein Arbeitsplatzabbau stattgefunden hat; diese zählen alle zum Produzierenden Gewerbe: Druckerei und Vervielfältigung (– 20 %), Zimmerei (– 8 %) und Bauhauptgewerbe (– 5 %). Die fünf Wirtschaftszweige mit den höchsten Beschäftigungszuwächsen zählen dagegen alle – mit Ausnahme des Stahl-, Leichtmetall- und Behälterbaus – zum Dienstleistungssektor.

# **Beschäftigte in den Teilgebieten des Ländlichen Raumes i.e.S. Baden-Württembergs 1985 und 1997 nach Wirtschaftsabteilungen**

## **e) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Südlicher Oberrhein**

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte		Veränderung 1985 - 1997
	1985	1997	
	Anzahl		%
Land- und Forstwirtschaft	2 002	1 492	- 25,5
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	780	707	- 9,4
Verarbeitendes Gewerbe	47 956	50 789	+ 5,9
Baugewerbe	11 385	11 468	+ 0,7
Handel	8 598	13 085	+ 52,2
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	2 105	3 448	+ 63,8
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	2 491	3 236	+ 29,9
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	21 081	30 607	+ 45,2
Organisationen ohne Erwerbscharakter	1 301	1 464	+ 12,5
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	4 862	5 054	+ 3,9
Insgesamt <sup>1)</sup>	102 650	121 350	+ 18,2

1) Einschließlich nicht zuordenbare Fälle.

## **f) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg**

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte		Veränderung 1985 - 1997
	1985	1997	
	Anzahl		%
Land- und Forstwirtschaft	941	616	- 34,5
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	718	671	- 6,5
Verarbeitendes Gewerbe	70 597	66 614	- 5,6
Baugewerbe	7 812	7 888	+ 1,0
Handel	8 547	10 584	+ 23,8
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	3 073	3 580	+ 16,5
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	2 534	2 833	+ 11,8
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	12 938	18 741	+ 44,9
Organisationen ohne Erwerbscharakter	983	1 253	+ 27,5
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	6 199	6 136	- 1,0
Insgesamt <sup>1)</sup>	114 454	118 916	+ 3,9

1) Einschließlich nicht zuordenbare Fälle.

Was die heutige Branchenstruktur angeht, so gibt es hinsichtlich der beschäftigungsstärksten Branchen im Vergleich zum Ländlichen Raum i.e.S. nur wenige Auffälligkeiten: Relativ schwach vertreten ist vor allem die Elektrotechnik, überdurchschnittlich dagegen – wie bereits erwähnt – das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sowie die Kunststoffverarbeitung (*Schaubild 5d*).

### **e) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Südlicher Oberrhein**

Der Ländliche Raum i.e.S. der Region Südlicher Oberrhein, der sowohl Teile des Oberrheingraben als auch des Schwarzwaldes umfaßt, ist mit einer Fläche von 3 120 km<sup>2</sup> der zweitgrößte des Landes. Hier leben knapp 452 000 Menschen, für die 121 000 Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Während die Bevölkerungsdichte mit 145 E./km<sup>2</sup> überdurchschnittlich ist, erreicht der Beschäftigtenbesatz mit 269 Beschäftigten je 1 000 Einwohner nicht den Durchschnittswert des Ländlichen Raumes i.e.S. insgesamt.

Die Wirtschaft des Ländlichen Raumes i.e.S. der Region Südlicher Oberrhein ist nach dem der Region Bodensee-Oberschwaben am stärksten dienstleistungsorientiert: 1997 arbeiteten 46,9 % aller Beschäftigten im tertiären Sektor, im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt waren es 43,1 %. 1985 betrug der Dienstleistungsanteil im Ländlichen Raum i.e.S. der Region erst 39,4 %; der Abstand zum Durchschnitt des Ländlichen Raumes i.e.S. insgesamt hat sich damit im Betrachtungszeitraum geringfügig erhöht.

Aber nicht nur die Entwicklung im tertiären Sektor war überdurchschnittlich, auch der Beschäftigungszuwachs im produzierenden Sektor war mit einem Plus von 3,8 % annähernd doppelt so hoch wie im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt. Wie die Shift-Analyse gezeigt hat, führten das Zusammentreffen von einer günstigen Branchenstruktur und überdurchschnittlichen Standortfaktoren zu diesem positiven Gesamtergebnis (*Tabelle 4*). Die Standortqualität der Region dürfte sich auch im Hinblick auf die Vervollständigung des europäischen Binnenmarktes aufgrund der Grenznähe verbessert haben.

Der hohe Anteil des tertiären Sektors resultiert praktisch ausschließlich aus der Dominanz der Wirtschaftsabteilung „Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt“; deren Anteil an den Beschäftigten insgesamt liegt bei 25,2 %, im Durchschnitt des Ländlichen Raumes i.e.S. insgesamt sind es lediglich 19,8 %. Überdurchschnittlich vertreten sind hier vor allem das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sowie das Gesundheits- und Veterinärwesen. Der geringere Anteil des Produzierenden Gewerbes ist vor allem auf die unterdurchschnittlichen Anteile der Elektrotechnik und des Maschinenbaus zurückzuführen.

Spitzenreiter bezüglich der Entwicklung seit 1985 sind folgende Branchen: „Sonstige Unterrichtsanstalten und Bildungseinrichtungen“, „Rechts- und Wirtschaftsberatung“, „Herstellung von Zahnrädern und Getrieben“, „Spekulation, Lagerei und Kühlhäuser“ sowie „Kinder-, Alters- und Tagesheime“. Die Branchen mit den höchsten prozentualen Arbeitsplatzverlusten zählen alle zum Produzierenden Gewerbe: Kunststoffverarbeitung, Bauhauptgewerbe, Chemische Industrie, Getränkeherstellung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

### **f) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg**

72,8 % der Bevölkerung und 72,1 % der Beschäftigten in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg leben bzw. arbeiten im Ländlichen Raum i.e.S. Damit liegen diese Anteile jeweils höher als in den übrigen elf Regionen des Landes. Ebenfalls „Spitze“ ist der Beschäftigtenbesatz: Er erreicht einen Wert von 340 Beschäftigten je 1 000 Einwohner. Er liegt damit nur unwesentlich niedriger als im Verdichtungsgebiet Villingen-Schwenningen (354). Die Bevölkerungsdichte ist – nach dem Ländlichen Raum i.e.S. der Region Stuttgart – mit 161 E./km<sup>2</sup> ebenfalls am höchsten.

Von den 119 000 Beschäftigten im Ländlichen Raum i.e.S. der Region arbeiteten 1997 noch 63,7 % im Produzierenden Gewerbe. Dies ist – nach dem Ländlichen Raum i.e.S. der Region Stuttgart bzw. der Region Mittlerer Oberrhein – der höchste Wert; 1985 lag der Anteil sogar noch bei 70 %. Der sich in dieser sektoralen Entwicklung widerspiegelnde Verlust von 4 300 Arbeitsplätzen im Bereich des Produzierenden Gewerbes konnte zwar im Dienstleistungssektor mehr als kompensiert werden (+ 8 900); die Beschäftigtenentwicklung insgesamt war aber mit einem Plus von 4 % sehr gering – allerdings ist, was den Beschäftigtenbesatz betrifft, das hohe Ausgangsniveau zu berücksichtigen; nur die Entwicklung im Ländlichen Raum i.e.S. der Region Neckar-Alb war noch verhaltener (+ 1,9 %). Hier wirkt vermutlich immer noch das starke Vorhandensein von (landesweit) schrumpfenden Branchen (Strukturfaktor: 0,97); so hat hier zum Beispiel mehr als die Hälfte der in der baden-württembergischen Uhrenindustrie Beschäftigten ihren Arbeitsplatz. Aber nicht nur eine ungünstige Branchenstruktur hat zu diesem Ergebnis geführt, auch die Standortfaktoren waren negativ (0,93).

Die sektorale Struktur ist damit auch weiterhin durch eine starke Produktionsorientierung geprägt; sieben der zehn beschäftigungsintensivsten Branchen zählen zum Produzierenden Gewerbe – vor allem die Feinmechanik und Optik, die Elektrotechnik sowie die Stahlverformung und Oberflächenveredelung sind überdurchschnittlich vertreten.

# **Beschäftigte in den Teilgebieten des Ländlichen Raumes i.e.S. Baden-Württembergs 1985 und 1997 nach Wirtschaftsabteilungen**

## **g) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Hochrhein-Bodensee**

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte		Veränderung 1985 - 1997
	1985	1997	
	Anzahl		%
Land- und Forstwirtschaft	886	725	- 18,2
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	621	851	+ 37,0
Verarbeitendes Gewerbe	24 451	22 238	- 9,1
Baugewerbe	5 789	5 503	- 4,9
Handel	4 775	6 078	+ 27,3
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1 020	1 125	+ 10,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1 215	1 507	+ 24,0
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	8 553	11 559	+ 35,1
Organisationen ohne Erwerbscharakter	501	1 215	+ 142,5
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	3 424	3 779	+ 10,4
Insgesamt <sup>1)</sup>	51 271	54 580	+ 6,5

1) Einschließlich nicht zuordenbare Fälle.

## **h) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Neckar-Alb**

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte		Veränderung 1985 - 1997
	1985	1997	
	Anzahl		%
Land- und Forstwirtschaft	692	520	- 24,9
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	190	99	- 47,9
Verarbeitendes Gewerbe	18 707	14 980	- 19,9
Baugewerbe	2 868	3 803	+ 32,6
Handel	1 342	2 262	+ 68,6
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	626	1 056	+ 68,7
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	552	707	+ 28,1
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	2 775	5 207	+ 87,6
Organisationen ohne Erwerbscharakter	266	413	+ 55,3
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	2 316	1 855	- 19,9
Insgesamt <sup>1)</sup>	30 336	30 902	+ 1,9

1) Einschließlich nicht zuordenbare Fälle.

### **g) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Hochrhein-Bodensee**

Bis auf die Randzone Basel-Lörrach und den Verdichtungsbereich Konstanz gehört die gesamte Region zum Ländlichen Raum i.e.S. Auf einer Fläche von 1 981 km<sup>2</sup> leben hier 235 000 Personen, die Zahl der Beschäftigten beträgt knapp 55 000. Sowohl die Bevölkerungsdichte als auch der Beschäftigtenbesatz liegen mit 119 E./km<sup>2</sup> bzw. mit 232 Beschäftigten je 1 000 Einwohner jeweils unter den entsprechenden Werten für den Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt.

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahl seit 1985 war schwächer als im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt (+ 6,5 % gegenüber + 14,7 %). Dies resultiert vor allem aus einer unterdurchschnittlichen Entwicklung im produzierenden Sektor: Hier nahm die Beschäftigtenzahl um 7,7 % ab, während im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt immerhin noch ein Plus in Höhe von 2 % erzielt werden konnte. Aber auch im tertiären Sektor war die Entwicklung deutlich schwächer (+ 29,6 % gegenüber + 37,3 %). Die Shift-Analyse zeigt darüber hinaus, daß negative Sonderentwicklungen in einzelnen Branchen (Standortfaktor: 0,93) und weniger eine ungünstige Ausgangsstruktur (Strukturfaktor: 0,99) zu diesem Ergebnis geführt haben.

Was die Entwicklung in den einzelnen Branchen betrifft, so zählen diejenigen mit dem höchsten Arbeitsplatzabbau alle zum produzierenden Sektor: „Sonstige Verarbeitung von textilen Grundstoffen“, „Herstellung von Kraftfahrzeugen“, „Chemische Industrie“, „Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden“ sowie „Bauhauptgewerbe“. Die Branchen mit den stärksten Beschäftigungsgewinnen sind: „Politische Parteien und sonstige Organisationen“, „Herstellung von Zahnrädern und Getrieben“, „Kinder-, Alters- und Tagesheime“, „Rechts- und Wirtschaftsberatung“ sowie „Sonstige Holzbearbeitung und -verarbeitung“.

Der Anteil des Dienstleistungssektors war um ca. drei Prozentpunkte höher als im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt (46,3 % gegenüber 43,1 %). Vier der fünf beschäftigungsintensivsten Branchen gehören zum tertiären Sektor. Insgesamt ist der Ländliche Raum i.e.S. der Region Hochrhein-Bodensee durch eine sehr ausgewogene Struktur gekennzeichnet: Der Herfindahlindex hat nach der Region Bodensee-Oberschwaben die vielfältigste Struktur ergeben.

### **h) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Neckar-Alb**

Die Region Neckar-Alb hat mit Teilgebieten des Verdichtungsraumes Stuttgart und der Randzone um diesen Verdichtungsraum, mit dem Verdichtungsgebiet Balingen-Abstadt und mit dem Ländlichen Raum i.e.S. Anteile an

allen vier Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes. Obwohl die Fläche des Ländlichen Raumes i.e.S. 52,3 % der Regionsfläche ausmacht, leben hier nur 19,1 % der Bevölkerung; lediglich 14,5 % der Beschäftigten in der Region haben hier ihren Arbeitsplatz. Entsprechend gering sind die Bevölkerungsdichte mit 97 E./km<sup>2</sup> sowie der Beschäftigtenbesatz mit 241 Beschäftigten je 1 000 Einwohner.

Die Beschäftigtenentwicklung seit 1985 war mit einem Plus von lediglich 1,9 % die schwächste aller zwölf Teilgebiete des Ländlichen Raumes i.e.S. – was ausschließlich auf die mit Abstand ungünstigste Ausgangsstruktur zurückzuführen ist (Strukturfaktor: 0,83) und durch den höchsten Standortfaktor (1,07) aller Ländlichen Teilräume nur teilweise kompensiert werden konnte. In sektoraler Hinsicht war Ursache dieses Ergebnisses der regelrechte Beschäftigungseinbruch im Produzierenden Gewerbe: 13,6 % aller Arbeitsplätze wurden abgebaut. Dagegen war die Entwicklung im Dienstleistungsgewerbe mit einer Zunahme um 46,0 % sogar günstiger als im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt (+ 37,3 %).

Trotz dieser ausgeprägten Umstrukturierung der Wirtschaft hin zum tertiären Sektor ist dieses Gebiet auch weiterhin noch stark produktionsorientiert: Der Anteil des Produzierenden Gewerbes liegt mit 62,8 % um knapp 6 Prozentpunkte über dem Wert für den Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt. Die Dominanz des Produzierenden Gewerbes spiegelt sich auch in der Struktur der beschäftigungsintensivsten Branchen wider: Die Textilindustrie, die landesweit und im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt nicht mehr zu den 30 größten Branchen zählt, nimmt hier nach wie vor sogar die Spitzenposition ein. Die zweitwichtigste Branche ist das Bauhauptgewerbe, das hier ebenfalls überdurchschnittlich vertreten ist. Dagegen erreicht der Anteil des Handels mit 7,3 % lediglich den geringsten Wert der zwölf Teilräume des Ländlichen Raumes i.e.S. Trotz dieser sektoralen Besonderheiten weist der Herfindahlindex eine Branchenstruktur nach, die hinsichtlich ihrer Vielfältigkeit in etwa dem Durchschnitt des Ländlichen Raumes i.e.S. insgesamt entspricht. Was aber das Qualifikationsniveau der Beschäftigten angeht, ist der hier deutlich unterdurchschnittliche Anteil mit abgeschlossener Berufsausbildung auffällig (*Schaubild 6*).

### **i) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Donau-Iller <sup>7</sup>**

Mit Ausnahme des Verdichtungsraums Ulm gehört die gesamte Region zum Ländlichen Raum i.e.S. Mit einer Fläche von 2 598 km<sup>2</sup>, einer Einwohnerzahl von 324 000 und 95 300 Beschäftigten zählt er zu den größeren Teilräumen des Ländlichen Raumes i.e.S. Die Bevölkerungsdichte ist mit 125 E./km<sup>2</sup> etwas unterdurchschnittlich, der

<sup>7</sup> Soweit Land Baden-Württemberg.

# **Beschäftigte in den Teilgebieten des Ländlichen Raumes i.e.S. Baden-Württembergs 1985 und 1997 nach Wirtschaftsabteilungen**

## **i) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Donau-Iller <sup>1)</sup>**

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte		Veränderung 1985 - 1997
	1985	1997	
	Anzahl		%
Land- und Forstwirtschaft	1 894	1 152	- 39,2
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	1 048	1 010	- 3,6
Verarbeitendes Gewerbe	41 990	46 930	+ 11,8
Baugewerbe	8 110	8 556	+ 5,5
Handel	6 684	10 264	+ 53,6
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1 725	2 864	+ 66,0
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1 946	2 434	+ 25,1
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	10 597	15 877	+ 49,8
Organisationen ohne Erwerbscharakter	966	1 372	+ 42,0
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	3 842	4 816	+ 25,4
Insgesamt <sup>2)</sup>	78 831	95 275	+ 20,9

1) Soweit Baden-Württemberg. – 2) Einschließlich nicht zuordenbare Fälle.

## **j) Ländlicher Raum i.e.S. der Region Bodensee-Oberschwaben**

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte		Veränderung 1985 - 1997
	1985	1997	
	Anzahl		%
Land- und Forstwirtschaft	2 452	1 657	- 32,4
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	478	367	- 23,2
Verarbeitendes Gewerbe	42 266	44 189	+ 4,5
Baugewerbe	9 109	9 831	+ 7,9
Handel	8 229	10 784	+ 31,0
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	2 293	3 030	+ 32,1
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	2 432	3 117	+ 28,2
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	17 325	25 390	+ 46,6
Organisationen ohne Erwerbscharakter	1 215	1 718	+ 41,4
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	6 135	6 547	+ 6,7
Insgesamt <sup>1)</sup>	91 952	106 630	+ 16,0

1) Einschließlich nicht zuordenbare Fälle.

Beschäftigtenbesatz ist mit 294 Beschäftigten je 1 000 Einwohner etwas höher als im Durchschnitt des Ländlichen Raumes i.e.S. insgesamt.

Nach dem Ländlichen Raum i.e.S. der Region Franken hat derjenige der Region Donau-Iller den stärksten Beschäftigtenzuwachs erzielt (+ 20,9 %), was ausschließlich auf günstige Standortfaktoren zurückzuführen ist (Standortfaktor: 1,05; Strukturfaktor: 1,00). Dabei war die Entwicklung sowohl im produzierenden als auch im tertiären Sektor überdurchschnittlich. Herausragend war der Arbeitsplatzzuwachs in folgenden Branchen: „Spedition, Lagerei und Kühlhäuser“, „Rechts- und Wirtschaftsberatung“, „Architektur- und Ingenieurbüros“, „Kinder-, Alters- und Tagesheime“ sowie im „Handel“. Die Branchen mit den höchsten Verlusten sind dagegen alle im Produzierenden Bereich angesiedelt: „Sonstige Verarbeitung von textilen Grundstoffen“, „Herstellung von EBM-Waren“, „Schlachtereien und Fleischverarbeitung“, „Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden“ sowie „Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung“.

Die Wirtschaft ist auch heute noch stark produktionsorientiert: 60,5 % arbeiten im Produzierenden Gewerbe, allein 49,2 % aller Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe; die Vergleichswerte für den Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt: 56,9 % bzw. 46,3 %. Deutlich schwächer als im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt vertreten ist die Wirtschaftsabteilung „Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt“ (16,6 % gegenüber 19,8 %). Auf Bran-

chenebene ist die starke Stellung des Maschinenbaus als größter Einzelbranche und diejenige der chemischen Industrie herauszustellen; unterrepräsentiert ist unter anderem die Elektroindustrie.

j) *Ländlicher Raum i.e.S. der Region Bodensee-Oberschwaben*

87,5 % der Regionsfläche zählen zum Ländlichen Raum i.e.S., das übrige Gebiet nimmt der Verdichtungs-bereich Ravensburg ein. Die Bevölkerungsdichte liegt wie im Ländlichen Raum i.e.S. der Region Donau-Iller bei 125 E./km², der Beschäftigtenbesatz erreicht mit einem Wert von 278 annähernd den Durchschnitt des Ländlichen Raumes i.e.S. insgesamt.

Von den 106 600 Beschäftigten im Ländlichen Raum i.e.S. der Region Bodensee-Oberschwaben waren 1997 lediglich 52,6 % im Produzierenden Gewerbe tätig. Damit weist dieser Raum mit 47,4 % den höchsten tertiären Anteil der zwölf Teilgebiete des Ländlichen Raumes i.e.S. auf; noch 1985 lag dieser Anteil erst bei 40,9 % und wurde damals noch vom Ländlichen Raum i.e.S. der Region Nord-schwarzwald übertroffen (41,5 %).

Was die Beschäftigungsentwicklung seit 1985 angeht, so war diese etwas stärker als im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt (16 % gegenüber 14,7 %). Das Ergebnis ist

Noch: Tabelle 5

**Beschäftigte in den Teilgebieten des Ländlichen Raumes i.e.S. Baden-Württembergs 1985 und 1997 nach Wirtschaftsabteilungen**

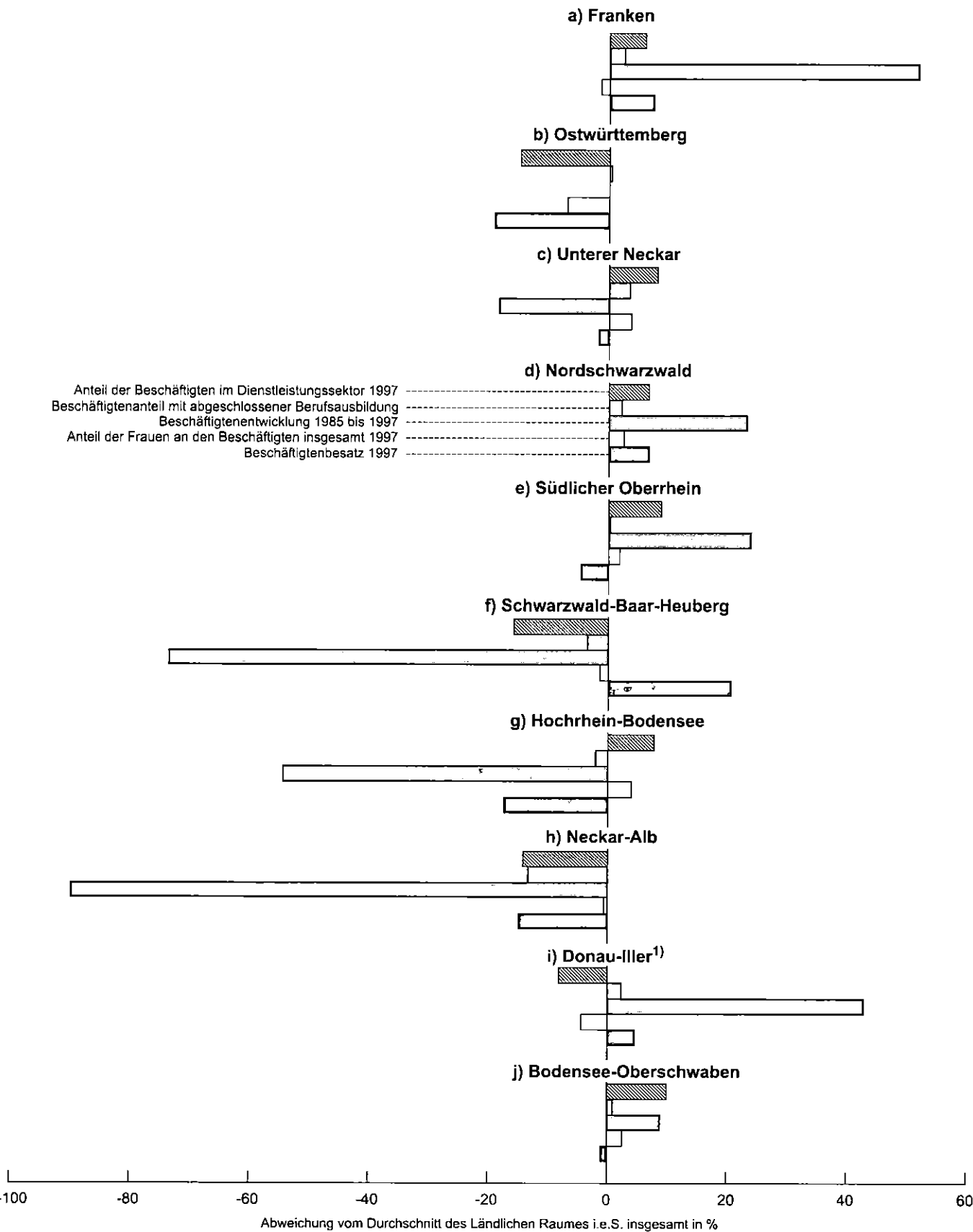
k) **Ländlicher Raum i.e.S. insgesamt**

Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte		Veränderung 1985 - 1997
	1985	1997	
	Anzahl		%
Land- und Forstwirtschaft	15 045	10 736	- 28,6
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	6 506	6 252	- 3,9
Verarbeitendes Gewerbe	403 639	416 118	+ 3,1
Baugewerbe	75 219	77 525	+ 3,1
Handel	65 323	92 589	+ 41,7
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	18 477	26 218	+ 41,9
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	21 958	26 618	+ 21,2
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	120 067	178 157	+ 48,4
Organisationen ohne Erwerbscharakter	9 074	13 419	+ 47,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	47 095	50 038	+ 6,2
Insgesamt <sup>1)</sup>	782 880	897 673	+ 14,7

1) Einschließlich nicht zuordenbare Fälle.



Schaubild 6  
**Der Ländliche Raum i.e.S. in der Region ... auf einen Blick**



1) Soweit Land Baden-Württemberg.

dabei sowohl auf durchschnittliche Standortfaktoren (1,00) als auch auf eine annähernd durchschnittliche Ausgangsstruktur zurückzuführen (Strukturfaktor: 1,01).

Der Ländliche Raum i.e.S. der Region Bodensee-Oberschwaben ist aber nicht nur durch eine starke Dienstleistungsorientierung gekennzeichnet, dieser Raum zeichnet sich, wie der Herfindahlindex zeigt, auch durch die ausgewogenste Branchenstruktur der zwölf Teilgebiete des Ländlichen Raumes i.e.S. aus. Was die zehn Branchen mit den höchsten Beschäftigtenanteilen betrifft, so finden sich neun Branchen, die im Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt ganz vorne stehen, auch im Ranking des Ländlichen Raumes i.e.S. der Region Bodensee-Oberschwaben wieder. Lediglich die Kredit- und sonstigen Finanzierungsinstitute sind anstelle der Kinder-, Alters- und Tagesheime unter den ersten zehn vertreten.

Ländliche Räume i.e.S. in den Regionen: Einordnung in das Gesamtbild des Landes

Abschließend soll anhand von sechs Schaubildern die Einordnung der einzelnen Teilräume des Ländlichen Raumes i.e.S. in das Gesamtbild der einzelnen Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes vorgenommen werden. Für folgende Indikatoren wurden Ranglisten erstellt:

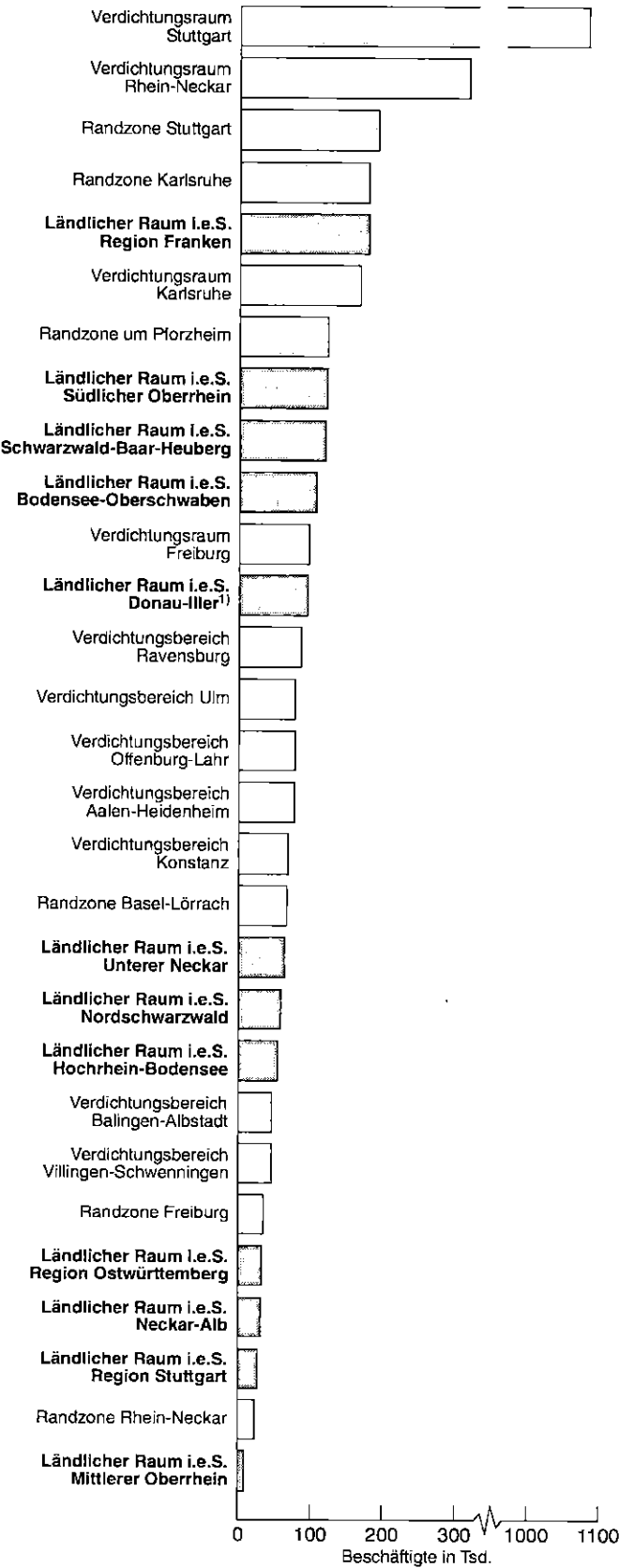
- Absolute Zahl der Beschäftigten 1997
- Prozentuale Beschäftigtenentwicklung 1985 bis 1997
- Beschäftigtenbesatz 1997
- Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor 1997

Was die absolute Beschäftigtenzahl betrifft, so zeigt sich, daß die Ländlichen Räume i.e.S. der Regionen Mittlerer Oberrhein, Stuttgart, Neckar-Alb und Ostwürttemberg zu den fünf kleinsten der insgesamt 29 Teilräume des Landes zählen (jeweils weniger als 35 000 Beschäftigte, Schaubild 7). Dagegen gehört der Ländliche Raum i.e.S. der Region Franken zu den fünf größten Teilräumen. Er ist damit größer als die Verdichtungsräume Karlsruhe und Freiburg sowie die Randzonen um Pforzheim und Basel-Lörrach. In den Ländlichen Räumen i.e.S. der Regionen Franken, Südlicher Oberrhein, Schwarzwald-Baar-Heuberg, Bodensee-Oberschwaben und Donau-Iller sind jeweils mehr Personen als in jedem der sieben Verdichtungsgebiete beschäftigt.

Unter den zehn Teilräumen des Landes mit der höchsten prozentualen Beschäftigtenentwicklung seit 1985 waren sieben Ländliche Räume i.e.S. (Schaubild 8). Die Ländlichen Räume i.e.S. der Regionen Franken, Donau-Iller, Südlicher Oberrhein und Nordschwarzwald waren sogar

Schaubild 7

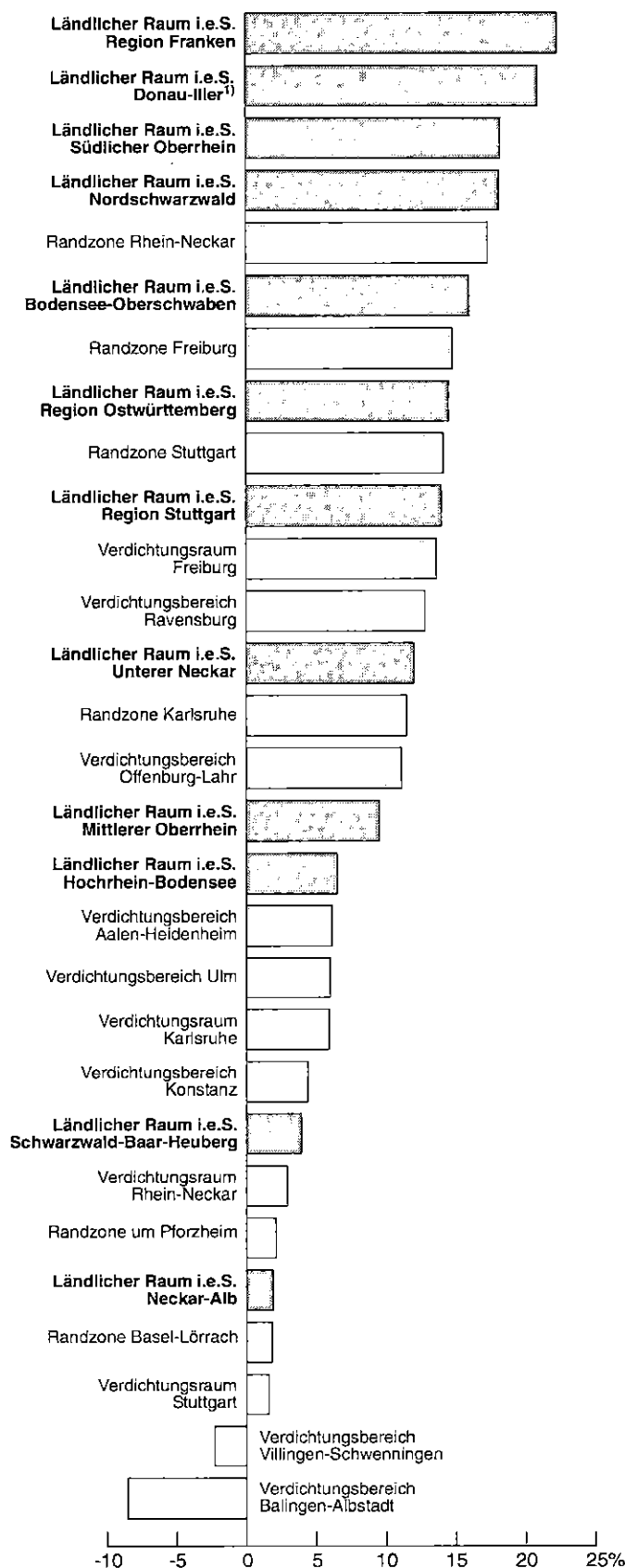
Beschäftigte in den Teilräumen des Landesentwicklungsplanes Baden-Württembergs 1997



1) Sowie Land Baden-Württemberg.

Schaubild 8

# **Beschäftigte in den Teilräumen des Landesentwicklungsplanes Baden-Württembergs 1985 bis 1997**



1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

344 99

die Spitzenreiter im Land mit mehr als 18 % Zunahme. Unter dem Landesdurchschnitt lag die Beschäftigungsentwicklung lediglich in den Ländlichen Räumen i.e.S. der Regionen Neckar-Alb, Schwarzwald-Baar-Heuberg und Hochrhein-Bodensee. Von den 29 Teilräumen des Landes mußten zwei Gebiete, die Verdichtungsgebiete Balingen-Albstadt sowie Villingen-Schwenningen Arbeitsplatzverluste hinnehmen. *Schaubild 9* gibt darüber hinaus einen Eindruck der regionalen Beschäftigungsentwicklung auf Gemeindeebene.

Das Arbeitsplatzangebot, das heißt die Zahl der Beschäftigten je 1 000 Einwohner, lag 1997 in allen Ländlichen Räumen i.e.S. unter dem Landeswert von 352 (*Schaubild 10*). Das gleiche gilt aber auch für die sechs Randzonen um die Verdichtungsgebiete. Von den Ländlichen Räumen i.e.S. schnitt die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg am besten ab; der Beschäftigtenbesatz entspricht hier den Werten der Verdichtungsgebiete Konstanz und Villingen-Schwenningen sowie der Randzone Basel-Lörrach. Eine kleinräumigere Gliederung des Beschäftigtenbesatzes zeigt *Schaubild 11*.

Beim „Tertiärisierungsgrad der Wirtschaft“ zeigt sich – ähnliche wie beim Beschäftigtenbesatz – eine relativ deutliche Abstufung nach den vier Raumkategorien: Die höchsten Dienstleistungsanteile weisen die Verdichtungsgebiete Freiburg, Karlsruhe und Rhein-Neckar auf; lediglich im Verdichtungsgebiet Stuttgart ist der Anteil deutlich geringer (*Schaubild 12*). An zweiter Stelle folgen die Verdichtungsgebiete – bei allerdings stärkeren regionalen Unterschieden. Auffallend hoch ist der tertiäre Anteil im Verdichtungsgebiet Ulm, während Aalen-Heidenheim und Balingen-Albstadt noch stark produktionsorientiert sind. An dritter Stelle folgen die Randzonen, die aber alle nicht den Landesdurchschnitt von 52 % erreichen. Das Schlußlicht bilden die Ländlichen Räume i.e.S. Die Dienstleistungsanteile der fünf Teilräume mit der geringsten „Tertiärisierung“, die jeweils von Ländlichen Räumen i.e.S. belegt werden, liegen nicht einmal halb so hoch wie derjenige des Spitzenreiters (Verdichtungsgebiet Freiburg).

## **Zusammenfassung**

- Der Ländliche Raum i.e.S. umfaßt 66,3 % der baden württembergischen Landesfläche; es lebten hier aber Ende 1997 nur 30,7 % der Landesbevölkerung; entsprechend gering ist die Bevölkerungsdichte mit 134 Einwohnern je km<sup>2</sup>; in den anderen Raumkategorien ist diese Dichteziffer erheblich höher: In den Verdichtungsgebieten liegt sie mit 1 123 Einwohnern je km<sup>2</sup> mehr als achtmal so hoch, in den Randzonen bzw. den Verdichtungsgebieten des Ländlichen Raumes mit 383 bzw. 414 Einwohnern je km<sup>2</sup> etwa dreimal so hoch.

### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Gemeinden Baden-Württembergs 1997 gegenüber 1985

11

11/11/2019

15 bis unter 30

Landeswert: + 7,0

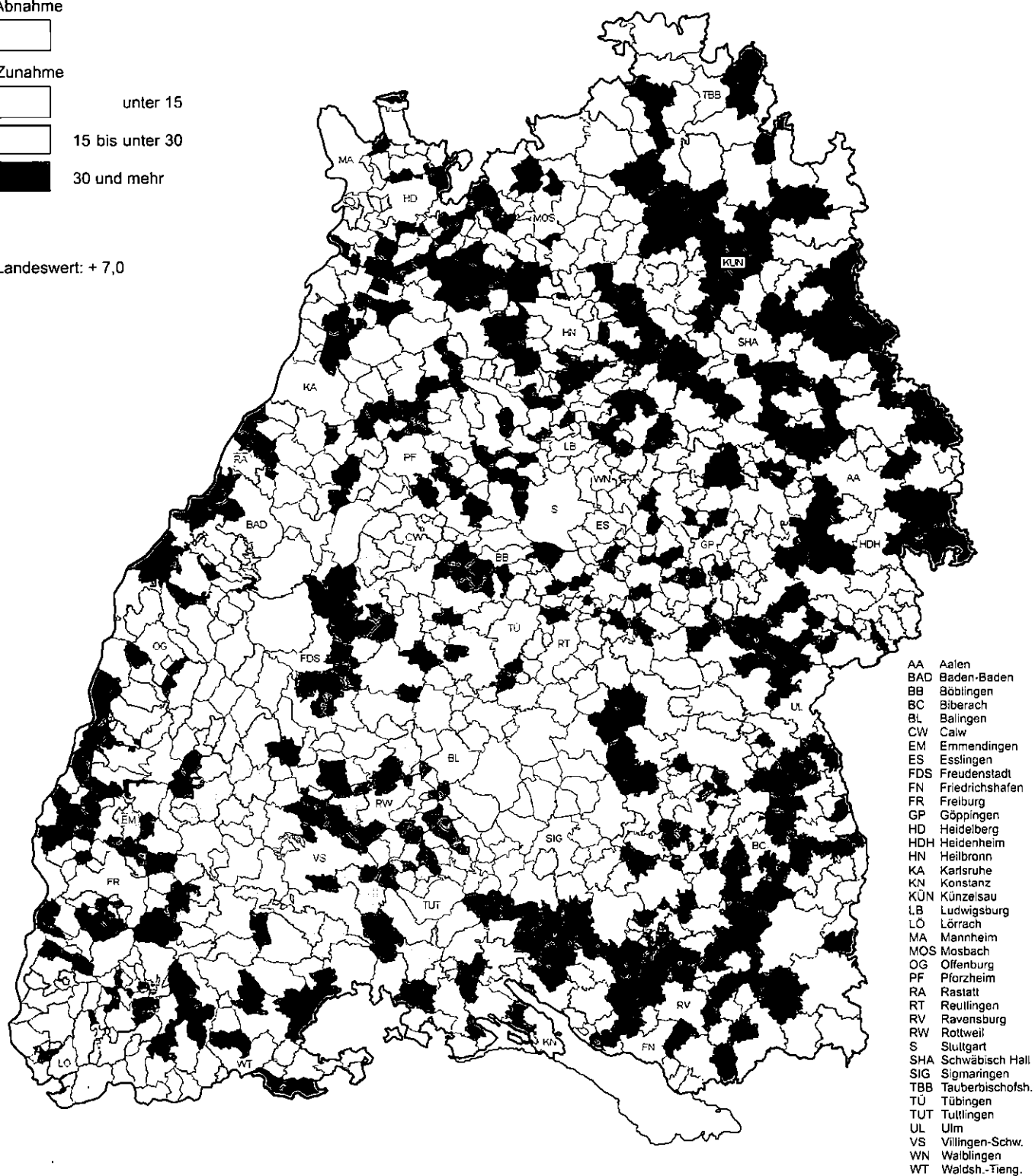
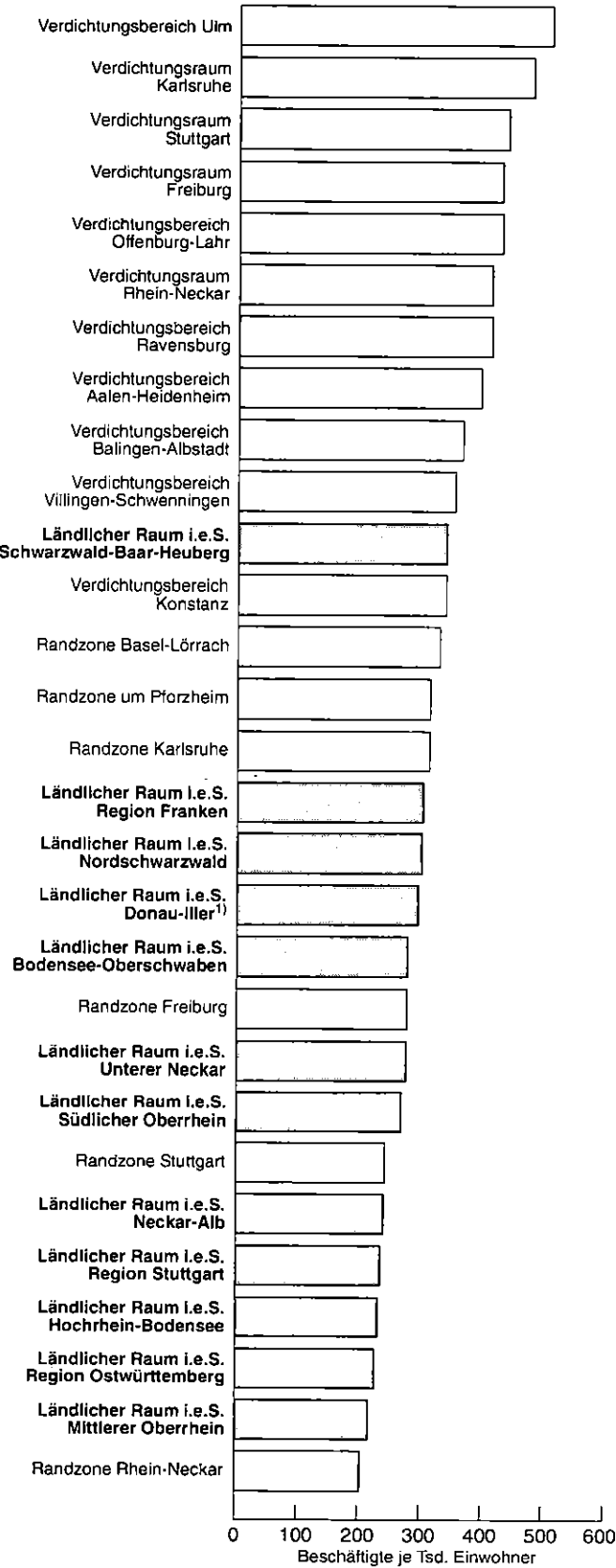


Schaubild 10

**Beschäftigtenbesatz in den Teilräumen des Landesentwicklungsplanes Baden-Württembergs 1997**



1) Sowie Land Baden-Württemberg.

- Der Ländliche Raum i.e.S. konnte in der konjunkturellen Aufschwungphase 1985 bis 1992 den höchsten prozentualen Beschäftigtenzuwachs der vier Raumkategorien erzielen. Mit einem Plus von 19,5 % war die Zunahme höher als in den Randzonen (+ 18,1 %), in den Verdichtungsbereichen (+ 14,2 %) und vor allem höher als in den Verdichtungsräumen (+ 13,2 %). Aber auch in der rezessiven Phase seit 1992 war die Entwicklung im Ländlichen Raum i.e.S. relativ günstig: Die Arbeitsplatzverluste waren mit 4,0 % nur etwa halb so hoch wie in den anderen drei Raumkategorien (Randzonen: – 7,2 %, Verdichtungsgebiete: – 7,8 %, Verdichtungsräume: – 9,1 %). Über den Gesamtzeitraum betrachtet (1985 bis 1997) entfielen damit 47,8 % des landesweiten Beschäftigtenzuwachses auf den Ländlichen Raum i.e.S., obwohl hier 1985 lediglich 22,9 % der Beschäftigten Baden-Württembergs arbeiteten. Der Regionalanteil erhöhte sich dadurch auf 24,5 % (1997).
- Die positive Beschäftigungsentwicklung im Ländlichen Raum i.e.S. belegt eindrucksvoll dessen gestiegene Attraktivität. Die Ergebnisse der Shift-Analyse haben ergeben, daß die dynamische Entwicklung im Ländlichen Raum i.e.S. trotz einer eher ungünstigen (Ausgangs-)Wirtschaftsstruktur erzielt wurde. Das bedeutet, daß das Beschäftigungswachstum auf ein Bündel nicht weiter differenzierbarer Einflußfaktoren, zum Beispiel Unternehmenspolitik, Verkehrs-, Standortsituation, verbesserte Infrastruktur, relativ niedriges Lohnniveau, günstige Baulandpreise und das „grüne“ Image, kombiniert mit hohem Freizeitwert, zurückzuführen ist. Bei der Bewertung dieser dynamischen Entwicklung ist allerdings zu beachten, daß diese sich von einem im Vergleich zu den anderen Raumkategorien niedrigeren Basiswert des Beschäftigtenbesatzes vollzogen hat.
- Trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung liegt die Zahl der Beschäftigten je 1 000 Einwohner im Ländlichen Raum i.e.S. mit 282 immer noch deutlich unter dem entsprechenden Landesdurchschnitt (352); der Wert liegt damit aber immerhin knapp über demjenigen für die Randzonen (281). In den Verdichtungsräumen bzw. Verdichtungsgebieten ist der Beschäftigtenbesatz mit 437 bzw. 401 deutlich höher. Dieser weiterhin unterdurchschnittliche Wert für den Ländlichen Raum i.e.S. spiegelt sich auch im Pendlerverhalten wider: Aus dem Ländlichen Raum i.e.S. pendelten 1997 per Saldo 169 Beschäftigte je 1 000 Beschäftigte aus, in die Verdichtungsgebiete bzw. die Verdichtungsgebiete dagegen 279 bzw. 196 Beschäftigte je 1 000 Beschäftigte mehr ein als aus. Ebenfalls negativ ist der Pendlersaldo für die Randzonen und zwar mit 189 je 1 000 Beschäftigte noch ausgeprägter als im Ländlichen Raum i.e.S.

Beschäftigtenbesatz in den Gemeinden Baden-Württembergs 1997

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte je 1 000 Einwohner

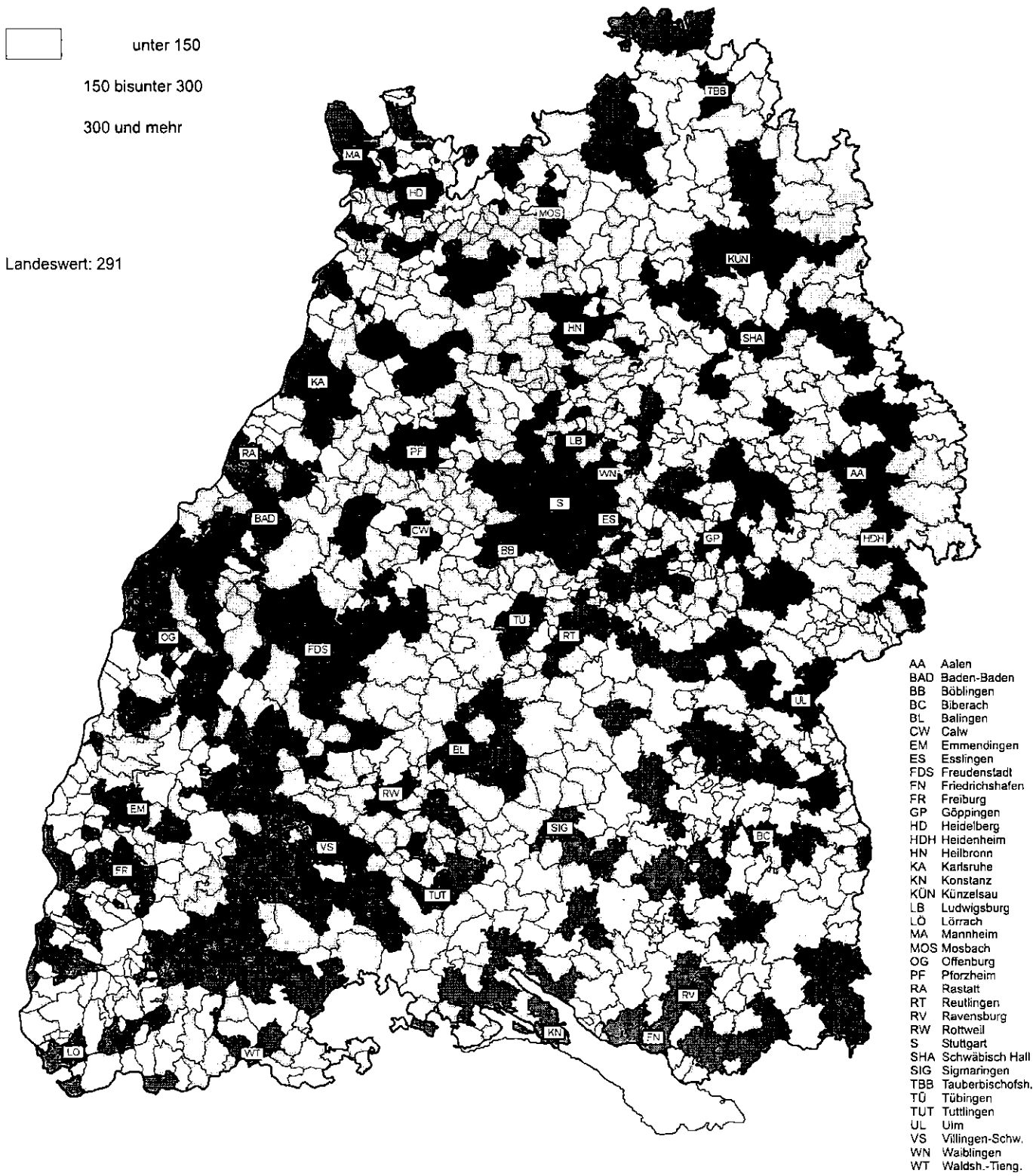
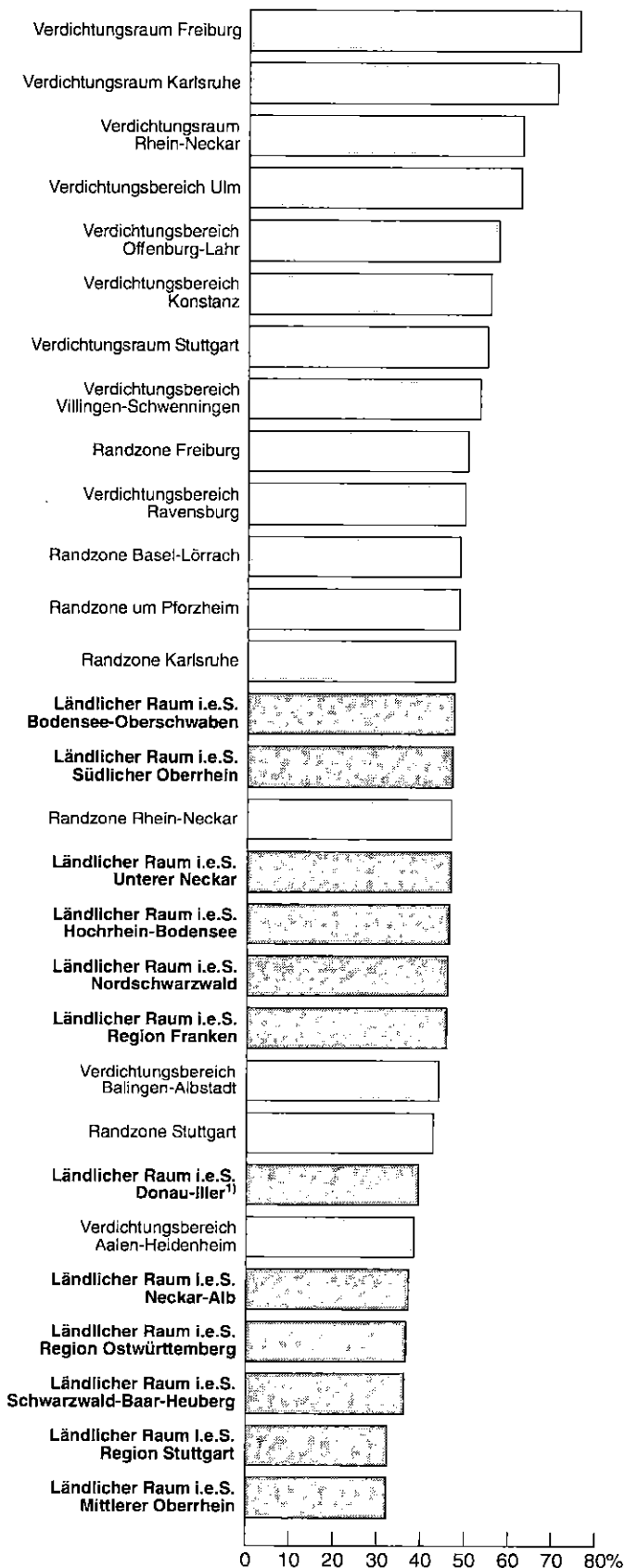


Schaubild 12

Anteil der Beschäftigten im tertiären Sektor in den Teilräumen des Landesentwicklungsplanes an den Beschäftigten Baden-Württembergs insgesamt 1997



1) Soweit Land Baden-Württemberg.

- Der Strukturwandel hat sich – wenn auch mit einer gewissen Verzögerung – auch im Ländlichen Raum i.e.S. vollzogen: 1985 waren erst 36 % im Dienstleistungssektor beschäftigt, bis 1997 hat sich der Anteil auf 43,1 % erhöht. Verglichen mit den übrigen Raumkategorien ist dies aber immer noch der geringste Wert; in den Verdichtungsbereichen waren es zuletzt 51,7 %, in den Verdichtungsräumen sogar 59,0 %; die Randzonen erreichten immerhin 46,4 %.
- Anhand der zehn Wirtschaftsabteilungen wird deutlich, daß diese Unterrepräsentanz des tertiären Sektors im Ländlichen Raum i.e.S. auf geringere Beschäftigtenanteile des Handels, vor allem aber auf unterdurchschnittliche Werte bei den „Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt“ zurückzuführen ist: Der Handel erreicht nur 10,3 % der Beschäftigten, in den übrigen Raumkategorien sind es bis zu 14 %; die „Dienstleistungen“ haben im Ländlichen Raum i.e.S. nur einen Anteil von 19,8 %, im Landesdurchschnitt sind es immerhin 23,6 %. Dagegen erreicht der Anteil der Beschäftigten bei Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen – etwas überraschend – den Landesdurchschnitt.
- Im Ländlichen Raum i.e.S. zählen 18 der 30 Branchen mit den höchsten Beschäftigtenanteilen zum Produzierenden Gewerbe; in den Verdichtungsräumen sind es lediglich 13. Trotz dieser weiterhin starken Produktionsorientierung des Ländlichen Raumes i.e.S. ist es aber erstaunlich, daß hier lediglich drei der landesweit 30 größten Branchen nicht zu den Wirtschaftsgruppen mit den höchsten Beschäftigungsanteilen gehören und zwar: „Sonstige Dienstleistungen“, „Politische Parteien und sonstige Organisationen ohne Erwerbscharakter“ sowie „Druckerei und Vervielfältigung“. Dafür zählen im Ländlichen Raum i.e.S. die Branchen „Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden“, „Schlachtereie und Fleischverarbeitung“ sowie „Zimmerei und Dachdekerie“ zu den 30 größten Branchen.
- *Schaubild 4* zeigt die Abweichung der Branchenstruktur des Ländlichen Raumes i.e.S. gegenüber dem Landesdurchschnitt: Deutlich überrepräsentiert ist die Herstellung und Reparatur von Möbeln, der Maschinenbau sowie das Bauhauptgewerbe; erheblich schwächer vertreten als landesweit ist die Herstellung von Kraftfahrzeugen und der Handel.
- Der Verlauf der Beschäftigung in den zehn Wirtschaftsabteilungen war in den vier Raumkategorien während des Betrachtungszeitraums (1985 bis 1997) sehr ähnlich (*Schaubild 2*) – der konjunkturelle Einfluß ist deutlich sichtbar. Die Entwicklungsverläufe in den Raumkategorien sind insbesondere bei den „Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt“,

bei den „Kreditinstituten und Versicherungen“ sowie bei den „Organisationen ohne Erwerbscharakter“ praktisch gleich. Bei der mit Abstand beschäftigungsstärksten Wirtschaftsabteilung – dem Verarbeitenden Gewerbe – weisen vor allem der Ländliche Raum i.e.S., aber auch die Randzonen, überdurchschnittliche, die Verdichtungsgebiete sowie insbesondere die Verdichtungsgebiete dagegen unterdurchschnittliche Entwicklungen auf.

- Auf Branchenebene fällt auf, daß im Zeitraum 1985 bis 1997 in allen Raumkategorien die „Sonstige Verarbeitung von textilen Grundstoffen“ sowie die „Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung“ jeweils die höchsten prozentualen Beschäftigtenverluste aufweisen. Im Ländlichen Raum i.e.S. wurden darüber hinaus nur noch in zwei Branchen Arbeitsplätze abgebaut: im Bauhauptgewerbe sowie in der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung. In den anderen Raumkategorien wurden dagegen zum Teil in deutlich mehr Branchen Arbeitsplätze abgebaut – in den Randzonen in acht, in den Verdichtungsgebieten in elf und in den Verdichtungsgebieten sogar in 17 Branchen.
- Die fünf Branchen mit den höchsten prozentualen Arbeitsplatzgewinnen sind im Ländlichen Raum i.e.S. dieselben wie im Land insgesamt. Etwa verdoppelt haben sich sowohl im Ländlichen Raum i.e.S. als auch im Land die Beschäftigtenzahlen in den Wirtschaftszweigen Rechts- und Wirtschaftsberatung sowie Kinder-, Alten- und Tagheime. Zuwächse von ungefähr 75 % weisen Architektur- und Ingenieurbüros und von knapp 50 % das Gesundheits- und Veterinärwesen auf. Deutlich günstiger war im Länd-

lichen Raum i.e.S. dagegen die Entwicklung im Bereich „Speditionen, Lagerei und Kühlhäuser“; diese Branche lag im Ländlichen Raum an dritter, im Land insgesamt an fünfter Stelle unter den wachstumsstärksten Branchen.

- Die Beschäftigtenentwicklung 1985 bis 1997 in den einzelnen Teilgebieten des Ländlichen Raumes i.e.S. verlief recht unterschiedlich. Die Spanne reicht von einem geringen Plus von 1,9 % (Neckar-Alb) bis zu „satten“ 22,3 % (Franken). Die Shift-Analyse hat gezeigt, daß die Ursachen dieser regionalen Entwicklungsunterschiede sowohl auf Struktur- als auch auf Standortfaktoren zurückgeführt werden können. In zwei Regionen war beispielsweise ein überdurchschnittliches Wachstum sowohl auf günstige Struktur- als auch günstige Standortfaktoren zurückzuführen, nämlich Franken und Südlicher Oberrhein. Zur Einordnung der übrigen Teilräume vergleiche *Tabelle 4* und Ausführungen im Kapitel „Entwicklung und Struktur der Wirtschaftsbranchen in den Ländlichen Räumen i.e.S. der Regionen.“
- Der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor ist in den Ländlichen Räumen i.e.S. der Regionen Bodensee-Oberschwaben, Südlicher Oberrhein, Unterer Neckar, Hochrhein-Bodensee, Nord-schwarzwald und Franken im Vergleich zum Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt überdurchschnittlich. Umgekehrt bedeutet dies, daß die Ländlichen Räume i.e.S. der Regionen Donau-Iller, Neckar-Alb, Ost-württemberg, Schwarzwald-Baar-Heuberg, Stuttgart und Mittlerer Oberrhein noch vergleichsweise stark produktionsorientiert sind.



# **Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit**

Systematischer Teil: Wirtschaftsabteilungen und -gruppen

## **I. Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei (00 bis 03)**

- 00 Landwirtschaft, Tierhaltung und -zucht
- 01 Garten- und Weinbau
- 02 Forst- und Jagdwirtschaft
- 03 Hochsee-, Küsten-, Binnenfischerei, Fischzucht

## **II. Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau (04 bis 08)**

- 04 Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung, sonstige Energiewirtschaft
- 05 Stein-, Braun- und Pechkohlenbergbau
- 06 Erzbergbau
- 07 Gewinnung von Erdöl, Erdgas und bituminösen Gesteinen
- 08 Kali- und Steinsalzbergbau sowie Salinen, übriger Bergbau

## **III. Verarbeitendes Gewerbe (09 bis 58)**

- 09 Chemische Industrie (einschließlich Kohlenwertstoffindustrie)
- 10 Herstellung von Chemiefasern
- 11 Verarbeitung von Mineralöl
- 12 Kunststoffverarbeitung
- 13 Gummi- und Asbestverarbeitung
- 14 Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden
- 15 Feinkeramik
- 16 Herstellung und Verarbeitung von Glas
- 17 Eisen- und Stahlerzeugung (einschließlich -halbzeugwerke)
- 18 NE-Metallerzeugung (einschließlich -halbzeugwerke)
- 19 Gießerei
- 20 Ziehereien und Kaltwalzwerke
- 21 Stahlverformung, Oberflächenveredelung, Härtung
- 22 Schlosserei, Schweißerei, Schleiferei und Schmiederei (anderweitig nicht genannt)
- 23 Stahl-, Leichtmetall- und Behälterbau
- 24 Waggon-, Feld- und Industriebahnwagenbau
- 25 Montage und Reparatur von Lüftungs-, Wärme- und gesundheitstechnischen Anlagen
- 26 Maschinenbau (ohne Herstellung und Reparatur von Büromaschinen sowie Zahnrädern und Getrieben usw.)
- 27 Herstellung von Zahnrädern, Getrieben, Wälzlagern und sonstigen Antriebselementen sowie sonstigen Maschinenbauerzeugnissen)
- 28 Herstellung von Kraftwagen, Kraftfahrzeugteilen und Karosserien
- 29 Herstellung von Krafträdern, Kraftmotoren, Fahrrädern und Kinderwagen, Herstellung und Reparatur von Gespannfahrzeugen
- 30 Reparatur von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern, Lackierung von Straßenfahrzeugen

- 31 Schiffbau
- 32 Luftfahrzeugbau
- 33 Herstellung und Reparatur von Datenverarbeitungsanlagen und Büromaschinen
- 34 Elektrotechnik (ohne Herstellung und Reparatur von Datenverarbeitungsanlagen)
- 35 Feinmechanik und Optik
- 36 Herstellung und Reparatur von Uhren
- 37 Herstellung von EBM-Waren
- 38 Musikinstrumenten-, Spielwaren- und Sportgeräteherstellung
- 39 Bearbeitung von Edel- und Schmucksteinen sowie Herstellung von Schmuckwaren
- 40 Säge-, Hobel-, Holzimprägnier- und Furnierwerke, Sperrholz-, Holzfaser- und Holzspanplattenwerke
- 41 Herstellung und Reparatur von Möbeln aus Holz, Holzkonstruktionen und sonstigen Tischlereierzeugnissen
- 42 Sonstige Holzbe- und -verarbeitung
- 43 Papiererzeugung und -verarbeitung
- 44 Druckerei und Vervielfältigung
- 45 Ledererzeugung und -verarbeitung (ohne Schuhherstellung)
- 46 Herstellung und Reparatur von Schuhen aus Leder und Textilien
- 47 Verarbeitung von textilen Grundstoffen aus Wollbearbeitungsmaschinen
- 48 Verarbeitung von textilen Grundstoffen auf Baumwollbearbeitungsmaschinen
- 49 Verarbeitung von textilen Grundstoffen auf Seidenbearbeitungsmaschinen
- 50 Verarbeitung von textilen Grundstoffen auf Leinen- und Hanfbearbeitungsmaschinen
- 51 Sonstige Verarbeitung von textilen Grundstoffen sowie Veredelung von Textilien
- 52 Bekleidungsgewerbe, Nähereien
- 53 Polsterei und Dekorateurgewerbe
- 54 Herstellung von Nahrungsmitteln verschiedener Art und von Backwaren (außer Dauerbackwaren)
- 55 Herstellung von Süßwaren sowie Dauerbackwaren
- 56 Schlachtereierzeugung und Fleischverarbeitung
- 57 Getränkeherstellung
- 58 Tabakverarbeitung

#### **IV. Baugewerbe (59 bis 61)**

- 59 Bauhauptgewerbe (ohne Zimmerei und Dachdeckerei)
- 60 Zimmerei und Dachdeckerei
- 61 Ausbau- und Bauhilfsgewerbe

#### **V. Handel (62)**

- 62 Großhandel, Einzel- und Versandhandel sowie Handelsvermittlung

#### **VI. Verkehr und Nachrichtenübermittlung (63 bis 68)**

- 63 Eisenbahnen
- 64 Deutsche Bundespost
- 65 Straßenverkehr

- 66 Schifffahrt, Wasserstraßen und Häfen
- 67 Spedition, Lagerei und Kühlhäuser
- 68 Luftfahrt und Flugplätze, Transport in Rohrleitungen und sonstiges Verkehrsgewerbe

#### **VII. Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe (69)**

- 69 Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute, Versicherungsgewerbe

#### **VIII. Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt (70 bis 86)**

- 70 Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sowie Verpflegungseinrichtungen
- 71 Kinder-, Ledigen-, Alters- und ähnliche Heime einschließlich Tagesheime
- 72 Wäscherei und Reinigung (einschließlich Schornsteinfegergewerbe)
- 73 Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe
- 74 Wissenschaftliche Hochschulen und sonstige Einrichtungen, allgemein- und berufsbildende Schulen,
- 75 Sonstige Unterrichtsanstalten und Bildungsstätten, Erziehung und Sport
- 76 Kunst, Theater, Film, Rundfunk und Fernsehen
- 77 Verlags-, Literatur- und Pressewesen
- 78 Gesundheits- und Veterinärwesen
- 79 Rechtsberatung sowie Wirtschaftsberatung und –prüfung
- 80 Architektur- und Ingenieurbüros-, Laboratorien und ähnliche Institute
- 81 Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermögensverwaltung
- 82 Wirtschaftswerbung und Ausstellungswesen
- 83 Fotografisches Gewerbe (nicht Licht- und Fotopauserei)
- 84 Hygienische und ähnliche Einrichtungen
- 85 Leihhäuser, Versteigerungsgewerbe, Vermietung beweglicher Sachen
- 86 Sonstige Dienstleistungen (soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht)

#### **IX. Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte (87 bis 90)**

- 87 Organisationen des Wirtschaftslebens
- 88 Politische Parteien und sonstige Organisationen ohne Erwerbscharakter
- 89 Christliche Kirchen, Orden, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen
- 90 Private Haushalte

#### **X. Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen (91 bis 94)**

- 91 Allgemeine öffentliche Verwaltung
- 92 Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung
- 93 Sozialversicherung
- 94 Vertretungen fremder Staaten, inter- und supranationale Organisationen (mit Behördencharakter)